

## Mercosur: Das Abkommen ist nicht perfekt, aber es bewirkt auch viel Gutes

Der Handelsvertrag zwischen der EU und den südamerikanischen Staaten wird viel kritisiert, oft auch zu Recht. Und trotzdem: Er ist für beide Seiten wichtig und richtig.



Frankreichs Landwirte erwarten nichts Gutes von Mercosur, doch sie könnten sich irren: Protestdemonstration in Aude am 30. November.

(Foto: IDRIS BIGOU-GILLES/AFP)

### Extraits:

Nach rund einem Vierteljahrhundert zäher Verhandlungen sieht es so aus, als ob die EU und das südamerikanische Staatenbündnis Mercosur tatsächlich eine riesige neue Freihandelszone erschaffen werden.

Man kann das nun kritisieren, durchaus auch zu Recht. Zum Mercosur gehören Uruguay, Paraguay, Bolivien, Argentinien und Brasilien. Alle diese Länder haben gemein, dass sie nicht nur riesige Felder und endlose Weiden haben, sondern auch eine Landwirtschaft, die teils hoch technisiert ist und oft ebenso effizient: Monokulturen bis zum Horizont, satellitenüberwacht und bestellt von halb autonomen Maschinen.

Dass sich nun französische Rinderzüchter vor Fleisch aus [Südamerika](#) fürchten, ist zwar unbegründet: Zu gering bleiben die Einfuhrmengen. Die Sorgen der Umweltschützer aber sind berechtigt: Bauern in den Mercosur-Ländern werden profitieren, sicherlich auch auf Kosten der Natur, weil noch mehr Wald abgeholzt und noch mehr Pestizide versprüht werden könnten, allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz.

Und dennoch: Das Handelsbündnis ist richtig. Denn Interesse an Produkten aus Südamerika gibt es auch anderswo. [China](#) ist in den vergangenen Jahrzehnten zum wichtigsten Handelspartner der meisten Mercosur-Staaten geworden. Peking will Soja, Eisen, Öl und Fleisch, und Umweltbedenken spielen da nur eine Nebenrolle – wenn überhaupt. Ganz anders die EU: Das neue Handelsabkommen ist zwar nicht perfekt, aber immerhin eine Möglichkeit, weiterhin Einfluss auszuüben auf diese Staaten.

<https://www.sueddeutsche.de/meinung/kommentar-mercotur-freihandel-eu-suedamerika-li.3161729>

EU-Mercosur-Abkommen: Es entsteht eine der grössten Handelszonen der Welt - und ein Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland

Der Vertrag mit vier lateinamerikanischen Staaten soll der kriselnden europäischen Wirtschaft Impulse geben. Doch der Widerstand in Europa ist gross. Zudem treibt der Vertrag einen Keil zwischen die wichtigsten EU-Länder.



Die Staatschefs der Mercosur-Mitgliedsstaaten und die EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen am Freitag in Montevideo.

Matilde Campodonico / AP

### Extrajts:

Die zweite Amtszeit von EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen hat erst vor einer Woche begonnen, und sie setzt bereits ein Signal, das nachhallen wird. In der uruguayischen Hauptstadt Montevideo hat sie mit den Mitgliedsstaaten der Wirtschaftsorganisation Mercosur eine Übereinkunft getroffen, welche die Unterzeichnung eines Handelsabkommens vorsieht.

s soll dazu beitragen, den Handel zwischen der EU und Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay zu fördern. Dafür werden unter anderem Zölle für europäische Industriegüter im Mercosur stark sinken oder gar ganz wegfallen, zum Beispiel bei Autos, bei denen sie bei 35 Prozent liegen. Auf der anderen Seite erhalten die lateinamerikanischen Staaten beispielsweise das Zugeständnis, höhere Kontingente von Landwirtschaftsgütern zollfrei in die EU exportieren zu dürfen. (...)

Emmanuel Macron hat auch in den vergangenen Tagen klar zum Ausdruck gebracht, dass ein Vertrag, wie er noch Anfang Dezember vorlag, für ihn nicht infrage komme. Er sei für sein Land nicht akzeptierbar. Unterstützung erhielt er von Polen, die Regierung dort lehnt das Abkommen ebenfalls ab.

Erstaunlicherweise wagt es von der Leyen nun, die beiden bedeutenden Mitgliedsländer herauszufordern. Das zeigt, wie sehr sich die Kommission wegen der schlechten Verfassung von Europas Wirtschaft Sorgen macht.

Die hohen Energiepreise, der Mangel an Fachkräften, die geringen privaten Investitionen und die riesigen Kosten des Ukraine-Krieges sind für Europas Unternehmen eine Belastung.

Von der Leyen und die Kommission hoffen, dass niedrigere Hürden beim Handel der Wirtschaft einen Impuls geben. Zudem wollen sie die lateinamerikanischen Märkte nicht China überlassen.

Aus dem gleichen Grund zählt Deutschlands Regierung unter Bundeskanzler Olaf Scholz zu den vehementesten Befürwortern eines Handelsvertrags. Kein EU-Staat exportierte 2023 so viele Güter in den Mercosur wie Deutschland (16 Milliarden Euro). (...)

Gleichzeitig treibt das Handelsabkommen erneut einen Keil zwischen Deutschland und Frankreich, die beiden wichtigsten Mitgliedsländer der EU. [Die Regierungen waren sich schon uneins, ob die EU chinesische E-Autos mit Ausgleichszöllen belegen soll.](#) Deutschland war dagegen, Macron dafür, und seine Position hat schliesslich obsiegt. Falls das Handelsabkommen in Kraft tritt, würde das die Spannungen in der EU verschärfen.

Ob es aber so weit kommt, ist ungewiss. Dem Abkommen müssen 15 der 27 EU-Mitgliedsländer zustimmen, und die Befürworter müssen 65 Prozent der Bevölkerung repräsentieren. Vonnöten ist auch das Einverständnis des EU-Parlaments. Es wäre eine Überraschung, wenn dieser Prozess 2025 bereits abgeschlossen würde. (...)

Die Mitgliedsländer des Mercosur zählen bisher nicht zu den wichtigen Handelspartnern der EU. Die Exporte dorthin betragen 2023 beispielsweise nur ein Zehntel der Ausfuhren, die in die USA gingen. Selbst die Schweiz ist der gewichtigere Handelspartner der EU als der Mercosur.

[https://www.nzz.ch/wirtschaft/eu-mercotur-abkommen-abgeschlossen-es-entsteht-eine-der-groessten-freihandelszonen-der-welt-ld.1861219?mktheid=smch&mkteval=twpost\\_06-12-2024](https://www.nzz.ch/wirtschaft/eu-mercotur-abkommen-abgeschlossen-es-entsteht-eine-der-groessten-freihandelszonen-der-welt-ld.1861219?mktheid=smch&mkteval=twpost_06-12-2024)

---

*Neue Zürcher Zeitung, Opinion, 6 décembre, article payant*

Deutschland ist kein liberales Land. Mit sozialer Sicherheit gewinnt man Wahlen, mit Freiheit nicht

Der Staat geht immer vor Privat. Vergeblich kämpft die FDP gegen den Zeitgeist und eine linke Schmutzkampagne.



Illustration Simon Tanner / NZZ

Extraits:

Man nehme ein zweitrangiges Detail, füge eine Portion Empörung hinzu und rühre das Ganze so lange, bis der Brei der Halbwahrheiten schön sämig ist. Dann serviere man ihn der Öffentlichkeit als feststehende Tatsache.

Das ist das Rezept für eine perfekte Medienkampagne, wie sie gerade die FDP erlebt.

Die Liberalen sollen nicht nur einen von langer Hand geplanten Verrat an ihren Koalitionspartnern begangen haben. Sie demonstrieren angeblich ihre niedere Gesinnung auch durch martialische Wortwahl und Wählertäuschung.

In einem internen Papier der Parteizentrale fand sich der Begriff «D-Day». Das sei doch «Kriegssprache», schleuderte die ARD-Moderatorin Jessy Wellmer dem Parteichef Christian Lindner entgegen. Wie die Liberalen dazu kämen, den Koalitionsbruch mit der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus zu vergleichen.

Es war weniger ein Interview als ein Verhör. ARD und ZDF sehen sich als heilige Inquisition – zumindest wenn es um bürgerliche Politiker geht. (...)

Entdeckt er einen Anlass, um die FDP niederzumachen, lässt der linksliberale Teil der veröffentlichten Meinung sämtliche Hemmungen fahren. (...)

Ohnehin sollte man den antiliberalen Furor in einem grösseren Zusammenhang sehen: Die kulturelle Hegemonie von Rot-Grün ist gebrochen. Deutschland wird konservativer.

Wokeness und Identitätspolitik haben ihren Zenit überschritten, [was sich auch an der deutlichen Niederlage der Demokraten in den USA ablesen lässt](#). Umso wichtiger ist es für die linksliberalen Kräfte, die öffentliche Meinung zu manipulieren. Es sind Rückzugsgefechte einer untergehenden Leitkultur.

Kommt hinzu, dass Liberale seit je einen schweren Stand haben. Prinzipien wie wirtschaftliche Freiheit oder Selbstverantwortung besitzen in Deutschland einen geringeren Stellenwert als Gleichheit und soziale Gerechtigkeit.

Die Selbstbeschränkung des Staates auf eine Rolle als Garant der freiheitlichen Rahmenbedingungen ist der deutschen Tradition wesensfremd. Das galt für den protestantischen Preussen Bismarck wie den katholischen Rheinländer Adenauer.

Der starke Staat interveniert und reguliert. Er greift selbst dort ein, wo Private es besser können. Das ist auch die Grundlage, auf der sich Union und SPD zu verständigen vermögen. Ein Beispiel hierfür ist die Industriepolitik, die Merkel genauso betrieb wie Scholz. (...)

CDU und SPD: zwei etatistische Parteien, die sich in der Frage unterscheiden, wo der Staat Prioritäten setzen soll.

Deutschland ist kein liberales Land. Zuerst kommt das Kollektiv, dann die individuelle Freiheit. (...)

Freier Wettbewerb schafft nicht mehr Sicherheit, im Gegenteil. Er geht mit Konkursen und Stellenabbau einher. Deshalb scheuen die Deutschen vor liberalen Ideen zurück, obwohl diese langfristig mehr Wert generieren als staatlicher Denkmalschutz für nicht mehr lebensfähige Industrien. (...)

Nur wer zur Disruption bereit ist, baut Neues auf. Lindner hat recht, wenn er Deutschland eine Prise Milei und Musk wünscht.

Doch der Zeitgeist ist gegen den Liberalismus. Die Linke verteidigt verbissen ihre zerbröselnde Vorherrschaft, die Konservativen spüren Aufwind.

Wenn die FDP aus dem Bundestag fliegt, dann liegt es an diesem Klima und nicht am Umgang der Partei mit einem verunglückten Strategiepapier oder an der Person des Vorsitzenden.

Für Deutschland wäre es ein Verlust. Diversität ist nicht nur ein wokes Modewort. Gerade in Politik und Wirtschaft ist die Vielfalt der Ideen überlebenswichtig. Schwarz-roten Einheitsbrei gibt es genug.

<https://www.nzz.ch/der-andere-blick/christian-lindner-und-die-fdp-das-d-day-papier-ist-nicht-das-problem-ld.1860768>

---

*Le Figaro, 6 décembre, article payant*

« Elle s'est engouffrée dans la brèche » : comment von der Leyen profite de la chute de Barnier pour imposer l'accord UE-Mercosur

DÉCRYPTAGE - La présidente de la Commission européenne est arrivée en Uruguay dans l'espoir de conclure, malgré l'hostilité d'Emmanuel Macron.



La présidente de la Commission européenne Ursula von der Leyen devant le Parlement de Strasbourg, le 27 novembre.  
Yves Herman / REUTERS

### Extraits:

L'affichage ne pourrait être plus défavorable à la France. À peine le gouvernement de [Michel Barnier tombé](#), la présidente de la Commission européenne est arrivée en Amérique latine pour finaliser l'[accord, tant décrié dans l'Hexagone, avec les pays du Mercosur](#) (Argentine, Bolivie, Brésil, Paraguay, Uruguay). Le sommet du Mercosur, à Montevideo, ce vendredi, était certes prévu de longue date et vu comme la dernière chance pour conclure enfin ce traité de libre-échange négocié depuis vingt-cinq ans. Mais Ursula von der Leyen a attendu le dernier moment pour informer de son déplacement sur place, alors que la France est en pleine crise politique.

Emmanuel Macron, accaparé par la [recherche d'un nouveau premier ministre](#), a été pris de court. Il n'a pu que se borner à rappeler en catastrophe à Ursula von der Leyen, lors d'un appel téléphonique durant son escale au Brésil, la position française selon laquelle le projet d'accord reste « *inacceptable en l'état* ». À l'Élysée, le sentiment de panique était palpable de voir, à la crise institutionnelle intérieure, s'ajouter une crise avec Bruxelles. Paris estime que la présidente de la Commission prend un risque sérieux en allant tenter de conclure un accord sans en avoir partagé le contenu avec les États membres et vérifié qu'il disposerait d'une majorité qualifiée pour le ratifier. (...)

« Von der Leyen s'est engouffrée dans la brèche de la chute de Michel Barnier, qui essayait de tenir en respect la Commission sur ce sujet, estime Céline Imart, eurodéputée LR, membre de la commission de l'agriculture. Lundi, les autorités françaises nous annonçaient que l'accord ne serait pas signé cette semaine. La voix de Macron est devenue inaudible. » La France est, depuis des mois, relativement isolée, avec l'Autriche, plus discrètement, dans son opposition à cet accord. Une majorité de pays, au premier rang desquels l'Allemagne, l'Espagne ou la Suède, sont pressés de conclure. (...)

« Le sommet du Mercosur à Montevideo vendredi est probablement la dernière chance de le faire », poussait la ministre des Affaires étrangères allemande, Annalena Baerbock, mardi. « La présidente de la Commission a un mandat pour le faire et devrait, à notre avis, l'utiliser. » (...)

La France a été confortée récemment par le ralliement de la Pologne et [espère toujours convaincre d'autres pays](#), dont l'Italie ou les Pays-Bas, de rejoindre le camp du non. Une minorité de blocage doit rassembler quatre pays représentant au moins 35 % de la population européenne. (...)

La Commission se targue d'avoir « *insisté dans les phases de négociations les plus récentes pour renforcer les aspects liés au climat, au développement durable et à l'environnement* », certaines des réserves émises par la France. Elle se dit « *optimiste* » de pouvoir « *répondre aux préoccupations de nos États membres* ». Paris réclame aussi des garanties pour les filières agricoles, un contrôle sanitaire des importations et des mesures « *miroir* » sur les conditions de production. « *L'opacité totale de la méthode utilisée par la présidente de la Commission européenne est très préoccupante, surtout au vu des tensions politiques significatives entourant cet accord commercial* », juge l'eurodéputé (Renew) Pascal Canfin, selon lequel « *rien n'est joué* ». (...)

<https://www.lefigaro.fr/conjoncture/elle-s-est-engouffree-dans-la-breche-comment-von-der-leyen-profite-de-la-chute-de-barnier-pour-imposer-l-accord-ue-mercosur-20241205>

---

BFM TV, 6 décembre, [libre accès](#)

Accord UE-Mercosur : Ursula von der Leyen assure que "la ligne d'arrivée" est "en vue"

La présidente de la Commission européenne a annoncé sa participation à un sommet du Mercosur, avec lequel l'Union européenne espère finaliser un accord de libre-échange.



**Ursula von der Leyen**   
@vonderleyen · [Suivre](#)



Touchdown in Latin America 

The finish line of the EU-Mercosur agreement is in sight.

Let's work, let's cross it.

We have the chance to create a market of 700 million people.

The largest trade and investment partnership the world has ever seen.

Both regions will benefit.

11:45 AM · 5 déc. 2024



[https://www.bfmtv.com/economie/entreprises/agriculture/accord-ue-mercosur-ursula-von-der-leyen-assure-que-la-ligne-d-arrivee-est-en-vue\\_AD-202412050471.html?at\\_brand=BFMTV&at\\_compte=bfbmbusiness&at\\_plateforme=twitter&at\\_campaign=Fan\\_pages&at\\_medium=Community\\_Management](https://www.bfmtv.com/economie/entreprises/agriculture/accord-ue-mercosur-ursula-von-der-leyen-assure-que-la-ligne-d-arrivee-est-en-vue_AD-202412050471.html?at_brand=BFMTV&at_compte=bfbmbusiness&at_plateforme=twitter&at_campaign=Fan_pages&at_medium=Community_Management)

---

L'Express, 4 décembre, [article payant](#)

Ouverture à la concurrence : le troublant double jeu de la SNCF

Entreprises. Très présente sur les marchés étrangers, la compagnie française freine des quatre fers l'arrivée de nouveaux rivaux sur ses terres.



La compagnie espagnole Renfe fait circuler ses trains sur les lignes Barcelone-Lyon et Marseille-Madrid, mais a été contrainte de retarder son arrivée à Paris.  
afp.com/OLIVIER CHASSIGNOLE

### Extraits:

Fin de semaine ordinaire dans le grand hall de la gare de Lyon à Paris. Une horde de cadres pressés de s'évader pour le week-end slaloment entre une foule compacte, bousculant au passage quelques retraités, l'air un peu perdu, le regard fixe sur le gigantesque panneau d'affichage. Plus loin, de jeunes parents, harassés, tirent de lourdes valises, chevauchés par des bambins fatigués. Dans un coin, un homme penché sur le clavier d'un piano en libre-service écorche un vieux tube d'Aznavour. Sur les quais, derrière les barrières de contrôle, trois "nez pointus" bleu, blanc et rouge, collés côte à côte, avalent et recrachent leurs passagers. Des trains à grande vitesse, en langage SNCF : un Ouigo azur serré contre un TGV Inoui blanchâtre qui fait de l'oeil à un Frecciarossa carmin de la compagnie italienne Trenitalia. Un condensé de la révolution qui débute tout juste sur le marché ferroviaire français et secoue la SNCF, ses habitudes, ses salariés, son pré carré.

Pour les 150 000 cheminots, l'ouverture à la concurrence a longtemps été synonyme de terra incognita dangereuse. L'énergie, les télécoms, les transports aériens y étaient pourtant passés, permettant dans la plupart des cas l'éclosion de nouveaux services et surtout des baisses de prix spectaculaires. Mais pas le train. La directive européenne détaillant le cadre de l'ouverture du marché européen remonte pourtant à 1991. Quatre paquets ferroviaires, dont le dernier date de 2006, ont détaillé par le menu les contours de cette libéralisation chère à la Commission de Bruxelles. L'Allemagne, l'Espagne, l'Italie, sans parler du Royaume-Uni ont sauté le pas mais la France a traîné des pieds pendant des années. (...)

De fait, si le marché est désormais ouvert, la réalité de la concurrence est encore peu visible du grand public. Cinq Frecciarossa seulement font quotidiennement l'aller-retour entre la capitale et Lyon. "Une poignée devrait relier Marseille à partir de l'été prochain si tout va bien. L'ouverture du marché français est lente, nous perdons de l'argent mais c'est tout à fait normal au début", commente, prudemment, Marco Caposciutti, le président France de la compagnie italienne. (...)

La concurrence, la SNCF ne la découvre pas aujourd'hui. Très tôt, sous la férule de l'ancien président Guillaume Pepy, l'entreprise est partie à l'assaut de l'étranger, grignotant des lignes à des compagnies nationales solidement

implantées. L'étranger représente désormais près de 30 % du chiffre d'affaires du groupe et un peu plus de la moitié de son bénéfice. Et la conquête n'est pas terminée. (...)

Offensif à l'étranger mais défensif dans l'Hexagone, voilà les deux visages de la SNCF. (...)

Pour accéder au réseau ferroviaire tricolore, il faut toutefois jouer des coudes et s'armer de patience. L'attribution des sillons s'effectue de manière annuelle et au compte-goutte. "Les possibilités d'augmenter leur nombre sont limitées en raison de la taille actuelle du marché", pointe l'économiste Marc Ivaldi. (...)

*Chaque train circulant en France doit par ailleurs disposer du système de signalisation KVB. Fabriqués par Alstom, ces équipements de sécurité ne sont plus vendus depuis plusieurs années... et SNCF Voyageurs a racheté les stocks restants. (...)*

Quand une compagnie a enfin réussi à trouver des trains en état, encore faut-il qu'ils soient homologués et certifiés pour rouler sur les rails français. Là encore, l'affaire tourne au tragicomique. C'est bien une agence indépendante - l'Etablissement public de sécurité ferroviaire - qui donne son blanc-seing mais sur la base de tests réalisés par deux sociétés - le Centre d'ingénierie du matériel et l'Agence d'essai ferroviaire - filiales, elles aussi, de la SNCF. Une spécificité très française. (...)

Pendant ce temps, l'argent file vite. "Pour entrer sur le marché, il faut au minimum 1 milliard d'euros", prévient Patricia Pérennes. Avec des retombées financières qui ne seront pas attendues avant plusieurs années. Midnight Trains avec son hôtel sur rail, Railcoop... Plusieurs start-up se sont déjà cassé les dents. Seule Proxima, créée par Rachel Picard, une ancienne de la SNCF qui a piloté la révolution Ouigo, a levé récemment 1,2 milliard d'euros. Le montant nécessaire pour attaquer les lignes à grande vitesse de l'ouest de la France. Kevin Speed, une autre jeune pousse, peaufine encore son tour de table. Sur son Olympe, la SNCF a le temps pour elle. Du moins, le croit-elle.

<https://www.lexpress.fr/economie/entreprises/ouverture-a-la-concurrence-dans-le-ferroviaire-le-double-jeu-de-la-sncf-RMVB5TY2VVGDCNMOJAMI3TVIY/>

---

*The Economist, 4 décembre, article payant*

Duties call : How painful will Trump's tariffs be for American businesses?

Their options range from hoarding goods and raising prices to rewiring supply chains



ILLUSTRATION: RICARDO REY

### Extractions:

In the weeks after Donald Trump's sweeping election victory, American companies sought to reassure investors that they were amply prepared for a [new round of tariffs](#). Some, like Stanley Black & Decker, a toolmaker, highlighted efforts to shift their supply chains away from China. Others, like Lowe's, a home-improvement retailer, pointed to processes they have put in place to deal with tariffs after Mr Trump's first term, during which levies were imposed on about \$380bn-worth of imports ranging from steel and aluminium to washing machines, mostly from China.

Yet the coming disruption may be more widespread and less predictable than many American businesses expect. On November 25th the president-elect announced on Truth Social, his social-media megaphone, that he would impose a 25% tariff on all products flowing from [Mexico](#) and Canada and raise the rate on goods from China by 10%. Mr Trump's intention to follow through with his threat against Mexico and Canada was then put into doubt by subsequent posts describing "wonderful" and "productive" meetings, respectively, with the leaders of the two countries.

That has not been comforting. If Mr Trump were to slap tariffs on America's northern and southern neighbours, the impact on American companies would be devastating. (...)

Among the hardest hit by the tariffs would be American carmakers. General Motors, for example, imports over half of the pickups it sells in America from Mexico and Canada. (...)

Companies can respond to tariffs in three ways. The first is to stockpile goods. (...)

The second option for companies is to pass tariffs on to customers by raising prices. (...)

The third, and most difficult, response is to rewire supply chains. New suppliers, once found, have to be tested and negotiated with, a process that can take years. (...)

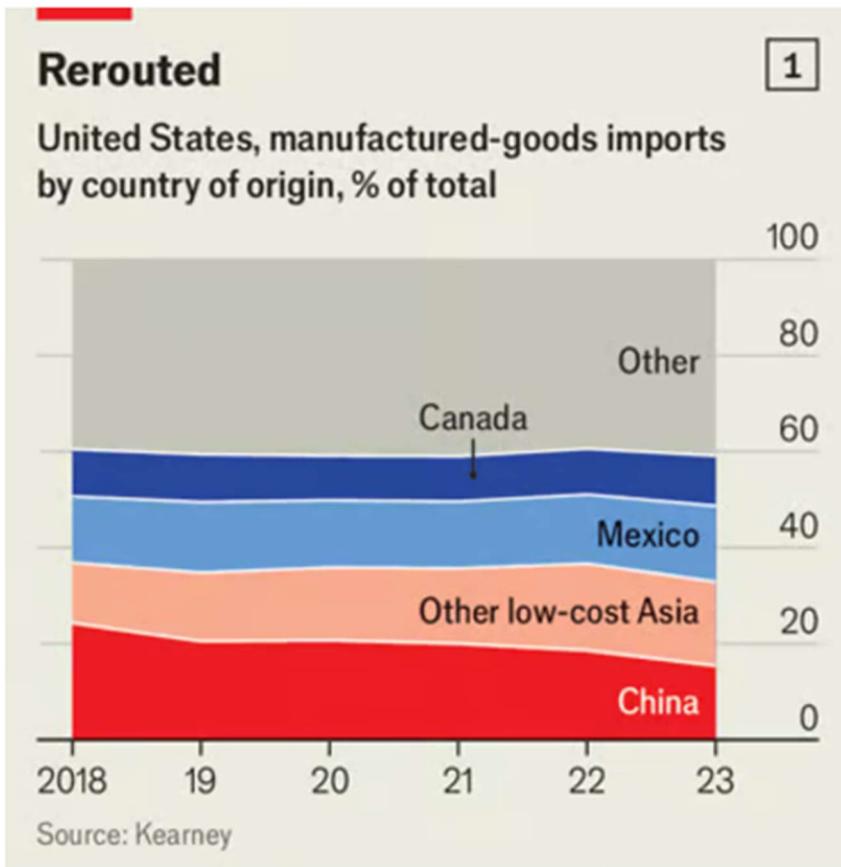


CHART: THE ECONOMIST

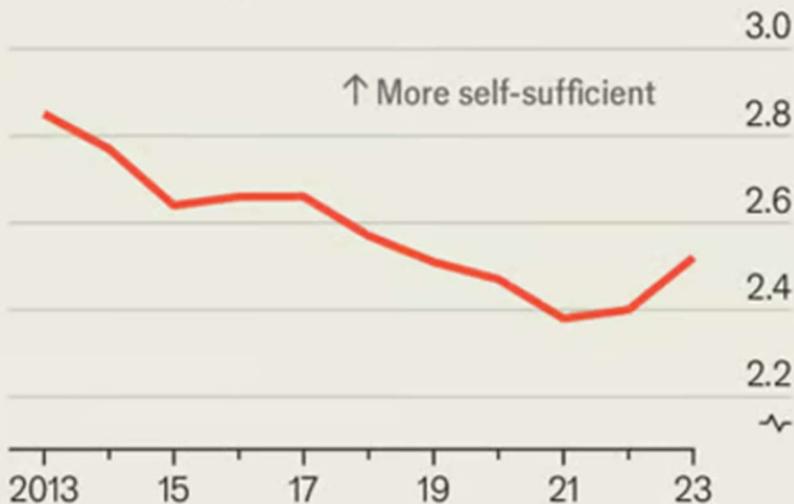
Yet shifting production away from China may not be enough. (...)

Mr Trump's protectionist ire is directed not just at China, but at all countries with which America has a trade deficit. As a result, companies that have shifted their supply chains to Mexico, Vietnam or other low-cost countries may be in for a bruising. Some may decide that the only safe option is to bring production back home. That is already happening in a few industries, including semiconductors. Spending on factory construction in America was \$172bn in the first nine months of this year, twice as much as in the same period in 2019, adjusting for inflation. A self-sufficiency index compiled by Kearney, calculated as America's manufacturing output (minus exports) as a ratio of imports (minus re-exports), has been ticking upwards since 2021, having fallen over the previous eight years (see chart 2). For many companies, though, making stuff in America will remain prohibitively expensive.

## Try it on my own

2

### United States, manufacturing self-sufficiency index\*



\*Manufacturing output (minus exports) as a ratio of manufactured imports (minus re-exports)

Source: Kearney

#### CHART: THE ECONOMIST

The coming wave of tariffs may thus prove even more painful for American businesses than the previous one. (...) Bosses will be watching Mr Trump's Truth Social account closely. ■

<https://www.economist.com/business/2024/12/03/how-painful-will-trumps-tariffs-be-for-american-businesses>

*Wall Street Journal, 4 décembre, article payant*

#### The Economic-Policy Contradictions of Donald Trump

The president-elect says he'll lower prices, but his other promises would raise them.

#### Extraits:

Many voters supported [Donald Trump](#) not as a disrupter of norms and institutions, but for policy reasons. They hired him to accomplish specific tasks, such as reducing prices, cutting taxes and halting illegal immigration. The incoming administration's success will depend on Mr. Trump's ability to accomplish these tasks. It won't be easy—in part because some of his policies contradict each other and could undercut these goals.

Take Social Security as an example. Mr. Trump [posted](#) on Truth Social this July: "SENIORS SHOULD NOT PAY TAX ON SOCIAL SECURITY!" This statement, which he repeated on the campaign trail, was popular because it seemed intuitive. Workers are taxed on their earnings throughout their working lives to pay for future Social Security benefits. Why should they be taxed again when they receive these benefits?

But it isn't that simple. (...)

Another bold promise—to cut electricity and other energy costs in half within 18 months of taking office—is at the core of Mr. Trump's strategy for lowering prices across the board. This pledge helped move millions of working-class voters into his column. But many fossil-fuel industry leaders don't [favor](#) his strategy of significantly boosting domestic production, and many energy experts [doubt](#) it will work. (...)

If Mr. Trump gave priority to reducing consumers' costs for big-ticket items, he would eliminate restrictions on the import of electric vehicles. China sells many such vehicles at substantially less than the average price of [Tesla's](#) U.S.-produced vehicles. But lowering import barriers would sound a death knell for the domestic auto industry.

This example illustrates a larger truth: Reducing prices often contradicts the goal of stabilizing and increasing domestic production. Protecting American industry can come at a substantial cost to the consumer. While Mr. Trump has said that "tariff" is the most beautiful word in the dictionary, many Americans consider "inflation" to be among the ugliest, and they voted for him believing he would rein it in. It'll be interesting to see how the new administration responds when the tension between two of its core promises—protecting American industries and lowering prices—becomes too great to ignore. (...)

Many other tensions exist within Mr. Trump's agenda. During his campaign, he promised the largest deportation of illegal immigrants in U.S. history. Doing so, he argued, would result in lower housing prices due to fewer immigrants competing with Americans for scarce housing.

But the result would likely be the opposite: a labor shortage resulting in fewer homes built and thus higher home prices. (...)

Mr. Trump is a mold-breaking leader, but voters will judge him on a traditional measure—his ability to deliver on the promises that propelled him to a second term. Tensions among these promises will complicate his task.

[https://www.wsj.com/opinion/the-contradictions-of-donald-trump-policies-prices-economy-trade-immigration-8342f713?mod=hp\\_opin\\_pos\\_2#cxrecs\\_s](https://www.wsj.com/opinion/the-contradictions-of-donald-trump-policies-prices-economy-trade-immigration-8342f713?mod=hp_opin_pos_2#cxrecs_s)

---

*Le Point, 3 décembre, article payant*

Trump va-t-il enterrer le libéralisme aux États-Unis ?

CHRONIQUE. Le libéralisme américain, victime de ses deux dérives, néo et woke, agonisait. Le retour de Donald Trump à la Maison-Blanche va l'achever.

Extraits:

Régulièrement, [Francis Fukuyama lance un grand débat](#) aux États-Unis. On se souvient de « la fin de l'histoire », ce constat établi en 1992 selon lequel la démocratie libérale et le capitalisme seraient devenus sans alternatives, à la suite de l'effondrement de l'Empire soviétique. On a moins retenu l'avertissement, lancé par Fukuyama en 2011, selon lequel la crise des subprimes allait mettre fin au « consensus de Washington » et reléguer la libre circulation des capitaux à travers le monde, ou encore des mises en garde, lancées plus récemment par ce professeur de la Johns-Hopkins, sur les risques que la politique des identités ou l'oubli de la dimension nationale faisaient courir aux partis de gauche.

Cette fois, Fukuyama tire les leçons de la réélection de Donald Trump dans un papier très commenté, publié par le [Financial Times](#). Examinons-en les thèses avant de regarder les réactions qu'il a suscitées. (...)

La première victoire de Trump, en 2016, pouvait passer pour une aberration, un accident de l'Histoire. (...)

Pour Fukuyama, cette seconde victoire marque la fin d'une époque et va entraîner la ruine d'[une idéologie : le libéralisme](#), dans la mesure où celui-ci est fondé sur la défense des droits de l'individu et la limitation du pouvoir à travers un mécanisme de contrepois (l'équilibre des pouvoirs) et de contrôle constitutionnel.

Le libéralisme aurait souffert de deux de ses récentes dérives : le [néolibéralisme](#), la doctrine qui « sanctifie les marchés », et le [libéralisme woke](#), dans lequel s'est engouffrée une partie de la gauche en adoptant « la politique des identités ». Les démocrates, devenus le parti des élites diplômées, ont abandonné les cols-bleus, imaginant les remplacer par de nouveaux électeurs, issus des minorités ethniques et sexuelles.

Selon Fukuyama, Trump va, cette fois, pouvoir réellement mettre en œuvre les politiques pour lesquelles il a été élu. Et elles sont foncièrement antilibérales.

Il va ériger autour de la forteresse Amérique une barrière protectionniste de droits de douane. Avec pour effet, un sérieux renchérissement de la vie quotidienne. Il va tenter d'expulser les immigrants illégaux. Mais comment déporter onze millions de personnes ?

Il va désengager les États-Unis de l'Otan, alors qu'aucune puissance européenne n'est capable de remplacer les Américains en tant que leader de l'organisation. (...)

« L'avenir est beaucoup plus ouvert et incertain que le laisse entrevoir cette sombre vision », lui rétorquait Ross Douthat dans une chronique du *New York Times*.

D'abord parce qu'un certain nombre d'électeurs ont voté pour Trump parce qu'ils ont eu le sentiment que c'était surtout de la gauche démocrate que montaient désormais une série de menaces contre les normes libérales : cancel culture, despotisme éclairé des élites, etc.

Oui, constate Douthat, nos démocraties sont entrées dans une nouvelle ère. (...)

Mais parallèlement, le « courant dominant » d'information et de culture, l'idéologie qui avait permis le rapprochement gauche/droite des années Clinton/Blair, sont à présent derrière nous. Internet et les réseaux sociaux ont miné cet ancien consensus : nous vivons désormais dans des bulles informationnelles. Et c'est sur les questions liées à l'immigration que cet ancien consensus a éclaté.

Enfin, l'état du monde démontre que les États-Unis ont cessé – s'ils l'ont jamais été – d'être « l'hyperpuissance » qui régent les relations internationales. Le « libéralisme musclé » des années 1990 est terminé. La mondialisation sous pilotage américain cède la place à la reconstitution de blocs économiques et militaires en conflit latent les uns contre les autres, la plupart sous hégémonie d'un régime autoritaire.

L'élection présidentielle américaine de cette année constitue bel et bien « un tournant historique majeur » selon l'ancien ministre (Vert) des Relations extérieures allemand Joschka Fischer. « Que les choses soient claires, un coup dévastateur a été asséné à la démocratie libérale aux États-Unis. » (...)

Pour lui, le probable lâchage de l'Europe par Trump devrait pousser le Vieux Continent à s'unir afin de constituer « une puissance militaire capable de protéger ses propres intérêts ». D'autres auteurs, comme Catherine Fieschi, redoutent un risque de contagion dans chacun de nos pays, un effet Trump sur les équilibres politiques intérieurs favorables aux partis populistes de droite.

[https://www.lepoint.fr/debats/donald-trump-ii-va-t-il-enterrer-le-liberalisme-aux-etats-unis-03-12-2024-2576967\\_2.php](https://www.lepoint.fr/debats/donald-trump-ii-va-t-il-enterrer-le-liberalisme-aux-etats-unis-03-12-2024-2576967_2.php)

### ***Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3 décembre, article payant***

Liberalismus-Forscher: „Eine Zukunft hat der Liberalismus nur in der Allianz mit den Grünen“

Die Liberalen in Deutschland stecken in der Krise. Der Historiker Alan Kahan erklärt, woran das liegt und warum er Christian Lindner zum Kirchenbesuch rät.



### Extraits:

Herr Kahan, in Deutschland kommt die [FDP](#) in manchen Umfragen nur noch auf drei Prozent. In den USA steht uns ein zutiefst illiberaler Präsident Donald Trump ins Haus. Warum sind liberale Ideen so unpopulär geworden?

Dazu müssen wir zunächst klären, was Liberalismus eigentlich ist. Die beste Definition, die ich kenne, stammt von der Politologin Judith Shklar, die in Lettland geboren wurde und später in [Harvard](#) lehrte: Liberalismus ist die Suche nach einer Gesellschaft, in der niemand Angst haben muss. Weder die Reichen noch die Armen, weder Weiße noch Schwarze, weder Männer noch Frauen, weder Hetero- noch Homosexuelle. Populismus ist zwar oft demokratisch, aber niemals liberal, weil immer irgendjemand Angst haben muss. Meistens sind das die Migranten, aber nicht nur.

Der Populismus gewinnt trotzdem an Zustimmung.

Es gibt eine Reihe von Gründen, warum die Antwort des Liberalismus darauf so schwach ausfällt. Im 19. Jahrhundert beruhte der Liberalismus auf drei Säulen: politische Freiheit, Märkte und schließlich Moral. Die Religion und der Liberalismus waren mal gute Freunde. Die Liberalen haben aber nach dem [Zweiten Weltkrieg](#) aufgehört, eine moralische oder religiöse Sprache zu verwenden. Der Populismus stößt in das moralische Vakuum, das der Liberalismus hinterlässt.

Was war anders, als der Liberalismus stärker war?

Die Liberalen hatten immer klare Gegner. Es gab drei große Wellen des Liberalismus. Im 19. Jahrhundert standen die Liberalen in der Mitte zwischen Revolutionären und Reaktionären. Um die Jahrhundertwende beschäftigten sie sich dann mit der Bekämpfung der Armut. Es kam zu einer Spaltung zwischen den klassischen Liberalen und den Sozialliberalen über die Frage, welche Rolle der Staat dabei spielen soll. Ab der Weltwirtschaftskrise bekämpften die Liberalen schließlich den Totalitarismus. Das waren Leute wie Friedrich von Hayek und die deutschen Ordoliberalen. Dieser Bewegung ging in den 1990er-Jahren mit dem Fall der Sowjetunion der Dampf aus. Von rechts hatten die Liberalen da schon lange keine wirklichen Gegner mehr. Man hatte sich mit der Rechten im Kampf gegen den Kommunismus verbündet.

Heute kommt wieder sehr viel Illiberalismus von rechts.

Ja. Zum ersten Mal seit dem Fall der Berliner Mauer hat der Liberalismus wieder zwei Feinde, links und rechts. Liberale haben komplett verlernt, wie man mit Feinden von rechts umgeht, und sie dachten, von links gebe es keine ernsthaften Gegner mehr. Das hat sich als völlig falsch herausgestellt. Den Liberalen ist die moralische Sprache abhandengekommen, die für Konservative von Bedeutung ist.

Was meinen Sie konkret?

Stellen Sie sich jemanden vor, der 18 Jahre alt ist. Liberale sagen: Du kannst machen, was du willst, weder Eltern noch der Staat dürfen dir Grenzen auferlegen. Da sagt der sich, das ist eine tolle Sache. Aber was soll ich denn tun? Soll ich die ganze Zeit mit Videospiele verbringen? Darauf haben die Liberalen keine Antwort. Sie sind ja für Autonomie. Der 18-Jährige braucht einen Rat: Was heißt es, ein gutes Leben zu führen? Der Liberalismus von heute kann ihm da nicht helfen. Die Liberalen des 19. Jahrhunderts dagegen hatten noch eine Menge Antworten auf solche Fragen. (...)

Ist Bildung die Lösung?

Das dachten die deutschen Liberalen schon im 19. Jahrhundert: Mit ein bisschen mehr Bildung machen wir aus den Leuten kritische liberale Denker. Der amerikanische Reformler John Dewey dachte, die Deutschen wären Hitler nur deshalb gefolgt, weil sie die falsche Art von Bildung hatten. Später dachte man, wenn erst einmal der Katholizismus verschwinde, würde sich das Problem von allein lösen. Nichts davon hat funktioniert. Die Finnen haben das beste Bildungssystem der Welt und trotzdem Populisten. Die Illiberalen werden immer bei uns sein. Liberale müssen einen Weg finden, damit umzugehen. (...)

Hatte der Liberalismus in Deutschland schon immer einen schwereren Stand als in anderen Ländern? Auch in der Weimarer Republik waren liberale Parteien relativ klein.

Weil ihnen die Schuld am Ersten Weltkrieg zugeschoben wurde. Man könnte aber auch argumentieren, dass Deutschland lange eine liberalere Gesellschaft war als zum Beispiel das Vereinigte Königreich. Dort gab es viel früher migrationsfeindliche Parteien. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die deutschen Liberalen einen wesentlichen Anteil an der Schaffung des Sozialstaats. Dabei sprachen sie auch immer eine moralische Sprache. Sie können Aussagen von [Ludwig Erhard](#) finden, in denen er die Konsumgesellschaft kritisiert. Der Liberalismus wollte damals die moralische Entwicklung anregen, es ging nicht nur darum, reich zu werden. Insofern: Die Grünen können sich auf Erhard berufen und die FDP auch. (...)

Was würden Sie anstelle von Christian Lindner tun, um noch einmal in den Bundestag zu kommen?

Ich würde den traditionellen liberalen Zweifrontenkrieg führen, gegen links und rechts zugleich. Ich würde sagen: Wir sind die einzige Partei, die für deutsche Werte steht, für die Werte der Sozialen Marktwirtschaft. Ich würde über Charakter sprechen. Und ich würde sagen: Eine liberale Politik ist das beste Mittel gegen Inflation. Ich würde wirtschaftliche Argumente machen und moralische. Und vielleicht in der einen oder anderen [Kirche](#) vorbeischaun.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/krise-der-fdp-eine-zukunft-hat-der-liberalismus-nur-mit-den-gruenen-110127914.html>

*Wall Street Journal, 7 décembre, article payant*

EU, South American Bloc Strike Free-Trade Pact

Preliminary deal to lower tariffs amid protectionist headwinds still needs approval from EU member countries



The agreement with Brazil, Argentina, Paraguay and Uruguay will bring benefits for consumers and business on both sides, the EU said. PHOTO: AMANDA PEROBELLI/REUTERS

Extraits:

Bucking a trend of antipathy toward free-trade agreements, the European Union struck a preliminary deal with a group of South American countries to cut tariffs and other trade barriers.

The political deal between the EU and the four countries that founded the Mercosur customs union—Brazil, Argentina, Paraguay and Uruguay—would become the EU’s largest free-trade agreement if it is ratified. It comes amid pledges from President-elect [Donald Trump](#) to impose [new tariffs on trading partners](#) that could redefine global trading patterns. The deal would cut tariffs on goods traded across more than 30 countries that are home to over 700 million people on both sides of the Atlantic. It is expected to save EU companies an estimated 4 billion euros, equivalent to about \$4.24 billion, in export duties a year, officials said.

The EU exported about €56 billion worth of goods to the four South American countries included in the deal and imported close to €54 billion worth of goods from those countries in 2023.

“This is a win-win agreement, which will bring meaningful benefits to consumers and businesses, on both sides,” European Commission President Ursula von der Leyen said. (...)

The deal reached Friday doesn’t guarantee that the agreement will be accepted by EU member states. Farmers in France and Poland [have long opposed a deal](#) with the South American countries over concerns about opening up European markets to Brazilian agricultural exports.

A close aide to French President Emmanuel Macron said Friday the deal remained unacceptable in its current form. (...)

Some European business groups and political leaders applauded the deal. German Chancellor Olaf Scholz said it would lead to more growth and competitiveness.

The BDI Federation of German Industries said the agreement offers a chance to diversify Europe’s access to critical raw materials and sends a message in support of free and rules-based trade.

Brazil's leftist President Luiz Inácio Lula da Silva, overseeing South America's largest economy, hailed Friday's accord as a milestone after negotiations "in which our countries have invested enormous political and diplomatic capital for almost three decades." (...)

[https://www.wsj.com/economy/trade/eu-strikes-trade-deal-with-mercosur-f026db01?mod=economy\\_lead\\_pos4](https://www.wsj.com/economy/trade/eu-strikes-trade-deal-with-mercosur-f026db01?mod=economy_lead_pos4)

---

*Le Point, 7 décembre, libre accès*

Mercosur : Ursula von der Leyen défie un Macron affaibli et passe en force

L'accord UE-Mercosur entre dans sa phase finale. Face à une France en crise, la Commission tente un passage en force. La bataille juridique et politique ne fait que commencer.



Ursula von der Leyen acte l'accord commercial entre l'Union européenne et l'Amérique du Sud. © Matilde Campodonico/AP/SIPA / SIPA / Matilde Campodonico/AP/SIPA

Extraits:

Ursula von der Leyen s'est envolée pour Montevideo une fois [le gouvernement Michel Barnier renversé](#), bien déterminée à conclure l'accord politique avec les pays du Mercosur malgré la très ferme opposition française. Et elle l'a fait ! « C'est le début d'une nouvelle histoire, lance-t-elle depuis la capitale de l'Uruguay. Cet accord est une victoire pour l'Europe. Trente mille entreprises européennes exportent déjà vers le Mercosur. Beaucoup d'autres suivront. » Les seules exportations vers le Brésil soutiennent 733 000 emplois européens.

La présidente de la Commission européenne estime que les dernières garanties obtenues, notamment sur l'action climatique, permettent de franchir le pas. Elle a notamment salué le courage du président Lula qui, au nom du Brésil, s'est engagé à cesser la déforestation de l'Amazonie à l'horizon 2030. Un lourd sacrifice pour le développement industriel du Brésil. Le texte intégral sera publié en début de semaine prochaine.

Naturellement, cet accord politique sur le Mercosur sonne comme un camouflet de plus pour Emmanuel Macron qui voit ses objections balayées par celle qu'il a portée, en 2017, sur le trône de l'Europe. Si durant le premier mandat de von der Leyen, il pouvait compter sur sa loyauté, désormais Ursula von der Leyen est libérée et agit selon sa conception propre des intérêts de l'UE. Elle prend ses responsabilités pleines et entières. Et les risques qui vont avec. (...)

Mais le chemin vers la ratification s'annonce semé d'embûches. (...)

Paris n'est plus isolé dans son opposition. La Pologne de Donald Tusk s'est rangée dans le camp des contestataires, ainsi que l'Autriche et l'Irlande. Les Pays-Bas affichent leur prudence, leur Parlement étant « très critique sur le volet agricole ». Une minorité de blocage pourrait se constituer au Conseil si l'Italie monte à bord du train des opposants. Giorgia Meloni est restée muette (...).

L'accord inclut des garanties inédites. L'Accord de Paris devient une « clause essentielle », permettant une suspension unilatérale en cas de violation. Les produits liés à la déforestation seront bannis et les normes sanitaires européennes à l'entrée des produits sud-américains dans l'UE resteront non négociables. (...)

« Oui mais comment expliquer aux agriculteurs français à qui on impose des standards haut de gamme qu'ils vont entrer en concurrence avec les Sud-Américains ? s'interroge-t-on chez les Français. Il faut de la réciprocité, sinon c'est suicidaire. » (...)

Le contexte géopolitique pèse lourd. La récente visite de Xi Jinping à Brasilia illustre l'offensive chinoise en Amérique latine. Pour l'UE, l'accord représente une sécurisation stratégique d'accès aux matières premières critiques (lithium, cuivre) et aux protéines végétales. Le Brésil contrôle notamment 88,8 % du traitement mondial du Niobium, dont l'UE dépend à hauteur de 82 % pour ses approvisionnements. L'Argentine, quant à elle, assure 11 % du traitement mondial du Lithium, un minerai crucial pour la transition énergétique. Le Brésil est également un acteur clé pour d'autres matières premières stratégiques : 10,4 % de l'extraction mondiale de bauxite, 7,5 % du graphite naturel, et 15,9 % de l'extraction mondiale du tantale. (...)

Pour ces matériaux critiques, l'accord interdit notamment la mise en place de monopoles d'exportation et l'imposition d'exigences de prix minimum. Les taxes à l'exportation seront largement supprimées, avec des exceptions limitées pour le Brésil, qui devra toutefois accorder des conditions préférentielles aux acheteurs européens. Pour les industriels européens, cela signifie un accès plus stable et plus prévisible aux ressources stratégiques, avec des droits de douane réduits qui renforceront leur compétitivité.

Ursula von der Leyen joue gros. En passant en force sur le Mercosur, elle affirme son autorité mais prend le risque d'une crise politique majeure. La bataille de la ratification ne fait que commencer.

[https://www.lepoint.fr/monde/mercosur-ursula-von-der-leyen-passe-l-accord-commercial-entre-l-union-europeenne-et-l-amerique-du-sud-06-12-2024-2577307\\_24.php](https://www.lepoint.fr/monde/mercosur-ursula-von-der-leyen-passe-l-accord-commercial-entre-l-union-europeenne-et-l-amerique-du-sud-06-12-2024-2577307_24.php)

---

---

*L'Express, 2 décembre, article payant*

Réformes : pourquoi la France devrait s'inspirer de Javier Milei

Tribune. La liste des mesures drastiques prises par le président argentin donne le vertige. Certaines résonnent particulièrement pour nous, Français.



Le président argentin, Javier Milei (à gauche), plaisante avec son homologue français Emmanuel Macron (à droite), lors du sommet du G20, le 18 novembre 2024, à Rio de Janeiro  
[afp.com/Pablo PORCIUNCULA](https://afp.com/Pablo PORCIUNCULA)

*Voir l'article du jour !*

<https://kinzler.org/wp-content/uploads/2024/12/2-decembre-2.pdf>

*The Economist, 29 novembre, article payant*

Lessons from a surprising experiment : Javier Milei: "My contempt for the state is infinite"

Argentina's president is idolised by the Trumpian right. They should get to know him better

*Extraits:*

Many people in America hope that the new Trump administration will take an axe to a bloated and overbearing government, cutting spending and rolling back regulation. Whether this goal is even plausible any more is a crucial question for America and the world, after two decades in which government debt globally has risen relentlessly, fuelled by the financial crisis of 2007-09 and the pandemic. For an answer, and a case study of taming an out-of-control Leviathan, head 5,000 miles south from Washington, where an extraordinary experiment is under way.

[Javier Milei](#) has been president of Argentina for a year. He campaigned wielding a chainsaw, but his economic programme is serious and one of the most radical doses of free-market medicine since Thatcherism. It comes with risks, if only because of Argentina's history of instability and Mr Milei's explosive personality. But the lessons are striking, too.

Listen to this story.

Many people in America hope that the new Trump administration will take an axe to a bloated and overbearing government, cutting spending and rolling back regulation. Whether this goal is even plausible any more is a crucial question for America and the world, after two decades in which government debt globally has risen

relentlessly, fuelled by the financial crisis of 2007-09 and the pandemic. For an answer, and a case study of taming an out-of-control Leviathan, head 5,000 miles south from Washington, where an extraordinary experiment is under way.

[Javier Milei](#) has been president of Argentina for a year. He campaigned wielding a chainsaw, but his economic programme is serious and one of the most radical doses of free-market medicine since Thatcherism. It comes with risks, if only because of Argentina's history of instability and Mr Milei's explosive personality. But the lessons are striking, too.

The left detests him and the Trumpian right embraces him, but he truly belongs to neither group. He has shown that the continual expansion of the state is not inevitable. And he is a principled rebuke to opportunistic populism, of the sort practised by Donald Trump. Mr Milei believes in free trade and free markets, not protectionism; fiscal discipline, not reckless borrowing; and, instead of spinning popular fantasies, brutal public truth-telling.

Argentina has been in trouble for decades, with a state that handed out patronage, politicians who lied and a central bank that printed money to paper over the cracks. To control inflation, its governments resorted to a blizzard of price controls, multiple exchange rates and capital controls. It is so far the only country in modern economic history to have tumbled from rich-world status back into the middle-income bracket.

Mr Milei was elected with a mandate to reverse this decline. His chainsaw has cut public spending by almost a third in real terms, halved the number of ministries and engineered a budget surplus. There has been a bonfire of red tape, liberating markets from housing rentals to airlines. The results are encouraging. Inflation has fallen from 13% month on month to 3%. Investors' assessment of the risk of default has halved. A battered economy is showing signs of recovery.

What is fascinating is the philosophy behind the figures. Mr Milei is often wrongly lumped in with populist leaders such as Mr Trump, the hard right in France and Germany or Viktor Orban in Hungary. In fact he comes from a different tradition. A true believer in open markets and individual liberty, he has a quasi-religious zeal for economic freedom, a hatred of socialism and, as [he told us in an interview](#) this week, "infinite" contempt for the state. (...)

Make no mistake, the Milei experiment could still go badly wrong. (...)

Perhaps the biggest lesson is about courage and coherence. Like them or not, Mr Milei's policies align with each other, which magnifies their effect. Unlike [Mr Trump](#), he has not promised to unleash the power of markets and consumers in one breath, and to protect businesses from competition in the next. By winning the argument for tough but vital reform, he has shown that voters used to sugar-coated banalities can in fact be trusted with hard truths.

Mr Milei, with his biker jackets, "anarcho-capitalist" mantra and explosive temper, is an unlikely saviour, and he may not save Argentina. But his attempt to confront, coherently and systematically, one of the most extreme incarnations of what is now a near-universal problem deserves to be watched closely around the world. Including in the White House. ■

<https://www.economist.com/leaders/2024/11/28/javier-milei-my-contempt-for-the-state-is-infinite>

---

*The Economist, 29 novembre, article payant*

Out of juice : Lessons from the failure of Northvolt

Governments blew billions on a battery champion. Time to welcome foreign investors instead



ILLUSTRATION: ROSE WONG

### Extraits:

It was supposed to be a battery pioneer, a symbol of European competitiveness and an example of industrial policy done right. Yet on November 21st Northvolt, Europe's best-funded startup, [filed for bankruptcy](#). A day later its boss and founder, Peter Carlsson, announced his resignation. What went wrong?

[Northvolt](#) certainly didn't fail for lack of investment. The firm raised \$15bn in total, including nearly \$5bn in grants and loans from the governments of Canada, the European Union, Germany, Poland and Sweden. Wall Street titans such as Goldman Sachs and BlackRock backed it. Big carmakers such as BMW, Scania and Volkswagen ordered more than \$50bn-worth of its products. VW was its largest investor.

But it struggled to get anywhere. Owing to incompetence and bad luck, its main battery factory in a remote part of Sweden operated at a small fraction of its capacity, incurring huge losses. Its managers were so eager to expand that they neglected the basics. Now Northvolt may be broken up for parts and pounced on by rivals, including Chinese ones.

Its failure holds lessons. First, investors should not take it for granted that when governments back an industrial champion, they will keep throwing money at it for ever. The banks that lent to Northvolt, the pension funds that bought its shares and the carmakers that lodged big orders for its batteries all did so on the assumption that it was as safe as a well-insulated wire. Even after its troubles became obvious, JPMorgan Chase and 24 other lenders announced a \$5bn loan earlier this year, the biggest green loan ever in Europe. Their faith in government may have cost them a fortune.

*Second, when politicians try to back national champions in areas where technology is rapidly evolving, they are likely to waste several electric lorryloads of taxpayers' money. That is especially true if the champion in question is far behind the market leaders. Governments often base their industrial policies on the "infant-industry" argument, which says that domestic firms in new industries need protection until they are viable. The trouble is, if they are too far behind, they may never catch up with their foreign rivals—and support may simply allow them to grow flabby. (...)*

There is a better way to nurture high-tech industries, which need not cost taxpayers anything. That is to smooth the way for foreign direct investment, a proven means to spread know-how from one country into another. America and the rest of the West have fallen behind China and other Asian countries in some crucial areas,

including large-scale chipmaking and clean technologies such as solar power and electric vehicles. The way to catch up is to let leading firms in those areas open factories in the West. TSMC, a Taiwanese company, is building what will probably be America's most advanced chip factory in Arizona, even as Intel struggles. CATL, a Chinese firm and the world's largest ev-battery-maker, is investing in Germany and Hungary; LG Energy Solution, a South Korean firm, is now the biggest maker of lithium-ion batteries in Europe. Asia learned from the West by welcoming its best companies. Now the West needs to learn from Asia. ■

<https://www.economist.com/leaders/2024/11/28/lessons-from-the-failure-of-northvolt>

*The Economist*, 29 novembre, article payant

In his words : An interview with Javier Milei, Argentina's president



PHOTOGRAPH: MARK PETERSON/REDUX/EYEVINE

A transcript of his meeting with our journalist

*Voir « Article du Jour »*

<https://www.economist.com/the-americas/2024/11/28/an-interview-with-javier-milei-argentinas-president>

---

*Le Point*, tribune, 29 novembre, article payant

Nicolas Baverez : Le Mercosur, bouc émissaire de la ruine de notre agriculture

Refuser le traité, c'est dire non à la concurrence et risquer d'accélérer notre perte de productivité agricole.



En vingt ans, la France est passée du 2<sup>e</sup> au 5<sup>e</sup> rang des exportateurs mondiaux de produits agricoles. © Céline Escolano

### Extraits:

(...) La mobilisation des agriculteurs est légitime, compte tenu de leur situation critique et de l'inaction des pouvoirs publics français pour y remédier. Mais sa cristallisation sur le Mercosur est absurde, illustrant la spirale perverse, entre corporatisme et démagogie, qui se trouve à l'origine de la chute de l'économie française.

Le calendrier retenu par la Commission européenne est assurément désastreux. Il entend forcer la signature d'un traité négocié depuis un quart de siècle au beau milieu d'un soulèvement de l'agriculture européenne contre la PAC, au cœur d'une année calamiteuse pour l'agriculture française marquée par une diminution de 25 % et 16 % de la production respective de blé et de vin (...).

Pour autant, la dénonciation unanime du Mercosur, des Insoumis au RN en passant par Emmanuel Macron, comme la surenchère de syndicats radicalisés par la perspective des élections aux chambres d'agriculture de janvier 2025, est aussi infondée que vaine.

Le Mercosur constitue le 5<sup>e</sup> marché du monde, avec 280 millions de consommateurs. Les parts de marché de l'Union y ont reculé de 35 à 17 % en vingt ans, principalement au bénéfice de la Chine. Le traité porte à 90 % sur les activités industrielles, quand son volet agricole est acté depuis 2019.

Alors même que l'Union et la France sont en excédent, le Mercosur permettra de relancer très fortement les exportations européennes dans l'automobile, la chimie, le textile ou la pharmacie, mais aussi dans les filières du vin, du lait et du fromage en raison de la réduction drastique des droits de douane, de 27 à 0 %.

Les importations agroalimentaires en provenance du Mercosur devront respecter les normes sanitaires et environnementales et feront l'objet d'un encadrement strict (99 000 tonnes pour le bœuf, 180 000 tonnes pour la volaille et pour le sucre, soit respectivement 1,6 %, 1,4 % et 1,2 % de la production de l'Union).

Alors même que l'Union et la France sont en excédent, le Mercosur permettra de relancer très fortement les exportations européennes dans l'automobile, la chimie, le textile ou la pharmacie, mais aussi dans les filières du vin, du lait et du fromage en raison de la réduction drastique des droits de douane, de 27 à 0 %. (...)

Enfin, le traité prévoit la protection de quelque 400 appellations européennes d'origine contrôlée. Les traités conclus précédemment avec le Canada et la Nouvelle-Zélande prouvent le caractère positif pour l'Union des traités commerciaux, puisqu'ils ont permis une hausse significative des excédents européens, y compris dans le domaine agricole.

Dans le contexte de l'éclatement de la mondialisation et de la montée des tensions géopolitiques, [le Mercosur présente également un intérêt stratégique](#). Il est déterminant pour la sécurité économique de l'Europe, en lui permettant d'accéder aux matières premières essentielles à la révolution numérique et à la transition écologique que la Chine cherche à monopoliser.

Il permet de ne pas abandonner l'Amérique latine à Pékin et de contrer l'alignement du Sud sur les empires autoritaires. (...)

Par ailleurs, les prises de position appelant la France à ne pas signer le traité Mercosur ou à exercer son droit de veto sont purement rhétoriques et déconnectées de la réalité. [La partie commerciale du traité relève de la seule compétence de la Commission](#) et d'un vote à la majorité qualifiée de 15 États sur 27 représentant 65 % de la population, sans nécessiter la ratification par les Parlements nationaux.

La France ne dispose donc d'aucun droit de veto et a fort peu de chances de réunir une minorité de blocage compte tenu de l'isolement que lui valent le discrédit d'Emmanuel Macron, le chaos institutionnel, l'effondrement de son économie et la perte de contrôle de ses finances publiques. (...)

L'intérêt général serait mieux servi par l'élaboration d'une stratégie de redressement de l'agriculture française, ancien pôle d'excellence de notre pays en voie d'extinction pour des raisons totalement étrangères au Mercosur. (...) Notre pays ne compte plus que 390 000 exploitations, dont près de 20 % sont en situation de faillite. Les exportations ont reculé du 2<sup>e</sup> au 5<sup>e</sup> rang mondial en vingt ans, largement derrière les Pays-Bas et l'Allemagne, tandis que les importations ont triplé. La France s'est enfermée dans le piège de la dépendance alimentaire, important désormais 20 % de sa consommation. (...)

Cette débâcle a pour cause non les accords de libre-échange mais l'effondrement de la compétitivité lié à une politique malthusienne, qui a érigé l'agriculture en laboratoire de la décroissance. (...)

La priorité a été donnée aux petites exploitations, souvent surendettées. La fiscalité, les charges sociales et les règlements ont explosé. L'innovation a été prohibée de jure ou de facto. (...)

Mieux vaudrait mener le vrai combat qui porte, au niveau national, sur la relance de la production – alors que 820 millions des 8 milliards d'hommes souffrent de famine – ainsi que sur le relèvement urgent de la compétitivité des exploitations et, au niveau européen, sur l'utilisation de la puissance du grand marché pour enrayer la dynamique délétère de la guerre commerciale.

[https://www.lepoint.fr/editos-du-point/le-mercrosur-bouc-emissaire-de-la-ruine-de-notre-agriculture-29-11-2024-2576664\\_32.php](https://www.lepoint.fr/editos-du-point/le-mercrosur-bouc-emissaire-de-la-ruine-de-notre-agriculture-29-11-2024-2576664_32.php)

---

*Le Point, 28 novembre, article payant*

Elon Musk, libertarien à géométrie variable



Le futur ministre de Trump est le piètre représentant d'une idéologie méconnue, mais qui gagnerait à être découverte en France, au-delà des caricatures.

*Article intégral en PDF :*

Erreur ! Nom du fichier non spécifié.

<https://kinzler.org/wp-content/uploads/2024/11/28-novembre-1.pdf>

---

*Le Monde, 27 novembre, article payant*

Accord UE-Mercosur : l'Assemblée nationale rejette le traité de libre-échange, mais pas à l'unanimité

Le gouvernement de Michel Barnier voulait pouvoir compter sur le vote le plus unanime possible afin de donner du poids à la position de la France au niveau européen. Mais les députés « insoumis » ne l'ont pas suivi.

Extraits :

L'Assemblée nationale a approuvé, mardi soir, la déclaration du gouvernement qui s'oppose à la signature de l'accord de libre-échange entre l'Union européenne et le Mercosur (le marché commun de cinq pays d'Amérique latine), dans sa version actuelle. 484 voix pour la déclaration et 69 contre. Le gouvernement n'a pas obtenu l'unanimité qu'il espérait.

C'est La France insoumise (LFI) qui a fait défaut. Les députés « insoumis » ont voté contre la déclaration, estimant que le gouvernement ne s'oppose au traité « *qu'en l'état* ». « *Il n'y a pas de bon accord Mercosur possible* », a asséné Arnaud Le Gall (LFI, Val-d'Oise). De fait, la ministre de l'agriculture, Annie Genevard, et celle du commerce extérieur, Sophie Primas, n'ont pas défendu une position contre le libre-échange. Comme le président de la République et le premier ministre, elles espèrent [l'inclusion de clauses miroirs](#) dans le projet d'accord, c'est-à-dire imposer aux producteurs du Mercosur les mêmes normes que celles auxquelles les producteurs européens sont soumis.

Comme attendu, dans le débat sur le fond, chacun est resté sur ses positions : la gauche s'opposant pour des questions sociales et environnementales ; l'extrême droite, pour des raisons principalement souverainistes ; la coalition présidentielle, bien qu'opposée à cet accord, a, elle, insisté sur le fait de ne pas rejeter par principe le libre-échange.

Mais ce n'était pas l'enjeu du jour. [Michel Barnier voulait, mardi, pouvoir compter sur le vote le plus unanime possible](#) de l'Assemblée nationale afin de donner du poids à la position de la France, jusque-là plutôt isolée au sein de l'Union européenne. (...)

[https://www.lemonde.fr/politique/article/2024/11/27/accord-ue-mercotur-l-assemblee-nationale-rejette-largement-le-traite-de-libre-echange\\_6416301\\_823448.html](https://www.lemonde.fr/politique/article/2024/11/27/accord-ue-mercotur-l-assemblee-nationale-rejette-largement-le-traite-de-libre-echange_6416301_823448.html)

---

*IREF / Contrepoints, 25 novembre, libre accès*

Monsieur Piketty, les riches paient bien beaucoup plus d'impôts que le reste de la population !

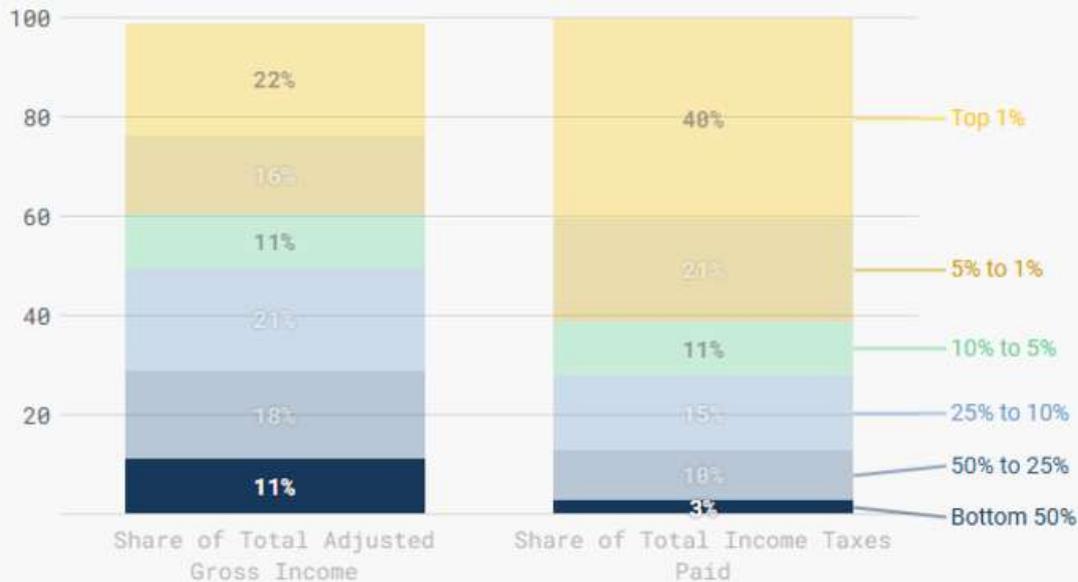
Extraits :

C'est l'une des marottes de [Thomas Piketty](#) : le système fiscal n'est pas suffisamment progressif et les riches ne paient pas plus d'impôts que les autres catégories sociales. Un exemple parfait serait selon lui fourni par l'Amérique. Or, il se trompe – une fois de plus. En réalité, en Amérique, le système fiscal est très progressif ainsi qu'une nouvelle [étude](#) vient de le confirmer. Les données de l'Internal Revenue Service (IRS ou l'impôt américain) pour l'année fiscale 2022 montrent que le 1 % des contribuables les plus riches a payé le taux moyen d'imposition sur le revenu le plus élevé, soit 26,1 %, ou sept fois le taux des contribuables les plus modestes. Le taux moyen d'imposition sur le revenu en 2022 était de 14,5 %. Grosso modo, le 1 % des plus riches représente 22,4 % du total des revenus mais paye 40 % du total de l'impôt sur le revenu (voir le graphique plus bas). Autre chiffre : les 50 % des plus riches de tous les contribuables ont payé 97 % de l'IR et les 50 % les plus pauvres, les 3 % restants.

Au total, le 1 % des contribuables les plus riches a payé plus d'impôts sur le revenu que les 90 % des revenus les moins élevés ! C'est-à-dire 864 milliards de dollars, tandis que les 90 % les moins élevés ont payé 599 milliards de dollars. Salauds de riches !

# Half of Taxpayers Paid 97 Percent of Federal Income Taxes

Shares of Adjusted Gross Income and Federal Income Taxes Paid by Income Group in 2022



Source: IRS, "SOI Tax Stats - Individual statistical tables by tax rate and income percentile."

[Embed](#) • [Download image](#) • [Get the data](#)

TAX FOUNDATION

<https://fr.irefeurope.org/publications/les-pendules-a-lheure/article/monsieur-piketty-les-riches-paient-bien-beaucoup-plus-dimpots-que-le-reste-de-la-population/>

*Le Point*, 24 novembre, article payant

L'encadrement des loyers, ou l'absurdistan d'Anne Hidalgo

LA CHRONIQUE DE WILLIAM THAY. L'encadrement des loyers a été contreproductif puisqu'il a créé une pénurie de logements. Cette mesure n'a fait que des perdants.

Extraits :

Environ 10 000 Parisiens quittent la capitale chaque année. Alors que le coût du logement est cité comme le premier motif de départ, la maire de Paris, Anne Hidalgo, a décidé d'encadrer les loyers. Une fausse bonne idée qui contribue à rendre la situation pire que le mal qu'elle prétend combattre.

L'encadrement des loyers veut imposer un prix en considérant que le propriétaire, mauvais par nature, profite de la situation. Il est vrai que le logement pèse de plus en plus dans les dépenses des ménages. En cinquante ans, selon le Centre de recherche pour l'étude et l'observation des conditions de vie (Crédoc), alors que les prix à la consommation ont été multipliés par 10, ceux des loyers ont été multipliés par 18.

Plutôt que de répondre à la cause du problème avec plus de locataires potentiels que de logements à louer, la mairie de Paris a décrété un encadrement des loyers, digne d'une économie administrée soviétique. (...)

L'encadrement des loyers a été contreproductif puisqu'il a créé une pénurie de logements alors qu'il devait aider les locataires à se loger. La région parisienne souffre d'une crise du logement qui résulte d'une inadéquation entre la demande et l'offre de logements. Selon l'Agence départementale d'Information sur le Logement (ADIL) de Paris, il y a 3,5 millions de logements dans le Grand Paris pour 7,2 millions d'habitants, contre 2 millions de logements dans le Grand Berlin pour 3,4 millions d'habitants !

Avec l'encadrement des loyers, on a amplifié la crise du logement avec un nombre d'appartements à louer qui a baissé de 50 % en un an. Donc pour soulager les locataires, on a réduit le nombre de logements disponibles à la location... (...)

Pourquoi l'encadrement des loyers ne crée-t-il que des perdants, que ce soit chez les propriétaires ou les locataires ? Pour les propriétaires, les rendements diminuent puisque les loyers progressent moins vite que le prix d'achat, les obligeant à aller chercher la rentabilité ailleurs (plus-value à la revente ou location saisonnière Airbnb). Pour les locataires, la mesure n'a pas enrayé le poids du loyer dans les dépenses contraintes, qui pèse toujours 35,8 % en 2021 pour un salaire médian de 2 600 euros à Paris. (...)

À Paris, Anne Hidalgo a créé un nouvel absurdistan : une administration dirigiste voire soviétique qui veut soulager les locataires, mais qui leur rend la vie plus difficile que jamais. Bilan de l'encadrement des loyers : une ville vide, désertée par des locataires qui n'arrivent pas à trouver un logement, des propriétaires qui ne veulent plus louer avec 130 000 logements vacants. Merci Anne !

\*William Thay est président du think tank [Le Millénaire](#).

[https://www.lepoint.fr/debats/l-encadrement-des-loyers-ou-l-absurdistan-d-anne-hidalgo-22-11-2024-2576038\\_2.php](https://www.lepoint.fr/debats/l-encadrement-des-loyers-ou-l-absurdistan-d-anne-hidalgo-22-11-2024-2576038_2.php)

---

*Le Point, 23 novembre, article payant*

Mercosur et libre-échange : « De quoi les Français ont-ils peur ? »

ENTRETIEN. L'essayiste Pierre Bentata juge irrationnel le rejet du Mercosur par les Français, une position qui reflète une méfiance envers le libre-échange.



Pierre Bentata, maître de conférences en économie à l'université d'Aix-Marseille, est l'auteur de plusieurs essais. © Hannah Assouline

Extraits :

(...) La quasi-unanimité politique, et aussi syndicale, à l'encontre du Mercosur interroge sur le rapport des Français avec le libre-échange. Le Ceta, accord économique et commercial entre l'UE et le Canada, en vigueur depuis 2017, avait lui aussi fait l'objet d'un puissant rejet. De quoi les Français ont-ils peur ? *Le Point* a posé la question à Pierre Bentata, essayiste libéral et maître de conférences en économie à l'université d'Aix-Marseille.

Le Point : Sous la pression des agriculteurs, l'essentiel de la classe politique s'est uni pour rejeter le projet d'accord commercial entre l'Union européenne et le Mercosur. Cette position vous paraît-elle rationnelle ?

Pierre Bentata : Elle ne l'est pas du tout. Lorsqu'on examine l'accord dans son ensemble, on constate que la zone concernée est déjà un marché où l'Union européenne est exportatrice nette. Certes, l'agriculture européenne pourrait ne pas tirer son épingle du jeu, mais des garde-fous ont été intégrés pour encadrer les exportations sud-américaines : quotas stricts et obligation de traçabilité garantissent que la viande importée respecte nos standards. Ainsi, l'argument avancé par certains politiques selon lequel « nos assiettes ne sont pas des poubelles » ne tient pas face aux faits.

Du côté de l'industrie, cet accord représente une opportunité exceptionnelle pour l'Europe. Il ouvrirait davantage le marché à l'exportation d'équipements, de machines et de produits de santé. Alors que l'on parle depuis des mois de réindustrialiser l'Europe et de mener des politiques industrielles ambitieuses, ce type d'accord constitue un levier concret pour atteindre ces objectifs... (...)

Cette réaction, si elle est émotionnelle, démontre-t-elle que les Français ont peur du libre-échange ?

Le libre-échange n'est pas un terme positivement connoté en France, ça c'est sûr. On est un des rares pays dans lequel la totalité du paysage politique, plus les syndicats et une partie de la population, a priori, est défavorable aux accords de libre-échange.

Preuve que cette réticence semble surtout franco-française : Emmanuel Macron a les pires difficultés à trouver des alliés en Europe pour constituer une minorité de blocage au Mercosur. La seule exception chez les « gros pays » européens, c'est le ministre de l'Agriculture en Italie. Mais ce n'est pas lui, le chef du gouvernement !

Quelles sont les origines de cette crainte qui entoure le libre-échange en France ?

À mon avis, il y a deux raisons principales. La première est historique et découle du mercantilisme, une vieille idée selon laquelle seules les exportations enrichissent un pays, tandis que les importations l'appauvrissent. Cela alimente une méfiance envers le libre-échange et les accords commerciaux, favorisant une vision autarcique de l'économie. Pourtant, cette approche, héritée de Colbert, a été largement discréditée : les pays qui se sont ouverts au commerce sont ceux qui ont connu le plus fort enrichissement.

La deuxième raison est contextuelle. Elle vient de [l'impression que la Chine triche avec le libre-échange](#) : dévaluation de sa monnaie, mesures protectionnistes et subventions à l'exportation. Cela donne l'idée que les termes de l'échange sont biaisés, que nous sommes perdants si nous jouons selon les règles. Cependant, la Chine, malgré ses entorses, n'a pas su développer une vraie classe moyenne et ses dévaluations affectent surtout sa propre population... (...)

Qu'est-ce que ces épisodes disent du lien qu'entretiennent les Français avec le libéralisme économique ?

Ce qui dérange dans le libre-échange, ce n'est pas sa liberté, mais l'échange lui-même. Nous avons une mauvaise compréhension de l'échange. Nous pensons que l'une des deux parties perd forcément, et nous en l'occurrence. Cette idée remonte à Aristote et à la chrématistique, selon laquelle payer quelque chose signifie perdre. De plus, l'idée d'interdépendance suscite un sentiment de faiblesse, alors qu'en réalité, l'échange crée une dépendance mutuelle. Aussi, dans une culture marquée par un État très centralisé, l'idéal d'autosuffisance est plus séduisant. Ce biais planificateur et interventionniste explique en grande partie notre méfiance envers les approches libérales.

Vous qui êtes libéral, comment procéderiez-vous pour réconcilier les Français avec le libéralisme économique ?

Cela me semble ambitieux... Il faudrait commencer par renforcer la culture économique des Français. Selon les enquêtes internationales, ils figurent parmi les plus mal classés sur la compréhension de notions de base comme le PIB, la croissance ou la valeur ajoutée. Cette méconnaissance rend alors difficile la compréhension des accords commerciaux et alimente une perception biaisée, où l'on perçoit davantage les pertes potentielles que les gains. (...)

La troisième solution serait de redonner confiance aux Français. La crainte du libre-échange repose avant tout sur la peur de la compétition. Or, le libre-échange permet justement de se mesurer à d'autres pour identifier où nous excellons et où nous devons nous améliorer. C'est un outil d'évaluation essentiel pour produire de manière efficace.

[https://www.lepoint.fr/debats/faut-il-avoir-vraiment-peur-du-mercosur-21-11-2024-2575971\\_2.php](https://www.lepoint.fr/debats/faut-il-avoir-vraiment-peur-du-mercosur-21-11-2024-2575971_2.php)

---

*L'Express, tribune, 22 novembre, article payant*

Retraites : la capitalisation, un vrai rêve marxiste ! Par Nicolas Bouzou

Economie. Notre chroniqueur soutient la proposition du sénateur Franck Dhersin d'introduire une dose de capitalisation. Idée partagée par l'économiste Bertrand Martinot, auteur d'une récente note sur le sujet.

Extraits :

Pure folie que de prétendre que l'on va revenir sur la courageuse réforme des retraites menée par Olivier Dussopt il y a dix-huit mois. Si l'on veut trouver un seul défaut à cette réforme, c'est d'avoir accordé, pour des raisons politiques, trop de concessions sur les dispositifs concernant les carrières longues, dispositifs qui coûtent cher. De fait, le régime de base pourrait être déficitaire dès cette année et il faudra remettre le couvert de la réforme d'ici quelques années. Encore une fois, il faudra trouver le moyen d'allonger la durée moyenne de cotisation. Encore une fois, la France sera bloquée plusieurs semaines. Encore une fois, le gouvernement sortira essoré de cette séquence, sans capacité à mener d'autres réformes. Et surtout, après la prochaine réforme, il faudra prévoir une autre prochaine réforme. Et oui, dans un pays où les gens vivent de plus en plus vieux et font de moins en moins d'enfants, un régime de retraite par répartition est amené à être réformé quasiment en continu pour décaler toujours plus tard l'âge moyen de départ en retraite à taux plein. Le mur de la démographie nous fait toucher du doigt les limites d'un système de pure répartition.

C'est la raison pour laquelle l'amendement présenté au projet de loi de financement de la sécurité sociale par le sénateur des Hauts-de-France, Franck Dhersin (Horizons), qui introduit une dose de capitalisation dans notre système, arrive à point nommé. Pour bien comprendre l'enjeu, on lira la note que Bertrand Martinot vient de publier pour la Fondation pour l'innovation politique (*La capitalisation : un moyen de sortir par le haut de la crise des retraites?*). Cet économiste souligne que le système français repose quasi exclusivement sur la répartition, avec 97,8 % des retraites financées par ce modèle. Ce choix se distingue des autres grandes économies, où la capitalisation occupe une place plus significative.

Résultat : des dépenses publiques de retraites en France parmi les plus élevées au monde (plus de 13 % du PIB), des cotisations très élevées (27,8 % des salaires bruts) qui pèsent sur la compétitivité des entreprises et un système qui creuse les inégalités patrimoniales. (...)

Bertrand Martinot rappelle un principe économique fondamental : le rendement du capital est structurellement supérieur à la croissance économique. Cet écart rend la capitalisation plus performante à long terme pour financer les retraites. Contrairement à une idée répandue, la capitalisation n'est donc pas plus risquée que la répartition, à condition de diversifier les investissements et de limiter les placements en actifs volatils, ce que la réglementation fera facilement. (...)

A l'heure où la gauche est intellectuellement défaite et où la droite est à court d'idées, l'introduction d'une dose de capitalisation, pour les futurs retraités mais surtout pour notre puissance économique, est une excellente proposition. Puisse l'amendement Dhersin passer le cap du 49.3!

<https://www.lexpress.fr/economie/politique-economique/retraites-la-capitalisation-un-vrai-reve-marxiste-par-nicolas-bouzou-DDDOC7M3VNFGTCL7J3FJYVFPWQ/>

---

*L'Express, entretien, 22 novembre, article payant*

Johan Norberg : "Vu de Suède, la position de la France sur le Mercosur est très déroutante"

Idées et débats. Pour l'essayiste libéral suédois, il y a en France "un réflexe pavlovien" à s'opposer à chaque traité de libre-échange, alors même que l'Europe doit saisir toutes les opportunités face à Donald Trump ou la Chine.

Extraits :

C'est un psychodrame bien français qui se répète à chaque traité de libre-échange. Alors que des agriculteurs français sont dans la rue pour protester contre un supposé "grand-remplacement" de la viande française par des boeufs brésiliens ou de la volaille argentine, l'ensemble de la classe politique s'oppose à l'accord UE-Mercosur, devenu le bouc émissaire de tous nos maux. (...) Pour l'économiste et essayiste suédois Johan Norberg, cette attitude de la France est très "déconcertante". (...)

L'Express : Toute la classe politique française, y compris Emmanuel Macron et Michel Barnier, s'opposent à l'accord de libre-échange avec le Mercosur. Le comprenez-vous?

Johan Norberg : Non, c'est très triste. Le commerce bénéficie de manière générale à l'économie, mais c'est d'autant plus le cas aujourd'hui, alors que nous, Européens, sommes pris en étau entre d'un côté la politique nationaliste et agressive du "America first" promue par Donald Trump, et de l'autre côté une Chine dont nous tentons de découpler notre économie pour limiter les risques. La voie pour s'en sortir passe justement par une coalition de partenaires désireux de collaborer avec nous à travers le monde. Le Mercosur est une opportunité pour cela. Ce marché commun en Amérique du Sud dispose des ressources minières dont nous avons besoin pour la transition énergétique, et notamment les batteries et panneaux solaires. L'accord permet de créer un marché conséquent, avec plus de 700 000 consommateurs et un cinquième de l'économie mondiale.

Mais les agriculteurs français ont l'impression d'être les grands perdants de cet accord, au profit de l'industrie automobile...

Quand on regarde les secteurs agricoles qui réussissent le mieux en Europe, ce sont justement ceux qui se montrent compétitifs et sont valorisés par le consommateur, même si les produits coûtent parfois plus cher du fait de leur qualité ou de leurs normes plus contraignantes en matière d'environnement. Je rappelle que l'agriculture française a grandement bénéficié du marché commun européen. Je parie qu'à l'époque, de nombreux agriculteurs y étaient opposés, avant de largement en profiter.

De manière générale, sur le long terme, nous devons en Europe avoir des emplois et des entreprises plus productives, avec des salaires plus élevés. C'est comme ça qu'on soutient d'autres secteurs de l'économie. La solution n'est en tout cas pas de stagner et de se recroqueviller sur nous-mêmes. Vendre des voitures - dont beaucoup sont d'ailleurs fournies par l'industrie française - à des marchés plus larges est aussi une façon de garantir nos niveaux de vie élevés, et donc de soutenir une agriculture de qualité. (...)

Les opposants à ce traité mettent en avant le fait que les pays d'Amérique latine n'ont pas les mêmes standards environnementaux ou de santé que nous, ce qui fausse la concurrence...

Je peux comprendre ces angoisses. Si nous avons des normes agricoles trop chères et strictes, il sera difficile d'être compétitif. Nous devrions parfois nous assurer que la réglementation européenne ne soit pas excessive. Elle est bien sûr importante quand il s'agit de la sécurité alimentaire, des antibiotiques donnés aux animaux, ou des règles pour lutter contre le réchauffement climatique. Mais nous ne sauverons pas le monde en nous contentant de ces normes à l'intérieur de la zone européenne. On aura un impact bien plus important si ces changements ont aussi lieu dans d'autres régions du monde. Grâce à la mondialisation, les pays à revenus faibles ou moyens sont en train de faire monter leurs normes environnementales ou sanitaires. (...)

La France mène l'opposition au sein de l'UE contre la signature de cet accord. Notre pays se distingue-t-il par sa méfiance par rapport au libre-échange?

Sur le Mercosur, la France est suivie par d'autres pays, comme l'Italie. Du point de vue de la Suède, on a parfois le sentiment que la France est toujours en première ligne pour faire de grands discours sur la puissance et l'indépendance européenne. Mais dès qu'il y a un accord négocié permettant de manière concrète d'augmenter

cette puissance européenne, la France s'y oppose. C'est très déroutant vu de l'étranger. C'est comme si votre pays manquait de confiance en soi culturelle et économique, et qu'il avait l'impression que son industrie ou son agriculture allaient s'effondrer en s'ouvrant au reste du monde. (...) La France a un vrai impact économique à l'étranger, mais dès qu'on veut faciliter ses exportations en rendant le monde encore plus ouvert pour les produits français, il y a un réflexe pavlovien conduisant à dire que ce serait néfaste pour votre pays. (...)

<https://www.lexpress.fr/idees-et-debats/johan-norberg-vu-de-suede-la-position-de-la-france-sur-le-mercotur-est-tres-deroutante-PXN3NTXD4FHRZGO3WKY2GOOVK4/>

*Wall Street Journal, 22 novembre, article payant*

### **The Irish Government Is Unbelievably Rich. It's Largely Thanks to Uncle Sam.**

A clampdown on global corporate tax dodging turned Ireland into the nouveau riche man of Europe



Ireland's economy is projected to grow 2.5% this year and close to 3% next year. PHOTO: PATRICK BOLGER/BLOOMBERG NEWS

#### Extraits :

The country currently [has so much money](#) it pumps cash into not one but two sovereign-wealth funds. It is so flush that the budget watchdog doesn't warn about not having enough money but rather that the government is spending so much that it could overheat the economy.

In Dublin, authorities are building what might become the world's most expensive children's hospital. There are plans for a motorway to link Cork and Limerick, new flood defenses in Shannon and floating wind farms off the south coast. Outside the parliament sits a new bike shed that cost half a million dollars, houses 36 bikes and doesn't keep out the rain. The state is spending \$10 million to get children off their phones at school, including mass-buying magnetic pouches to lock the devices away so they don't get distracted.

“The good times are back,” says Pat Woods, as he stretches his arms out over the red leather banquette of his pub the Dame Tavern in central Dublin. “Everything is flying.” Standing in a nearby street sucking on a vape, a local hairdresser marvels at what is unfolding. “The spending is wild,” he says.

Helping fund this largess is the U.S. tax system and an unexpected side effect of a global [clampdown on corporate tax dodging](#). The U.S. government and the European Union spent the past decade changing laws and pressuring big multinationals not to book profits in offshore jurisdictions, such as the Cayman Islands, where they have no operations and pay no corporate tax. So now many U.S. companies are doing the next best thing: parking their international profits in low-tax Ireland where they employ some people and pay some tax. Among those known to use Ireland are [Apple](#), [Alphabet](#)’s Google, [Microsoft](#) and [Pfizer](#).

The result is a vast windfall for a country of 5.4 million people. Ireland, which now offers a headline 15% corporate tax rate to big companies compared with 21% in the U.S., expects in 2024 to have raked in 37.5 billion euros, equivalent to \$39.6 billion, in corporate tax revenue, up from €4.6 billion a decade earlier. That works out at around \$7,300 per person. In the neighboring U.K., corporation tax generated around \$1,300 a head in fiscal 2024.

A country that was once famed for mass emigration—and nearly went bankrupt 15 years ago following a banking crisis—is now importing workers to build everything from wind farms to houses amid surging demand, [a shift in economic fortunes](#) almost unimaginable a generation ago. “Historically Ireland had loads of people and no money,” says Seamus Coffey, chair of the Irish Fiscal Advisory Council. “Now we’ve loads of money and not enough people.” (...)

The Irish government predicts the scale of this tax windfall will moderate in coming years. This year’s record haul was plumped up after the EU’s top court demanded that [Apple pay Ireland \\$14.5 billion of unpaid taxes](#) accumulated over more than a decade—a ruling Ireland actually opposed, saying it wasn’t owed the money.

As the U.S. deficit continues to swell, there may be an appetite to revisit current U.S. tax arrangements to try to rake in some more tax revenue, says Brad Setser, a senior fellow at the Council on Foreign Relations. (...)

[https://www.wsj.com/world/europe/the-irish-government-is-unbelievably-rich-its-largely-thanks-to-uncle-sam-92494310?mod=hp\\_lead\\_pos6](https://www.wsj.com/world/europe/the-irish-government-is-unbelievably-rich-its-largely-thanks-to-uncle-sam-92494310?mod=hp_lead_pos6)

---

*Le Figaro, 22 novembre, article payant*

**«J’ai l’impression qu’il y a une certaine pression sur ce dossier» : l’offensive de la France contre le Mercosur irrite à Bruxelles**

DÉCRYPTAGE - Plusieurs pays européens, dont l’Allemagne, veulent signer au plus vite. La Commission s’inquiète de l’hostilité de Paris.



Des agriculteurs devant la préfecture de la Haute-Vienne, à Limoges, pour protester contre un accord commercial entre l'Union européenne (UE) et les pays du Mercosur, mardi 19 novembre 2024. Stéphane MAHE / REUTERS

### Extraits :

L'offensive française pour tenter de bloquer un accord commercial avec les pays du [Mercosur](#) (Argentine, Brésil, Bolivie, Paraguay, Uruguay) inquiète, voire exaspère, nombre de ses partenaires européens. À commencer par l'Allemagne. Le chancelier Olaf Scholz ne prend pas de gants pour pousser ce dossier, qui s'ajoute à la longue liste des [points de friction](#) de son pays avec la France. « *J'ai l'impression qu'il y a une certaine pression sur ce dossier. Il faut en finir maintenant et nous serons aux côtés de l'UE lorsqu'elle présentera un accord* », s'est-il impatienté, cette semaine, en marge du sommet du G20, au Brésil.

« *Nous avons transféré à l'UE le pouvoir de négocier des accords commerciaux, pas dans l'objectif de conclure moins d'accords, mais d'en conclure davantage* », a ajouté le chef du gouvernement allemand. Les ministres du commerce extérieur des Vingt-Sept ont pu confronter leurs points de vue lors d'une réunion à Bruxelles, ce jeudi. La française Sophie Primas espérait avoir « *un dialogue de persuasion avec (ses) collègues européens sur la question du Mercosur* ». Si la France cherche des alliés pour constituer une [minorité de blocage](#), c'est loin d'être gagné. L'Autriche, très discrète sur la question, serait dans son camp. La Pologne a exprimé des réserves, au nom de ses agriculteurs. La position de l'Italie n'est pas tranchée. (...)

Depuis sa création, l'Union européenne s'est imposée comme un géant commercial. Près de la moitié de ses échanges sont régis par 44 accords de libre-échange avec 66 pays. Mais, depuis plusieurs années, ses parts de marché dans le commerce international reculent. Outre avec le Mercosur, les négociations patinent également avec l'Inde, l'Indonésie, la Thaïlande, les Philippines ou l'Australie. Sans parler de l'absence d'accord avec ses deux principaux partenaires, les États-Unis et la Chine. « *Nous devons maintenir notre ouverture au monde et développer davantage notre réseau d'accords de libre-échange, à la fois pour les opportunités qu'ils offrent à nos exportations et pour diversifier nos approvisionnements* », plaide Valdis Dombrovskis, vice-président de la Commission en charge du Commerce.

Ses services envisagent avec effroi un nouvel échec avec le Mercosur faute de consensus politique, après avoir tant bien que mal réussi à garder les interlocuteurs sud-américains à bord des négociations, malgré les multiples exigences nouvelles des Européens, en particulier de la France, pour y intégrer les accords de Paris sur le climat ou la déforestation. Au-delà de ce traité controversé, ce sont les grandes ambitions géopolitiques de l'Union européenne qui seraient remises en cause. Pendant ce temps, Pékin est à l'offensive en Amérique latine, pour nouer des partenariats dans les mines, les ports, les infrastructures.

*Le Point*, 21 novembre, article payant

## Quand l'opulence engendre la haine de soi

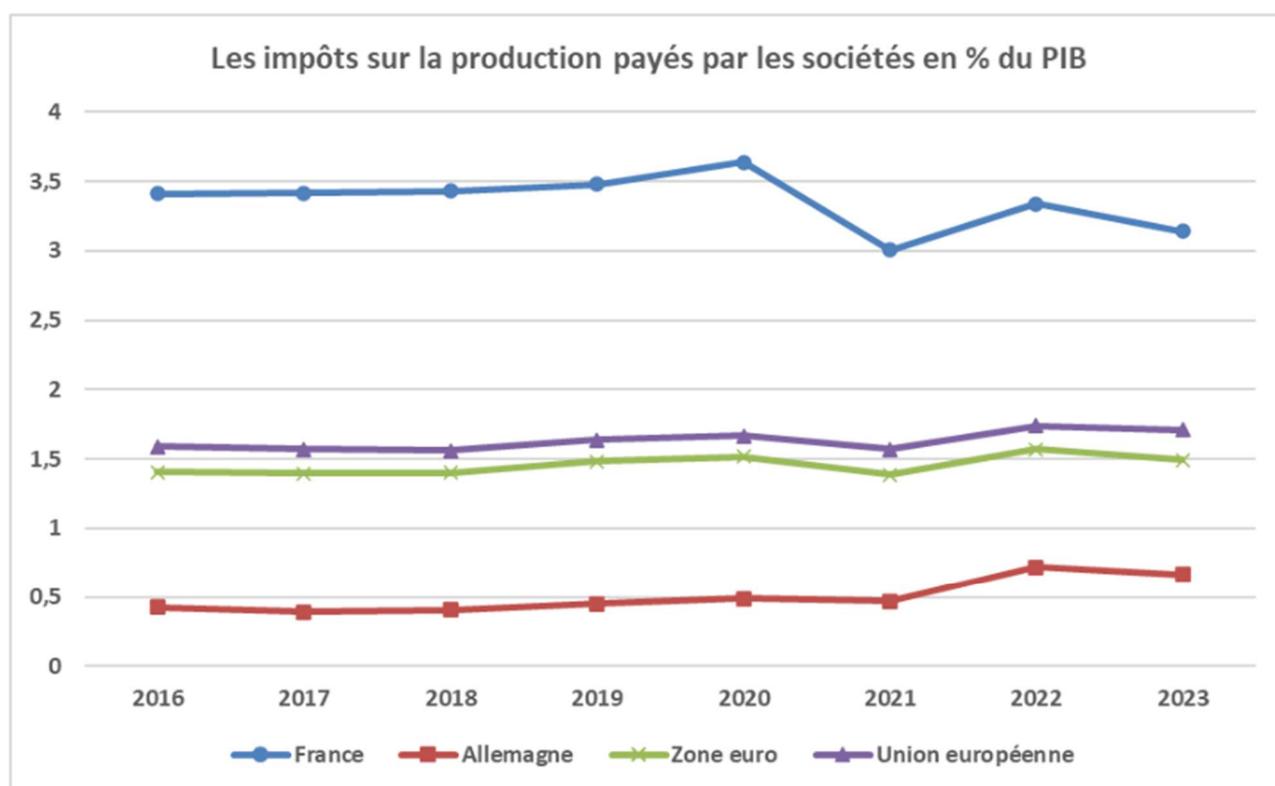
LA CHRONIQUE DE FERGHANE AZIHARI. Dans un livre à succès, le philosophe japonais Kohei Saito plaide pour un « communisme décroissant ». Verbeux et incohérent.



[Lire l'article complet ici:](#)

*Fipeco*, 21 novembre, *libre accès*

## Les impôts sur la production de 2016 à 2023



Source : Eurostat, FIPECO.

### Extraits

Une baisse des impôts sur la production a été engagée en 2021, avec notamment une forte diminution du taux de la cotisation sur la valeur ajoutée des entreprises (CVAE). Cette note fait le point sur la nature et le

rendement des impôts sur la production en 2023 puis sur leur évolution de 2016 à 2023, en France et dans les autres pays européens. L'intérêt d'une suppression de la CVAE est examiné dans une [autre note](#) sur ce site.

Les impôts sur la production constituent une catégorie d'impôts, en comptabilité nationale, qui comprend deux sous-catégories : les impôts sur les salaires (54,8 Md€ en 2023) et les « impôts divers sur la production » (75,6 Md€), qui eux-mêmes comprennent les impôts fonciers et d'autres impôts prélevés sur des assiettes très diverses. Leur produit total s'est élevé à 130,3 Md€ en 2023 (4,6 % du PIB) et les entreprises en ont payé 90,2 Md€ (3,2 % du PIB). Ils sont souvent affectés à des administrations publiques locales.

Leur produit est passé de 108,8 Md€ en 2016 à 130,3 Md€ en 2023 (+ 19,8 %), ce qui correspond à une légère baisse en pourcentage du PIB (de 4,9 % à 4,6 %). Les impôts sur la masse salariale se sont accrus de 12,0 Md€ (+ 28,0 %) et les impôts divers sur la production, dont la CVAE fait partie, ont augmenté de 9,6 Md€ (+ 14,5 %).

Malgré la réforme engagée en 2021, les impôts sur la production payés par les entreprises ont augmenté de 77,6 Md€ en 2016 à 90,2 Md€ en 2023 (+ 16,2 %), mais ils ont légèrement diminué en pourcentage du PIB, de 3,5 % en 2016 à 3,2 % en 2023.

Le poids total des impôts sur la production en 2023 est nettement plus élevé en France (4,5 % du PIB selon Eurostat) que dans la moyenne de la zone euro (2,2 % du PIB) ou de l'Union européenne (2,4 % du PIB) et qu'en Allemagne (0,9 % du PIB). Ce poids est toutefois beaucoup plus important en Suède (10,5 % du PIB) du fait des impôts sur les salaires (9,0 % du PIB) qui y remplacent des cotisations sociales. Les impôts sur les salaires et les taxes foncières en France sont supérieurs aux moyennes européennes mais les autres impôts divers sur la production en sont inférieurs.

Les impôts sur la production payés par les sociétés (donc hors entreprises individuelles) ont représenté 3,1 % du PIB en France en 2023 alors que la moyenne était de 1,5 % pour la zone euro et 1,7 % pour l'Union européenne et qu'ils représentaient seulement 0,7 % du PIB en Allemagne. La France est au deuxième rang derrière la Suède (7,3 % du PIB).

De 2016 à 2023, ces impôts payés par les sociétés ont diminué de 0,3 point de PIB en France alors qu'ils ont augmenté de 0,1 point en moyenne dans la zone euro et dans l'Union européenne et de 0,3 point en Allemagne. Il y a donc eu un début de rapprochement des autres pays européens.

<https://fipeco.fr/#news-content>

---

*L'Opinion, éditorial, 19 novembre, article payant*

## **Le Mercosur, bouc émissaire d'une agriculture à la dérive**

A vrai dire, l'agriculture et l'industrie agroalimentaire souffrent, comme le reste de l'économie, d'un « modèle français » à bout de souffle...

### Extraits :

Heureusement qu'il y a le Mercosur ! Les élus français font bloc. Le duo exécutif aussi. Tous contre l'accord de libre-échange entre l'Europe et l'Amérique du Sud. Tous pour nos agriculteurs, de nouveau prêts à en découdre. Et sans doute tous satisfaits d'avoir trouvé un bouc émissaire pour mieux dissimuler leur propre responsabilité dans la faillite de la Ferme France. Car la première puissance agricole européenne, déclassée à l'export, n'est plus que l'ombre d'elle-même. Sa compétitivité s'est effondrée de notre seul fait, de notre seul aveuglement. Après vingt ans d'abandon, elle est au bord du décrochage.

La ministre du Commerce extérieur dénonce l'incohérence d'un accord antinomique avec le Pacte vert. Soit, mais où est la cohérence lorsque Paris interdit des substances actives encore autorisées chez nos concurrents de l'Union européenne et en Ukraine ? La ministre met en garde contre la fragilisation de certaines filières – à raison pour le boeuf, la volaille et le sucre – au nom de la souveraineté alimentaire. Soit, mais que n'alerte-t-elle sur une dépendance alimentaire exponentielle, puisque le pays importe désormais 20 % de sa

consommation, et 70 % de ses fruits – du jamais vu

! A vrai dire, l'agriculture et l'industrie agroalimentaire souffrent, comme le reste de l'économie, d'un « modèle français » à bout de souffle : coût du travail excessif, montée en gamme ratée, fiscalité asphyxiante, productivité en berne, surtranspositions de normes communautaires, bureaucratie tatillonne, politiques contradictoires... Impérative dans le cadre de la transition écologique, la transformation du secteur mérite mieux qu'un déni sur les causes de son déficit de compétitivité et qu'une fixation sur le Mercosur. Là comme ailleurs, la France s'isole dans le concert européen en défendant un logiciel obsolète. Au risque d'ajouter à l'impuissance l'humiliation.

<https://www.lopinion.fr/politique/le-mercotur-bouc-emissaire-dune-agriculture-a-la-derive>

*Neue Zürcher Zeitung, 20 novembre, article payant*

## Das sind die einflussreichsten Ökonomen Deutschlands – ein Ranking

Eine Auswertung, die der NZZ exklusiv vorliegt, zeigt, welche Experten die Debatten über Schuldenbremse, Bürgergeld und Rente prägen. In der Politik stossen sie dennoch häufig auf taube Ohren.

### Das sind Deutschlands meistzitierte Ökonomen

Anzahl der Zitate in deutschsprachigen Leitmedien zwischen Juli 2023 und Juni 2024



Umfasst alle wirtschaftlichen und politischen Themenfelder  
Quelle: Media Tenor

NZZ / fsl.

<https://www.nzz.ch/international/deutschland-ranking-der-nzz-das-sind-die-einflussreichsten-oekonomen-der-republik-ld.1857843>

*Neue Zürcher Zeitung, 20 novembre, article payant*

### «Der Spott des deutschen Kanzlers verrät seine Unsicherheit»

Im Interview sprechen die Ökonomen Veronika Grimm und Clemens Fuest über das schwierige Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in Deutschland, über die Renaissance der Planwirtschaft und die Frage, warum auch Unternehmer nicht immer Fans des freien Marktes sind.

#### Extraits:

(...) Klingt so, als gäbe es in Deutschland ein besonders angespanntes Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft . . .

Fuest: Denn das würde auch bedeuten, dass man unangenehme Wahrheiten ausspricht. Nehmen Sie das Renteneintrittsalter: Natürlich muss es bei steigender Lebenserwartung steigen. Aber gerade Menschen mit niedrigem Einkommen, die oft auch kürzer leben, würden dadurch besonders belastet. Sie hätten im Verhältnis viel weniger von ihrer Rente. Die Wissenschaft kann solche Effekte beschreiben – aber wie man die Lasten des

demografischen Wandels fair verteilt, das muss die Politik entscheiden. Bisher drückt sie sich vor dieser Debatte. (...)

Wenn man sich die aktuelle Wirtschaftspolitik anschaut, fällt auf: Der Staat will – von der Energiewende bis zum Wohnungsbau – wieder überall mitmischen. Woher kommt dieses neue Vertrauen in staatliche Planung?

Grimm: Das hat viel mit der Sehnsucht nach Kontrolle zu tun. [Nehmen Sie das Lieferkettengesetz](#): Wir wollen, dass alle Produkte, die wir konsumieren, unter moralisch einwandfreien Bedingungen hergestellt werden – aber bitte, ohne dass es mehr kostet. Das ist natürlich eine Illusion. Die Realität ist komplexer. Wenn wir zu strenge Regeln aufstellen, ziehen sich Unternehmen aus einigen Entwicklungsländern zurück. Dann fallen dort Arbeitsplätze weg. Damit sind wir erneut bei den unbequemen Wahrheiten.

Fuest: Wir beobachten einen regelrechten «Neodirigismus», also den Versuch, die Wirtschaft bis ins kleinste Detail zu steuern. Ein Beispiel ist die EU-Taxonomie für nachhaltige Finanzen: Die EU will jeden Wirtschaftszweig als nachhaltig oder nicht nachhaltig einstufen – wie in einer Planwirtschaft. Das scheitert gerade spektakulär. Plötzlich merkt man: Ups, die Rüstungsindustrie haben wir als nicht nachhaltig eingestuft, brauchen sie aber doch. (...)

Sie beide warnen vor zu viel Staat. Aber gerade in Krisenzeiten scheint der Ruf nach dem Staat ja fast unvermeidlich.

Grimm: Im schlimmsten Fall führt die Regelwut zu «Interventionsspiralen»: Der Staat greift ein, das führt zu Problemen, also muss er noch mehr eingreifen. Beim Wohnungsmarkt zum Beispiel: Erst kommt die Mietpreisbremse, die den Neubau unattraktiv macht. Dann braucht es Subventionen für den Wohnungsbau. Dann muss reguliert werden, wer welche Wohnung bekommen darf. Am Ende wird alles nur teurer und komplizierter. (...)

Also zurück zu den bewährten Rezepten der Sozialen Marktwirtschaft?

Fuest: Reine Nostalgie hilft nicht weiter. Die Welt hat sich fundamental verändert. Wir stehen vor neuen Herausforderungen wie Klimawandel und technologischem Umbruch. Aber wir können von den Grundprinzipien lernen: Märkte und staatliche Regeln intelligent kombinieren, statt in ideologische Grabenkämpfe zu verfallen.

Grimm: Vielleicht sollten einige Politiker in den Ferien mal wieder einen Blick in die Klassiker von Friedrich August von Hayek oder Walter Eucken werfen – grosse Ökonomen, die früh vor zu viel staatlicher Kontrolle gewarnt haben. Nicht um alle ihre Ideen zu übernehmen, aber um zu verstehen: Eine freie Gesellschaft braucht auch wirtschaftliche Freiheit.

<https://www.nzz.ch/international/der-spott-des-deutschen-kanzlers-verraet-seine-unsicherheit-ld.1857873>

---

*IREF / Contrepoints, 19 novembre, [libre accès](#)*

## **Loi anti-Airbnb : la gauche aime tellement les pauvres qu'elle en fabrique**

Extraits :

Le 7 novembre, le parlement a adopté la loi dite « anti-Airbnb », proposée par la députée Renaissance Annaïg Le Meur. Conçue pour résoudre la [crise du logement](#) dans certains territoires, elle durcit les obligations qui pèsent sur les propriétaires (liste non-exhaustive) :

- les nouveaux logements en location saisonnière seront soumis au diagnostic de performance énergétique (DPE) conformément à la loi Climat et résilience ;
- les mises en location de meublés de tourisme devront être déclarées en mairie sous peine de 10 000 € d'amende ;

- les locations d'une résidence principale ne pourront excéder 90 jours par an sous peine de 15 000 € d'amende.

Mme Le Meur semble croire que seul l'État peut résoudre la crise du logement. « Cette loi, c'est surtout une satisfaction pour les élus qui attendaient un cadre réglementaire et pour les citoyens qui n'en peuvent plus de subir la pression du logement » [affirme-t-elle](#). *N'est-ce pas là la maladie bien française de l'interventionnisme ? Les causes de la crise du logement sont justement liées au trop-plein de réglementations et au poids de la fiscalité, comme l'IREF l'a démontré à de multiples reprises.* En plus de l'encadrement des loyers, de la chasse aux passoires thermiques et des difficultés pour expulser les mauvais payeurs, les propriétaires fonciers subissent un véritable [fardeau fiscal](#). Était-il nécessaire d'attaquer une fois de plus le droit de propriété ?

Cette situation a été parfaitement dénoncée par un [député](#) lors des débats parlementaires : « Les mêmes qui défendent ce projet de loi seront ensuite les premiers à s'indigner de l'inflation des prix de l'immobilier et du difficile accès au logement. Il est pourtant évident que cette législation accentuera la crise du secteur locatif, laquelle frappera de plein fouet les classes populaires que la gauche prétend défendre. La vieille boutade est donc toujours d'actualité : *“La gauche aime tellement les pauvres qu'elle en fabrique.”* »

D'une certaine manière, cette loi est aussi symptomatique de [l'inculture économique](#) qui règne en France. Les mécanismes sont pourtant connus : plus l'État intervient, plus il crée des distorsions économiques, moins les propriétaires ont d'incitations à investir, et plus l'offre de logement se raréfie.

<https://fr.irefeurope.org/publications/les-pendules-a-lheure/article/loi-anti-airbnb-la-gauche-aime-tellement-les-pauvres-quelle-en-fabrique/>

---

*Wall Street Journal, 19 novembre, article payant*

### **Brazil and Latin America's Decline**

Democracy and sound economic policy are on the wane, and Lula is leading the way.



President Luiz Inácio 'Lula' da Silva during a ceremony in Brazil, Nov 12. PHOTO: TON MOLINA/ZUMA PRESS

*Extraits :*

(...) Latin American democracy is in terrible shape. China's growing influence in the region is far from the only problem. The bigger challenge is the erosion of democratic capitalism, which in too many countries is being replaced by nationalism and authoritarianism.

Mexico's President Claudia Sheinbaum, who took office Oct. 1, has already put the final finishes on a one-party power grab begun by her predecessor, Andrés Manuel López Obrador. (...)

Venezuela, Bolivia, Honduras, Nicaragua and Cuba are drug-trafficking havens that also have quashed institutional independence. In El Salvador, the public's exchange of democracy for personal security is rational but likely to be painful in the long run. Colombia's rule of law limps badly, as does its economy.

Brazil has long yearned to replace the U.S. as the regional hegemon on the South American continent. But seizing that role requires moral authority and economic heft. Lula is squandering both. (...)

Brazil's Cold War dinosaur is clinging not so much to utopian ideals of socialism as to a lust for the power that a highly centralized corporatist model offers. He prefers allies who don't insist on limited government, like Brazil's fellow members of the Brics group—Russia, India, China and South Africa. The group aims to reduce the reach of the dollar and Western institutions in international finance and undermine sanctions by creating its own lending mechanisms and alternative currencies. (...)

Meantime, Lula's economic policy is taking the country down a familiar banana-republic path by abandoning fiscal restraint. Former Economy Minister Paolo Guedes (2019-22) brought spending under control by cutting the government workforce and freezing its nominal wages. Now "the overall public sector fiscal deficit," [Goldman Sachs](#) reported Nov. 11, "is tracking at a wide 9.34% of GDP (from a 7.5% deficit a year ago)."

This recklessness is putting pressure on the Brazilian real. Inflation is running at 4.6% for the year. To keep it in check, the central bank has had to hike overnight interest rates to 11.25%. Large multinationals borrow at dollar rates, but small- and medium-size Brazilian enterprises face punishing local costs for credit. That's not exactly Lula looking out for the little guy.

The tenure of highly regarded central banker Roberto Campos Neto ends next month. Lula is replacing him with Gabriel Galípolo. Markets will be watching to see whether central-bank independence survives. If it doesn't, the poor will suffer the most.

[https://www.wsj.com/opinion/brazil-and-latin-americas-decline-president-lula-economy-policy-04585c64?mod=opinion\\_lead\\_pos10](https://www.wsj.com/opinion/brazil-and-latin-americas-decline-president-lula-economy-policy-04585c64?mod=opinion_lead_pos10)

---

*Neue Zürcher Zeitung, 19 novembre, article payant*

**«In Deutschland sind wir ein bisschen satt geworden und rufen reflexartig nach dem Staat», sagt Trumpf-Chefin Nicola Leibinger-Kammüller**

Die Trumpf-Chefin hofft auf eine Regierung unter Friedrich Merz, am besten mit der FDP. Mit der Schweiz verbinden sie positive Erfahrungen als Unternehmerin und Studentin.



Nicola Leibinger-Kammüller, Vorstandsvorsitzende des Maschinenbauers und Familienunternehmens Trumpf aus Baden-Württemberg.

Trumpf

Extraits :

(...) Sie sind promovierte Literaturwissenschaftlerin und Japanologin, Ihr jüngerer Bruder und Ihr Ehemann sind hingegen Ingenieure. Dennoch hat Ihr Vater Sie als Chefin ausgewählt. Warum?

Ich denke, weil zur Führung eines Unternehmens viel mehr nötig ist als Ingenieurwissen, nämlich Entscheidungskraft, vertretbare Risikobereitschaft, Durchhaltevermögen, die Fähigkeit zum Ausgleich und das Brennen für die Sache sprichwörtlich an beiden Enden. Vielleicht bringe ich das im besonderen Masse mit. (...)

Sie haben als Chefin mehrere Wirtschaftskrisen erlebt. Auch derzeit läuft es nicht rund. Der Auftragseingang bei Trumpf ist deutlich rückläufig. Was sind die Ursachen dafür?

Es ist die Schwäche der Weltkonjunktur insgesamt. In China gibt es eine grosse Investitionszurückhaltung, und in Amerika stockt der Konsum. In Deutschland wiederum sind wir in einer Strukturkrise, sie betrifft alle grossen Branchen, die Automobilproduktion, die Chemie und den Maschinenbau. (...)

In Deutschland verlagern allerdings auch Familienunternehmen Produktionsstätten ins Ausland. Ist Deutschland wieder der kranke Mann Europas?

Deutschland ist schon in einer schlechten Verfassung. Das ist schade und geht mir auch patriotisch nahe, denn es müsste nicht sein. Wir haben hier noch immer so wahnsinnig viel Potenzial.

Was sind die Gründe?

Die überbordende Bürokratie, die schlechte Infrastruktur, die fehlende Digitalisierung, eine weit vor dem Ukraine-Krieg aus dem Ruder gelaufene Energiepolitik, Sie kennen all die Themen. Wir haben zudem unterschätzt, wie gut und schnell sich China entwickelt. Die unfaire Subventionierung dort trifft uns voll. Aber: Die Chinesen arbeiten auch hart, sind innovativ. In Deutschland sind wir dagegen ein bisschen satt geworden, rufen reflexartig nach dem Staat. Wir sind schlichtweg nicht so viel besser, wie wir teurer sind. Arbeit ist zudem keine Fron, wie man öffentlich den Eindruck bekommt, man kann daraus viel Zufriedenheit ziehen. In der Schweiz arbeiten Sie 42 Stunden und haben weniger Ferien und Feiertage.

Sind Strafzölle gegenüber China gerechtfertigt?

Nein, Zölle schützen uns nicht. Wir müssen technologisch führend sein, tolle neue Produkte auf den Markt bringen und uns dem internationalen Wettbewerb stellen. Die Regierung hilft uns nicht mit Strafzöllen, sondern mit Entschlossenheit in der Verfolgung gefälschter Maschinenzertifikate oder der Befreiung von bürokratischen Auflagen wie dem Lieferkettensorgfaltspflichteng...

Was wäre Ihr parteipolitisches Dream-Team für die Regierung?

Schwarz-Gelb. Man benötigt dazu aber aller Wahrscheinlichkeit nach eine dritte Partei. Wir müssen schauen, wie sich die SPD sortiert und ob sie die Kraft findet, wieder stärker in die Mitte zu rücken und sich auf ihre Kernklientel zu besinnen.

Halten Sie eine Jamaica-Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen noch für denkbar?

Schwierig. Ich bin sehr dafür, den Klimawandel zu bekämpfen. Aber die Ideologie, mit der die Grünen ihre Ideen wie das Heizungsgesetz oder das Verbrennerverbot durchsetzen wollen, schadet dem Land und entzweit die Menschen. Da fehlt der Instinkt, die Ausgewogenheit. Wir sollten den CO<sub>2</sub>-Preis hoch setzen, die einzelnen Technologien aber strikt dem Markt überlassen, nicht der Weisheit der Ministerien. Die Unternehmer werden auf die höheren Kosten reagieren, vertrauen Sie mir. (...)

<https://www.nzz.ch/wirtschaft/in-deutschland-sind-wir-ein-bisschen-satt-geworden-und-rufen-reflexartig-nach-dem-staat-sagt-trumpf-chefin-nicola-leibinger-kammueller-ld.1856280?mktcid=sms&mktcval=Twitter>

---

*BFM TV, 18 novembre, libre accès*

**Après la libéralisation du marché immobilier, les locations disponibles explosent à Buenos Aires**

Quatre mois après la libéralisation du marché locatif, le nombre de logements à louer a augmenté de 170% à Buenos Aires. Et les prix des loyers ont tendance à se stabiliser après plusieurs années d'envolée.



### Extraits :

Comment convaincre les propriétaires de louer leur logement? En leur laissant totalement **les coudées franches**. C'est le pari, risqué, qu'a fait le gouvernement argentin en décembre. Le président argentin Javier Milei avait publié **un "méga-décret de dérégulation"** qui prévoyait, notamment, que les baux ne soient régis par rien d'autre qu'un accord "libre" entre les parties: durée du bail, mécanisme de hausse, moyen de paiement, etc.

Les premières semaines d'ajustement se sont faites dans la douleur. Le premier impact de ce décret pour les Argentins a été l'aggravation du fléau inflationniste, conduisant à des loyers qui n'étaient plus encadrés et qui ont continué à progresser. Beaucoup de propriétaires ont préféré retirer leur bien du marché en attendant que le marché se stabilise pour fixer un loyer plus élevé ou passer en Airbnb. Mais le secteur immobilier prévoyait une "normalisation" dans les mois à venir avec des accords de gré à gré s'établissant autour de conditions plus raisonnables. Et, possiblement, une amélioration de l'offre locative, avec des propriétaires plus enclins à mettre leur bien sur un marché qui n'est désormais plus encadré.

Et en à peine 3 mois, le retournement est spectaculaire. La **chambre immobilière argentine**, une association de professionnels du secteur, a publié une note mi-avril montrant que l'offre d'appartements à louer dans la métropole de Buenos Aires s'est envolée de 170% depuis l'abrogation de la loi encadrant les locations. Fin 2023, seuls 6.600 appartements étaient disponibles à la location. Aujourd'hui, il y en a 19.000. (...)

[https://www.bfmtv.com/immobilier/international-etranger/apres-la-liberalisation-du-marche-immobilier-les-locations-disponibles-explosent-a-buenos-aires\\_AV-202404230617.html?at\\_brand=BFMTV&at\\_compte=BFMTV&at\\_plateforme=twitter&at\\_campaign=Fan\\_pages&at\\_medium=Community\\_Management](https://www.bfmtv.com/immobilier/international-etranger/apres-la-liberalisation-du-marche-immobilier-les-locations-disponibles-explosent-a-buenos-aires_AV-202404230617.html?at_brand=BFMTV&at_compte=BFMTV&at_plateforme=twitter&at_campaign=Fan_pages&at_medium=Community_Management)

---

*Le Figaro, 18 novembre, libre accès*

### **De l'Italie à la Pologne, les agriculteurs européens opposés à un accord UE-Mercosur**

Plusieurs grands pays producteurs européens dénoncent le projet d'accord de libre-échange entre l'UE et les pays latino-américains du Mercosur. Pour l'Association des agriculteurs allemands (DBV) «il est urgent de renégocier» cet accord.

<https://www.lefigaro.fr/international/de-l-italie-a-la-pologne-les-agriculteurs-europeens-opposes-a-un-accord-ue-mercocur-20241118>

---

*Le Point, 16 novembre, article payant*

## **Protectionnisme : la mauvaise guerre de Donald Trump**

TRIBUNE. Les absurdes mesures de taxation envisagées par le président américain risquent d'affaiblir l'économie mondiale. Une leçon que nous ferions bien de méditer.

*Kevin Brookes est docteur en science politique et enseignant à l'Espol (Université catholique de Lille). Alain Madelin est ancien ministre de l'Économie.*

### Extraits :

À peine aura-t-il prêté serment que le [nouveau président des États-Unis, Donald Trump](#), déclarera la guerre. « Sa » guerre. Elle sera commerciale et, bien vite, mondiale. Elle sera perdue, tout comme le fut la guerre commerciale qu'il avait engagée en 2016. (...)

D'ailleurs, qu'est-ce qu'un produit étranger ? On ne le sait plus guère à l'époque des chaînes de valeur à l'échelle du monde. Pour comprendre cela, il suffirait au président américain de sortir son iPhone de la poche. Il y verrait inscrit « assemblé en Chine ». Horreur, c'est un produit importé. Il faut taxer. La réalité est plus complexe. Cet iPhone est le fruit d'une incroyable division du travail avec des composants venus du monde entier. L'assemblage en Chine qui lui vaut d'être « made in China » ne représente que 3 ou 4 % de son prix de vente. Un iPhone 60 % plus cher serait la plus belle démonstration de ce délire protectionniste, c'est pourquoi on trouvera vraisemblablement des exceptions.

Ce que ne voient pas les protectionnistes de tous les pays, c'est que taxer un produit étranger n'est pas taxer l'étranger ; ni le produit (les produits ne paient jamais d'impôts), ni l'entreprise, ni le pays. À la fin des fins, c'est le consommateur américain qui paiera : il paiera 60 % de surcoût s'il achète un produit chinois. (...)

Malheureusement, le protectionnisme est [une maladie contagieuse](#). La guerre commerciale pourrait vite devenir mondiale si les autres pays venaient à imiter ces mesures stupides. De mesure de taxation en mesure de rétorsion, le protectionnisme affaiblira toutes les économies. Certes, des mesures de rétorsion peuvent servir à démontrer l'absurdité des escalades protectionnistes. Mais le protectionnisme ne constitue jamais une bonne politique. Ce n'est pas parce que l'Amérique de Trump taxe absurdement ses consommateurs et ses entreprises qu'il faut en faire de même en Europe.

Mieux vaudrait réanimer l'OMC et sa procédure de règlement des conflits, plutôt que d'engager une mauvaise guerre. (...)

La raison en est simple. Le libre-échange est par nature un jeu gagnant-gagnant. C'est un échange libre qui se produit entre deux acteurs économiques qui ont chacun intérêt à échanger (au passage, on notera que ce ne sont pas les pays qui échangent entre eux. L'imaginer est source de bien des contresens). Cet échange est la conséquence de la division du travail, qui est en elle-même une source de richesse. (...)

La France est certes [rétive à ce discours](#). Nous sommes le pays de Jules Méline [républicain modéré, qui mit en place, en 1892, des mesures protectionnistes pour les produits agricoles, NDLR] et du général Maginot. Mais c'est pourtant là le discours du progrès dans un monde en mutation – par le progrès scientifique et les innovations technologiques. Plus ce progrès circule, mieux nous nous portons. Le repli sur soi serait une erreur. (...)

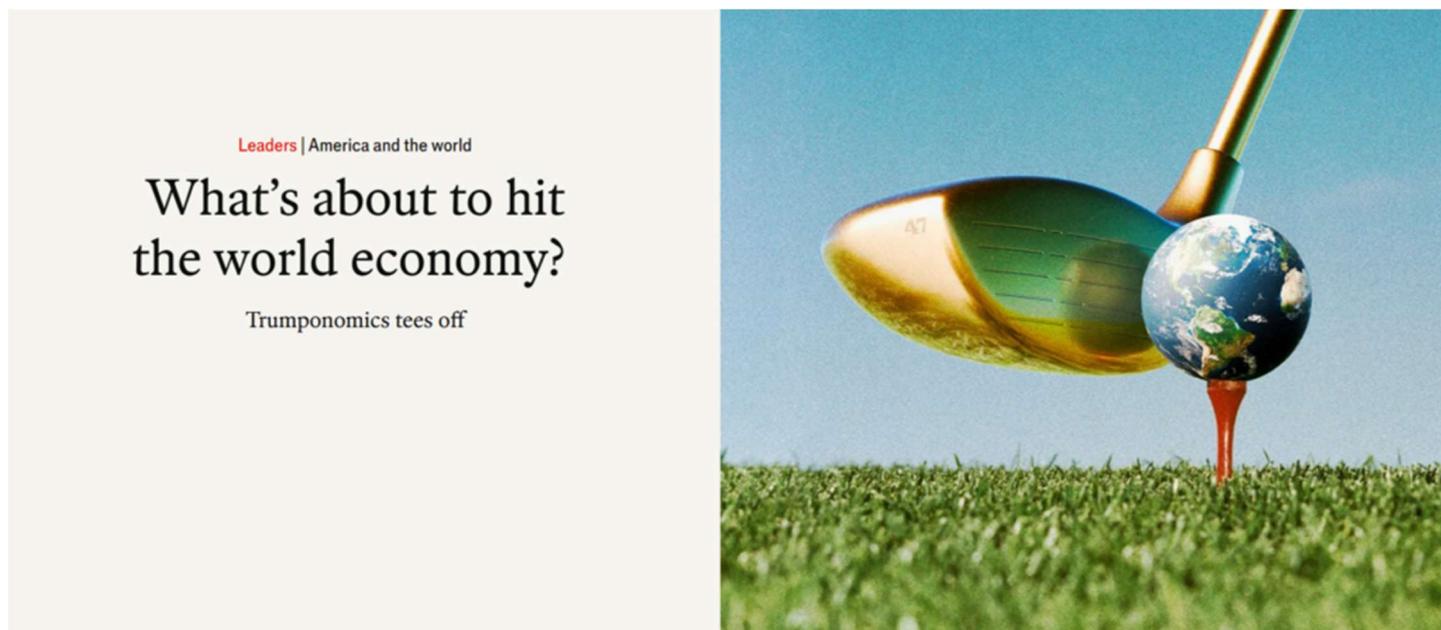
Trump nous offre aujourd'hui une belle leçon de choses en nous montrant ce qu'il ne faut pas faire. Saurons-nous la méditer ?

[https://www.lepoint.fr/debats/protectionnisme-la-mauvaise-guerre-de-donald-trump-14-11-2024-2575280\\_2.php](https://www.lepoint.fr/debats/protectionnisme-la-mauvaise-guerre-de-donald-trump-14-11-2024-2575280_2.php)

---

*The Economist, 15 novembre, article payant*

## **America and the world : What's about to hit the world economy?**



Extraits :

CRITICS ACCUSE Donald Trump of being too chaotic to get much done. The speed of his first appointments should disabuse them. The next administration means business.

Stock and corporate-bond markets are broadly delighted with the prospect of deregulation and tax cuts in a second Trump term. *The Economist*, by contrast, has warned of a risk that mass deportation and a global trade war would do real harm. The appointments themselves attest to Mr Trump's desire for disruption, a hard line on China and [absolute loyalty](#) . With such a concatenation of signals, you may wonder what is about to hit the world economy.

The answer comes in three instalments, beginning with Mr Trump's intentions. His commitment to deregulation may be good for growth. [Elon Musk](#), the world's richest man, and Vivek Ramaswamy, an entrepreneur-politician, have been named heads of a new outfit grandly named the Department of Government Efficiency, or DOGE. A pledge to cut \$2trn from the government's annual budget is patently absurd, but judicious liberalisation could be benign. On day one the new administration could speed up legislation on permitting that is already in Congress. Mr Trump has also promised to free up artificial intelligence. The technology is immensely power-hungry. Just imagine if easier planning rules helped unleash a revolution.

Unfortunately, Mr Trump also wants to deport millions of irregular migrants and impose tariffs of up to 60% on [China](#) and 10-20% on the rest of the world. All of these would be bad for growth. For example, the costs of mass deportation could, by one estimate, run to hundreds of billions of dollars. That does not include the economic burden of labour shortages and spiralling consumer prices. Roughly half of the workers on America's farms have no legal status. (...)

Imposing universal tariffs will take time, because they would need approval from Congress or the use of untested presidential powers. But free-trade Republican lawmakers could recoil at tariffs on America's close allies. And the use of existing law to impose a universal tariff on national-security grounds would probably be challenged in the courts. Likewise, apprehending, detaining and processing millions of people will be a logistical nightmare. Federal agencies would need to turn to state authorities for help, many of which will refuse. (...)

The third part of the answer is that, mixed in with the intentions and priorities is the mercurial temperament of Mr Trump himself. He has a fondness for picking favourites and then dumping them. He is also beholden to nobody. In spite of his appointment to the White House of Stephen Miller, a longtime loyalist and a hardliner on immigration, Mr Trump may put growth first by making a furious noise about deportation, but limiting its real-

world effect. It is the same with Mr Musk, whom markets sense may receive special favours. But will the bromance last? (...)

Mr Trump appears to have a special animus against the snooty leaders of the European Union. Many Republicans allege that, by footing the bill for American troops in Europe as part of NATO, America is in effect paying for European welfare. For Mr Trump, the EU's huge trade surplus with America rubs salt in the wound. Europe can expect to pay.

The main target of a hostile economic policy will be China. Marco Rubio, at the State Department, and Mike Waltz, as national security adviser, both want the rivalry between the world's two biggest economies to be at the heart of American policy. As firms move supply chains out of China, a few countries may benefit. Others may strike up a friendship with Mr Trump. As a rule, though, the separation of the American and Chinese economies would be highly disruptive.

Countries would do well to prepare for what is coming. The eu has said that it will steer tens of billions of euros' worth of spending to defence. But it has fallen badly behind in AI and has put off strengthening its own internal market for too long. China is in a better position, but it has foolishly delayed the [stimulation of domestic demand](#).

If Mr Trump unleashes a salvo of tariffs, retaliation will exert a seductive pull, not least as a show of strength. It would, however, be an act of self-harm. Few countries are more insulated against trade shocks than America, with its large domestic market. Better to take the positive side of Trumponomics, and deregulate. If Mr Trump wants to tilt the playing-field, the best way to cope will be to become more competitive. ■

<https://www.economist.com/leaders/2024/11/14/whats-about-to-hit-the-world-economy>

---

*Wall Street Journal, 14 novembre, article payant*

### **Trump's Tariffs Would Smother His Economic Successes**

A minimum 10% levy on all goods would hike domestic prices, reduce wages and invite foreignretaliation.

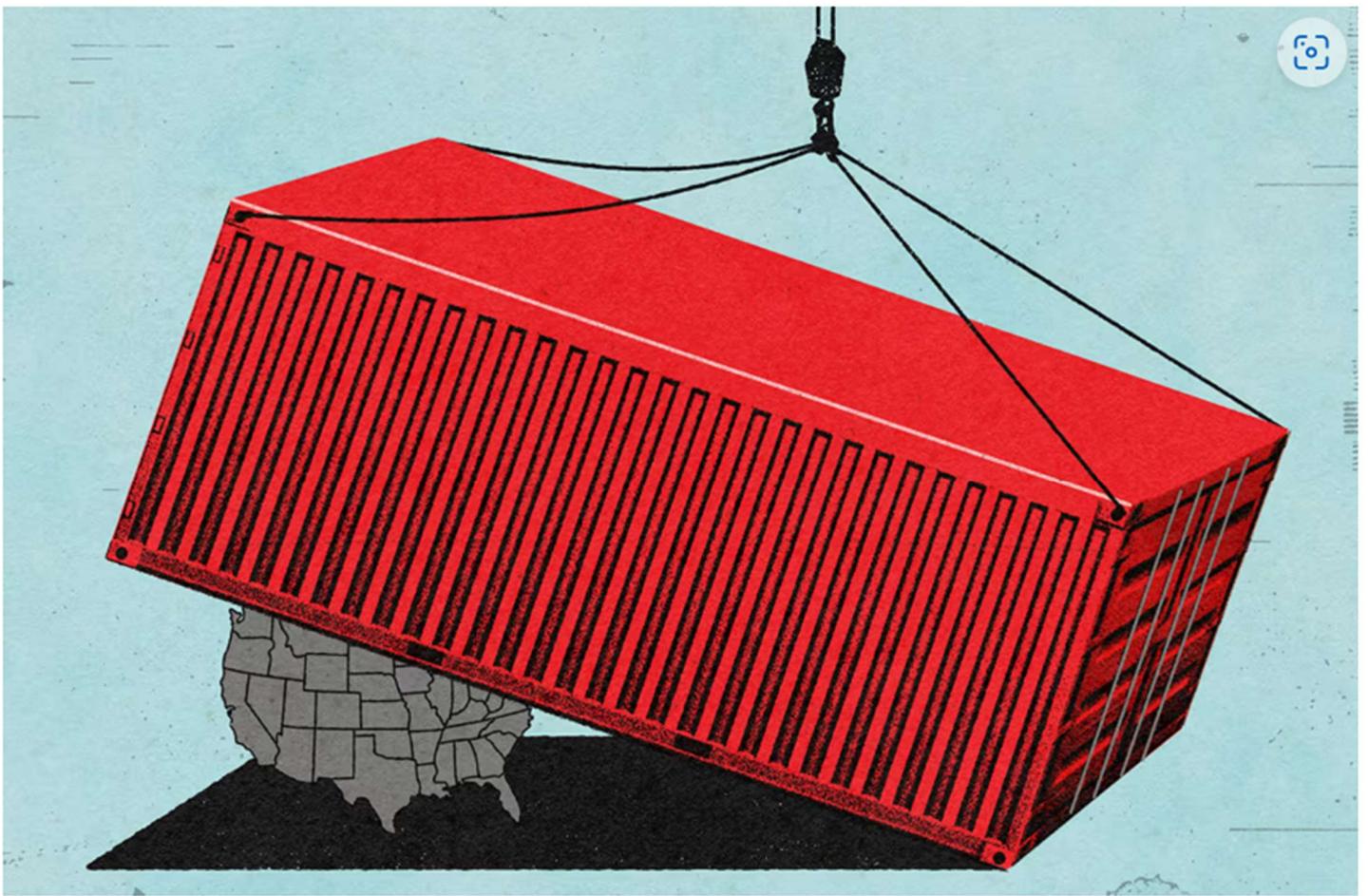


ILLUSTRATION: RICHARD MIA

*Extraits :*

[Donald Trump](#) hopes to supercharge economic growth, restore manufacturing employment, and raise wages by imposing across-the-board tariffs of at least 10%, with even higher duties on Chinese goods. Yet any understanding of international trade, and of Mr. Trump's first term, provides strong evidence that such measures wouldn't achieve the president-elect's objectives. The decline in economic growth caused by tariffs—along with reduced wages and income-tax collections—would at least partially offset any additional customs revenues. Implementing the tariffs would also likely trigger a trade war that would erode, if not overwhelm, the positive effects of tax reform and deregulation. (...)

An across-the-board tariff would stimulate U.S. production of goods that we now import more cheaply. To produce these goods at home, American workers and capital would be drawn away from producing other goods and services that we produce more efficiently. Productivity, wages and the return on capital would fall as we produce things at home that we could buy more cheaply abroad. This would simultaneously reduce production in industries for which our labor productivity and capital returns are higher. Moreover, because half of our imports are component parts used by U.S. producers, tariffs would further increase our production costs and reduce our competitiveness at home and abroad.

The retaliation by our trading partners would compound tariffs' costs by reducing U.S. exports in the industries where wages and capital returns are highest. A trade war could trigger global results similar to the consequences of the Smoot-Hawley tariff, which reduced the volume of world trade by approximately 14% and deepened the Great Depression. (...)

Restoring the factories our parents left decades ago would also resurrect many old—and unsavory—economic conditions. Inflation-adjusted average hourly compensation a half-century ago was only about half of what it is today. Two-thirds of American households now have real incomes that in 1967 would have put them in the top quintile of earners. In 1967 the share of the working-age population without a high-school diploma was more than 45%. In recent years it was under 10%.

Who would fill the jobs of the 1960s if we could bring them back? It's a safe bet that those who long to restore such factories didn't have parents or grandparents who worked in one.

*Mr. Gramm, a former chairman of the Senate Banking Committee, is a nonresident senior fellow at the American Enterprise Institute. Mr. Boudreaux is a professor of economics at George Mason University and the Mercatus Center. This article is based on their forthcoming book, "The Triumph of Economic Freedom: Debunking the Seven Great Myths of American Capitalism."*

[https://www.wsj.com/opinion/tariffs-would-smother-trumps-economic-successes-hike-prices-reduce-wages-invite-retaliation-d1a3dd18?mod=hp\\_opin\\_pos\\_3#cxrecs\\_s](https://www.wsj.com/opinion/tariffs-would-smother-trumps-economic-successes-hike-prices-reduce-wages-invite-retaliation-d1a3dd18?mod=hp_opin_pos_3#cxrecs_s)

---

*Neue Zürcher Zeitung, entretien, 14 novembre, article payant*

### **«Wir verlieren China als Exportmarkt mehr und mehr», sagt die deutsche Wirtschaftsweisse Ulrike Malmendier**

China sei zu Deutschlands Konkurrent bei Qualitätsprodukten geworden, sagt die Ökonomin Ulrike Malmendier. Im Gespräch erklärt das Mitglied des Wirtschafts-Sachverständigenrats, warum die deutsche Wirtschaft stagniert – und was nach dem Kollaps der «Ampel» und dem Wahlsieg Donald Trumps zu tun wäre.



**«Wir produzieren zu teuer,» sagt die Ökonomin Ulrike**

Imago

#### Extraits :

(...) In den letzten fünf Jahren hat das BIP real insgesamt nur um 0,1 Prozent zugelegt. Was ist der Grund für diese Stagnation?

Andere europäische Volkswirtschaften sind in dieser Zeit gewachsen, in den USA ist das BIP um 12 Prozent gestiegen. Es gibt also keine Weltwirtschaftskrise, die alle mitgerissen hat. Vielmehr sind der Welthandel und

die Weltproduktion wieder angesprungen. Aber Deutschland profitiert weniger davon als in der Vergangenheit. Das hat nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturelle Gründe. Die Exportindustrie, ein wichtiger Pfeiler Deutschlands, ist weniger mitgegangen mit dem Anstieg des Welthandels.

Warum?

Das Wachstum ist vor allem in der Industrie verlorengegangen, bei unseren Stützen Automobil, Chemie und Maschinenbau. Sowohl die Produktion als auch die Bruttowertschöpfung nach Abzug der Vorleistungen gehen zurück. Wir produzieren zu teuer. Das ist vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen. Den ersten bilden die Energiepreise. Zwar sind die Spotpreise an den Strombörsen wieder auf das Niveau von 2019 gesunken. Aber die Energiekosten für die Industrie sind doppelt so hoch geblieben wie 2019. Dazu tragen langfristige Verträge, Steuern, Abgaben und vieles mehr bei.

Der zweite, noch grössere Faktor sind die Arbeitskosten. Deutschland war nie das Land der Billigproduktion. Aber jetzt kommt hinzu, dass Arbeitskräfte knapp sind und deswegen noch teurer werden. Und wegen der Knappheit «horten» die Unternehmen Mitarbeiter, indem sie Leute weniger schnell freistellen, wenn sie nicht gebraucht werden. Das ist aus Unternehmensperspektive mittel- und langfristig sinnvoll, senkt aber die Arbeitsproduktivität.

Gibt es weitere Faktoren?

Ja, die Veränderung der globalen Märkte. China produziert nicht mehr nur billiger als wir, sondern ist zu Deutschlands Konkurrent bei Qualitätsprodukten geworden. Zugleich fordert es zunehmend, dass ausländische Unternehmen in China für China produzieren. Das alles hat dazu geführt, dass wir China als Exportmarkt mehr und mehr verlieren. (...)

Was wären aus Ihrer Sicht die wichtigsten Punkte in den Leitlinien einer nächsten Regierung?

Das erste Thema wäre für mich der Arbeitskräftemangel. Initiativen, wie sie auch in der Wachstumsinitiative der «Ampel» vorgesehen waren, zur deutlichen Erhöhung des in- und ausländischen Potenzials an Fach- und Arbeitskräften wären sehr wichtig. Da geht es zum Beispiel um Anreize für Mehrarbeit, eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen oder älteren Mitbürgern, die raschere Integration von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt.

Und das zweite Thema?

Das ist für mich die Stärkung Europas als Wirtschaftsmacht. Dazu müssten wir uns enger zusammenschliessen, mit einer Stimme sprechen und das Potenzial eines europäischen Binnen- und Kapitalmarkts nutzen. Jedes einzelne Land ist zu klein, um global eine Rolle zu spielen. Aber wenn wir jungen Unternehmen einen grossen Markt bieten, damit sie nicht in die USA ausweichen müssen, um wachsen zu können, wenn wir die Friktionen beim grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr und bei grenzüberschreitenden Investitionen innerhalb der EU endlich ausräumen, haben wir bessere Chancen, in Verhandlungen einzutreten und unabhängiger zu werden.

Einer der Schwerpunkte des Jahresgutachtens bildet das Thema «zukunftsgerichtete Investitionen». (...) Welche?

Zur Finanzierung von Instandhaltung und Ausbau des bundeseigenen Strassen- und Schienennetzes könnte ein Verkehrsinfrastrukturfonds geschaffen werden. Idealerweise würde er gefüttert mit eigenen Einnahmequellen, zum Beispiel Mauteinnahmen oder Kfz-Steuererinnahmen. Der Nachholbedarf könnte auch über begrenzte Kreditrahmen finanziert werden, die aber der Schuldenbremse unterliegen sollten. Für die Verteidigung könnte das Zwei-Prozent-Ziel der Nato als gesetzliche Mindestquote fixiert werden.

Läuft das auf neue Nebenhaushalte zur Umgehung der Schuldenbremse hinaus?

Nein, im Gegenteil. Es müsste im Rahmen der Schuldenbremse erfolgen, allerdings in ihrer leicht reformierten Form, wie wir sie im Januar vorgeschlagen haben. Jetzt geht es uns darum, innerhalb dieses Rahmens und ohne Erweiterung der finanziellen Spielräume dafür zu sorgen, dass Investitionen zugunsten künftiger Generationen nicht zugunsten konsumtiver Ausgaben in der Gegenwart vernachlässigt werden. (...)

*Le Grand Continent, 14 novembre, article payant*

**« Je dis aux Européens : n'ayez pas peur de la concurrence », une conversation avec Mathias Cormann, secrétaire général de l'OCDE**



Extraits :

(...) L'Union européenne a adopté des droits de douane sur les véhicules électriques chinois, arguant que leur production est tellement subventionnée qu'elle crée une concurrence déloyale. Trump a également déclaré qu'il utiliserait les tarifs comme un outil pour maintenir la production aux États-Unis s'il était réélu. Craignez-vous un retour des droits de douane comme outil politique ?

Une guerre commerciale totale ne nous aidera pas à atteindre nos objectifs climatiques au plus faible coût possible. Les droits de douane et les subventions industrielles généralisées créent des distorsions qui, en fin de

compte, rendent la transition climatique plus coûteuse. La meilleure option est celle où les avantages des marchés ouverts et du commerce libre et équitable nous aident à réduire le coût de la transition écologique.

Vous n'êtes donc pas en faveur des droits de douane ?

Je ne suis pas naïf : je comprends que si des subventions sont appliquées de manière indiscriminée d'un côté, les autres chercheront à protéger leurs intérêts. Ce que je dis, c'est qu'au niveau mondial, la conversation devrait se concentrer sur la manière dont nous pouvons éviter cette tendance de manière juste et équitable, en assurant, dans la mesure du possible, un terrain de jeu équitable pour le commerce, également en soutien de nos objectifs climatiques. Nous devons sortir du cycle d'action-réaction.

<https://legrandcontinent.eu/fr/2024/11/04/je-dis-aux-europeens-nayez-pas-peur-de-la-concurrence-une-conversation-mathias-cormann-secretaire-general-de-locde/>

---

*Le Point, 14 novembre, tribune collective\*, article payant*

### **Pour un « Front économique » vraiment libéral !**

TRIBUNE. Des experts saluent la création de ce collectif pro-business, tout en exprimant le souhait qu'il s'attaque également au dirigisme de l'État.

#### Extraits :

Le 24 octobre 2024, Patrick Martin, président du Medef national, et l'économiste [Philippe Aghion, professeur au Collège de France](#), ont lancé leur « Front économique ». Ce collectif, constitué de dirigeants d'entreprise, de représentants de think tank, d'économistes et aussi d'universitaires, se propose de former les acteurs politiques à la science économique.

Il se veut pro-business et défend la politique de l'offre. Il s'inquiète, à court terme, de la réduction des aides à l'apprentissage, de la hausse de l'impôt sur les sociétés et, plus généralement, de [la récente remise en cause de la politique économique](#) conduite durant les deux mandats d'Emmanuel Macron.

À plus long terme, il estime que [le pays doit travailler plus](#) pour produire plus afin de pérenniser notre système de protection sociale ainsi que les retraites. Il soutient, enfin, que ce sont bien les entreprises qui innovent et qu'il revient à l'État et à la société civile de faire en sorte que l'innovation soit encouragée, notamment pour réussir la transition énergétique et limiter la fracture territoriale.

Nous partageons les bonnes intentions de ce Front économique qui élève la voix de la société civile pour rappeler aux institutions et aux responsables politiques combien est important le rôle des producteurs de biens et services et les risques que les interférences politiques peuvent faire peser sur la prospérité économique. (...)

Que nos dépenses publiques représentent plus de 50 % du PIB signifie que notre vie sociale et économique est majoritairement dominée par la puissance tutélaire de l'État. Et il nous paraît qu'il est aujourd'hui nécessaire de s'interroger pour savoir si l'État n'est pas le problème plutôt que la solution. Pour le moins, les assauts contre l'entreprise aujourd'hui peuvent, et doivent, être l'occasion de repenser notre vision des rapports de l'État et de l'entreprise. (...)

Les institutions françaises limitent les libertés individuelles sans offrir la sécurité économique promise par son idéal dirigiste. N'est-il pas temps que l'État retrouve sa vocation de veiller que tous soient instruits au mieux de leur capacité plutôt que de les enseigner lui-même, d'assurer à tous, et notamment aux entreprises, la sécurité et la liberté qui leur permettent d'agir plutôt que de s'ingérer dans la gestion et les objectifs des entreprises ? (...)

*L'économie de marché n'est pas parfaite pour la simple et bonne raison que l'homme est imparfait, mais elle a fait ses preuves comme le meilleur (et sans doute le seul) système de création et de partage de richesse. C'est dans les pays développés que règnent le plus d'égalité et le moins de pauvreté.*

Quand l'État prétend orienter les choix technologiques des entrepreneurs via des taxes ou des subventions, des contraintes réglementaires ou des incitations sociales, il handicape les mécanismes de marché et en réduit

l'efficacité. Il organise, planifie, finance, interdit, réglemente... selon des perspectives statistiques, économétriques qui ne tiennent pas compte de l'action et de la capacité d'innovation humaines.

Il ne suffit pas de grands investissements publics, d'aller sur la lune – l'URSS l'a appris à ses dépens – pour soutenir le développement économique. Ce qui fait la prospérité d'un pays, c'est sa classe entrepreneuriale et la probité de ses institutions plus que sa politique économique ou sa politique scientifique. (...)

[...] le « modèle social » français est devenu une dystopie sociale érigée en statu quo dont il faut sortir pour retrouver une meilleure croissance.

Le Front économique peut y contribuer s'il défend lui-même, comme notre Institut de recherches économiques et fiscales (Iref), un modèle fondé sur un État limité, et qu'il porte un idéal de liberté tendant à redonner, à tous ceux qui le souhaitent et qui le peuvent, la maîtrise de leur propre vie.

\* *Tribune par les membres de l'Académie de l'Institut de recherches économiques et fiscales (Iref)*

[https://www.lepoint.fr/debats/pour-un-front-economique-vraiment-liberal-13-11-2024-2575189\\_2.php](https://www.lepoint.fr/debats/pour-un-front-economique-vraiment-liberal-13-11-2024-2575189_2.php)

---

*Contrepoints, 14 novembre, libre accès*

### **La gauche, le « peuple » et le capitalisme**

Le comportement indigne des députés français d'extrême-gauche provient de leur vécu de militants et de leur rêve de révolution aux côtés de tous « les damnés de la terre »



#### Extraits :

L'examen du budget par l'Assemblée nationale permet d'apprécier une nouvelle fois le degré d'irresponsabilité des élus. Face à une situation des finances publiques très dégradée, les partis se positionnent en fonction de leur intérêt électoral. Il en résulte évidemment que beaucoup de députés ne pensent qu'à leur situation personnelle dans leur circonscription. « L'intérêt général », qui impose une restauration des équilibres financiers publics, les intéresse fort peu. Au demeurant, le niveau de formation de certains élus dans ce domaine technique s'approche du néant. Ils font de la politique, pas de la gestion. Voilà précisément ce qu'il faut leur reprocher.

De ce point de vue (gestion), les choses sont assez simples. Il n'est pertinent de s'endetter (si on doit s'endetter) que pour investir. Une seule exception : les ajustements de trésorerie à court terme qui nécessitent parfois un crédit remboursable en quelques mois. Or, la France s'endette pour payer les salaires de ses fonctionnaires, les pensions de ses retraités et les remboursements des frais médicaux.

*L'investissement public ne représente en effet qu'une faible partie des dépenses. Selon le site [FIPECO](#), il peut être évalué à environ 5,5% du PIB et à 9% du total des dépenses publiques. Rappelons que le total des dépenses publiques en France s'élevait à [1608 milliards d'€ en 2023](#), soit 57% du PIB. Il est parfaitement clair que les 9% de dépenses d'investissement ne peuvent pas être la cause principale de l'énorme déficit public.*

Ce déficit était de [154 milliards d'€ en 2023](#) soit 5,5% du PIB. La dette publique accumulée par suite des emprunts comblant les déficits s'élevait à 3100 milliards d'€ en 2023 soit 110,6% du PIB. (...)

La pagaille régnant à l'Assemblée, les éructations des députés LFI en séance publique proviennent du jeu sordide de la politique politicienne. Les députés d'extrême-gauche sont des militants ne vivant que du militantisme et regardant leur pays et le monde à travers le kaléidoscope du catastrophisme et de la radicalité. Leur vécu n'est fait que de conflits, d'affrontements, de luttes. Pourquoi alors devrait-on se montrer courtois et réceptif au compromis à l'Assemblée nationale ? Quand il s'agit de supprimer le capitalisme, le compromis n'est pas de mise. La vieille idéologie marxiste, complètement dépassée aujourd'hui, règne encore sur les esprits prétendument insoumis ? La dictature du prolétariat, concept d'une rare stupidité mais ayant eu ses heures de gloire, reste leur rêve inavoué.

La colère latente qui résulte de cet étouffement lent de la démocratie libérale par la démagogie généralisée se manifeste aujourd'hui dans l'ensemble du monde occidental. La colère des « peuples » provient principalement du rejet des thèmes actuels fondant la lutte anticapitaliste de la gauche extrême : théorie du genre, racialisme, féminisme radical, catastrophisme écologiste. Cet anticapitalisme militant ne concerne qu'une infime minorité d'individus, mais ceux-ci disposent de relais médiatiques puissants et savent, par le scandale et la violence, attirer l'attention du grand public. Leur audience est donc disproportionnée. En France, quelques dizaines de milliers de militants tout au plus déterminent les thèmes de l'époque, qui doivent être le plus conflictuels possible. Autrement dit, une petite aristocratie de militants professionnels choisit les axes de rupture favorisant la radicalité et générant les conflits.

La montée de la droite radicale apparaît comme la contrepartie politique de l'addiction de la gauche à la révolution. Les peuples d'Occident, méprisés par l'intelligentsia internationaliste de gauche, se sont réfugiés dans le nationalisme : Rassemblement national en France, Fratelli d'Italia en Italie, Parti républicain dominé par la tendance Trump aux États-Unis. (...)

La problématique principale que devra affronter cette gauche radicale n'est jamais abordée. Les « peuples » aspirent d'abord et avant tout à une amélioration de leurs conditions matérielles de vie. C'est encore plus vrai pour les plus déshérités de la planète, ceux du sud global, selon le jargon géopolitique actuel. Seule la croissance économique permet d'améliorer le niveau de vie d'une population et seul le capitalisme a réussi cette gageure depuis que le monde est monde. Echec de l'URSS, échec de Cuba, échec du Venezuela. La Chine reste un point d'interrogation mais il est assez invraisemblable qu'une dictature communiste puisse assurer durablement la prospérité de sa population puisque sa classe dirigeante est tétanisée par l'obéissance au parti et la rigidité idéologique. La croissance repose sur la liberté d'entreprendre et la souplesse d'adaptation du marché.

Par quoi la gauche veut-elle aujourd'hui remplacer le capitalisme ? Mystère absolu. (...)

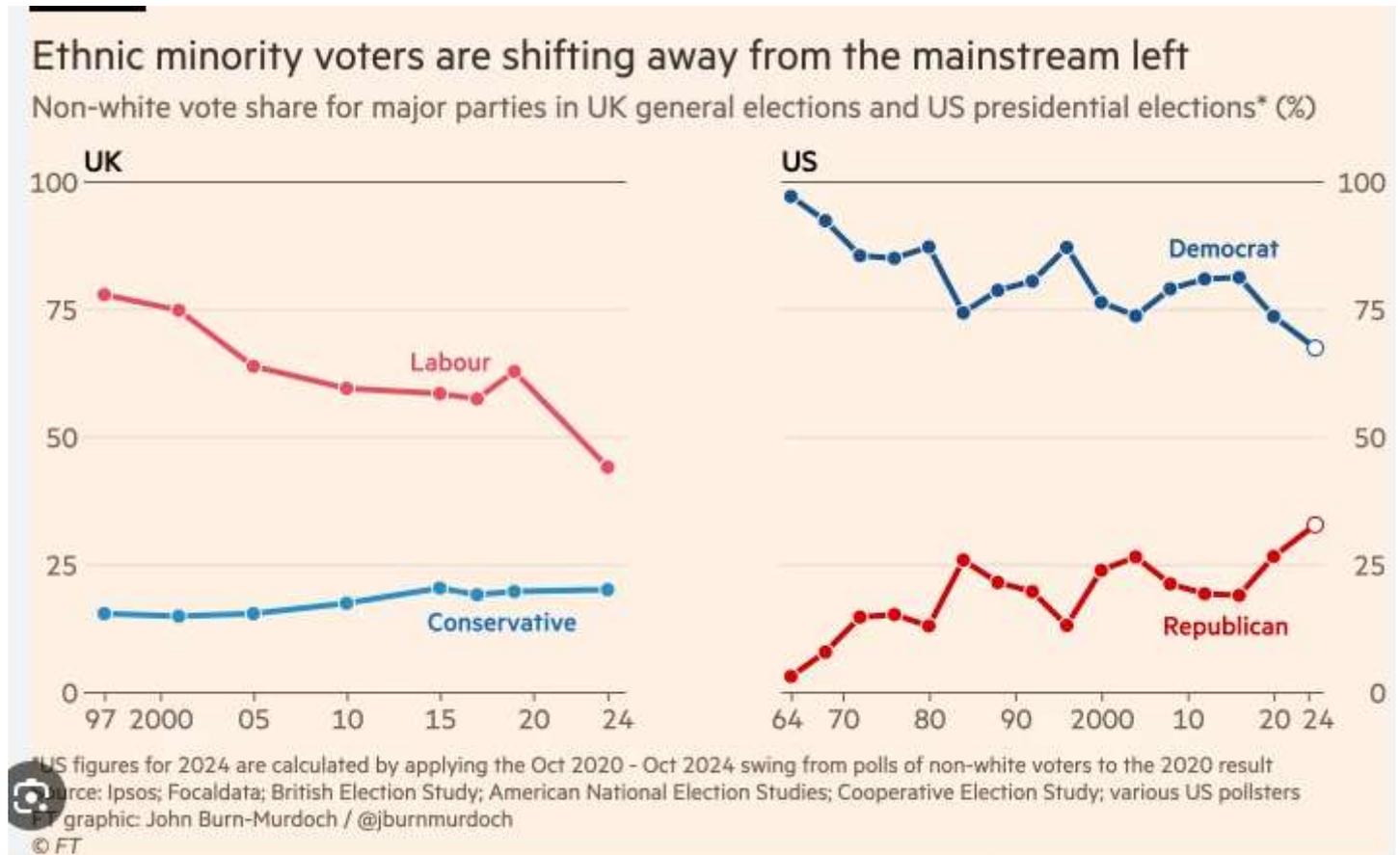
Les militants d'extrême-gauche ne semblent pas vraiment disposer des connaissances nécessaires pour analyser objectivement la réalité économique actuelle. Par quoi remplacer le mode de financement capitaliste de l'économie ? La seule réponse possible est : le monopole étatique. Le totalitarisme en résulte nécessairement, comme l'a montré Friedrich Hayek dans *La Route de la servitude*.

Décidément, la gauche et une partie de la droite rêve toujours de société idéale et nous conduit toujours à la tyrannie.

*The Economist*, 10 novembre, article payant

## Taxes down, walls up : The return of Trumponomics excites markets but frightens the world

It may bring stronger growth, higher inflation and a global trade war



### Extraits :

THE TRUMP trade is already in full swing. As it became clear that Donald Trump would win the presidential election, American stocks soared, the dollar strengthened and Treasury yields jumped higher. The price movements contain two messages about the direction of Mr Trump's economic policies. The promise of big tax cuts, combined with his zeal for deregulation, will boost growth, especially in the short term. But the spectre of tariffs and a crackdown on immigration may drive up inflation and, eventually, undercut America's economic strengths.

Gauging the potential impact of Mr Trump's policies is, however, no easy task. As ever with him, there is uncertainty about whether he means all that he says. He is, for instance, obviously fond of tariffs but he may also, sometimes, treat them as leverage with other countries rather than as end goals. There is also uncertainty about how much he will be able to achieve. Mr Trump's team has evolved from the chaos of his first term into what appears to be a more finely oiled operation. And Republicans are on track for a trifecta, as Mr Trump's resounding victory is likely to come alongside a solid majority in the Senate and a narrower one in the House of Representatives. Still, moderates in the party will have the clout to whittle down some of his agenda.

Mr Trump's economic programme can be divided into three main categories: lower taxes, sweeping deregulation and higher tariffs. He also has some broader policies—in particular, a looming crackdown on immigration—that could have a profound effect on the economy. (...)

The danger of an exploding deficit may end up limiting how far Republicans in Congress go on tax cuts as negotiations start early next year. Much will also depend on how markets react: a rise in Treasury yields in response to Mr Trump's triumph is already a warning about America's fiscal frailty. (...)

Whereas tax negotiations will stretch though much of 2025, Mr Trump will get to work right away on deregulation when he returns to the White House. In his rallies he promised the “most aggressive regulatory reduction” in American history. He may tap [Elon Musk](#), the Tesla boss who became his chief campaigning sidekick, to lead a “government efficiency commission” that eliminates ten existing rules for every new one. But businesses are excited less by the razzle-dazzle of such a commission than by the coming U-turn on rules drawn up by Democrats. (...)

Tariffs will be Mr Trump's most controversial set of policies, especially in foreign capital cities. Central to his programme for nearly a decade has been a belief that protectionism is essential to American prosperity. His first term in the White House, which featured tariffs on steel from around the world and on a range of Chinese products, is probably just a prelude to what he will attempt now (see chart 3). He has talked about [slapping levies of 10-20% on everything that America imports](#), of 60% on all goods from China and even higher duties—perhaps 500%—on cars from Mexico.

Almost universally, economists say such hefty tariffs would lead to higher consumer prices and act as drags on investment and growth. That is a potentially cruel irony for American voters given that anger about inflation under Mr Biden helped fuel support for Mr Trump's re-election. Many Republicans in Congress are also less enthusiastic about tariffs; a traditional free-trade strain remains alive, if hardly thriving, in the party. But any opposition from them may not amount to much. (...)

Tariffs are also sure to invite retaliation. In Europe officials have already drawn up lists of levies that they may impose on American goods. China will probably go after farm products, from soybeans to corn. Other countries will be tempted to follow suit but will also try to carve out exemptions from Mr Trump's tariffs. (...)

Given the size and diversity of its economy, America may be better insulated than most from a global trade war—that, along with the higher Treasury yields, helps to account for the dollar's rise after Mr Trump's victory. The very real danger for the world is weaker growth, higher prices and more brittle supply chains. (...)

There are other threats, too. Worries about inflation are likely to weigh heavily in the Federal Reserve's calculations. The rise in Treasury yields shows that many investors believe the central bank will end up leaving interest rates higher next year than previously assumed—though they still expect a quarter-point cut at its meeting on November 7th, after we published this. (...)

That Mr Trump may not be able to realise his most extreme ambitions should offer some solace to an anxious world. But he will probably be able to push further in his second term than he did in his first. He is better prepared for governing this time, with a larger team of loyalists and a more detailed plan of action. It is going to be a turbulent economic ride, for America and the world. Buckle up. ■

<https://www.economist.com/finance-and-economics/2024/11/06/the-return-of-trumponomics-excites-markets-but-frightens-the-world>

---

*The Economist, 9 novembre, article payant*

## **The Telegram : The world faces its worst trade wars since the 1930s**

Donald Trump's re-election accelerates a crisis for globalization

Extraits :

THE WORLD stands on the brink of multiple trade wars. Some will be unleashed with enthusiasm by Donald Trump, a man who hails tariffs as “the greatest thing ever invented”. Yet other, more reluctant clashes will surely follow, begun by blocs and countries whose prosperity depends on access to foreign markets. Expect those unhappy warriors, notably those based in Beijing and Brussels, to insist that—if forced into battle—their

aim is to keep markets open and competition fair, not to tear the system down. Alas, the distinction matters less than defenders of globalisation hope. History records many examples of protectionists wreaking economic havoc. But trade-friendly governments often feel obliged to retaliate, too, rather than stand accused of abandoning domestic industries.

Mr Trump returns to power with a mandate to impose tax rises on trade, and on a historic scale. (...) Mr Trump threw out still larger numbers on the campaign trail, threatening China with an across-the-board 60% tariff, growling about taxing Mexican cars at up to 500%, and about a flat tariff on other imports of 10-20%. Those numbers should be taken seriously, but not literally. Tariffs are coming, but Robert Lighthizer, the trade representative in the first Trump administration, has told associates not to expect 60% tariffs on China right away. Mr Trump's trade goals are "all about leverage" and cutting deals, says a former official. (...)

In Washington, trade hawks harbour no hopes of changing China's behaviour. In their telling, Mr Trump wants to re-industrialise America. He can't break China or stop China. But he can defend the economy from "a China shock 2.0", says one.

Chinese leaders talk a good game about defending free trade, while pursuing resolutely self-interested trade and industrial policies. China could resolve tensions by letting its electric-car makers and other industrial champions open plants overseas and share advanced technologies with foreign partners—following the same model that China imposed on foreign firms as a price for access to Chinese markets. To date, though, Chinese officials have discouraged such transfers. Your columnist asked a European diplomat in Beijing whether a trade war is inevitable. Coming months will show whether China understands that it must change its ways, was his reply. "Will we achieve that in time? I don't know," he admitted. Mr Trump's victory speeds everything up. ■

<https://www.economist.com/international/2024/11/07/the-world-faces-its-worst-trade-wars-since-the-1930s>

---

*Le Point, 9 novembre, article payant*

## **L'aversion des prêteurs pour le risque, un problème majeur pour l'Europe**

LA CHRONIQUE DE PATRICK ARTUS. Face aux États-Unis, l'Europe accumule un retard d'investissements en nouvelles technologies et en recherche-développement.

*Extraits :*

La comparaison des États-Unis et de l'Europe est claire : [la productivité du travail](#) a augmenté depuis 2010 de 20 % aux États-Unis et de seulement 6 % en Europe ; l'investissement en nouvelles technologies atteint 5,5 % du PIB aux États-Unis, et seulement 3,2 % du PIB en Europe ; les dépenses de recherche-développement se montent à 3,5 % du PIB aux États-Unis, et à seulement 2,5 % en Europe.

On peut, à un premier niveau d'analyse, attribuer [la faiblesse des gains de productivité – donc de la croissance – en Europe](#) aux faibles niveaux de la recherche-développement et des investissements technologiques. Mais, au-delà, si l'on s'interroge sur les causes profondes de cette insuffisance des dépenses de recherche et d'investissement, on parvient à une explication fondamentale : une aversion élevée pour le risque de la part des prêteurs européens.

Cette aversion se voit à la structure de l'épargne. Les Américains investissent beaucoup en actions, ce qui est nettement moins le cas des Européens. Si l'on regarde les 100 plus grosses capitalisations boursières mondiales, on voit que la part des États-Unis dans leur capitalisation totale est de 72 % et la part de l'Europe de 12 % seulement. La part des actions et fonds investis en actions dans la richesse européenne n'est que de 18 %.

Les Européens [épargnent essentiellement en assurance-vie](#), en dépôts bancaires. Les actifs monétaires détenus par les Européens (billets, dépôts à vue et dépôts à terme, fonds monétaires) représentent près d'une année de PIB ; l'encours d'assurance-vie représente 50 % du PIB de la zone euro, dont le quart seulement est investi en actions ou en fonds d'actions. (...)

Le système financier s'est adapté au fait que les épargnants européens privilégient les actifs monétaires et l'assurance-vie. Les entreprises sont financées essentiellement en dette (la dette des entreprises européennes représente 103 % du PIB) alors que les entreprises américaines sont financées essentiellement en actions.

Comment combler le retard de l'Europe dans le secteur des nouvelles technologies (lequel représente 5,6 % de son PIB, contre 10 % du PIB aux États-Unis) et en recherche-développement ? Le niveau élevé d'aversion pour le risque des prêteurs est difficile à corriger ; c'est probablement une caractéristique structurelle de l'économie européenne. Il conduit à une économie qui stagne en milieu de gamme et ne fait pas les investissements technologiques nécessaires. (...)

Première solution : une intermédiation à grande échelle de l'épargne des Européens par des investisseurs publics capables de prendre des risques et bénéficiant d'une garantie des États ou de l'Union européenne (sur le modèle de la Banque européenne d'investissement, de KfW, de Bpifrance...). Une deuxième solution serait des incitations au développement de fonds de *Private Equity* en Europe (dont on a vu qu'ils étaient de beaucoup plus petite taille qu'aux États-Unis) par une nouvelle modification des ratios prudentiels des assureurs qui leur permette d'intégrer une part accrue de capital-risque dans leurs actifs.

*\* Patrick Artus est conseiller économique d'Ossiam, membre du Cercle des économistes.*

[https://www.lepoint.fr/economie/l-aversion-des-preteurs-pour-le-risque-un-probleme-majeur-pour-l-europe-09-11-2024-2574843\\_28.php](https://www.lepoint.fr/economie/l-aversion-des-preteurs-pour-le-risque-un-probleme-majeur-pour-l-europe-09-11-2024-2574843_28.php)

*Contrepoints, 8 novembre, accès libre*

## **Le rapport Draghi oublie l'essentiel**

Le rapport Draghi propose 170 propositions autour du thème de l'accroissement de l'innovation, l'harmonisation juridique, le développement

### Extraits :

(...) L'Europe refuse de faire un choix clair entre un pari sur les vertus de la liberté, la responsabilité, la propriété et une économie mixte, certes appuyée sur le fonctionnement des marchés fidèle à l'esprit du Traité de Rome, mais constellée, puis gangrené désormais en tous domaines, d'une réglementation foisonnante, afin de pouvoir « piloter » le destin économique de l'Europe.

Ce refus de clairement choisir entre la liberté et le dirigisme provoque des dysfonctionnements. La raison de ces interventions siègerait dans la lutte contre les défaillances du marché. Cela a pour résultat réel de surtout accumuler des défaillances étatiques, bureaucratiques, technocratiques. Le refus d'accepter l'idée de la dichotomie des systèmes est le talon d'Achille de la gouvernance européenne depuis les quarante dernières années. Le marché a ses propres logiques et sa propre cohérence. Il en est de même des politiques interventionnistes. Mais on ne saurait imaginer une solution neutre, équilibrée, médiane qui consisterait, dans un jeu d'équilibre impossible à mener, à puiser dans chacun des systèmes ce qui semble le meilleur. (...)

(...) il aurait sans doute été plus judicieux de se poser la seule question qui compte finalement. Cette interrogation est la suivante : quelles sont les facteurs, les fondements, les principes, les politiques qui expliquent l'éclatante réussite des deux autres ensembles d'un monde dit tripolaire.

La réponse est évidemment dans les institutions, comme affirmé depuis Adam Smith jusqu'à Douglass North et récemment confirmé de façon très convaincante par les trois titulaires couronnés du prix Nobel d'économie le 14 octobre 2024.

Quelles sont les bonnes institutions ? En la matière nul n'est besoin de faire preuve d'originalité. Partout où l'on met du marché, le système des prix, des contrats libres, du droit, de la liberté d'entreprendre, du libre-échange, la possibilité d'avoir du profit, mais aussi et encore de faire évidemment faillite si on a proposé des choix erronés au consommateur, des marchés de capitaux libres, la libre circulation et confrontation des idées afin de favoriser l'émergence des préconisations les plus solides, de la concurrence, de la propriété, un État fort,

mais borné à ses fonctions régaliennes , une fiscalité raisonnable, équitable, juste, compréhensible, les résultats sont à la hauteur des espérances. La preuve par l'Europe de 1820 aux années 1960. Comment être certain que la liste **précédente** soit la bonne ? Il faut et il suffit de constater les résultats lorsque le système d'institutions et d'incitations a pris le contre-pied total des préconisations ci-dessus. Car, par valeur d'exemplarité fort utile nous connaissons les catastrophes des économies planifiées et gouvernées **de manière centralisée**, outre les persécutions et indignités quotidiennes infligées aux populations.

En économie, dans l'ordre social, dans nos choix quotidiens ce sont les principes qui comptent. Les modalités seront trouvées souvent aisément, quelquefois péniblement par le libre jeu de l'ordre spontané déployé par nos imaginations créatrices qui comblent le fossé entre le monde réel d'aujourd'hui et celui de demain.

<https://www.contrepoints.org/2024/11/06/479716-le-rapport-draghi-oublie-lessentiel>

---

*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7 novembre, article payant*

### **FDP-Forderungen: Was taugt Lindners Wirtschaftspapier?**

Klima, Rente, Steuern, Arbeit: Der Finanzminister verlangt weitreichende Wirtschaftsreformen. Führende Fachleute prüfen für die F.A.Z. seine Ideen auf Herz und Nieren. (Climat, retraites, impôts, travail : le ministre des Finances exige des réformes économiques de grande envergure. Des experts de premier plan examinent ses idées pour la F.A.Z. de fond en comble.)

#### Extraits :

##### 1. Unternehmenssteuern senken

Deutschland positioniert sich im internationalen Standortwettbewerb als ein Land, das keine Investitionen und keine Gewinne haben will. So beschreibt der Ökonom [Clemens Fuest](#), Präsident des Münchner Ifo-Instituts, die steuerliche Lage. Im Kreis der großen Industriestaaten stehe Deutschland mit einer Steuerlast von 29,9 Prozent auf Unternehmen an der Spitze, sagt Fuest. „Es ist keine günstige Position, der Allerteuerste zu sein“, sagt der Wissenschaftler. Die Vorschläge des Finanzministers, die Unternehmenssteuerlast mittelfristig auf 25 Prozent zu senken, hält Fuest in der Stoßrichtung hin zu mehr Wachstum für zielführend.

Kostenlos, oder selbstfinanzierend auf kurze Sicht, sei das aber nicht zu haben, erklärt Fuest. „Man muss es sehen wie eine Investition“, erklärt er. „Man lässt den Unternehmen mehr, um Wachstum zu erreichen, und muss dafür erst mal auf Steueraufkommen verzichten.“ (...)

##### 2. Klimapolitik entschärfen

Lindner zufolge belasten in der Klima- und Energiepolitik übertriebene nationale Ziele die Haushalte und Unternehmen, ohne dass das im internationalen Kontext klimapolitisch Wirkung entfaltet. Er fordert, das deutsche Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2045 auf den EU-Termin 2050 zu verschieben. Sonst übernehme die Bundesrepublik innerhalb des EU-Emissionshandels ETS die Aufgaben anderer Staaten. (...)

Manuel Frondel vom Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) sagt: „Es ist sehr vernünftig, weil immens kostensparend, Deutschlands Treibhausgasneutralitätsziel von 2045 auf 2050 zu verschieben“. Das hohe Tempo, mit dem Deutschland auf sein Klimaziel hinarbeite, „führt zu extrem teuren Fehlern, allen voran die unüberlegte Forcierung des Ausbaus der Photovoltaik-Leistung von heute 90 auf 215 Gigawatt im Jahr 2030, obwohl Stromspeicher, Netze und die Nachfrage fehlen“. Nationale Alleingänge seien kontraproduktiv: „Wenn sich Deutschland als klimapolitischer Musterschüler aufspielt, dabei die eigene Wirtschaft schädigt und die Politik wie beim Heizungsgesetz die Bevölkerung gegen sich aufbringt, wird das keine Nachahmung in der Welt finden.“ (...)

Die Streichung der Subventionen für Ökostrom nach 25 Jahren EEG-Förderung hält Ökonom Frondel für „längst überfällig“. Es sei richtig, CCS einzusetzen und die eigene Erdgasförderung anzukurbeln: „Es ist weitaus treibhausgasärmer, Erdgas per Fracking in Deutschland zu gewinnen, anstatt es als LNG in Tankern tiefgekühlt aus den USA zu importieren.“ Frondel setzt sich für einen einheitlichen europäischen CO<sub>2</sub>-Preis

nach Einbeziehung von Verkehr und Gebäuden in den ETS ein: „Das würde helfen, auch die USA und China von den Vorteilen eines Emissionshandels zu überzeugen.“ (...)

### 3. Rente anpassen

Im Wendepapier dringt die [FDP](#) auf die „Eindämmung des Anstiegs der Sozialversicherungsbeiträge“. Das Gegenteil bewirkt jedoch das geplante „Rentenpaket II“ der Ampel, das die Rentenkasse mit Zusatzkosten von 500 Milliarden Euro bis 2045 belasten würde. (...)

Statt den Gesetzentwurf, ein Herzensanliegen der [SPD](#), zu stoppen, verlangt die FDP zwei zusätzliche Maßnahmen zur „Sicherung der Generationengerechtigkeit: Einerseits soll der Abschlag bei vorzeitigem Rentenbeginn steigen, andererseits die Berechnung des Mindestrentenniveaus verändert werden. Eckpunkt wäre dann künftig nicht mehr ein Rentner, der 45 Jahre Durchschnittsbeiträge gezahlt hat, sondern etwa 46 bis 47 Jahre, da das gesetzliche Rentenalter nun höher liegt und länger gearbeitet werden muss. Beides klingt technisch, könnte die Rentenausgaben aber durchaus bremsen, wenn SPD und Grüne mitziehen.

Beides „ist hilfreich“, urteilt der Rentenfachmann Axel Börsch-Supan. Allerdings reichen diese Korrekturen aus seiner Sicht nicht annähernd aus, um die Kosten der Stilllegung des Dämpfungsfaktors auszugleichen. „Klare Antwort nein!“, sagt er der F.A.Z. Selbst „die superoptimistische Berechnung des Bundesarbeitsministeriums“ sehe den Beitragssatz um rund vier Punkte ansteigen. Superoptimistisch sei diese Berechnung, weil sie auf Basis der 15. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts (Ende 2022) von einer niedrigeren Lebenserwartung, einer steigenden Geburtenrate und hoher Migration ausgehe – inzwischen seien die gegenteiligen Tendenzen jedoch eingetreten. (...)

### 4. Arbeiten attraktiver machen

In Deutschland wird zu wenig gearbeitet, findet Lindner. Es brauche dringend verbesserte Rahmenbedingungen, um die Arbeitszeiten in Deutschland „signifikant auszuweiten“. Im Blick hat der FDP-Chef vor allem die Bürgergeldempfänger. In der Praxis führen die schlecht aufeinander abgestimmten Leistungen Bürgergeld, Wohngeld und Kinderzuschlag dazu, dass es sich für viele Betroffene nicht oder kaum lohnt, mehr zu arbeiten. „Das System sollte reformiert werden“, schreibt Lindner.

Ifo-Ökonom Andreas Peichl findet das noch zu zurückhaltend formuliert. „Das System sollte nicht reformiert werden, es muss reformiert werden“, sagt er. Peichl selbst hat in den vergangenen Jahren verschiedene Reformvorschläge gemacht. Am meisten Sympathie hat der Volkswirt dafür, Transferempfängern vom ersten verdienten Euro an, 70 Prozent zu entziehen. Derzeit ist das System kompliziert, wer Arbeit aufnimmt, kann am Monatsende sogar weniger Geld in der Tasche haben. „Bei meinem Vorschlag gibt es zwar auch Verlierer und etwas mehr Transferempfänger, aber der Anreiz zu arbeiten steigt deutlich“, sagt Peichl.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/der-grosse-lindner-tuev-was-taugt-sein-wirtschaftspapier-110089251.html>

---

*Le Figaro, 7 novembre, sur X*

**Avantages fiscaux de l'industrie US vs. France** (Laurent Benarousse, DG France de [@RolandBerger](#))

«Aux États-Unis, une entreprise paye 11% d'impôts, c'est 21% en France. Et je vous dis ça avant les réductions d'impôts voulues par Trump... Le coût de l'électricité industrielle y est deux fois moins élevé qu'en France»



---

*Le Figaro, 6 novembre, article payant*

### **Pourquoi l'élection de Donald Trump n'est «pas une bonne nouvelle» pour l'économie française et européenne**

DÉCRYPTAGE - Durant sa campagne, le milliardaire a martelé son intention d'imposer des droits de douane «terribles» en cas de retour à la Maison Blanche. De quoi faire craindre un «choc significatif» pour l'Europe.

#### Extraits :

(...) «Pour l'Union européenne, dont les États-Unis sont le premier marché à l'exportation avec 20% des flux sortants, le choc serait significatif, en particulier pour l'Allemagne », très dépendante du marché américain, corrobore l'économiste Éric Chaney, expert associé à l'Institut Montaigne, dans un billet de blog publié sur le site Telos. «Côté allemand, le secteur automobile, mais aussi celui de la chimie et celui des machines-outils sont particulièrement vulnérables, quand en France ce serait plutôt les spiritueux, l'agroalimentaire et la pharmacie», précise Anne-Sophie Alsif. Le pays de l'Oncle Sam représente aujourd'hui le quatrième client des exportations tricolores (45,2 milliards d'euros en 2023), selon les données de la Direction générale du Trésor. Des échanges commerciaux dominés par trois secteurs, en première ligne en cas d'instauration de droits de douane : l'aéronautique (7,9 milliards d'euros, soit 17,6% du total), les produits pharmaceutiques (4,1 milliards, 9%) et les boissons (3,9 milliards, 8,7%), vins et spiritueux en tête. Toutefois, «la France est moins exposée que l'Allemagne au marché américain et va moins souffrir», affirme auprès de BFMTV Antoine Bouët, directeur du Centre d'études prospectives et d'informations internationales (CEPII).

Ce «protectionnisme agressif, "confrontationnel"», comme le baptise Antoine Bouët dans un billet paru sur Telos, pourrait fragiliser la croissance économique européenne. La célèbre banque d'affaires américaine

Goldman Sachs a calculé que des droits de douane généralisés de 10% réduiraient le PIB de la zone euro de 1%, «avec des effets plus négatifs en Allemagne qu'ailleurs dans la zone euro» (1,6%), «compte tenu de sa plus grande ouverture et de sa dépendance à l'égard de l'activité industrielle». Toutefois, d'autres experts jugent que l'impact serait beaucoup plus minime, de l'ordre de 0,1 à 0,5%. Le cabinet d'études économiques Asterès juge que «le coût des droits de douane américains serait limité pour l'Europe s'il n'y a pas de hausse similaire des droits de douane européens», étant donné que «l'évolution du taux de change compenserait vraisemblablement la perte de compétitivité induite par les droits de douane pour l'économie européenne».

Au-delà de cet effet direct des surtaxes américaines, l'Europe pourrait indirectement pâtir des droits de douane que Donald Trump compte imposer sur les importations en provenance du rival chinois. Et celles-ci ne se limiteraient pas à 10 ou 20%, mais pourraient atteindre 60%, à en croire les déclarations du candidat. «En répercussion, la Chine pourrait avoir la volonté de perforer le marché européen, pour trouver d'autres débouchés à ses produits», indique Anne-Sophie Alsif. De quoi provoquer des mesures de rétorsion de la part de Bruxelles. «On voit mal comment l'application de ses propositions (de Donald Trump, NDLR) ne déclencherait pas une guerre commerciale mondiale à une époque où la coopération internationale n'a jamais été aussi nécessaire», pointe Antoine Bouët. Un tel scénario serait désastreux pour les blocs impliqués. (...)

En parallèle des droits de douane, les industriels européens ont des raisons de s'inquiéter du programme de Donald Trump en matière de politique énergétique. «Il veut aller à fond sur les énergies fossiles, ce qui pourrait avoir des conséquences sur les prix de l'énergie», relève Christian de Boissieu. Pro-gaz et pétrole de schiste, le milliardaire républicain a promis de «forcer à tout-va» s'il était élu. De quoi «faire baisser les prix de l'énergie aux États-Unis, ce qui serait mauvais pour la compétitivité de l'Europe», souligne Anne-Sophie Alsif, alors que les prix du gaz et de l'électricité sont déjà sensiblement moins chers outre-Atlantique. (...)

Au-delà de ces considérations économiques, les positions climatosceptiques de Donald Trump, prêt à sortir à nouveau de l'accord de Paris, risquent de «casser tout effort de coordination autour des questions énergétiques et de politique climatique, et casser aussi les efforts pour réduire nos émissions et pour maîtriser ensemble le changement climatique», a alerté mardi sur Franceinfo Sébastien Jean, professeur au Conservatoire national des arts et métiers (Cnam) et directeur associé à l'Institut français des relations internationales (IFRI). (...)

<https://www.lefigaro.fr/conjoncture/pourquoi-l-election-de-donald-trump-n-est-pas-une-bonne-nouvelle-pour-l-economie-francaise-et-europeenne-20241106>

---

*Wall Street Journal, 5 novembre, article payant*

### **The Biden Economy Is 'Glorious'—if You're Wealthy**

Asset values have grown, but the working class bear the brunt of inflated prices and higher interest rates.

*Voir "Article du Jour"*

[https://www.wsj.com/opinion/the-biden-economy-is-glorious-if-youre-wealthy-disparities-working-class-policy-3a769f72?mod=opinion\\_recentauth\\_pos2&mod=WSJ\\_home\\_columnists\\_pos\\_2](https://www.wsj.com/opinion/the-biden-economy-is-glorious-if-youre-wealthy-disparities-working-class-policy-3a769f72?mod=opinion_recentauth_pos2&mod=WSJ_home_columnists_pos_2)

---

*L'Express, 5 novembre, article payant*

### **Les arrêts maladie explosent : alléger la facture, le grand défi des entreprises**

Economie. Réorganisation, prévention, lutte contre les abus... Face à la hausse inédite des arrêts maladie, les employeurs cherchent la parade.

Extraits :

(...) Parmi les multiples fraudes possibles dans le domaine de la couverture santé - frais médicaux et soins - et de la prévoyance - incapacité de travail, invalidité ou encore dépendance -, les abus et les falsifications d'arrêts de travail connaissent un bond significatif. "Le sujet prend de l'ampleur en ce moment", confirme

Anthony Jabre, directeur médical et maîtrise de la sinistralité au sein de la mutuelle. Sur les neuf premiers mois de l'année, 757 refus d'indemnisation ont été adressés à des assurés, en raison d'une fraude ou d'une incohérence constatée. Un chiffre en hausse de 57 % par rapport à la même période en 2023. Le nombre de demandes est passé, lui, de 37 000 en 2022 à 42 000 en 2024. Et l'année n'est pas terminée. Le thème agite aussi les débats autour du projet de loi de financement de la Sécurité sociale (PLFSS), alors que le gouvernement prévoit d'aligner le secteur public sur le privé en relevant à trois le nombre de jours de carence, afin de faire des économies sur les indemnités journalières.

La lutte contre la fraude chez Malakoff Humanis a pris une nouvelle dimension avec l'arrivée de l'intelligence artificielle. Les *data scientists* de la maison ont développé des algorithmes capables de détecter des altérations sur des documents, mais aussi des contradictions. Ces outils permettent de mettre le doigt sur des cas que l'humain n'aurait pas été capable d'identifier à l'oeil nu. Chaque arrêt de travail est passé au crible par le logiciel conçu en interne. Et lorsque l'algorithme parvient à repérer une anomalie, il génère une alerte afin qu'un expert puisse ensuite procéder à des vérifications.

Depuis quelques années, les sites délivrant de faux documents pour quelques euros ont fleuri sur la toile. On se procure sans mal un arrêt maladie sur Telegram, Snapchat ou WhatsApp. Les équipes de Malakoff Humanis s'aventurent sur tous ces réseaux pour parfaire la détection des fraudes. "Le but du jeu est d'intervenir avant l'indemnisation. Comme il est difficile de recouvrer a posteriori, il faut agir le plus tôt possible", reconnaît Anthony Jabre. Le responsable décrit aussi des situations plus atypiques : un assuré qui crée une entreprise en parallèle de son arrêt de travail, des individus portant le même nom de famille ou habitant dans des zones proches et qui s'arrêtent en même temps... Autant d'indices suspects. (...)

Le travail du groupe de protection sociale se révèle précieux au moment où la facture des arrêts maladies explose. Depuis 2015, les dépenses de la Sécurité sociale sur ce poste - hors période Covid - ont bondi de 52 % et devraient dépasser la barre des 17 milliards d'euros fin 2024, contre 10,4 milliards d'euros il y a moins de dix ans. "Nous n'avons pas découvert le sujet l'an dernier. Différents travaux ont été menés ces dernières années pour expliquer les éléments dynamiques de la dépense. Il n'y a pas une cause unique d'augmentation", indique Thomas Fatôme, le directeur général de la Caisse nationale de l'assurance-maladie (Cnam). Deux éléments sont bien identifiés. A commencer par le facteur prix : le smic étant indexé sur l'inflation, celui-ci a été revalorisé à plusieurs reprises au cours de la période récente. Et, d'une manière générale, l'ensemble des salaires a augmenté. S'y ajoute l'évolution démographique : la population française continue de croître, et, au gré des réformes successives des retraites, nous travaillons de plus en plus tard.

Mais ces deux facteurs n'expliquent pas à eux seuls le dérapage. Entrent aussi en ligne de compte le rapport individuel au travail, l'augmentation des maladies professionnelles, la dégradation des conditions de travail, les abus, les fraudes... Une liste à la Prévert que la Cnam n'est pas en mesure de pondérer. Des prises de contact ou des enquêtes sont en cours auprès des assurés en arrêt, des médecins qui prescrivent plus que la moyenne et des entreprises qui connaissent un taux d'absentéisme plus élevé qu'ailleurs. "Cette problématique concerne de nombreux acteurs : les syndicats de salariés, l'Assurance-maladie, les employeurs, les praticiens... Il faut que les mondes du travail et de la santé collaborent. Ce n'est pas évident, mais c'est nécessaire", admet Thomas Fatôme.

Face à ce fléau, les entreprises se retrouvent en première ligne. (...)

Dans les activités aux process contraints, comme l'industrie, "la multiplication des absences qu'on ne peut pas anticiper, exception faite des pathologies lourdes et des arrêts connus à l'avance, a un impact très concret", confirme Florence Naillat, du Meti. Pour un coût largement sous-estimé, selon Laurent Cappelletti, professeur au Conservatoire national des arts et métiers : "La productivité de l'entreprise diminue mécaniquement. A l'échelle de la nation, c'est une fuite gigantesque de PIB. Quand on chiffre tout ça, on arrive à un coût total de l'absentéisme en France de plus de 100 milliards d'euros par an. Les indemnités journalières représentent seulement un tiers de ce montant." L'arbre qui cache la forêt.

<https://www.lexpress.fr/economie/les-arrets-maladie-explosent-alleger-la-facture-le-grand-defi-des-entreprises-ABEPGB547VEP3EXWBT7WNSOJMU/>

## **La « démocratie économique », un concept socialiste à rejeter**

Une [note](#) récente de la Fondation Jean Jaurès amène à s'interroger sur le concept de « démocratie économique ». Loin d'être un viatique, il constitue un grave danger.

### Extraits :

(...) Une note récente de la Fondation Jean Jaurès entend en conséquence promouvoir une « démocratisation de l'entreprise » (« Démocratiser l'entreprise : un nouveau territoire pour la République », 21 octobre 2024).

La note part de l'idée que le « mécontentement social » a fait le lit de l'extrême droite. Or, la République a négligé ce qui est qualifié de « cadre d'expression politique le plus pertinent », à savoir... les entreprises ! Un paradoxe selon nos socialistes puisque, si le capital est privé, « la force de travail est sociale ». La solution s'énonce d'elle-même : il convient d'œuvrer à la « participation ». Mais pas la participation gaullienne, ce parent pauvre de la socialisation ; une participation qui « implique de doter les citoyens de droits au sein des entreprises et de les associer à la gestion du capital et aux choix d'investissements ». Autrement dit, il faut inventer « un droit de participation à la richesse créée ». Il faut « retrouver le sens de la République en liant les droits politiques au droit de propriété ».

La note conclut que la « démocratie économique en République transformera les travailleurs salariés en citoyens participant à la délibération ». Le jargon socialiste qui avait été un peu mis de côté revient ici en force : cette nouvelle démocratie « offrirait une approche inclusive du développement socio-économique en ligne avec les défis environnementaux ».

L'idée d'une « démocratie économique » peut sembler a priori sympathique. Par surcroît, il est suicidaire de s'opposer à la démocratie, sous peine d'être considéré comme un factieux ou le suppôt d'une aristocratie surannée. Nous n'hésiterons pas à dire néanmoins que ce concept représente non seulement une idée économique absurde, mais encore et surtout un grave péril.

Le vocabulaire utilisé par nos socialistes est déjà inquiétant : la République est confondue avec le socialisme, les individus sont confondus avec les « citoyens », les droits naturels de l'homme avec de simples aspirations, les droits politiques avec la propriété des moyens de production, les salariés avec les propriétaires des entreprises, les représentants des salariés sous la forme de syndicalistes politisés avec les salariés eux-mêmes, les enjeux économiques avec les enjeux sociaux et environnementaux.

Cette bouillie conceptuelle résulte de la définition même de la « démocratie économique » qui n'est autre qu'un transfert, par définition forcé, de la propriété des porteurs de parts d'une entreprise à ses salariés. Or, si l'on peut concevoir que des salariés puissent être porteurs de parts (il en existe d'ailleurs des millions dans notre pays), si l'on peut concevoir que des salariés puissent constituer des coopératives (il existe des milliers de sociétés coopératives en France), si l'on peut même considérer que cela est ou serait positif, le fait d'obliger les entreprises à se constituer sous une certaine forme ou de transférer des parts à leurs salariés représente un changement de paradigme : celui de l'obligation par rapport à celui de la libre initiative.

En réalité, les socialistes restent fidèles à eux-mêmes. Il s'agit toujours de miner la propriété privée. Il s'agit toujours d'étendre la sphère de l'État par rapport à celle de la société civile. Il s'agit toujours de politiser l'économie et d'accroître l'interventionnisme. Il s'agit toujours de porter atteinte à la liberté de choix. En bref, il s'agit toujours de détruire le seul régime qui ait apporté prospérité et liberté dans le monde.

En ce sens, le concept de « démocratie économique » n'est que le signe avant-coureur d'une « démocratie populaire » qui ne dit pas son nom et qui n'est d'ailleurs ni démocratique ni populaire...

A cette fausse démocratie, nous préférerons celle du grand économiste autrichien Ludwig von Mises qui rappelait que la propriété ne peut être que celle des moyens privés de production, et que seul le libre marché permet aux consommateurs d'exercer quotidiennement leur pleine liberté de choix.

*L'Express, 4 novembre, entretien, article payant*

### **Jean-Marc Daniel : "C'est la France qui provoque le drame économique en Europe"**

Idées. Dette, tentation du protectionnisme, mauvaise lecture du keynésianisme, travail... L'économiste dénonce les mirages de la pensée économique française.

*Voir « Article du Jour »*

<https://kinzler.org/wp-content/uploads/2024/10/2-novembre.pdf>

---

*Le Figaro, 4 novembre, article payant*

### **«Afuera!» : ces libéraux qui rêvent d'importer les recettes de Javier Milei en France**

RÉCIT - Le président argentin «anarcho-capitaliste» prône un rétrécissement drastique du rôle de l'État et défend la liberté d'entreprendre. À l'heure où le gouvernement essaie de faire des économies, ses fans aimeraient voir appliquer ses solutions radicales dans notre pays.

*Extraits :*

Comment reconnaître un aficionado de [Javier Milei](#) ? Facile, il suffit de se promener sur X (ex-Twitter) et taper «afuera ! » («ça dégage !» en espagnol) dans la barre de recherche du réseau social d'[Elon Musk](#), soutien affiché du président argentin «antisystème ». L'expression est devenue un cri de ralliement, un code qu'utilisent les initiés pour se reconnaître entre eux depuis qu'une vidéo a circulé sur la toile en fin d'année 2023. On y voit le chef de l'État sud-américain, alors candidat à l'élection présidentielle, arracher compulsivement sur un tableau blanc le nom des ministères qu'il juge au mieux inutiles, au pire néfastes. L'environnement, l'éducation, la santé... *afuera !*

Neuf mois se sont écoulés depuis ce dimanche de novembre où 14 millions d'électeurs argentins ont glissé un bulletin dans l'urne (56% des voix) siglé du nom de celui présenté comme le «Trump de la pampa ». Dans un pays biberonné au socialisme, [l'arrivée au pouvoir d'un économiste «anarcho-capitaliste »](#) est a minima un coup de tonnerre politique pour ne pas dire une révolution. Car Milei est de la famille des «paléo-libertariens », une mouvance d'inspiration chrétienne, sortie des limbes en Amérique (du Sud et du Nord) après la crise sanitaire, et qui se caractérise par sa contestation absolue de la légitimité de l'État. La preuve : entre la mafia et l'État, lui préfère la mafia. «*La mafia a des codes, elle tient ses engagements, elle ne ment pas, elle est compétitive* », assure-t-il. «*Viva la libertad carajo !*» («Vive la liberté, bordel ! ») est son autre slogan.

Et en moins d'un an, «l'afuérisme» a su étendre son influence bien au-delà d'une Argentine visiblement lassée par des décennies de péronisme, grâce à son discours au lance-flammes, et un programme radical : abolition du peso, réduction drastique des dépenses publiques du PIB, privatisations à tout-va, dérégulation du système de santé, organisation d'un référendum sur l'IVG, abrogation de la loi sur les loyers. Son objectif «zéro déficit» l'a déjà conduit à supprimer 25.000 fonctionnaires entre décembre et fin mai, sans compter les contrats non renouvelés. De quoi être érigé au rang de quasi-icône pour un certain nombre de Français, tendance droite très libérale, unis contre la tutelle de l'État et partisans d'un grand coup de tronçonneuse dans les dépenses publiques (devenue l'emblème du président argentin, ce dernier la brandit dans des meetings pour manifester son intention de débiter en morceaux la dépense publique). (...)

Peut-on imaginer qu'émerge un Javier Milei français ? En avril, [dans Le Figaro, l'avocat et essayiste Charles Consigny](#) appelait de ses vœux à «*s'inspirer* » des chantiers qu'il a engagés. «*Qui ne voit pas que c'est précisément ce dont nous avons besoin en France ? Qui osera le faire ?* », questionnait l'avocat et essayiste. Personne, répliquent ses soutiens. «*La France n'est pas psychologiquement prête* », estime Nicolas. À les

écouter, la France serait gangrenée par le « gauchisme » et le « socialisme » et aucun parti politique ne serait immunisé. (...)

À rebours, ils sont nombreux chez les libéraux à voir d'un mauvais œil la percée du « chien fou » argentin. « *Je n'ai aucune estime pour ce bouffon rothbardien (Murray Rothbard a théorisé, à la fin des années 1980, l'alliance de la droite traditionaliste américaine et l'anarcho-capitalisme, NDLR) théoricien relativement marginal et anonyme de l'anarcho-capitalisme. Si le libéralisme est associé à ça, il ne faut pas s'étonner qu'il soit répulsif...* », juge sévèrement le philosophe et essayiste Gaspard Kœnig. Depuis un an, l'économiste Nicolas Bouzou a observé, dans son entourage, des libéraux « *de droite* », pas « *populistes* » pour un sou attirés par le discours de Javier Milei. « *Il se réfère à des économistes de Chicago comme Milton Friedman et même de l'école autrichienne (Friedrich Hayek, Ludwig von Mises) très populaires chez les libéraux. Sa radicalité plaît aux milieux intellectuels* », analyse l'auteur de *La Civilisation de la peur* (XO Éditions). (...)

Si « le Lion » plaît autant par-delà la Cordillère des Andes, c'est que les libéraux ont semble-t-il le syndrome de Calimero. « *Ils ont souvent eu en France un sentiment de persécution. Ils ont l'impression que personne ne les écoute et que la France est un pays structurellement anti libéral. Je suis en désaccord avec cette analyse mais c'est un sentiment dominant. Ce sentiment de persécution est un dénominateur commun avec Donald Trump qui dénonce lui aussi cet ostracisme. Il s'agit de s'unir en tant que médiatiquement persécutés* », avance Nicolas Bouzou. « *Les libéraux ont toujours eu pour habitude de se faire pardonner d'être libéraux. Lui n'a aucun complexe* », ajoute Olivier Babeau, président de l'Institut Sapiens. Pour autant, Bouzou est mitigé sur le cas Milei. « *L'Argentine est malade du péronisme. Ce pays ne s'est en jamais remis. Il est logique qu'il tente cette expérience très libérale, qui commence d'ailleurs à donner des résultats en matière d'inflation, de finances publiques ou de logement. En revanche, il est un conservateur sur le plan social alors que j'appartiens à une tradition libérale (Tocqueville, Girardin, Popper, Aron...) qui ne l'est pas. Je suis aussi libéral sur le plan des mœurs. En outre, je n'aime pas la provocation verbale. Je considère que la violence dans les mots est le prélude à la violence physique* ».

Son ascension médiatique marque peut-être le début d'une bataille idéologique d'un nouveau genre dans le camp des libéraux. La pandémie de Covid et les mesures liberticides qu'elle a provoqué ont occasionné un retour en force des libertariens, prônant une intervention minimale de l'État dans la vie des citoyens et une liberté d'expression débridée. Le libéralisme, autrefois bastion du cercle de la raison, semble lui aussi gagné par la fièvre populiste. Ce libéralisme tendance populiste trouvera-t-il sa place dans une tradition française plutôt sage, qui ne diabolise pas l'État et donne sa prééminence à l'ordre politique? L'histoire dira si Elon Musk et Javier Milei triompheront de Pierre Manent et Raymond Aron.

<https://www.lefigaro.fr/vox/politique/afuera-ces-liberaux-qui-revent-d-importer-les-recettes-de-javier-milei-en-france-20241009>

---

**Staatseinfluss: „Die Politik sollte sich aus VW zurückziehen“** (FAZ, 31 octobre, article payant)

Die desolante Lage des Autokonzerns ist eng verknüpft mit dem enormen Einfluss des Staates, kritisieren namhafte Forscher. Ifo-Chef Clemens Fuest fordert einen radikalen Schnitt.

*Extraits :*

Alle deutschen Autohersteller navigieren Richtung Krise, aber nirgends sieht es so düster aus wie bei VW in Wolfsburg. Drei Werke in Deutschland und Zehntausende Arbeitsplätze stehen zur Disposition, im dritten Quartal ist der Gewinn um zwei Drittel eingebrochen. Das Ausmaß der Krise ist nicht das Einzige, was Volkswagen von den anderen Konzernen unterscheidet. Nirgends sonst ist der Einfluss des Staates so groß. Knapp 20 Prozent der VW-Aktien und damit verbunden zwei Sitze im Aufsichtsrat hält das SPD-geführte Land [Niedersachsen](#).

Führende Ökonomen halten das Zusammentreffen von einflussreicher Politik und schwerer Krise für keinen Zufall. Im Gegenteil: Sie bemängeln Interessenkonflikte, Behäbigkeit in der Unternehmensführung und eine

besondere Anfälligkeit für Skandale. [Clemens Fuest](#), der Präsident des Münchener Ifo-Instituts, fordert drastische Konsequenzen. „Die Politik sollte sich aus dem Unternehmen zurückziehen“, sagte er der F.A.Z. (...)

Interessenkonflikte gibt es aber auch ganz grundsätzlich. Die öffentliche Hand sei als Miteigentümer dem Wohle des Unternehmens verpflichtet, erklärt ZEW-Ökonom Wambach. Im Grundsatz 10 des Deutschen Corporate Governance Kodex ist das festgeschrieben. „Dennoch können bei einigen Entscheidungen in der Abwägung die Interessen des Eigentümers ausschlaggebend sein, etwa bei der Frage nach Produktionsstandorten.“ Was also, wenn es für das Unternehmen heilsam wäre, Fabriken zu schließen, das Politiker aber im nächsten Wahlkampf die entscheidenden Stimmen kostet. „Ich frage mich, wie es amtierenden Politikern gelingen soll, einer solchen Pflicht als Aufsichtsratsmitglied nachzukommen, in Fällen, in denen politische Interessen und Unternehmensinteressen nicht im Einklang sind“, sagt Irlenbusch. (...)

Bessere Kontrollmechanismen, so glauben viele, hätten den Konzern vor alten und neuen Krisen bewahrt. Bis heute ist die rechtliche Aufarbeitung der Abgasmanipulationen nicht abgeschlossen. Gerade erst hat das zuständige Gericht in Braunschweig die Verhandlung gegen Martin Winterkorn wegen neuer gesundheitlicher Probleme des 77 Jahre alten Angeklagten ausgesetzt. SPD-Politiker aus den Bundesländern mit VW-Fabriken fordern derweil neue Staatshilfen, selbst eine Abwrackprämie 2.0 ist für sie nicht mehr tabu. Ifo-Präsident Fuest bilanziert: „Autos zu bauen ist keine Aufgabe der Politik.“ Klar sei, dass VW nötige Anpassungen auf die lange Bank geschoben habe. „Deshalb müssen sie jetzt um so drastischer ausfallen.“

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/ifo-chef-clemens-fuest-die-politik-sollte-sich-aus-vw-zurueckziehen-110079351.html>

---

### **Comment le "néolibéralisme" a réduit la pauvreté dans le monde** (L'Express, 30 octobre, article payant)

Pour le think-tank Le Millénaire, les débats sur les inégalités ne doivent pas faire oublier un fait majeur: le nombre de personnes vivant en dessous du seuil de pauvreté extrême est passé de 1,9 milliard en 1990 à environ 700 millions en 2023.

*Voir « Article du Jour »*

<https://kinzler.org/wp-content/uploads/2024/10/30-octobre.pdf>

---

### **Véhicules électriques : l'Europe déclenche la guerre commerciale contre la Chine** (Le Point, 30 octobre, libre accès)

Cinq ans de droits de douane sur les véhicules électriques chinois subventionnés : Bruxelles durcit sa réponse face à l'offensive de Pékin, malgré les réticences allemandes.

<https://www.lepoint.fr/monde/vehicules-electriques-l-europe-declenche-la-guerre->

---

### **Hayek : l'économiste qui avait vu juste** (Le Point, 29 octobre, article payant)

TRIBUNE par Kevin Brookes et François Facchini\*. Cinquante ans après le prix Nobel attribué au Viennois, les lauréats 2024 confirment ses théories sur l'importance des libertés économiques et la protection de la propriété privée.

*Extraits :*

La crise des finances publiques et la méfiance des Français envers leur classe politique créent les conditions d'un moment libéral. Alain Madelin est de retour sur les chaînes d'information pour expliquer les vertus et la nature morale des libertés économiques. Le 14 octobre, le jury de la Banque de Suède récompense trois économistes – [Daron Acemoglu](#), Simon Johnson et James Robinson – pour leurs travaux montrant que la qualité des institutions est essentielle au développement des pays. Selon eux, aucune nation ne peut se

développer sans institutions inclusives protégeant les droits de propriété et limitant le pouvoir des élites politiques. À l'inverse, les pays dotés d'institutions extractives, où l'État ne permet pas aux citoyens de jouir des fruits de leur travail, ne peuvent atteindre un haut niveau de développement.

Cette reconnaissance des principes libéraux fait écho à la remise de ce même prix en 1974 à Friedrich Hayek (avec Gunnar Myrdal, un socialiste). Hayek, libéral classique, fut récompensé pour ses travaux sur l'impossibilité de la planification économique. Il défendait des idées aujourd'hui partagées par les lauréats de 2024 : un pays prospère si ses dirigeants protègent les producteurs de l'expropriation et s'ils ne se substituent pas aux entrepreneurs dans les décisions économiques. Ce point de vue peut sembler évident après la chute du mur de Berlin, mais ce n'était pas le cas durant la seconde moitié du XX<sup>e</sup> siècle, quand de nombreux économistes, notamment Paul Samuelson, soutenaient que les régimes capitalistes et socialistes convergeraient. Hayek, avec Ludwig von Mises, avait dès les années 1930 montré que les économies planifiées étaient vouées à l'échec, car sans système de prix, il est impossible de savoir quoi produire pour répondre aux besoins de la population.

La planification détruit le système des prix car elle instaure la propriété collective des moyens de production. En France, les politiques budgétaires et monétaires en vigueur ont conduit à des décisions erronées, car les prix n'y véhiculent plus d'informations fiables. Hayek avait anticipé l'échec des politiques keynésiennes : les déficits publics évincent les investissements privés, freinent les gains de productivité et limitent la croissance. La stagnation économique actuelle en France, avec une croissance moyenne de son PIB par habitant de 0,78 % sur la période 2000-2023, en découle. (...)

La crise économique nourrit la crise politique, non pas à cause d'un tournant néolibéral – qui n'a pas eu lieu –, mais d'un système économique qui, en socialisant la consommation, crée des droits sans contrepartie productive. On ne peut consommer que ce que l'on produit. Là encore, la leçon de Hayek est essentielle : la faiblesse de la croissance et la montée des populismes ne sont pas dues à un excès, mais à une insuffisance, de liberté. Ce fut l'un des messages de son ouvrage *La Route de la servitude*, paru en 1944. (...)

Pour prolonger ce moment libéral, il semble évident qu'il faut lire les économistes contemporains tout en n'oubliant pas les leçons de l'Histoire. Lire Hayek permet de mieux comprendre le monde. Son discours lors de la remise de son prix est une leçon d'humilité : « L'homme doit utiliser les connaissances qu'il peut acquérir non pas pour façonner les résultats comme un artisan son œuvre, mais pour cultiver une croissance en fournissant l'environnement approprié, comme le fait le jardinier pour ses plantes. »

*\*Kevin Brookes est enseignant-chercheur en science politique. François Facchini est professeur de sciences économiques à l'université Panthéon-Sorbonne.*

[https://www.lepoint.fr/postillon/hayek-l-economiste-qui-avait-vu-juste-25-10-2024-2573635\\_3961.php](https://www.lepoint.fr/postillon/hayek-l-economiste-qui-avait-vu-juste-25-10-2024-2573635_3961.php)

---

## **Pourquoi l'économie américaine est plus puissante que jamais ?**

DÉCRYPTAGE - On disait les États-Unis sur le déclin face à la Chine. Ils creusent l'écart avec l'Europe. Ce pays innovant continue de consommer et d'investir avec vigueur. (Le Figaro, 29 octobre, article payant)

*Extraits :*

La bataille fait rage outre-Atlantique, à une semaine de la fin de l'élection présidentielle. Tous les coups ou presque sont permis, y compris sur le plan économique. Donald Trump parle d'un paysage « *de chaos et de misère* » dessiné par l'Administration de Joe Biden, secondé depuis quatre ans par son adversaire Kamala Harris. Pourtant, les États-Unis confirment plus que jamais leur statut de puissance économique hégémonique. Et, quel que soit le vainqueur le 5 novembre, ils ne sont pas près de perdre cette place.

Il y a quelques années encore, d'aucuns voyaient l'Amérique sur la voie d'un déclin inéluctable, face à la montée de la Chine. Or, la part des États-Unis dans le PIB mondial, loin de s'être rétrécie comme on pouvait s'y attendre, a augmenté depuis les années 1980. Elle est passée de 25 % à 26 % en 2023 quand le poids relatif de l'Europe s'est rétréci de moitié, de 30 % à 17 %, tandis que la Chine bondissait de 3 % à 17 %.

Mieux : depuis la pandémie, Washington alimente la croissance mondiale à hauteur de 22 % et Pékin, qui avait fourni la moitié de cette croissance après 2008, n’y participe plus qu’à hauteur de 30 %. Tandis que l’Union européenne apporte un négligeable 2,7 %.

Comment expliquer ce regain de puissance, cette éternelle vigueur ? « *J’y vois, entre autres, deux raisons clés : le poids des États-Unis dans la consommation mondiale et la puissance de l’innovation* », résume Stephen Gallagher, économiste en chef de Société générale CIB pour la région Amériques. « *Le monde entier se focalise sur les Américains, les plus grands consommateurs de la planète, ce qui leur confère un énorme pouvoir* », détaille-t-il.

<https://www.lefigaro.fr/conjoncture/pourquoi-l-economie-americaine-est-plus-puissante-que-jamais-20241028>

---

## **The IMF Joins the Anti-Trump Cause**

It’s predicting financial trouble if the U.S. tries pro-growth tax reform. (WSJ, editorial, 25 octobre, article payant)

*Extraits :*

The International Monetary Fund has a message for Republicans: Don’t even try it. In reports this week, the tribunes of the left-wing economics consensus have thrown their weight behind a growing effort to deter anyone, anywhere in the world, from attempting tax and spending policies that deviate from Keynesian orthodoxy.

The IMF would dispute this political interpretation, but it’s hard to read their latest semiannual reports on the world economy any other way. The financial-stability report warns that many financial systems are vulnerable to policy shocks. It emphasizes that one serious “macroeconomic risk” concerns governments’ fiscal policies. These policies remain unsettled in many places, the report says, when “half of the world’s population has elected or will elect new governments this year.”

So far, so true—though it’s hard not to notice that this warning appears when elections are producing results the economic *biens pensants* don’t like. That includes a possible [Donald Trump](#) and Republican victory, plus electoral advances for insurgent-right parties in many parts of Europe.

What the IMF really means becomes clearer once you crack open its fiscal report. Here the poobahs fret that government deficits and debts are too high in too many countries, but then caution against doing anything about it other than raising taxes.

Using Keynesian economic models, the IMF estimates government spending cuts chop into economic growth, while “progressive” tax increases are the better way to balance the books. The IMF especially advises resisting cuts to public “investment” (meaning public works and the like) and government salaries.

The IMF explicitly recommends that the U.S. get debt under control by imposing so-called indirect taxes, such as a value-added tax (VAT) on consumption, and raising income taxes. The not-so-subtle warning is that policies other than the IMF’s would be the “macroeconomic shock” that could shake financial markets. (...)

[https://www.wsj.com/opinion/international-monetary-fund-economics-taxes-donald-trump-kamala-harris-f4b83473?mod=opinion\\_lead\\_pos4](https://www.wsj.com/opinion/international-monetary-fund-economics-taxes-donald-trump-kamala-harris-f4b83473?mod=opinion_lead_pos4)

---

## **CUBA : quand le « BLOCUS » sert d’excuse à la faillite communiste** (Contrepoints, 25 octobre, libre accès)

*Extraits :*

Il s’en faisait une telle joie ! [Miguel Díaz-Canel](#), le glorieux « líder maximo » cubain qui a succédé aux frères Castro en 2018, devait se rendre à Kazan en Russie pour le sommet des BRICS, à l’invitation du non moins glorieux président de la Fédération de Russie Vladimir Poutine. Une malencontreuse [panne générale](#)

d'électricité affectant Cuba et ses 10 millions d'habitants, compliquée par la tempête tropicale Oscar depuis dimanche soir, l'oblige à y renoncer. (...)

Il faut dire que personne n'est mieux placé dans le monde que Cuba pour savoir ce que signifie « hégémonie américaine ». Cela tient en un seul mot, « bloqueo », c'est-à-dire ce blocus pernicieux que les États-Unis imposent à la petite île caribéenne depuis 1962. Blocus dont les dirigeants cubains viennent à nouveau de prendre prétexte pour expliquer l'effondrement total de leur réseau électrique. (...)

Une explication avancée à chaque crise – on se rappellera par exemple le traitement des grandes manifestations de juillet 2021, mais qui peine de plus en plus à convaincre. (...)

En réalité, il n'y a pas de blocus à Cuba, un blocus signifiant qu'un pays est totalement empêché de commercer avec le reste du monde. Il y a un embargo américain qui fait que l'île peut commercer avec tous les pays qu'elle veut sauf avec les États-Unis et dans toutes les monnaies qu'elle veut sauf en dollars américains. C'est amusant : ne dirait-on pas la préfiguration de l'ordre mondial qu'aimerait instaurer la Russie ?

Toujours est-il que Cuba entretient bel et bien des relations commerciales avec de multiples pays : d'après les chiffres de notre Direction générale du Trésor, ses échanges avec le reste du monde se sont montés en 2022 à l'équivalent de 12 milliards de dollars (10 milliards d'importations et 2 milliards d'exportations), ses cinq premiers partenaires étant le Venezuela, la Chine, l'Espagne, le Canada et la Russie. (...)

Alors que les habitants sont privés d'électricité depuis 4 jours<sup>(\*)</sup>, ils déplorent aussi les pénuries de médicaments, la raréfaction des ressources en eau ainsi que la dégradation des aliments et l'impossibilité de communiquer, du fait de la non-alimentation électrique des réfrigérateurs et des téléphones. Les établissements d'enseignement et les commerces sont fermés et l'inquiétude monte quant à la capacité des hôpitaux, alimentés par groupes électrogènes, à tenir encore longtemps dans un contexte d'hygiène dégradée et de système sanitaire défaillant.

Ah, oui, la médecine cubaine... Délabrée est le mot, du moins pour les gens ordinaires. Rien à voir avec ce paradis de solidarité et de techniques de pointe que la légende castriste a forgé. En ce domaine comme dans tous les actes de leur vie quotidienne, les Cubains luttent pour leur survie. (...)

L'autre partie, et pas des moindres, c'est ce que les Cubains eux-mêmes appellent le « blocus interne », c'est-à-dire l'échec économique, social et bureaucratique qui ponctue dramatiquement toutes les expériences de « socialisme réel » sans exception. La planification centralisée de tout, mise en œuvre par un pouvoir plus intéressé à faire durer l'illusion idéologique de la révolution que par le bien-être de ses citoyens, se traduit au fil du temps par des infrastructures vieillissantes, mal entretenues et perpétuellement en manque de pièces de rechange. (...)

En substance un régime bien sympathique, où l'on chercherait vainement la moindre trace de liberté ou de prospérité.

<https://www.contrepoints.org/2024/10/24/479629-cuba-quand-le-blocus-sert-dexcuse-a-la-faillite-communiste>

---

## **SOCIALISME IN TROUBLE: Blackouts in Cuba highlight the island's extreme energy fragility**

The failure of a decrepit, oil-burning power system has plunged Cubans into darkness and misery (The Economist, 24 octobre, article payant)

*Extraits :*

(...) Nearly 10m Cubans have been without electricity since the island's energy grid collapsed on October 18th. Authorities were quick to place the blame on technical snafus. Small outages began a day prior, they said, due to an unexpected surge in electricity demand from air conditioners fitted in homes and small businesses. An engineering failure at the island's largest source of electricity, the oil-burning Antonio Guterres power plant, prompted a "total disconnection" of the national grid, said Cuba's energy ministry in a post on X. To make matters worse, attempts to bring in more fuel for the island's oil-powered plants failed after a category-one

hurricane made landfall on Sunday night; the storm has killed six people so far. By Monday afternoon, around 90% of the electricity supply had been restored in Havana, according to state-run media. But many places outside the capital remain without power.

The blackout adds to the drudgery of life in Cuba's socialist dictatorship. Food, scarce anyhow, has rotted in fridges. Neighbourhoods have resorted to cooking what they can salvage on improvised stoves in the street. Internet traffic dropped sharply over the weekend as many were unable to charge their phones. Those whose water supply relies on electric pumps had to go without. The [economic backdrop](#) is also bleak: inflation is running at 30% annually. Of late Cubans are comparing their current plight to the 1990s, when the collapse of the Soviet Union prompted economic hardship and regular power cuts.

But Cuba must still supply the fuel. This has become a problem. Cuba produces around 40,000 barrels of oil per day, but needs about 120,000 b/d to cover its energy needs. For years discounted oil from its socialist neighbour Venezuela made up much of the shortfall. But Venezuela slashed its exports to Cuba this year, wracked by an economic crisis and looking to capitalise on the lifting of American sanctions. Other providers, such as Russia and Mexico, have not made up the deficit (see chart). Puny foreign reserves and a weak peso make it too costly to source oil on the spot market. The prime minister, Manuel Marrero, admitted last week that the country could no longer afford to buy fuel on international markets. (...)

How the government will scrounge up the hard cash needed to import fuel in the meantime is another question. China or Russia might see the benefit in propping up an irritant on the doorstep of the United States. Absent that, radical reform is needed. The best Mr Díaz-Canel can do is a costume change. ■

[Blackouts in Cuba highlight the island's extreme energy fragility](#)

---

## **Furia fiscale**

En une semaine de débats, la commission des Finances de l'Assemblée nationale avait voté 60 milliards d'euros de nouvelles hausses d'impôts. Samedi, un sursaut a conduit une majorité à dire stop. Mais cela montre la déconnexion totale entre les élus et la vie économique. Dramatique. (Les Echos, édito, 24 octobre, article payant)

*Extraits :*

Se rend-on compte de la situation ? Les deux principales commissions parlementaires traitant de l'économie, dans la 7e puissance mondiale, sont dirigées par des élus hostiles au libéralisme tant économique que politique. L'Insoumis Eric Coquerel préside celle des Finances. L'Insoumise Aurélie Trouvé, ex-Attac, celle des Affaires économiques. Se rend-on compte de la situation ? (...)

Rien de tout cela ne rassure les milieux économiques, qui ont besoin de sérénité et de sérieux dans cette période troublée. Alors que les entreprises sont les seules entités stables du pays (en tout cas, plus que la politique et le gouvernement), elles ressentent du découragement. Eh bien, ce qui se passe sur le budget ne les fera pas changer d'avis. Des alliances baroques, en une semaine d'examen du projet de loi de finances en commission des Finances, ont alourdi la fiscalité sur les sociétés et les ménages. Des dizaines et des dizaines d'amendements ont abouti à ce que les impôts gonflent de plus de 60 milliards d'euros, a revendiqué Eric Coquerel samedi soir par un communiqué victorieux. (...)

Comment, dès lors, éviter un 49.3 ? Ce qui est stupéfiant, c'est la déconnexion entre ce huis clos animé par des élus dont on aimerait savoir s'ils ont récemment rencontré des acteurs économiques, et le ras-le-bol palpable de ces derniers. La France a un problème de niveau de la dépense publique et de son efficacité. C'est vers les impôts que le théâtre politique se tourne encore... Personne ne dira que le statu quo fiscal est de toute éternité la seule option : des évolutions sont toujours possibles. Mais que l'on sache, le sens du mouvement devrait plutôt être à la baisse qu'à la hausse quand on nous compare à nos voisins ! Chers députés, ne faites-vous aucun lien entre la désindustrialisation tricolore, le décrochage technologique et le niveau des impôts ? Vous devriez.

[Furia fiscale | Les Echos](#)

---

## **FREE TRADE: Trump's Tariffs Won't Bring Us Peace and Prosperity**

Free trade lowers prices and pre-empts war. Why do some Republicans want protectionism instead? (WSJ, opinion, 24 octobre, article payant)

*Voir "Article du Jour"*

[Trump's Tariffs Won't Bring Us Peace and Prosperity - WSJ](#)

---

## **Simple Economic Explanations Keep Breaking Down. Here's Why.**

The obvious-seeming narratives of what's happening in the U.S. economy keep falling short (WSJ, 22 octobre, article payant)

*Extraits :*

Investors love a simple narrative, and economists are delighted to oblige. There's just one slight problem: The obvious stories about the U.S. economy have been repeatedly wrong since the Covid pandemic. (...)

*Government spending* was the first to sound alarm bells about inflation. In 2021, Lawrence Summers, former U.S. Treasury secretary, and Olivier Blanchard, former chief economist at the International Monetary Fund, warned that President Biden's \$1.9 trillion stimulus package was far too big given the lack of spare capacity in the economy.

Sure enough, inflation soared, and [they appeared right](#). Spending big when the economy is already running hot will create inflation. Simple.

Yet, the [government kept on spending](#) into a hot economy. Over the past two years—well after the pandemic stimulus—the federal deficit has been larger as a share of the economy than any time since World War II, aside from the deep recession after Lehman Brothers collapsed in 2008 and the pandemic itself. The economy also kept growing relentlessly, expanding faster than the Federal Reserve's estimate of the long-run sustainable level in all but one quarter. So inflation should have kept rising, right? [Well, no](#).

Blanchard says the stimulus ended up having less impact than he anticipated because much of it was saved, smoothing out the effect over time.

However, the inflation spike is just as easily explained by extended supply-chain difficulties—what Fed Chair [Jerome Powell](#) initially called “transitory” problems, before they went on so long as to make the word seem a mistake. Once they were resolved, inflation eased. (...)

[Simple Economic Explanations Keep Breaking Down. Here's Why. - WSJ](#)

---

## **«C'est le ruissellement à l'envers» : les grandes entreprises dénoncent le danger des hausses d'impôts dans le budget**

DÉCRYPTAGE - Avant l'examen du projet de loi de finances en séance publique à l'Assemblée, les grands patrons s'inquiètent de la «créativité fiscale» des députés. (Le Figaro, 21 octobre, article payant)

*Extraits :*

«Les mesures annoncées dans le projet de loi de finances sont un tête-à-queue de politique économique!», dénonce Alexandre Bompard, le PDG de [Carrefour](#). Depuis la dissolution de l'Assemblée nationale, le patron du premier employeur privé de France avait toujours refusé mordicus de commenter la situation politique. Jeudi dernier, il est sorti du silence afin de sonner l'alerte à l'antenne de France Inter. Selon lui, [le budget 2025](#) proposé par le gouvernement Barnier fait peser une série de menaces sur l'économie française, et en particulier sur ses entreprises.

« On a eu un mandat et demi (de présidence Macron, NDLR) qui n'a pas été un mandat de cadeaux, mais qui a permis de ramener la France dans la moyenne européenne. On a retrouvé de la compétitivité, de l'investissement et de l'emploi. Avec l'augmentation du taux d'impôt sur les sociétés, le projet de loi de finances nous remet en queue de peloton européen en termes de qualité des finances publiques », s'alarme le patron de Carrefour. (...)

Les grands patrons s'inquiètent d'une hausse du coût du travail sur fond d'énergie plus chère, et craignent que les mesures ne soient pas aussi ponctuelles qu'annoncé. « La liste des impôts dits "temporaires" qui sont devenus définitifs est considérable », souligne Alexandre Bompard, qui juge « confiscatoire » le niveau de prélèvement auquel son groupe serait désormais soumis en France. Et le patron de Carrefour de prévenir : « Si j'ai moins de compétitivité, j'investis moins dans les magasins et dans les baisses de prix, et je crée moins d'emplois. »

La mise en garde du monde patronal est claire : même si elle est réservée aux 400 plus grandes entreprises, la surtaxe aura des effets pervers en cascade. « C'est le ruissellement à l'envers, résume un conseiller de grands patrons. Augmenter les impôts sur les grandes entreprises aura un impact sur les sous-traitants, sur les salaires et sur les investissements. » (...)

[«C'est le ruissellement à l'envers» : les grandes entreprises dénoncent le danger des hausses d'impôts dans le budget](#)

---

### **Guillaume Tabard : «Michel Barnier face à la boîte de Pandore fiscale»**

CONTRE-POINT - Alors que la machine s'emballer déjà, le principal danger pour le premier ministre ne vient pas de ses oppositions. (Le Figaro, 21 octobre, article payant)

Extraits :

Michel Barnier est clair ; presque menaçant. Pas question, dit-il dans le *JDD*, d'aller au-delà des 30 milliards de hausses d'impôts inscrites dans son projet de budget. Pas question non plus de rendre permanent ce qui a été promis comme temporaire. Le débat n'a pourtant pas encore commencé en séance publique que la machine s'emballer déjà.

La créativité fiscale n'a pas eu de limite en commission des finances, ce qui a permis à son président, l'Insoumis Éric Coquerel, de se féliciter d'un budget « *NFP-compatible* ». Certes, la copie alourdie a finalement été rejetée parce que les commissaires RN n'ont pas voulu endosser le matraquage prévu par la gauche. Mais la discussion ne fait que commencer. Et ce premier épisode montre qu'il faudra une vigilance de tous les instants pour ne pas se laisser emporter dans une fuite en avant par l'impôt.

Le tabou fiscal a sauté

Le principal danger pour le premier ministre ne vient cependant pas de ses oppositions. Au sein du « socle commun », et plus précisément dans les partis de l'ancienne majorité macroniste, le tabou fiscal a allègrement sauté. C'est un député Ensemble pour la République qui veut alourdir la taxation sur les successions. C'est le groupe MoDem qui pousse à la pérennisation d'une imposition supplémentaire pour les « riches » ou qui veut relever la flat tax sur les revenus du capital. Sans parler de ceux qui, à droite, prônent le retour du seul impôt supprimé par Emmanuel Macron : la taxe d'habitation.

Ces pressions de l'intérieur sont doublement dangereuses pour Michel Barnier. D'abord, elles valident l'approche de la gauche pour qui l'impôt est la seule réponse aux déficits publics. Ensuite parce qu'elles affaiblissent numériquement autant que symboliquement le « socle commun » déjà étroit sur lequel le gouvernement est censé s'appuyer. (...)

Guillaume Tabard : «Michel Barnier face à la boîte de Pandore fiscale»

---

## **Anne de Guigné : «Le ticket-restaurant, symbole d'un État-providence obèse»**

CHRONIQUE - L'État surendetté n'a aucune raison de subventionner les repas de millions de salariés. Les employeurs devraient transformer leur participation à cette usine à gaz en rémunération. (Le Figaro, 21 octobre, article payant)

*Extraits :*

(...) L'année dernière, 5,4 millions de salariés ont bénéficié de titres-restaurant, grâce auxquels ils ont dépensé 9 milliards d'euros, dont 800 millions dans des commerces. Les Français semblent raffoler de ces tickets, jugés « indispensables » pour plus de huit bénéficiaires sur dix, selon une enquête menée par la Commission nationale des tickets-restaurant (CNTR). Une franche adhésion sans doute liée au sentiment grisant de recevoir ainsi un bonus « gratuit » de pouvoir d'achat.

Le système n'a pourtant rien de gratuit, et il serait infiniment moins onéreux pour la société que les entreprises ou collectivités locales versent directement aux salariés sous forme de rémunération leur part de prise en charge des tickets (entre 50 % et 60 % du montant), et laissent ces derniers la dépenser comme ils l'entendent, en sandwich, steak frites, vêtements ou plein d'essence. L'usine à gaz des titres-restaurant coûte en effet chaque année 1,5 milliard d'euros à l'État sous forme d'exonération de cotisations. À une époque où la sphère publique affiche un endettement préoccupant, et où les centres-villes sont envahis d'une large gamme de restaurations économiques, l'existence des tickets-restaurant semble ainsi essentiellement justifiée par le souci de faire perdurer les acteurs qui ont prospéré sur cette niche historique. (...)

Une fois de plus, Tocqueville avait raison. L'extension sans fin de l'État-providence semble irrémédiable, malgré la pression des marchés et l'agacement de Bruxelles qui aimeraient voir Paris se lancer dans quelques réformes pour réduire son déficit. « *Le gouvernement ayant pris la place de la providence, il est naturel que chacun l'invoque dans ses nécessités particulières*, écrivait le penseur, dans *L'Ancien Régime et la Révolution*. On lui reproche jusqu'à l'intempérie des saisons » ou la valse des prix sur la carte des restaurants.

[Anne de Guigné : «Le ticket-restaurant, symbole d'un État-providence obèse»](#)

---

## **Der Oxford-Ökonom Paul Collier kritisiert die Armut in Grossbritannien: «Es ist viel zu bequem, die Proteste vom Sommer als rassistische Ausschreitungen abzutun»**

Zwischen Süd- und Nordengland ist das Wohlstandsgefälle grösser als zwischen West- und Ostdeutschland oder Nord- und Süditalien. Paul Collier fordert mehr Dezentralisierung und Investitionen für abgehängte Regionen. (NZZ, interview, 19 octobre, article payant)

*Extraits :*

Herr Collier, im Sommer haben Sie die Reaktion der britischen Labour-Regierung auf die ausländerfeindlichen Ausschreitungen kritisiert. Warum?

Es handelte sich offensichtlich um einen Hilferuf der ärmsten Gegenden Grossbritanniens. Rotherham, Blackpool, Grimsby, Hartlepool – diese Orte sind unglaublich arm. Darum war die Antwort unseres neuen Premierministers völlig ungenügend. Keir Starmer war Leiter der Staatsanwaltschaft gewesen. Darum setzte er auf drakonische Haftstrafen. Viele Studien zeigen, dass gerade junge Männer aus diesen benachteiligten Gegenden glauben, sie hätten keine Zukunft. Darum hätte Starmer wie einst Bill Clinton sagen müssen: «Ich fühle euren Schmerz!»

Hiesse das auch: «Ich fühle euren Schmerz über das hohe Niveau der Migration»?

Die Regierung will die Migration ja reduzieren. Aber es ist viel zu bequem, die Proteste vom Sommer als rassistische Ausschreitungen abzutun. Der Auslöser war zwar das falsche Gerücht, ein Asylsuchender habe eine Messerattacke auf Mädchen in einer Tanzklasse verübt. Aber was die Leute letztlich auf die Strasse trieb, war das Gefühl, dass der Staat sie völlig vernachlässige und selbst irreguläre Migranten besser behandle als sie. Die Regierung brachte Asylsuchende ausgerechnet in Hotels in armen Gegenden unter, weil dort die Zimmer

billiger sind. Das Hauptproblem der jungen Einheimischen aus der Unterschicht sind aber nicht die Migranten, sondern eine seit Jahren fehlgeleitete Politik. Anders als in der Schweiz und Deutschland gibt es in Grossbritannien beispielsweise kein ausgebautes System der Berufsbildung, das auch Jugendlichen, die keine Universität besuchen können und wollen, eine wirtschaftliche Perspektive gibt. (...)

Deindustrialisierung gab es auch in anderen Ländern. Dennoch ist das regionale Wohlstandsgefälle zwischen Süd- und Nordengland bis heute grösser als jenes zwischen West- und Ostdeutschland oder Nord- und Süditalien.

Kein anderes Land hat sich derart buchstabengetreu an die Markttheorien von Milton Friedman gehalten wie Grossbritannien. Unser Finanzministerium, das Treasury, stellte sich auf den Standpunkt, dass nach der Schliessung von Industrien die sinkenden Löhne und Immobilienpreise neue Firmen anziehen würden – auch ohne Zutun der Regierung. Leider sah die Realität anders aus, und immer mehr Kapital floss ab. Gemäss Friedman müsste man in diesem Fall die deindustrialisierten Orte aufgeben, woran die arroganten Beamten im fernen London tatsächlich zu glauben schienen. Sheffield hat eine halbe Million Einwohner und ist die viertgrösste britische Stadt. Man kann dort nicht einfach alle Läden schliessen und die Bevölkerung umsiedeln. (...)

[Oxford-Ökonom Paul Collier kritisiert Armut in Grossbritannien \(nzz.ch\)](#)

---

## **The envy of the world : America's economy is bigger and better than ever**

Will politics bring it back to Earth? (The Economist, Leader, 18 octobre, article payant)



*Extraits :*

Few sights have better captured America's world-beating ingenuity. On October 13th a giant booster rocket built by SpaceX hurtled to the edge of the atmosphere before plunging back to Earth and being neatly caught by

the gantry tower from which, only minutes earlier, it had taken off. Thanks to this marvel of engineering, big rockets could become reusable and space exploration [cheaper and bolder](#). Yet, just as the launch was a testimony to American enterprise, so Elon Musk, SpaceX's founder, captures all that is going wrong with its politics. In his support for Donald Trump, Mr Musk has spread misinformation about voter fraud and hurricane relief and derided his opponents as ill-intentioned idiots.

America, too, continues to rack up a [stellar economic performance](#) even as its politics gets more poisonous. As they prepare to go to the polls in fewer than 20 days' time, Republicans and Democrats have never mistrusted or disagreed with each other more. Against that gloomy backdrop, can America's breathtaking economy possibly stay aloft?

Over the past three decades America has left the rest of the rich world in the dust. In 1990 it accounted for about two-fifths of the gdp of the g7. Today it makes up half. Output per person is now about 30% higher than in western Europe and Canada, and 60% higher than in Japan—gaps that have roughly doubled since 1990. Mississippi may be America's poorest state, but its hard-working residents earn, on average, more than Brits, Canadians or Germans. Lately, China too has gone backwards. Having closed in rapidly on America in the years before the pandemic, its nominal gdp has slipped from about three-quarters of America's in 2021 to two-thirds today.

This record is now in jeopardy. As America has become more partisan, both Kamala Harris and Mr Trump, the two presidential candidates, are focusing on policies that protect their own supporters, rather than expanding the overall economic pie. America is not about to lose its economic dominance. But, sooner or later, rotten politics will start to exact a heavy price, and by then it will be hard to reverse course.

To see why, consider first the factors behind America's success. As our special report this week sets out, innate advantages play an important role. America is a big country blessed with vast energy resources. The shale-oil revolution has driven perhaps a tenth of its economic growth since the early 2000s. The enormous size of its consumer and capital markets means that a good idea dreamt up in Michigan can make it big across America's 49 other states.

Yet good policy has been important, too. America has long married light-touch regulation with speedy and generous spending when a crisis hits. Although supersized stimulus during the pandemic fuelled inflation, it has also ensured that America has grown by 10% since 2020, three times the pace of the rest of the g7. By contrast, stingier Germany is mired in recession for a second consecutive year.

This combination of factors has fuelled a powerful virtuous cycle. America's dynamic private sector draws in immigrants, ideas and investment, begetting more dynamism. It is home not just to the world's biggest rocket-launch industry, but also its internet giants and best artificial-intelligence startups. Its seven big tech firms are together worth more than the stockmarkets of Britain, Canada, Germany and Japan combined; Amazon alone spends more on research and development than all of British business. Because the dollar is the world's reserve currency, meanwhile, investors have a keen appetite for American debt. They flock to Treasuries in times of crisis, letting the government dole out vast stimulus packages.

So far, America's worsening politics have had little visible effect on the economy. (...) Yet the economy is not immune from politics. And as the country grows more divided, Ms Harris and Mr Trump are promising ever more damaging policies—Mr Trump especially. (...)

Growth is not an inalienable right, but a gift to be cherished and nurtured. If the virtuous cycle that propels America's economy forward goes into reverse, toxic politics would by that point be ingrained. There is no knowing how bad a president's ideas have to be before things start to fall apart. The turning-point may not come tomorrow, or even in the next four years. But with every mistake that politicians make, it draws another step closer. ■

[America's economy is bigger and better than ever \(economist.com\)](#)

## **For richer and poorer : Is higher inequality the price America pays for faster growth?**

A look at the potential downsides of outperformance (The Economist, 17 octobre, article payant)

*Extraits :*

THINK ABOUT income inequality in America and some archetypes easily come to mind. Start with a rich corporate lawyer, earning above the roughly \$1m annual income (before taxes and transfers) that places a household in the top 1% of earners. At the other end of the scale, in the bottom 20%, a single mother with a fast-food job might have an income of \$25,000. Between them, a home with a mechanic and a part-time teaching assistant might have annual earnings of \$80,000, around the median.

The skew towards the top is sharp. America ranks as the most unequal big rich-world country (see chart). Combined with lower average incomes elsewhere, the pay of America's top workers looks astonishing to European eyes. For comparison, it takes the equivalent of a mere \$250,000 or so to enter the top 1% of two-person households in Britain.

It would be natural to conclude that high inequality is merely the flipside of America's wealth. That is probably true to an extent. Yet America has grown more redistributive over the period examined by this [special report](#), expanding the earned-income tax credit, a wage top-up for low earners, in the 1990s, and subsidies for health insurance in the 2010s. And it is not clear that tolerance for inequality is powering its economic outperformance over the past decade. (...)

Take the corporate lawyer. Even after taxes and transfers, the average real income of households like his grew by 110% from 1990 to 2019, according to the Congressional Budget Office (CBO). But most of that growth took place early in the time period: in 2019 he was probably doing worse than his equivalent in 2007, before the global financial crisis.

By contrast incomes in the lowest 20% of households, in which the fast-food worker resides, surged in the tight labour market of the late-2010s. By 2019 she was enjoying after-tax-and-transfer household income 25% higher than those like her in 2007, in part thanks to "Obamacare". Even over the full period since 1990, the bottom quintile's after-tax-and-transfer income growth was 77%, the same as for the highest quintile—thus, excluding the highest-earning 1% from the top 20% would show the poor enjoying faster income growth than the upper-middle-class. In the 2020s the burger-flipper probably had a boost from the tight post-pandemic labour market, which lifted wage growth the most at the bottom end of the income distribution.

It is the mechanic and teaching assistant in the middle who have the best claim to having missed the party: median real income rose by 57% from 1990 to 2019. But that is still a healthy 1.6% per year—a far cry from the stagnation in median earnings that is sometimes alleged, based in part on an inflation index, the CPI, which is biased upwards.

Some argue that things are different. The CBO numbers are in the middle of the range of income-inequality estimates. Calculations by economists Thomas Piketty, Emmanuel Saez and Gabriel Zucman show a rise in after-tax-and-transfer inequality that is sharper, while those by Gerald Auten and David Splinter, published in July in the *Journal of Political Economy*, show a much smaller increase (see chart). Income inequality is also only one type of inequality: nobody disputes that wealth inequality has risen this century (even if most estimates wrongly ignore the value of the single mother's future entitlement to social security payments in old age). America faces other social problems which can exacerbate a sense of inequality.

The striking thing is how little these problems seem to have exacted an economic toll. Once inequality reaches very high levels, rent-seeking by elites imperils economic growth. America's experience suggests that it remains on the right side of this threshold. ■

[Is higher inequality the price America pays for faster growth? \(economist.com\)](#)

---

## Economic output : American productivity still leads the world

Innovation and a vibrant tech sector continue to give America a competitive edge (The Economist, 17 octobre, article payant)

*Extraits :*

(...) This year the average American worker will generate about \$171,000 in economic output, compared with (on purchasing-parity terms) \$120,000 in the euro area, \$118,000 in Britain and \$96,000 in Japan. That represents a 70% increase in labour productivity in America since 1990, well ahead of the increases elsewhere: 29% in Europe, 46% in Britain and 25% in Japan. (...)

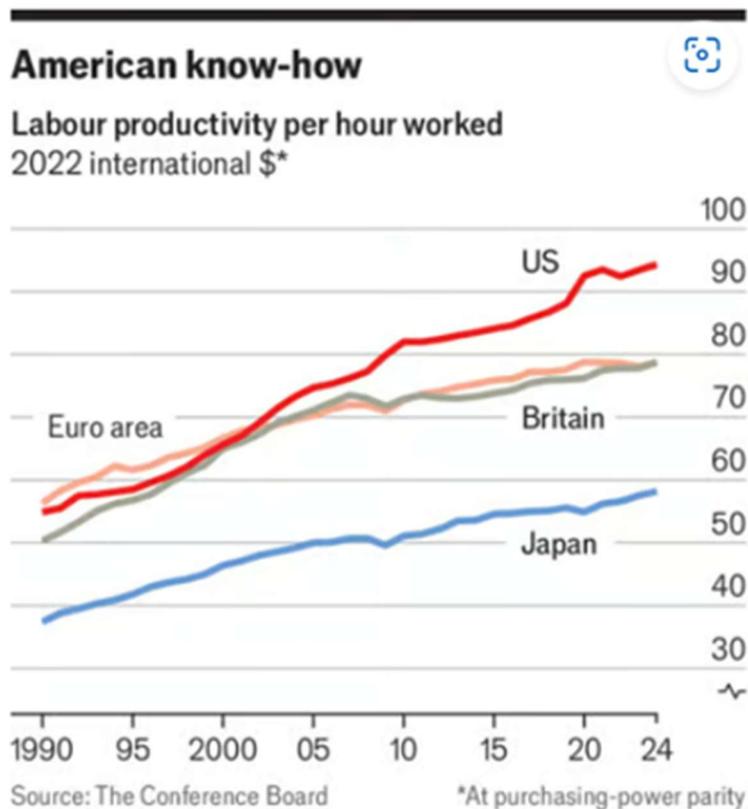


CHART: THE ECONOMIST

A common riposte is that American productivity is exaggerated since American workers get much less holiday time than their peers abroad. But when assessed on a per-hour basis the gap remains sizeable: 73% productivity growth for American workers since 1990 versus 39% in the euro area, 55% in Britain and 55% in Japan (see chart). Another criticism is that productivity growth in America has steadily declined over the past couple of decades. That, however, has been true elsewhere as countries have grappled with ageing populations and what had seemed to be a maturing tech landscape. Productivity growth in America remains stronger than in most other economies.

The underlying cause of America's tech superiority is the country's vibrant innovation lifecycle. It starts with its universities, helped by their ability to attract many of the brightest minds from around the world. Public support for research is robust. Financing for young companies is plentiful. And companies face few regulatory hurdles to scale up. It is not that American regulators are lax but that they compare favourably to many of those elsewhere in the world. Europe still fragments along national lines. Japan has a way to go in shaking up its stodgy corporate governance. In China the Communist Party has set its own cause back by throttling its once-vibrant private sector. (...)

The very success of America's tech giants has provoked concern that they have become too powerful, and that their dominance is harming the economy and stifling its dynamism. (...)

Yet the case that concentration has reached harmful levels is no slam dunk. Economic theory suggests that monopolists (or oligopolists) will abuse their clout to reduce production and raise prices. Sharat Ganapati of Georgetown University has found pretty much the opposite relationship in four decades' worth of American census data: industries with rising concentration have also been the most productive, and the companies that fared best in them did not raise prices. One interpretation is that America's corporate champions have excelled by being more efficient, thereby benefiting consumers and the wider economy. (...)

If tech companies manage to achieve dominance across many markets by being hyper-efficient competitors, then proceed to block new challengers, the worst fears about them might prove justified. For now, though, a recent examination of the evidence by Carl Shapiro of the University of California at Berkeley and Ali Yurukoglu of Stanford put it well: the rise of concentration across American industry looks more like competition in action than competition in decline.

What is more, many excited observers think the latest wave of innovation emanating from the tech giants—the rise of artificial intelligence (AI)—will herald a return to faster productivity growth both in America and abroad. (...)

Whatever the eventual outcome, the rise of AI has served to underscore just how formidable America remains as an engine of innovation. It accounts for more than half of global private-sector investment in AI. And it is not just the private sector. DARPA is all over the boom, funding dozens of projects that use AI, from beefing up cyber-security to turning machines into more trustworthy partners for their human operators. It is, once again, helping write the next chapter in the story of American productivity. ■

[American productivity still leads the world \(economist.com\)](https://www.economist.com/america/2023/10/17/american-productivity-still-leads-the-world)

---

## **Emmanuel Macron et Bruno Le Maire étaient-ils «trop intelligents» pour gérer l'économie française ?**

TRIBUNE - Contrairement à ce qu'ils déclarent, le président de la République et son ancien ministre de l'Économie ont mené les finances publiques au bord du gouffre, et miné la confiance nécessaire à une économie saine, argumente Hervé Morin, le président (Les Centristes) de la région Normandie. (Le Figaro, 17 octobre, article payant)

*Extraits :*

(...) en quelques mois, la dette française a été qualifiée par le pouvoir de gérable et alourdie, puis de préoccupante et soutenue, pour finalement devenir explosive et colossale. D'une estimation annoncée à 4,4 % fin 2023, ce chiffre est très rapidement devenu un simple « objectif » en janvier 2024, glissement sémantique généralement annonciateur de zones de turbulences. Sous la pression de son administration, le ministre de l'Économie et des Finances admet en mars 2024 que le chiffre de 5,1 % sera plus en phase avec la réalité. En octobre, nous en sommes encore à espérer qu'il ne dépassera pas 6,2 %. Comment, en dix mois, a-t-on pu en arriver là ? Comment le gouvernement et son ministre des Finances en premier lieu ont pu à ce point s'affranchir des notes alarmantes de l'administration sauf à admettre que le mensonge et la dissimulation, voire la malhonnêteté intellectuelle pour les plus indulgents, ont prévalu sur l'intérêt de la France et des Français ?

« Si aujourd'hui notre dette est élevée, c'est parce que j'ai sauvé l'économie française » affirmait sans rire Bruno Le Maire en juin dernier. L'extravagance d'une telle phrase laisse pantois celui qui la reçoit. Notre économie mourra donc en bonne santé. En effet, comment peut-on raisonnablement concevoir un tel découplage entre finances publiques et économie réelle ? Le cortège funeste des conséquences de finances publiques dégradées sur l'économie est pourtant connu et... documentée. (...)

« Mon intelligence est un obstacle », disait Bruno Le Maire en 2016. Un obstacle au courage politique et à la vérité que nous devons aux Français ? C'est ici que peut se trouver l'explication d'une telle dérive : le manque de courage politique du président Macron et de ses gouvernements successifs, qui ne savent réformer que par incantations et prophéties autoréalisatrices. (...)

Au bout du compte, la France et les Français n'ont plus confiance et, l'économie, c'est d'abord de la confiance ! L'instabilité politique, couplée au contexte international, et les sanctions des agences de notation constatant la situation financière du pays incapable de se réformer conduisent probablement la France à une crise économique et sociale que nous ne mesurons pas encore : l'investissement industriel est à l'arrêt, la consommation des ménages est en berne, l'épargne atteignant des sommets, expression de l'inquiétude de nos compatriotes ; l'immobilier est en panne alors qu'il n'a jamais été aussi difficile de se loger ; les collectivités, qui représentent 60 % de l'investissement public, ne vont plus jouer leur rôle contracyclique après la purge dont elles font l'objet ; si on ajoute les PGE à rembourser pour les microentreprises, des trésoreries qui se tendent, des secteurs touchés par des mesures absurdes, comme la fin du moteur thermique, tout concourt à ce que la France soit en récession en 2025. Heureusement qu'en 2017, au lendemain de son élection, le chef de l'État voulait, selon ses mots, inscrire son mandat dans l'espoir et la confiance retrouvés.

[Emmanuel Macron et Bruno Le Maire étaient-ils «trop intelligents» pour gérer l'économie française ? \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

---

## **Le Doliprane, ou le grand dilemme entre souveraineté et attractivité**

LETTRE EXCLUSIVE ABONNÉS - La vente d'Opella par Sanofi ne sera pas refusée par l'État comme l'avait été celle de Biogaran. On ne peut pas dire non à tout. (Le Figaro, 16 octobre, article payant)

*Extraits :*

Dans cette ambiance électrisée par la perspective d'un ajustement de 60 milliards d'euros, il est bon de trouver des sujets de – presque – consensus. Bingo ! Toute la classe politique, au fil des interviews du week-end, est au chevet du Doliprane. La vente d'une participation de contrôle de 50 % dans Opella, la société qui le fabrique entre autres médicaments, par Sanofi au fonds américain CD&R suscite en effet beaucoup de réactions. Le groupe pharmaceutique l'a préféré à l'offre conduite par le fonds français PAI, majoritaire (52 %) d'un tour de table associant des fonds souverains d'Abu Dhabi et du Canada. Opella, valorisée 15 milliards d'euros par la transaction envisagée, est numéro trois mondial du marché des médicaments sans ordonnance. (...)

La gauche en particulier tire à boulets rouges sur cette opération. Dans un [texte](#) publié dans *La Tribune dimanche*, des députés socialistes ont appelé le gouvernement à l'interdire. (...)

L'État a aujourd'hui les outils pour s'opposer le cas échéant à une telle opération. Le décret Montebourg de 2014 s'est progressivement mué en un arsenal de [contrôle des investissements étrangers](#). (...)

Mais pourquoi ne pas dire non, tout simplement ? Peut-être parce qu'on ne peut pas dire non à tout. L'État français a déjà [fait capoter la vente de Biogaran](#). Auparavant, il a aussi bloqué le rachat de Photonis par l'américain Teledyne, celui de Carrefour par Couche-Tard, ou encore de Segault et Velan par Photoserve. Et ces cas ne sont que ceux qui ont été rendus publics. D'autres veto sont exprimés de façon confidentielle, auprès des investisseurs qui viennent tâter le terrain à Bercy ou des dirigeants des sociétés à vendre ou vendeuses, en amont du déclenchement effectif de la procédure prévue par les textes. (...)

L'arbitrage entre souveraineté et attractivité en cache un autre, encore plus difficile à envisager : celui qui existe entre souveraineté et compétitivité. Les délocalisations massives qui ont été opérées dans le domaine de la pharmacie depuis plus de vingt ans ont évidemment été provoquées par la recherche d'une production à bas coûts, en Chine et en Inde principalement. Coûts du travail bien sûr, mais aussi normes environnementales, particulièrement contraignantes chez nous pour la fabrication des médicaments chimiques.

Compétitivité ? C'est le mot qui est en train de s'imposer dans le débat sur l'avenir de l'industrie automobile européenne. Et cet avenir s'annonce sombre. Maintenant que le groupe Volkswagen a levé le tabou de la fermeture d'usines à domicile, les discours se désinhibent peu à peu. Il ne s'agit plus seulement de prévenir les décideurs politiques, nationaux et européens, des conséquences de leurs arbitrages, mais de dire que [celles-ci vont bel et bien se produire](#). Le patron de Stellantis, Carlos Tavares, omniprésent dans les médias à la veille du Salon de l'auto ouvert ce lundi et au lendemain de la confirmation de [la fin de son bail en 2026](#), joue les

oiseaux de mauvais augure. Il fait les calculs : si les constructeurs chinois prennent 10 % du marché européen, cela représente 1,5 million de véhicules, soit la production de sept usines. Dans son entretien à *Challenges*, Carlos Tavares fixe un objectif qu'aucune industrie n'atteint depuis belle lurette : « *Il nous faut la même structure de coûts que les Chinois* ». En Europe de l'Est, ce sera compliqué. En Europe de l'Ouest, ce n'est possible qu'au prix de subventions massives. Le prix de la souveraineté en somme.

[«Big Business» n°145 : Le Doliprane, ou le grand dilemme entre souveraineté et attractivité \(lefigaro.fr\)](#)

---

## **Mein Gott : Germany's economy goes from bad to worse**

Things may look brighter next year, but the relief will be short-lived (The Economist, 16 octobre, article payant)

*Extraits :*

It was with Teutonic understatement that [Robert Habeck](#) noted economic conditions were “not satisfactory”. Germany's economy minister was speaking on October 9th, just after official forecasts for the year had been revised from growth of 0.3% to a contraction of 0.2%. This would follow a 0.3% decline in output last year, meaning that [Germany](#) faces its first two-year recession in more than two decades.

In fact, Europe's largest economy has barely advanced since covid-19 struck, lagging behind the rest of the rich world (see chart 1). Isabel Schnabel of the European Central Bank has noted that euro-zone growth excluding Germany has been “remarkably resilient” since 2021 and faster than that of many other big economies. But talking about the euro-zone economy without Germany is like talking about the American economy without California and Texas. The country, once a motor of European growth, has become a drag.

It is difficult to imagine a worse confluence of circumstances for the export-dependent and manufacturing-heavy German economy than those it has faced since 2021. Soaring energy prices followed Russia's invasion of Ukraine; now China's industrial overcapacity is causing havoc abroad. Comforting as it might be to blame economic weakness on external factors, however, Germany's problems run deeper, with many of them homegrown. On top of this, a fractious three-way coalition is hampering the political response.

Industrial production has struggled in recent years. Energy-intensive industries, such as chemicals, metal-work and paper manufacturing, have been hit particularly hard (see chart 2). These sectors account for just 16% of German industrial output, but consume almost 80% of industrial energy. Many firms responded to higher energy costs by pausing production. (...)

Yet the gloom about German industry can be overdone. Although manufacturing production has fallen since 2020, its gross value added has been remarkably stable. Manufacturing firms, in many cases, have been able to shift into producing higher-value items even as they have lost market share. And last year, as the overall economy contracted, trade continued to make a contribution to growth, something that looks set to repeat this year. (...)

But an overdue upswing would not mean an escape from longer-running structural problems. In reality, Germany's economic weakness predates recent geopolitical and economic shocks. As Ms Schnabel noted this month, German GDP at the end of 2021 was only 1% above its level of four years earlier, compared with 5% growth in the euro zone minus Germany and more than 10% in America.

German success in the 2010s reflected the country's competitive advantage against the rest of Europe. At the start of the century, Germany was struggling with the aftermath of reunification. Its price level was higher than in the rest of the common-currency area (see chart 3). Then, in the early 2000s, the Hartz reforms, which included sweeping labour-market liberalisation, put a lid on costs by weakening labour's bargaining power. At the same time, rapid, debt-fuelled growth in southern Europe drove the price level higher in the euro area as a whole.

Over time, though, this competitive edge has been eroded. (...) The energy squeeze, however, widened the gap again because Germany was more reliant on Russian gas than its neighbours were. For the first time in more than two decades, Germany does not have a cost advantage over its euro-zone peers. (...)

As Germany deals with this loss of competitiveness, it must also contend with demographic shifts. (...)

Germany's recession is painful both for Germans themselves and the broader euro zone. An economic recovery next year, produced by lower inflation and lower energy costs, will not alleviate structural problems. Germany's economy was showing signs of strain long before the pandemic struck, Russia invaded Ukraine and China began to throw money at struggling industries. It will continue to show signs of strain for some time to come. ■

[Germany's economy goes from bad to worse \(economist.com\)](#)

---

## **Populismus statt Problemlösung: Der gefährliche Wirtschaftskurs von Olaf Scholz**

Die Partei des deutschen Kanzlers setzt im Wahlkampf auf mehr Staat, Schulden und Umverteilung. Das Land ist mit diesem Rezept nicht zu retten – die SPD auch nicht. (NZZ, opinion, 15 octobre, article payant)

*Extraits :*

Bis zur nächsten Bundestagswahl ist es zwar noch ein Weilchen hin, doch für Olaf Scholz hat der Kampf um Wählerstimmen längst begonnen. Weil sich die Bürger um ihren Wohlstand und die Unternehmen um den Standort sorgen, will der Kanzler vor allem mit Wirtschafts- und Sozialpolitik in den kommenden Monaten um Stimmen werben. [Das jedenfalls legt das neue Konzeptpapier nahe, das der Vorstand seiner Partei am Wochenende beschlossen hat.](#)

Was aber von den Genossen als grosser Wurf verkauft wird, erweist sich auf den zweiten Blick als grosse Realitätsverweigerung einer rat- und ideenlosen Partei. Mehr Staat, mehr Schulden, mehr Umverteilung: Das sechsseitige Papier liest sich wie eine Bestandsaufnahme sozialdemokratischer Glaubenssätze. «Mehr Kapitalismus wagen», wie es der CDU-Chef Friedrich Merz fordert, sei hingegen «nicht die Antwort», ätzen die Sozialdemokraten darin in Richtung des Oppositionsführers.

Entlarvend sind die steuerpolitischen Vorschläge der SPD. Einerseits versprechen die Sozialdemokraten Entlastungen für 95 Prozent der Steuerzahler. Andererseits sollen Besserverdiener noch stärker zur Kasse gebeten werden. Es ist die reflexhafte Neiddebatte, mit der die Sozialdemokraten schon in der Vergangenheit Wahlkämpfe zu gewinnen hofften. Doch in Zeiten, in denen Fachkräfte händeringend gesucht werden, ist es geradezu grotesk, ausgerechnet Leistungsträger noch stärker zu belasten.

Nullsummenspiel zulasten der Arbeitnehmer

Hinzu kommt: Während die Arbeitnehmer bei der Steuerlast entlastet werden sollen, müssen sie bei den Sozialabgaben mehr zahlen. Sowohl in der Pflege- als auch in der Krankenversicherung werden die Beiträge deutlich steigen. [Auch die von den Sozialdemokraten angestrebte «Stabilisierung des Rentenniveaus» wird die finanziellen Belastungen für Arbeitnehmer weiter erhöhen.](#)

Statt das marode System der gesetzlichen Altersvorsorge grundlegend zu sanieren, zementiert die Koalition die Umverteilung von Jung zu Alt. Die Zeche dafür zahlen einmal mehr die Beschäftigten, deren Beiträge in den kommenden Jahren drastisch steigen werden. Die einstige Arbeiterpartei betreibt somit ein Nullsummenspiel auf den Rücken der Arbeitnehmer.

Auch sonst liest man viel Altbekanntes im SPD-Konzept. Da wäre etwa die Forderung nach einer Lockerung der Schuldenbremse. Seit Monaten schon predigen die Sozialdemokraten gebetsmühlenartig, der Staat müsse mehr Geld ausgeben, um die Wirtschaft anzukurbeln und den Kollaps des Sozialstaates zu verhindern. (...)

Die Ironie der Geschichte: [Ausgerechnet Friedrich Merz](#), den die SPD so vehement attackiert, könnte am Ende als der wahre Erneuerer dastehen. Sein Ruf nach «mehr Kapitalismus» mag in sozialdemokratischen Ohren

ketzerisch klingen. Doch zumindest hat der Oppositionsführer verstanden, dass es fundamentaler Reformen bedarf, um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Das wirtschaftspolitische Konzept der SPD atmet den Geist vergangener Jahrzehnte, als man noch glaubte, alle Probleme mit mehr Staat lösen zu können. Doch die Welt hat sich weitergedreht – und Deutschland droht den Anschluss zu verlieren.

[Populismus statt Problemlösung: Der gefährliche Kurs von Olaf Scholz \(nzz.ch\)](#)

---

## **A Nobel Prize in Economics for the ‘Inclusive’ Free Market**

The three laureates’ research demonstrates the importance of property rights and the rule of law. (WSJ, opinion, 15 octobre, article payant)

*Extraits :*

The Royal Swedish Academy of Sciences awarded the Nobel Memorial Prize in Economic Sciences to three economists. The recipients are Turkish-born Daron Acemoglu and British-born Simon Johnson, both of the Massachusetts Institute of Technology, and British-born James A. Robinson, an economist and political scientist at the University of Chicago. They received the award “for studies of how institutions are formed and affect prosperity.”

This field has a long and noble history in economics. The Nobelists’ contribution is to lay out empirical data on the specific economic institutions that helped or hindered economic growth and then to examine the factors that led to those institutions. They point out, as Adam Smith did, that property rights and the rule of law are key. Governments respect these two pillars, they argue, because the political elites share the benefits of economic growth with the “masses” rather than extract the masses’ wealth. (...)

As I noted in my 2013 review of “Why Nations Fail,” Adam Smith observed that natural resources were less plentiful in the future Canada and the U.S. than in Latin America. But the economic institutions that Spain’s government set up in Latin America were less geared toward the free market and property rights than those that the British set up in the northern part of North America. It’s a pity that Messrs. Acemoglu and Robinson didn’t cite Smith’s insight. Nor did they cite economist Mancur Olson’s 1982 book, “The Rise and Decline of Nations,” which anticipates the Nobelists’ hypothesis.

You might think that Messrs. Acemoglu and Robinson would be strong believers in economic freedom. Their work is consistent with the findings in the Fraser Institute’s annual Economic Freedom of the World report, which finds a strong positive correlation between economic freedom and real gross domestic product per capita. While the two authors do favor private property rights, Mr. Acemoglu advocates a high minimum wage that adjusts for inflation. He also favors strong antitrust laws.

Behind Mr. Acemoglu’s belief in antitrust is his mistaken interpretation of the era of the so-called robber barons. (...)

It’s good to see a Nobel Prize awarded to economists who understand the importance of private property and the rule of law. Unfortunately, Mr. Acemoglu’s understanding is incomplete. He recently signed a statement supporting the Brazilian government’s move to rein in freedom of speech for Brazilians who want to communicate using X. Only time will tell whether Mr. Acemoglu will favor further undercutting of the rule of law. Let’s hope he doesn’t.

*Mr. Henderson is a research fellow with Stanford University’s Hoover Institution and editor of the Concise Encyclopedia of Economics.*

[A Nobel Prize in Economics for the ‘Inclusive’ Free Market - WSJ](#)

---

**The American economy has left other rich countries in the dust**

Expect that to continue (The Economist, 15 octobre, article payant)

Voir “*Article du Jour*”

[The American economy has left other rich countries in the dust \(economist.com\)](https://www.economist.com)

---

### **Cesser de communiquer en points de PIB, quelle bonne idée !**

LA BONNE IDÉE DE JULIEN DAMON. Dépenses, dette, déficit : tout se mesure désormais, dans la sphère publique, en proportion du PIB. Ce n'est pas toujours une bonne communication de la réalité. (Le Point, 15 octobre, article payant)

*Extraits :*

L'idée. Tout le monde, ou presque, est au courant : [le niveau de la dette publique en France](#) a dépassé 100 % du produit intérieur brut (PIB). De même, tout le monde doit être à peu près au courant : [le déficit public devrait atteindre 5,6 % du PIB en 2024](#) et pourrait monter à 6,2 % en 2025.

Ce niveau est jugé excessif par une Union européenne qui accorde aux États membres une sorte de droit au déficit qui ne saurait excéder trois points de PIB. Autre grandeur régulièrement rappelée : les dépenses publiques représentent environ 57 % du PIB.

[Le point de PIB](#), qui ne constitue pas un instrument de paiement, est progressivement devenu un indicateur habituel de la controverse économique, de la dispute savante et de la discussion de café.

Le PIB, en tant qu'agrégat macro-économique, a été forgé dans les années 1930. (...) Rassurons-nous : peu de monde, au-delà des spécialistes des comptes nationaux, a la capacité de dire exactement ce qu'il contient. Mais le sujet n'est pas là. Le problème du point de PIB comme unité de compte (ou plutôt de mécompte) public relève de ce que l'on met au numérateur et au dénominateur pour évaluer la situation des finances du pays. Pour la dépense publique, calculer ce qu'elle représente par rapport à la richesse produite se légitime pleinement. Il en va autrement pour la dette et le déficit.

Si on prend l'année 2023, la dépense publique a été de 1 610 milliards d'euros, soit, en effet, quelque 57 % des 2 823 milliards d'euros de PIB. Pour le déficit, on peut logiquement ne pas rapporter au PIB, mais au budget de l'État. Le déficit public est peut-être de 5 points de PIB, il correspond à plus de 25 % du budget de l'État.

Pour la [dette publique](#), le changement de dénominateur amène un chiffre plus frappant encore. La dette publique se monte certes à plus de 110 % du PIB, mais aussi à plus de 500 % du budget de l'État !

Mode d'emploi. Les puristes, à juste titre, feront des commentaires de périmètre. Ils pinailleront, avec de bons arguments, sur l'intégration ou non des dépenses sociales. Les révisions possibles ne changeront pas les grands ordres de grandeur. Ceux-ci sont relativement trompeurs quand ils s'expriment en points de PIB. Rapporter déficit et dette au [budget de l'État](#) donne une idée plus dramatique encore de la situation.

Alors, certes, pour se comparer à l'international, pour raisonner et négocier dans le sérieux des instances budgétaires et dans les cénacles, au moins tout aussi sérieux, des prêteurs, l'indicateur « point de PIB » s'impose. Cependant, il risque d'endormir, par sa douce musique désincarnée, une nécessaire vigilance. La comptabilité nationale est une science compliquée. (...)

Une autre voie, didactique et responsabilisante, pour comptabiliser les trois D publics (dépenses, déficit, dette) consiste à en rapporter les montants, en euros, à la population vivant en France.

Ainsi, fin 2023, un Français a bénéficié, en moyenne, de 24 000 euros de dépenses publiques (enseignement, sécurité, retraite, etc.). Il se trouvait, à la fin de l'année, avec un déficit personnalisé de 2 300 euros et – donnée la plus importante – tributaire d'une dette individualisée à hauteur de 45 000 euros.

Peut-être comprend-on mieux ainsi la densité de la dépense publique et le caractère particulièrement problématique de la dette publique. À chacun, en effet, de rapporter cette somme à son propre PIB...

## IA, croissance, démocratie : les réflexions de Daron Acemoglu, Prix Nobel d'économie 2024

ENTRETIEN. L'économiste turco-américain, professeur au MIT, est l'un des trois lauréats du prix Nobel d'économie 2024. Nous l'avons longuement rencontré en 2023. (Le Figaro, 14 octobre, article payant)

*Extraits :*

[Daron Acemoglu est l'un des économistes les plus reconnus](#) dans le monde académique, et l'un des plus cités par ses pairs. Professeur au MIT (Massachusetts Institute of Technology), âgé de 57 ans, ce Turco-Américain d'origine arménienne a publié en 2012 un best-seller, *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity and Poverty (Prospérité, puissance et pauvreté : pourquoi certains pays réussissent mieux que d'autres*, éd. Markus Haller, 2015).

Avec ses confrères Simon Johnson et James A. Robinson, ils ont reçu, lundi 14 octobre, [le prix Nobel d'économie pour leurs recherches sur la compréhension des différences de prospérité entre les nations](#). Le trio a cherché à répondre à cette question : pourquoi certaines nations réussissent-elles mieux que d'autres ? Selon eux, l'explication est à chercher dans leurs institutions. Un lien entre économie et politique que Daron Acemoglu n'a cessé d'explorer tout au long de ses recherches. (...)

Vous avez notamment démontré qu'il existait un lien entre démocratie et croissance. Quel est-il ?

Par le passé, on a eu tendance à faire abstraction de ce genre de questions. Ou alors à affirmer, comme l'ont fait certains économistes et politologues, que la démocratie n'était pas importante (ou même carrément pas favorable) pour la croissance économique parce qu'elle conduit à la polarisation ou à la paralysie des politiques. Avec plusieurs collaborateurs (comme Suresh Naidu, Pascual Restrepo et James Robinson), j'ai passé pas mal de temps à étudier cette question et il s'avère qu'il existe un lien positif très fort entre la démocratie et la croissance économique. *Les pays qui se démocratisent augmentent leur PIB par habitant d'environ 25 % au cours des deux décennies qui suivent leur démocratisation*. En outre, ils le font en augmentant les recettes publiques et en les investissant dans la santé, l'éducation et les infrastructures.

Vous allez également à rebours d'une idée assez répandue : la croissance conduirait à la démocratie. Pourquoi ce lien ne fonctionne-t-il pas ?

C'est l'une des théories les plus célèbres en sciences sociales : lorsqu'un pays devient plus riche, les gens exigeraient des droits démocratiques et c'est ainsi que la démocratie émergerait et se consoliderait. Des versions apparentées lient la démocratisation à l'éducation, par exemple, en affirmant qu'une population éduquée valoriserait et exigerait la démocratie. Nous n'avons trouvé que très peu d'éléments à l'appui de ces idées. Bien sûr, les pays riches sont plus démocratiques, mais c'est parce que la démocratie et la croissance économique ont évolué de concert au cours des derniers siècles. *Si l'on examine les données historiques et celles de l'après-guerre, les pays qui augmentent leur revenu par habitant ou leur niveau d'éducation n'ont pas plus de chances de devenir démocratiques ou de consolider leur démocratie*.

Malgré ses avantages en matière d'économie, la démocratie est aujourd'hui en crise. [Un récent rapport signale son recul dans le monde pour la sixième année consécutive](#)... Comment l'expliquez-vous ?

Mes recherches montrent que la démocratie est favorable à la croissance économique et qu'elle est une trajectoire vers la prospérité partagée. Mais il est difficile de faire fonctionner la démocratie. Il existe toujours un groupe antidémocratique, composé à la fois des personnes qui n'aiment pas les politiques de redistribution imposées par la démocratie et de celles qui sont idéologiquement opposées aux idéaux démocratiques. Mais, surtout, la démocratie permet à différents groupes marginaux de devenir politiquement puissants.(...)

Faut-il donc s'inquiéter de la [prolifération des « démocraties »](#) ?

Oui, c'est la plus grande menace pour la démocratie aujourd'hui. Dans les années 1960, le principal danger venait des personnes en uniforme et en bottes. Aujourd'hui, ce sont des dirigeants comme AMLO [Andrés

Manuel Lopez Obrador] au Mexique, Erdogan en Turquie ou Orban en Hongrie. Et, bien sûr, Trump aux États-Unis. Ils sont plus dangereux parce qu'ils contrôlent les médias, qu'ils ont l'air légitimes et qu'ils commencent à saper les normes démocratiques. (...)

Vous expliquez également que les systèmes autoritaires peuvent produire de la croissance, mais que ce n'est pas durable... La Chine est-elle en train de vivre ce moment ?

Oui, absolument. Parfois, les pays autoritaires savent mobiliser les ressources, investir dans les infrastructures et soutenir les grandes entreprises. Mais l'histoire montre que ce type de « croissance extractive » est moins durable que les versions plus « inclusives » de la croissance. Sur cette base, dans *Prospérité, puissance et pauvreté*, James Robinson et moi-même avons affirmé que l'économie chinoise commencerait à connaître des problèmes structurels au fur et à mesure qu'elle s'enrichirait. C'est ce que nous observons actuellement. La croissance chinoise se poursuit, mais les inefficacités dans l'allocation des capitaux et d'autres problèmes structurels s'aggravent. La Chine est exceptionnelle sur un point : par rapport à d'autres régimes autoritaires, elle investit beaucoup plus dans l'innovation et les nouvelles technologies. Mais, même dans ce cas, il est évident qu'elle a du mal à générer une recherche scientifique de haute qualité et des innovations de pointe. Je pense que la Chine se dirige vers des problèmes économiques plus profonds. (...)

Le terme de décroissance est également de plus en plus utilisé. Que répondez-vous à ses promoteurs ?

Je comprends les personnes qui s'inquiètent du changement climatique et des effets sur l'environnement de notre soif de minéraux et de métaux. Néanmoins, je suis contre la décroissance. Il y a encore plus de 2 milliards de personnes dans le monde qui vivent à la limite de la pauvreté, ou pire. Même en Europe occidentale et aux États-Unis, un ralentissement de la croissance créerait une série de problèmes politiques et sociaux. Il est nécessaire d'investir dans des technologies renouvelables et de stockage. Nous devons créer des moyens plus équitables de partager les bénéfices de ces nouvelles technologies. Si nous y parvenons, nous pourrions atteindre certains des objectifs de la décroissance sans sacrifier la croissance économique. (...)

Globalement, l'intelligence artificielle est-elle une menace ou une chance ?

*Les deux. Il s'agit d'une technologie étonnamment polyvalente dont les réalisations sont déjà impressionnantes. Mais elle constitue une menace si nous ne l'utilisons pas correctement. Tout comme les robots, l'IA peut être utilisée pour l'automatisation et, si elle est utilisée uniquement pour cela, elle aura encore plus d'effets négatifs sur les travailleurs que les robots n'en ont eu au cours des dernières décennies. Pire, l'IA peut être un outil de manipulation entre les mains de puissantes plateformes numériques (ou, pire encore, du Parti communiste chinois). Il est nécessaire de tracer une voie pro-travailleur et pro-citoyen pour l'IA. Par « pro-travailleur », j'entends l'utilisation des technologies de l'IA pour créer de nouvelles tâches et de meilleures informations pour les décideurs humains. Par « pro-citoyen », il s'agit d'utiliser ces outils pour encourager la collecte et le partage d'informations par les individus, la création de plateformes pour la participation démocratique et la protection des personnes contre la manipulation. Nous devons absolument réglementer l'IA, car ce n'est pas la direction vers laquelle l'industrie technologique nous mène actuellement. (...)*

Utilisez-vous l'intelligence artificielle ?

J'ai commencé à utiliser GPT-4 puis [ChatGPT-4](#) l'année dernière. J'ai d'abord été très impressionné. Mais plus on les utilise, plus on se rend compte qu'ils donnent des réponses peu fiables, et j'ai arrêté de les utiliser. Les versions futures de ces technologies pourraient devenir utiles aux chercheurs, mais je ne pense pas qu'elles seront optimisées pour cette utilisation complémentaire de l'homme. Nous devons redoubler d'efforts pour rendre les technologies de l'IA plus utiles aux travailleurs (y compris les chercheurs, les universitaires, les journalistes, les techniciens et les ouvriers) plutôt que d'emprunter la voie de l'automatisation et de la surveillance qui est la leur aujourd'hui

[IA, croissance, démocratie : les réflexions de Daron Acemoglu, prix Nobel d'économie 2024 \(lepoint.fr\)](#)

---

„Das wird diese Autohersteller umbringen“

Stella Li ist Topmanagerin des chinesischen Elektroauto-Marktführers BYD. Hier spricht sie über die Expansion nach Europa – und warnt die Konkurrenz davor, wieder stärker auf den Verbrennungsmotor zu setzen. (FAZ, 15. Oktober, Artikel)

*Extraits :*

(...) Die EU verhängt Importzölle auf chinesische [E-Autos](#). Was denken Sie darüber?

Zölle sind bestimmt nicht zum Vorteil der Konsumenten. Sie tun ihnen richtig weh. Das ist sehr schade. Die Konsumenten in Europa kämpfen ohnehin schon mit der Inflation, mit höheren Strom- und Gasrechnungen. Jetzt wird ihnen auch der Zugang zur besten Automobiltechnologie erschwert. Sie müssen einen Aufpreis zahlen wegen der Zölle.

Haben Sie noch Hoffnung, dass die EU auf die Zölle verzichtet?

Ich glaube nicht, dass die EU da noch Kompromisse eingeht. Die Lobby der Automobilindustrie ist wirklich stark. Aber wie gesagt: BYD ist ein langfristiger Marktteilnehmer. Ende 2025 werden wir in unserer neuen Autofabrik in Ungarn die Produktion aufnehmen. Daran sehen Sie: Trotz der Zölle investieren wir stark in Europa und werden stärker ein europäisches Unternehmen. Wir beleben den Arbeitsmarkt hier sehr. (...)

Sollte die EU trotz viel Kritik an ihrem Plan festhalten, von 2035 an keine Neuwagen mit [Verbrennungsmotor](#) mehr zuzulassen?

Ja, das sollte sie. Denn dann können die Autohersteller in E-Autos investieren, ohne sich Sorgen wegen der Zukunft machen zu müssen.

In China gibt es ein solches Verbrennerverbot aber nicht.

Entweder braucht es ein Verbrennerverbot oder, so wie in China, eine klare politische Vorgabe, die besagt: Elektroautos sind die Zukunft. Das war in China vor zehn Jahren die eindeutige Botschaft, und das wird auch für die nächsten 20 Jahre so sein.

Die EU begründet ihre Importzölle damit, dass chinesische Hersteller daheim riesige Subventionen erhalten, die den Wettbewerb unfair verzerren. Was sagen Sie dazu?

Diese Behauptung ist falsch. Die Subventionen stehen allen offen, das ist keine Sonderbehandlung chinesischer Unternehmen. (...)

Auf dem chinesischen Automarkt gibt es also aus Ihrer Sicht einen fairen Wettbewerb?

Der Wettbewerb in China ist superfair. Ich sehe drei Gründe, warum die europäischen Hersteller nicht konkurrenzfähig sind. Erstens haben die chinesischen Unternehmen daran geglaubt, dass das Elektroauto die Zukunft ist. Am Anfang verloren sie Geld, aber sie investierten weiter. In den vergangenen zehn Jahren sind dadurch viele Unternehmen beinahe bankrott gegangen – einschließlich BYD. Aber jetzt zahlt sich das aus, weil der Markt für E-Autos wächst. Der zweite Grund ist, dass es einen langfristig verlässlichen Plan der Regierung gibt in China. Und der dritte Grund ist der harte Wettbewerb in China. Um zu überleben, musst du besser werden. Das hat die chinesischen Autohersteller sehr wettbewerbsfähig gemacht. Und an diesem Wettbewerb sollten alle Hersteller auf der Welt teilnehmen. Wer zögert und zurückweicht, der wird verlieren.

(...)

In Deutschland fordern viele ein E-Auto, das weniger als 20.000 Euro kostet. Wird BYD es anbieten?

Nein. Das ist unmöglich. Wir haben kein Modell, das so niedrige Kosten erreicht.

Was wird dann in Zukunft der Einstiegspreis sein bei BYD in Europa?

Das wissen wir noch nicht. Wir arbeiten noch an unserem Plan. Der Preis könnte unter 30.000 Euro betragen, aber er wird über 25.000 Euro liegen.

[BYD-Managerin Stella Li warnt die Verbrenner-Konkurrenz \(faz.net\)](#)

---

## En Allemagne, l'impôt sur les chiens bat des records

Perçu par les villes et les communes, cet impôt a généré plus de 420 millions d'euros de recettes l'an dernier. En dix ans, son montant a bondi de plus de 40 %. (Les Echos, 15 octobre, article payant)

*Extraits :*

Alors que la France peine à boucler ses fins de mois, c'est un impôt qui pourrait donner des idées à Michel Barnier. En Allemagne, l'impôt sur les chiens vient de battre un nouveau record. D'après l'Office fédéral de la statistique, les taxes sur les chiens ont généré 421 millions d'euros de revenus l'an dernier. En l'espace de dix ans, les recettes ont augmenté de plus de 40 %.

Outre-Rhin, les impôts sur les chiens sont perçus par les villes et communes, qui en fixent le montant et les modalités. La possession d'un chien coûte par exemple 120 euros par an à Berlin et 102 euros à Francfort. Si vous avez un deuxième toutou, la taxe passe à 180 euros à Berlin.

L'animal est imposable dès l'âge de trois mois et doit être inscrit dans le registre canin de la municipalité. Le dossier précise l'âge du chien, son sexe, la couleur du pelage ainsi que le numéro fiscal et l'adresse du propriétaire. (...)

La bureaucratie allemande se veut également rigoureuse. Dans de nombreuses villes, les chiens guides d'aveugles, de sauvetage ou de protection bénéficient d'exemptions fiscales ainsi que les propriétaires au chômage ou à faibles revenus. Une fois l'impôt payé, le propriétaire reçoit une médaille avec un numéro ou une puce électronique, permettant de certifier le règlement. (...)

L'impôt sur les chiens remonte à loin en Allemagne. La taxe apparaît pour la première fois vers 1500, indique le ministère des Finances sur son site. Elle était alors prélevée sous la forme de grains (seigle, orge, avoine) et servait à remplacer l'obligation faite aux paysans indépendants de fournir des chiens dans le cadre des corvées de chasse. (...)

L'Allemagne n'est pas le seul pays à avoir instauré ce type d'impôts. Des taxes sur les chiens existent en Autriche, en Suisse et au Luxembourg. Introduite en 1796, une taxe nationale sur les chiens était également en vigueur en Grande-Bretagne jusqu'en 1987.

En France, une taxe sur les chiens a aussi existé. Elle avait été mise en place par Napoléon III en 1855, afin de lutter contre le fléau de la rage. Son rendement étant devenu de plus en plus faible, elle a officiellement disparu en 1971.

[En Allemagne, l'impôt sur les chiens bat des records | Les Echos](#)

---

### « La gauche s'enfoncé dans l'irréalisme »

ENTRETIEN. L'économiste Olivier Babeau réagit à la note du think tank de gauche Terra Nova qui dézingue le programme fiscal du NFP. (Le Point, 14 octobre, article payant)

*Voir « Article du Jour »*

[Olivier Babeau : « La gauche s'enfoncé dans l'irréalisme » \(lepoint.fr\)](#)

---

### Aligner le taux d'emploi français sur celui de l'Allemagne rapporterait 20 Md€ aux comptes sociaux

Si le taux d'emploi a progressé ces dernières années en France pour atteindre son niveau le plus haut depuis 1975, il reste inférieur à celui de la plupart des pays européens, notamment de l'Allemagne. [Dans une note](#) publiée le 23 septembre 2024, la Direction générale du Trésor montre qu'un alignement de notre taux

d'emploi sur celui de notre voisin pourrait rapporter 20 milliards d'euros aux comptes sociaux. (IREF, 14 octobre, libre accès)

*Extraits :*

Précisons, en préambule, que le taux d'emploi est défini comme la part d'individus en emploi parmi la population en âge de travailler (par convention de 15 à 64 ans). C'est un meilleur indicateur que le taux de chômage – qui peut aisément être manipulé – de la situation du marché du travail.

Le taux d'emploi français est l'un des plus faibles d'Europe

En 2022, le taux d'emploi français était de 68,1%. En 2023, il était de 68,6%. Il place la France en queue de peloton puisque près de 80% des pays de l'Union européenne (UE) sont devant elle.

En 2022 (année de référence de la note de la DG Trésor), les Pays-Bas étaient en tête du classement avec un taux d'emploi de 82% (14 points de plus que la France) ; l'Allemagne occupait la 4<sup>ème</sup> place avec 76,8% (+ 8,7 points) ; et la moyenne de l'UE était à 69,8%. La France occupait la 21<sup>ème</sup> place.

En 2023 (derniers chiffres de l'OCDE), [la hiérarchie reste la même](#) : les Pays-Bas sont toujours premiers avec un taux de 82,3% et l'Allemagne a dépassé le Danemark pour prendre la 3<sup>ème</sup> place avec 77,2%.

La note de la Direction générale du Trésor montre que le taux d'emploi allemand est supérieur au français dans toutes les catégories d'âge et quel que soit le sexe. Les écarts les plus importants concernent les tranches d'âge 15-24 ans (+15 points en faveur de l'Allemagne) et 55-64 ans (+16 points). Ces écarts entre la France et l'Allemagne, précise la note, dissimulent en partie des différences de temps de travail. En effet, la part d'emploi à temps partiel est supérieure de plus de dix points en Allemagne par rapport à la France (28% contre 17%).

Une hausse du taux d'emploi est souvent citée comme un moyen d'équilibrer les finances publiques, notamment pour financer la protection sociale, car les recettes des cotisations sociales et de la CSG seraient plus importantes. Certaines dépenses pourraient être évitées (assurance chômage, minima sociaux) tandis que d'autres seraient susceptibles d'augmenter (prime d'activité, prise en charge des frais de garde d'enfants). Par ailleurs, en dehors du champ de la protection sociale, d'autres recettes perçues par l'État seraient appelées à croître comme la TVA ou l'impôt sur le revenu, mais ce point n'est pas étudié dans la note. (...)

En tenant compte de l'ensemble des paramètres, l'alignement du taux d'emploi français sur le taux d'emploi allemand, en prenant en compte les différences de temps de travail entre les deux pays, aurait un effet positif sur le solde de la protection sociale d'environ 20 Md€ comme le détaille le tableau ci-dessous. (...)

Avec un système social moins onéreux, le [coût du travail](#) s'en trouverait diminué et les entreprises seraient incitées à embaucher davantage. Il conviendrait de diminuer également les autres charges qui pèsent trop lourdement sur les entreprises, à commencer par les [impôts sur la production](#).

Sans doute faudrait-il aussi s'attaquer à l'[école](#), déjà pour en faire baisser le coût, mais surtout pour en rehausser le niveau et faire en sorte qu'elle ne soit plus la « [fabrique du crétin](#) » qu'elle est aujourd'hui. La mise en place d'un [chèque-éducation](#) serait un bon début.

Une chose est certaine : ce n'est pas en augmentant les impôts et les taxes comme l'a annoncé [Michel Barnier](#) que la France parviendra au même taux d'emploi que l'Allemagne.

[Aligner le taux d'emploi français sur celui de l'Allemagne rapporterait 20 Md€ aux comptes sociaux - IREF Europe FR](#)

---

## **Michel Barnier, la rigueur sans la vérité**

L'ÉDITO DE NICOLAS BAVEREZ. Alors que la situation économique exige une thérapie de choc, le Premier ministre poursuit la stratégie du « en même temps ». (Le Point, 11 octobre, article payant)

*Extraits :*

Depuis [le général de Gaulle en mai 1958](#), nul n'a pris la tête du gouvernement de la France dans des conditions aussi difficiles que Michel Barnier. Avec la fin des Jeux olympiques, le voile du mensonge se lève progressivement sur la situation calamiteuse de notre pays. Une économie à l'arrêt et une accélération de la désintégration de l'appareil productif, illustrée par la reprise de la désindustrialisation. Une perte totale de contrôle des finances publiques avec un déficit de 6,2 % du PIB en 2024 – contre une prévision de 4,4 % – et de 7 % en 2025, indissociable [d'une dette de 112 % du PIB](#) qui atteindra 130 % en 2027. (...)

Par son égotisme et son irresponsabilité, Emmanuel Macron a poussé aux limites et fait exploser le modèle insoutenable de la décroissance à crédit. La stratégie du « quoi qu'il en coûte » fut l'équivalent de la relance à contre-courant et de la construction du socialisme dans un seul pays voulues par François Mitterrand. Ce dernier fut contraint, sous la pression de la crise monétaire et financière, à effectuer le tournant de la rigueur de 1983 pour éviter l'exclusion du Système monétaire européen et surtout le passage sous les fourches caudines du FMI.

Du fait de la folle dérive de [la dette, qui a augmenté de plus de 1 000 milliards d'euros depuis 2017](#), la France se trouve aujourd'hui confrontée à un dilemme comparable : la transformation radicale ou bien la mise sous tutelle de la Commission européenne, de la BCE et du FMI, à l'image de la Grèce de 2009. (...)

La crise financière n'est en effet plus un risque mais une réalité. La dette française est devenue insoutenable avec un service qui approchera 100 milliards d'euros en 2027 et une croissance nominale désormais inférieure aux taux d'intérêt. La longue complaisance des marchés financiers et de nos partenaires européens a pris fin : la France emprunte à un taux plus élevé que l'Espagne et la Grèce et la Commission a engagé en juillet une procédure pour déficit excessif.

Michel Barnier se trouve ainsi devant un choix cardinal entre la vérité et le compromis, entre la rupture et la continuité. Or, à travers son discours de politique générale et ses interventions, il a choisi de ne pas choisir. La rupture a porté sur le style, avec l'abandon salutaire de l'arrogance et du mépris qui constituent la marque de fabrique du macronisme. En revanche, la continuité a prévalu dans le refus d'une thérapie de choc et dans la poursuite du « en même temps ». (...)

Michel Barnier s'inscrit dans la continuité de tout ce qui a ruiné l'économie française depuis quatre décennies. Il reprend aussi à son compte le slogan du « en même temps », promettant d'un côté de respecter la loi de programmation militaire, de relancer la loi d'orientation agricole, la construction de logements ou la simplification, de lutter contre la délinquance des mineurs et, de l'autre, d'appliquer une introuvable proportionnelle, d'inventer une « écologie des solutions », de convoquer une conférence sur l'eau ou de créer une journée de consultation citoyenne.

Au total, il y aura bien un déluge d'impôts, mais ni discours de vérité ni redressement. Michel Barnier se contente d'essayer d'obtenir un nouveau sursis en s'interdisant de mettre en place les conditions du sursaut. En 1958, le général de Gaulle résumait la situation d'une France devenue l'homme malade de l'Europe en ces termes : « L'alternative, c'est le miracle ou la faillite. » Ce fut le miracle grâce à la thérapie de choc qu'il appliqua sur le fondement de la stratégie dessinée par Jacques Rueff et Louis Armand. Aujourd'hui, faute de rupture assumée, il n'y aura pas de miracle. Michel Barnier et Antoine Armand ne sont que les syndics de la faillite orchestrée par Emmanuel Macron.

[Michel Barnier poursuit le « en même temps » \(lepoint.fr\)](#)

---

## More Truth About Income Inequality

A new study says the more you work, the more skills you gain, and the more you earn. (WSJ, opinion, 9 octobre, article payant)

*Extraits :*

A certain kind of politician loves to rail about income inequality and the corporate greed and injustice that supposedly cause it. It won't surprise anyone who's ever held a job in the private economy that the truth is more complex, and a new study adds to our understanding of how labor markets really work.

The headline conclusion from the [working paper published last month](#) by the National Bureau of Economic Research is that the more you work over your lifetime, the more you earn. So far so obvious, but the surprises lurk in an explanation that's more complex than you'd think.

The authors (from the Federal Reserve Bank of St. Louis, Vanderbilt University and Princeton) use a rich vein of survey data tracking individuals as far back as 1979. They find that a major determinant of total lifetime hours worked is individual choice—some people just prefer to work more, while others might prioritize other activities.

Going a step further, the paper finds that those who work more earn more because they accumulate more skills during the extra time they work. The overlapping effects of different preferences for work and different levels of skills acquisition account for a hefty share of overall differences in lifetime earnings, and operate independent of other factors such as the level of education or skills an individual gains before entering the labor force. In other words, income inequality is in part a matter of choice rather than intractable economic or social forces. Sorry, socialists.

The study isn't a comprehensive overview of labor-market behavior, and the authors don't claim it is. Their survey sample examines only men who have been “highly attached” to the labor market over their full working lives, meaning working at least 520 hours per year.

The conclusions might be relevant to debates about gender pay gaps—where different preferences for paid work versus working at home to raise a family often come into play—but that awaits further study.

One implication is that a labor market is too complex to bear simple analyses—or blunt-force regulation.

The conclusions might be relevant to debates about gender pay gaps—where different preferences for paid work versus working at home to raise a family often come into play—but that awaits further study.

One implication is that a labor market is too complex to bear simple analyses—or blunt-force regulation. The economists note as a stark example the failure of French efforts to boost earnings by limiting the work week. Politicians always hope this will force companies to hire more workers, and Sen. Bernie Sanders wants a 32-hour work week. But such laws prevent those who want to work more from doing so, and boosting their skills in the process, while not requiring those who prefer to work less to spend more time on the job. (...)

[More Truth About Income Inequality - WSJ](#)

---

## **L'étatisme, cette incurable et coûteuse maladie française**

TRIBUNE. Les politiques de santé conduites ces cinquante dernières années illustrent l'étatisation progressive de la France et expliquent sa paralysie. (Le Point, 9 octobre, article payant)

*Extraits :*

En France, en matière de politiques publiques, le clivage profond ne porte pas tant sur les objectifs à atteindre que sur les moyens pour y parvenir. Ainsi, dans le domaine de la santé, tous prônent un équitable accès aux soins ou vantent les bienfaits de la prévention. En revanche, si les déclarations politiques précisent rarement les moyens choisis pour atteindre un objectif, l'histoire parle pour ceux qui ont été au pouvoir.

Or, le camp des étatistes de droite comme de gauche l'a emporté. Ainsi, à une exception majeure, les politiques de santé conduites depuis un demi-siècle illustrent l'étatisation progressive de la France et expliquent sa paralysie que beaucoup souhaitent encore aggraver. Il faudrait toujours plus d'État. [L'étatisme, cette incurable et coûteuse maladie française \(lepoint.fr\)](#)

---

## **Fonction publique : une masse salariale de 346 milliards d'euros**

LE CHIFFRE DE LA SEMAINE. La masse salariale de la fonction publique représente 12,3 % du PIB en France, contre 7,9 % du PIB en Allemagne. (Le Point, 9 octobre, article payant)

*Extraits :*

Selon une étude du site Fipeco, la masse salariale de la [fonction publique](#), cotisations sociales des employeurs incluses, s'est élevée à 346,2 milliards d'euros en 2023, soit 21,5 % de l'ensemble des dépenses publiques et 12,3 % du PIB. (...) Ces dépenses de personnel en salaires et primes ont été réparties de la façon suivante : 46 % pour les administrations centrales, 29 % pour les administrations locales et 25 % pour les administrations de sécurité sociale. (...)

« La comparaison de la masse salariale publique entre les pays doit être considérée avec précaution », relève par ailleurs l'étude de Fipeco. Notamment en raison de l'externalisation de missions de service public, comme les hôpitaux en Allemagne, dont l'effet comptable est de réduire les dépenses de personnel des APU qui restent pourtant de fait financées par ces dernières.

« Sous ces réserves », la masse salariale des administrations publiques, cotisations sociales des employeurs incluses, est plus élevée en France (12,3 % du PIB) que dans les autres pays de l'Union européenne (10 % en moyenne). Elle n'est supérieure qu'au Danemark (14,2 % du PIB), en Finlande (12,9 %) et en Belgique (12,6 %), alors qu'elle s'établit à 8,2 % du PIB aux Pays-Bas et 7,9 % en Allemagne.

[Fonction publique : une masse salariale de 346 milliards d'euros \(lepoint.fr\)](#)

---

## **Free exchange : Why economic warfare nearly always misses its target**

There is no such thing as a strategic commodity (The Economist, 5 octobre, article payant)

*Extraits :*

Between August and October 1943 American warplanes repeatedly bombed Schweinfurt, in southern Germany. The Bavarian town did not host army HQs or a major garrison. But it produced half of the Third Reich's supply of ball bearings, used to keep axles rotating in everything from aircraft and tank engines to automatic rifles. To Allied planners, who had spent months studying the input-output tables of German industry, the minuscule manufacturing part had the trappings of a strategic commodity. Knock away Germany's ability to make them, the thinking went, and its military-industrial complex would come crashing down.

The operation was costly for the Americans, with heavy losses of aircraft and crew. But it was effective: in just a few months Bavaria's ball-bearing prowess was reduced to rubble. Yet soon it became clear that, despite Schweinfurt's obliteration, German factories kept cranking out Messerschmitts and machine guns at just the same pace. America's Strategic Bombing Survey, carried out in the aftermath of the war, found "no evidence that the attacks...had any measurable effect on essential war production".

Between August and October 1943 American warplanes repeatedly bombed Schweinfurt, in southern Germany. The Bavarian town did not host army HQs or a major garrison. But it produced half of the Third Reich's supply of ball bearings, used to keep axles rotating in everything from aircraft and tank engines to automatic rifles. To Allied planners, who had spent months studying the input-output tables of German industry, the minuscule manufacturing part had the trappings of a strategic commodity. Knock away Germany's ability to make them, the thinking went, and its military-industrial complex would come crashing down.

The operation was costly for the Americans, with heavy losses of aircraft and crew. But it was effective: in just a few months Bavaria's ball-bearing prowess was reduced to rubble. Yet soon it became clear that, despite Schweinfurt's obliteration, German factories kept cranking out Messerschmitts and machine guns at just the same pace. America's Strategic Bombing Survey, carried out in the aftermath of the war, found "no evidence that the attacks...had any measurable effect on essential war production".

In the decades since, versions of this story have played out many times, most recently with America's sanctions against Russia and its measures against China. Adversaries in both cold and hot wars have tried to deprive each other of a strategic commodity, only to succeed in one sense (access to that commodity was reduced) and fail in another (the crunch did not bring about economic collapse or military capitulation). In a book to be published next year, Mark Harrison and Stephen Broadberry, two British scholars, use a theory first set out in the 1960s by Mancur Olson, an economist, to explain this paradox. The concept of a strategic commodity, they argue, is an illusion.

A good is often described as "strategic", "vital" or "critical" when it is thought to have few substitutes. America and China have strategic reserves of petroleum, because their leaders think oil cannot easily be replaced, at least in the short run. Some minerals are deemed critical because you cannot build a viable electric car without them. But Olson reckoned very few goods, if any, are truly strategic. Instead, there are only strategic needs: feeding a population, moving supplies, producing weapons. And no amount of pounding, literal or figurative, seems able to alter the target countries' ability to meet those needs, one way or another. (...)

Olson could not have foreseen that economic warfare would develop into the sophisticated tit-for-tat of trade and financial sanctions that has been on full display since Russia's full-scale invasion of Ukraine in 2022. (...)

Despite its growing complexity, however, this economic arsenal—largely controlled by America—has mostly misfired. (...)

This explains why sanctions against Russia, a hostile state flush with cash, were never going to meet their broad goals. In 2022 excitable analysts predicted that Russia was on the brink of a 1998 moment (when it slid into financial chaos) or even a 1917-style revolution (when economic implosion caused the end of tsarism). The resilience of Russia's economy has confounded expectations. It has dodged sanctions partly by substituting goods it could no longer source. It also found new trading buddies—not least China—to replace those it had lost. In a webby world, the notion of "strategic partner" looks increasingly transient, too. ■

[Why economic warfare nearly always misses its target \(economist.com\)](#)

---

**The Dollar Is Too Strong for America's Own Good** (NYT, 5 octobre, quelques articles gratuits / semaine)

*Extraits :*

The economist Richard Koo built pianos in Hong Kong for his father-in-law for a year and a half between college and graduate school. Now he is the [chief economist](#) of Nomura Research Institute in Japan.

He told me that his experience in business helped sensitize him to the commercial importance of currency exchange rates, which are how much one nation's currency is worth in terms of others'.

If a nation's currency rises against others', the goods it exports become more expensive for foreign buyers, and the goods it imports become cheaper, displacing domestically made products.

"You try to cut costs. One day you open the newspaper and see all of your efforts of months and months are down the drain. You have to be in a job like that to feel the pain" of exchange rate fluctuations, "and sometimes the joy," Koo said. "Maybe that's one reason I never completed my Ph.D." he added. "I was always arguing back against my professor, saying, 'That's not the way the world works.'"

Koo argues that the dollar is chronically overvalued to the detriment of the U.S. economy, especially the manufacturing sector. He says the damage to manufacturers — and factory jobs — caused by the dollar's strength helps account for the backlash against free trade in the United States. His proposed solution is a new international accord to lower the dollar's value, similar to the [Plaza Accord](#) of 1985 that was struck in New York's Plaza Hotel by the United States, Japan, West Germany, Britain and France.

The Coalition for a Prosperous America, which is made up mainly of small and medium-sized manufacturers, [calculates](#) that last month the yuan was 24 percent undervalued against the dollar, the yen was 32 percent undervalued and the euro was 19 percent undervalued. "If we realigned the dollar to a competitive

level, there would be a boom in U.S. manufacturing production and the entire U.S. economy, including job numbers, and household incomes would benefit,” Jeff Ferry, the organization’s chief economist, wrote to me by email.

“The price of the dollar is one of the most important prices in the world economy and we are letting it be tossed about like a wooden ship on stormy seas,” Ferry added. (...)

As I said, not an easy problem to solve. Right now, though, it’s just being ignored by politicians. “This is the debate that is missing in Washington, D.C.,” Koo said. “If the establishment doesn’t really address this issue, Donald Trump can run amok,” he said. Trump is correct that big, chronic trade deficits are a problem, Koo said, “but his tariffs are not the solutions we like to see.”

[Opinion | The Dollar Is Too Strong for America’s Own Good - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

---

## **Chinas Strategie funktioniert nicht mehr: Die EU hat ihre Position gegenüber Peking gefunden**

Brüssel ist jetzt autorisiert, Importzölle auf chinesische Autos zu erheben. Das reflektiert eine Verschiebung der Machtverhältnisse in Europa. (NZZ, 5 octobre, article payant)

*Extraits :*

Es ist ein Erfolg für die Kommissionschefin von der Leyen und für die Handlungsfähigkeit der EU. Und es ist eine Niederlage für Bundeskanzler Olaf Scholz und den «merkantilistischen» Umgang mit der Supermacht China. Am Freitag haben die EU-Staaten bestätigt, dass die Kommission Zölle von bis zu 35,3 Prozent auf den Import chinesischer Elektroautos erheben darf. Mit dem Ziel, eine künstliche Verbilligung durch staatliche Subventionen zu kompensieren.

Die Entscheidung ist bedeutsam über die Handelspolitik hinaus. Sie ist Ausdruck eines gestärkten Selbstbewusstseins und der grösseren Selbständigkeit der Europäischen Union gegenüber dem fernöstlichen Rivalen und Systemkonkurrenten: Endlich wirft die EU ihre Marktmacht in die Waagschale. Vielleicht ist jetzt die Zeit vorbei, da die Europäer lieber früher als später vor den chinesischen Drohgesten einknickten. Etwa, wenn es um die massenhafte Einfuhr von Solarpanels ging oder um die Übernahme der sicherheitsrelevanten Breitbandtechnologie aus China.

Und noch etwas ist neu. [Während der Merkel-Jahre, so der in Berlin forschende China-Experte Noah Barkin, sei die europäische Chinapolitik ganz selbstverständlich in der deutschen Hauptstadt gemacht worden.](#) (...) Das ist nicht mehr der Fall. (...) Das heisst nicht, dass Berlin und die deutsche Autoindustrie sich nicht gewehrt hätten. (...) Das gelang, wenig überraschend, nicht: Italiens Autoindustrie ist am Boden, die verbilligten chinesischen Importe könnten die einst so stolzen Autobauer noch tiefer in die Knie zwingen. So waren es am Ende Frankreich, Italien und Polen, die zusammen mit sieben weiteren Ländern den Brüsseler Vorstoss deckten. Die von Deutschland angestrebte Sperrminorität kam nicht zustande. (...)

Aber niemand hat ein Interesse an einem Handelskrieg. Zum Glück auch China nicht, dessen Autoindustrie den europäischen Markt nicht verlieren will. Die Verhandlungen zwischen Brüssel und Peking gehen weiter, aber Brüssels Position ist jetzt breit abgestützt. Teilen und herrschen, die chinesische Strategie im Umgang mit der EU, ist ins Leere gelaufen.

[Zölle auf E-Autos: Die EU findet eine eigene Position gegenüber China \(nzz.ch\)](#)

---

## **Someone Tries to Govern France**

Barnier proposes a budget because he must, but where’s the growth policy? (WSJ, 4 octobre, article payant)

*Extraits :*

Michel Barnier drew the short straw to become France's Prime Minister after Emmanuel Macron's election fiasco this summer, and bless Mr. Barnier for trying to govern. He started taking soundings on a budget plan this week and at least now there is one, although it's not a solution to France's pressing economic and political problems. (...)

Any budget would be a tough sell in what is essentially a hung National Assembly after the summer's election. The one Mr. Barnier is sketching out will be especially hard to get through a chamber dominated by parties of the far left. Since Mr. Barnier (and by extension Mr. Macron) faces a fierce political battle, it would be nice if that fight were about something substantive.

Alas, based on what officials have let slip about the Barnier plan, this budget won't be it. The spending cuts are likely to come from some form of across-the-board cut-backs in a raft of government departments, plus gimmicks such as delaying by six months a planned indexation of old-age benefits for inflation. The tax increases will center on large corporations and bogeymen such as air travel.

This risks repeating an all-too-common European mistake. Across-the-board spending cuts with no serious debate about how (and on what) the government should spend money have bred popular backlashes everywhere the strategy has been tried since the crises of 2010. Ask the Greeks or Britain's Tories.

The winning formula is to persuade voters that downsizing government to free the economy will boost prosperity, as current Greek Prime Minister Kyriakos Mitsotakis has done to good economic and popular effect after Athens exhausted all other alternatives. (...)

[Someone Tries to Govern France - WSJ](#)

---

## **Le discours de politique générale inquiétant de Michel Barnier**

Les discours de politique générale des Premiers ministres, dans lesquels ils exposent les grandes orientations de leur gouvernement et leur programme, sont le plus souvent dotés d'un intérêt réduit pour la simple et bonne raison que c'est le chef de l'Etat qui, selon la pratique institutionnelle, détient à peu près tous les pouvoirs. Il en est autrement lorsque le Président de la République ne peut pas compter sur une majorité absolue ou même sur une majorité relative stable à l'Assemblée nationale. (IREF, 4 octobre, libre accès)

*Extraits :*

(...) Lors de la campagne des élections législatives, le Nouveau Front Populaire, entraîné par LFI, a programmé une véritable purge fiscale au sein de ce qui est déjà le premier enfer en termes d'impôts au monde. La gauche de la gauche en rêvait, Michel Barnier va donc le faire : hausser la fiscalité. Certes, de manière bien moindre, certes de manière prétendument exceptionnelle, mais il l'a annoncé.

(...) A l'encontre de la gauche et de la gauche de la gauche qui crient à l'austérité, Michel Barnier a partagé le gâteau en deux mais de manière inégale : deux tiers de l'effort de redressement par « la réduction des dépenses », mais « en 2025 » a-t-il précisé de manière énigmatique (et après ?) ; un tiers par « une participation au redressement collectif » qui pèsera sur les « grandes entreprises qui réalisent des profits importants » (mesure depuis validée par le Président de la République dans un entretien télévisé à l'étranger) et sur les « Français les plus fortunés » et ce, au nom de la « justice fiscale ».

Nous avons déjà dit dans une pendule ce que nous pensions de cette notion de « justice fiscale », qui n'est autre que l'application néfaste de la notion de « justice sociale » au domaine des impôts. Sur ce point, Michel Barnier verse dans la démagogie. Comme de coutume, les « riches » et les « gros » (particuliers comme entreprises) sont voués aux gémonies, et comme, par définition, ils sont peu nombreux, ils ne coûtent pas cher électoralement. Bien au contraire. Les opposants à ces mesures ont déjà excipé des effets pervers qui allaient s'en suivre (exil fiscal notamment), mais ils oublient le principal : les revenus et les patrimoines des individus leur appartiennent, ils n'appartiennent pas à l'État et, si une contribution pour le fonctionnement de ce dernier est fixée, elle doit être proportionnée aux services rendus. Telle était la conception classique de l'impôt, aujourd'hui bien oubliée.

Quoi qu'il en soit, au motif de réduire de manière si peu ambitieuse le déficit public à 5 % du PIB l'année prochaine, soit un point de moins environ que le déficit finalement prévu cette année (ce « déficit trouvé en arrivant », a-t-il répondu à Gabriel Attal...), Michel Barnier ouvre la boîte de Pandore de l'augmentation des impôts. Et si un gaulliste social accepte aujourd'hui de faire croître la fiscalité, qu'en sera-t-il demain de ses successeurs peut-être plus sociaux encore que gaullistes ? S'il accepte de hausser la fiscalité à titre exceptionnel, qu'en sera-t-il de ses successeurs portés à l'augmenter de manière naturelle et ordinaire ? [Le discours de politique générale inquiétant de Michel Barnier - IREF Europe FR](#)

---

## **On the Waterfront, the Sequel**

The dockworkers strike is an education in monopoly union power. (WSJ, 4 octobre, article payant)

*Extraits :*

The dockworkers shutting down East and Gulf Coast ports called off their strike late Thursday after port operators proposed a 62% wage increase over six years. Americans will be spared the economic pain from a longer strike, but it's worth examining this episode for its reminder of forgotten lessons about union monopolies and labor-boss politics.

It wasn't clear as we wrote this what happened behind the scenes, but it looks as if the business consortium negotiating with the union gave way under political pressure. The union wanted a 77% raise to \$69 an hour, while the consortium had offered 50%. (...)

One myth exposed by the strike is that unions need more economic and political power because they help the working man. The union behind this strike, the International Longshoremen's Association (ILA), helps some workers at the expense of countless others.

Start with the astounding fact that there were 50,000 or so ILA strikers but only 25,000 or so port jobs. That's right, only about half of the union's members are obliged to show up to work each day. The rest sit at home collecting "container royalties" negotiated in previous ILA contracts intended to protect against job losses that result from innovation.

And what a deal for those favored few who do show up to work. The 2019-2020 [report](#) of the Waterfront Commission of New York Harbor laid out the reality: "The absolute control of the International Longshoremen's Association, AFL-CIO (ILA) over hiring in the Port for over 60 years has not only led to a lack of diversity and inclusion in waterfront employment, but also to the perpetuation of criminality and corruption."

Residents near the ports can't get hired because of this union control. "Meanwhile, those who are connected to union leadership or organized crime figures are rewarded with high paying, low-show or no-work special compensation packages," the report said.

More than "590 individuals continue to receive over \$147 million in outsized salaries not required by the industry's collective bargaining agreement and for hours they do not even have to be at the Port," the report continued. "Such positions were overwhelmingly given to white males connected to organized crime figures or union leadership." (...)

This is what happens when unions are granted monopoly negotiating power that lets them extort outsized rents. The ILA is the sole union bargainer for East and Gulf Coast ports, and there is little non-union port competition. The union has a chokehold on commerce that gives it extortionary leverage. (...)

It's fashionable in Washington these days to think that handing Big Labor more power will help workers and reduce inequality. It won't. It will enrich labor bosses and assist the politicians they support, while damaging the economy and limiting the broader wage gains needed for shared prosperity.

[On the Waterfront, the Sequel - WSJ](#)

---

**L'Allemagne veut un accord rapide de libre-échange entre l'UE et le Mercosur** (IREF, 4 octobre, libre accès)

*Extraits :*

Le chancelier allemand Olaf Scholz a appelé à conclure rapidement un accord commercial entre l'Union européenne (UE) et le Mercosur sur le libre-échange, dont les négociations patinent en raison de l'opposition de certains pays européens. (...)

L'Union et le Mercosur (Brésil, Argentine, Uruguay, Paraguay et Bolivie) négocient depuis plus de vingt ans un accord visant à créer une zone de libre-échange, en supprimant la majorité des droits de douane entre les deux zones au sein d'un espace de plus de 700 millions de consommateurs. Un accord politique avait été conclu en 2019, mais l'opposition de la France notamment a bloqué l'adoption définitive, opposition qui s'est renforcée avec la crise agricole qui sévit en Europe. Paris réclame en particulier des « clauses miroirs » entre les deux régions pour protéger l'agriculture française notamment.

C'est pour nous l'occasion de rappeler que le protectionnisme est toujours nuisible à long terme à ceux qui le pratiquent.

[L'Allemagne veut un accord rapide de libre-échange entre l'UE et le Mercosur - IREF Europe FR](#)

---

## **Pourquoi les hausses d'impôts pourraient nuire à la reprise de l'industrie**

EXCLUSIF - Le secteur a bénéficié de 5,7 milliards de baisses d'impôts depuis 2017, selon une étude Rexecode. (Le Figaro, 3 octobre, article payant)

*Extraits :*

Alors que les pistes de hausse de la fiscalité pour les entreprises se précisent pour le budget 2025, de nombreux membres de l'ancienne majorité accusent [le gouvernement](#) de vouloir revenir sur la « politique de l'offre » mise en place par le camp Macron depuis 2017. Une étude de Rexecode détaille les effets de cette politique sur [le secteur stratégique qu'est l'industrie](#), ainsi que les conséquences qu'un changement de paradigme pourrait avoir sur la réindustrialisation naissante. (...)

Les gouvernements qui se sont succédé sous la présidence d'Emmanuel Macron étaient en phase avec cette ambition. (...)

*« L'objectif des gouvernants était, d'une part, de ramener la part des prélèvements dans l'industrie plus près de la moyenne européenne, explique Olivier Redoulès, directeur des études chez Rexecode. (...)*

Grâce aux mesures de baisse d'impôts, cet objectif a été atteint. (...) Au total, *« le poids et la structure des prélèvements sur l'industrie sont devenus plus favorables à sa compétitivité entre 2017 et 2024 »*, soulignent les auteurs.

Malgré ces progrès, la France reste mal positionnée en comparaison européenne pour les prélèvements pesant sur l'industrie, note l'étude. Par exemple, les prélèvements représentent 7 points de valeur ajoutée de plus en France qu'en Allemagne pour le secteur industriel, soit un écart de plus de 20 milliards d'euros. (...)

Malgré ces bémols, les mesures mises en œuvre ont eu des effets bénéfiques. *« L'industrie française enregistre une inflexion positive en termes d'emplois, d'ouvertures de sites de production, et sa place dans l'industrie européenne a progressé »*, affirme l'étude. (...)

La timidité de cette reprise la rend toutefois sensible au moindre soubresaut. *« Il serait contre-productif de faire porter sur l'industrie le poids de la nécessaire consolidation des finances publiques »*, préviennent les auteurs de l'étude. Pourtant, bien que les industriels ne soient pas particulièrement ciblés, certains risquent d'être affectés par les augmentations d'impôts que le gouvernement [s'apprête à inscrire dans le budget 2025, qui sera](#)

[présenté la semaine prochaine](#). Le premier ministre, Michel Barnier, prévoit notamment de demander une « *contribution exceptionnelle* » aux grandes entreprises. « *Je ne peux que le regretter, se désole Alexandre Saubot. Augmenter les impôts, on a vu pendant des années les effets que cela avait sur notre secteur...* » (...)

[Pourquoi les hausses d'impôts pourraient nuire à la reprise de l'industrie \(lefigaro.fr\)](#)

---

## **Aldi und Flixbus expandieren, der deutsche Geiz tritt seinen Siegeszug an. Davon profitiert die ganze Welt**

Die «Geiz ist geil»-Mentalität der Deutschen ist besser als ihr Ruf. Im Kern geht es nicht um Knausrigkeit, sondern um Effizienz. (NZZ, 2 octobre, article payant)

*Extraits :*

Es ist Deutschlands erfolgreichster Werbeslogan: «Geiz ist geil!» Keine Worte brachten die Nation der Schnäppchenjäger besser auf den Punkt, keine Werbung sorgte für mehr Aufregung in diesem Land der Preisbewussten, in aller Erkenntnis, ertappt worden zu sein. Der Slogan brachte vor allem Häme. Geiz, das ist etwas Negatives. Etwas, was den Charakter verdirbt. (...)

Doch auch das gehört zur Wahrheit: Der Slogan wurde völlig missverstanden, und mit ihm die Sparmentalität der Deutschen. Es geht nicht um Geiz, sondern um Effizienz. Warum mehr bezahlen, wenn man das Gleiche auch für weniger bekommen kann? Nämlich dann, wenn man leicht vermeidbare Kosten beseitigt.

Niemand zeigt diese deutsche Lust an der Effizienz eindrücklicher als Aldi. Der Discounter hat die deutsche Seele in Regale verfrachtet und einen maximal effizienten Supermarkt geschaffen: Das Produktsortiment ist beschränkt, die Waren werden aus dem Karton verkauft, die Zeit an der Kasse wird auf das Nötigste reduziert. Das bedeutet wenig Lager-, Raum- und Personalkosten. Zudem verzichtet Aldi auf teures Marketing und setzt auf Eigenmarken. Minimaler Aufwand, maximaler Ertrag.

Und weil das so effizient ist und auch ein wenig schäbig aussieht, können die Preise niedriger sein als in gewöhnlichen Supermärkten. An der Qualität der Waren muss Aldi dafür gar nicht sparen. Hinzu kommen Skaleneffekte. Aldi gehört mit einem geschätzten Umsatz von mehr als 120 Milliarden Dollar im Jahr 2021 zu den [grössten Detailhändlern der Welt](#). Wenn der Discounter bei einem Lieferanten bestellt, kann er in grossen Mengen kaufen, das bedeutet enorme Rabatte.

Aldi gibt es heute in achtzehn Ländern weltweit, und mit seinem Konzept «aldisiert» er die Welt. Denn wo Aldi-Märkte eine kritische Masse erreichen, fallen die Preise. Die Konkurrenz muss sich anpassen, das tut sie in der Regel mit eigenen Discount-Produkten, wie Migros Budget oder Prix Garantie von Coop in der Schweiz. (...)

[Aldi und Flixbus expandieren: Der Erfolg der deutschen Effizienz \(nzz.ch\)](#)

---

## **Impôts, taxes : cette multitude de prélèvements que paient déjà les particuliers et les entreprises en France**

DÉCRYPTAGE - À la veille du discours de politique générale de Michel Barnier, les projets fiscaux du premier ministre sont attendus de pied ferme, dans un pays déjà martelé par l'impôt. (Le Figaro, 1 octobre, article payant)

*Extraits :*

(...) Impôt sur le revenu : C'est la part du lion des prélèvements pesant sur les ménages : [l'impôt sur le revenu](#) a rapporté, en 2023, quelque 94,9 milliards d'euros, selon les chiffres de la Direction générale des Finances publiques (DGFIP). Soit 17,5% du total des recettes de l'État.

Pour rappel, cet impôt est progressif, divisé en cinq tranches, selon les revenus du foyer fiscal. Une majorité de Français ne le paie pas : la déclaration sur les revenus perçus en 2022 a par exemple *«concerné 40,7 millions de foyers fiscaux, dont seuls 18,2 millions ont acquitté un impôt»*, selon Bercy. De nombreux ménages peuvent par ailleurs bénéficier de crédits d'impôts - 29,5% d'entre eux en 2023 - qui ont fait baisser, en moyenne, les prélèvements de *«1388 euros»*. (...)

Pris tous ensemble, les impôts sur le capital - qui concernent *«principalement»* la propriété immobilière - sont loin d'être anecdotiques : ils pèsent ainsi *«16% des recettes fiscales, en hausse de 3% en 2022»*, selon la DGFIP. (...)

On pourra aussi penser aux taxes sur les produits du tabac, qui pèsent plus de 14,2 milliards d'euros, selon les douanes. Les taxes sur l'alcool et les boissons ou celles sur les jeux d'argent - 5,2 milliards de recettes - font aussi partie de cette catégorie. (...)

TVA : C'est le premier poste des recettes de l'État, tous prélèvements confondus. Impôt indirect collecté par les entreprises, [la taxe sur la valeur ajoutée \(TVA\)](#) est un prélèvement sur la consommation qui *«vient s'ajouter au prix de tous les produits qui y sont assujettis, c'est-à-dire la quasi-totalité. Seuls quelques-uns en sont exonérés, comme par exemple la vente de timbres fiscaux ou postaux»*, précisent les pouvoirs publics. Elle a plusieurs taux, entre un standard, à 20%, et des réduits : 10%, 5,5% voire 2,1% dans certains cas particuliers. La TVA peut être payée par les entreprises, lorsqu'elles paient un bien ou un service. Dans ce cas, elles peuvent faire appel à *«un système de déductions de la TVA»*.

D'un point de vue budgétaire, la TVA pèse très lourd dans le budget de l'État, puisqu'elle représente près de 38,5% des recettes, à 208,4 milliards d'euros, selon la DGFIP. (...)

Autre importante source de revenus pour l'État, [les taxes foncières](#) ont rapporté, en 2023, 50,8 milliards d'euros, selon l'administration fiscale. Cette année-là, *«33 millions de personnes physiques ou morales propriétaires étaient imposables à la taxe foncière sur les propriétés bâties»*. Sur l'ensemble, la majeure partie de la taxe est payée par les habitations, comme les maisons ou appartements (38 milliards d'euros). Les locaux commerciaux, comme les magasins ou dépôts, n'ont payé que 10,4 milliards d'euros, à titre de comparaison. (...)

### Impôt sur les sociétés

L'impôt sur les sociétés (IS) constitue l'un des principaux impôts payés par les entreprises. Il est parfois également appelé «impôt sur les bénéfices» car il est prélevé sur les bénéfices annuels des sociétés. Il se caractérise par l'application d'un taux forfaitaire. Le taux normal est aujourd'hui fixé à 25%, après [avoir été progressivement réduit par Emmanuel Macron](#) depuis son accession à l'Élysée en 2017. À l'époque, il s'établissait à 33,33%. Une hausse ciblée de l'IS ferait aujourd'hui partie des pistes explorées par le gouvernement pour réduire le déficit.

Au total, environ 3,3 millions d'entreprises étaient imposables à l'IS en 2023, selon les calculs du site spécialisé dans les finances publiques Fipeco. En prenant l'IS et la contribution sociale (payée par les plus grosses entreprises), leurs recettes s'élevaient à 58,5 milliards d'euros en 2023, d'après les chiffres de la Direction générale des Finances publiques (DGFIP). Soit 11% des recettes fiscales totales collectées par le fisc. (...)

[Impôts, taxes : cette multitude de prélèvements que paient déjà les particuliers et les entreprises en France \(lefigaro.fr\)](#)

---

## A world without trade-offs : Harris's and Trump's economic plans both promise utopia

High spending, low taxes—and don't worry about the deficit (The Economist, 1 octobre, article payant)

Extraits :

GO TO ANY American high school holding an election for class president and inevitably one candidate will craft an agenda of alluring promises—free pizza at lunch, limitless recess after—well beyond their capacity to

actually turn them into reality. The same impulse animates the latest economic-policy speeches delivered by Kamala Harris and Donald Trump in battleground states. Their competing visions offer utopia without trade-offs—economics without the economising—in which spending is higher, taxes are lower, deficits are unimportant, inflation is licked, jobs are protected and growth is high. (...)

Nonetheless, Mr Trump and Ms Harris do offer distinct visions for the economy. Although both present themselves as champions of manufacturing, their strategies differ. Whereas Mr Trump wants to slap tariffs on all imports, Ms Harris hopes to finetune subsidies for green technologies. Whereas Mr Trump believes that sweeping tax cuts will rev up the economy, Ms Harris wants higher taxes on the rich and more handouts for the poor to reduce inequality. And whereas Mr Trump dreams of slashing regulations, Ms Harris thinks the state should steer growth in the desired direction. *Yet there is one thread that runs through both of their plans: they see no need to weigh the costs of their proposals when the benefits are, to their minds, so vast and obvious.*

[Harris's and Trump's economic plans both promise utopia \(economist.com\)](#)

---

### **Robert Habeck verabreicht Deutschland das süsse Gift der Subventionen. Damit attackiert er die Grundpfeiler der freiheitlichen Wirtschaftsordnung**

Der deutsche Wirtschaftsminister bringt einzelne Unternehmen und ganze Branchen in seinen Einflussbereich. Doch am Ende seines Plans steht nicht der klimaneutrale Wohlfahrtsstaat, sondern der Kollaps. (NZZ, 1 octobre, article payant)

*Extraits :*

(...) Die Probleme von VW lassen sich jedoch nicht allein den Ingenieuren oder dem Management in die Schuhe schieben. Sie spiegeln vielmehr eine fatale Wirtschaftspolitik wider, die tief in der Denkweise der deutschen Regierung verwurzelt ist. Sie basiert auf einem fragwürdigen politischen Selbstverständnis beziehungsweise einem ökonomischen Unverständnis – für das Wirtschaftsminister Habeck exemplarisch steht.

Denn der Grünen-Politiker versteht sich primär nicht «nur» als Minister – als Leiter einer Verwaltung also, die den bestmöglichen Rahmen für Unternehmen und Betriebe schafft. Nein, sein Anspruch ist es, die Wirtschaft zu lenken, zu steuern und zu führen.

[Zwar erlebt interventionistische Wirtschaftspolitik weltweit gerade eine Renaissance.](#) Selbst die Vereinigten Staaten, einst eine Bastion des freien Marktes, greifen nunmehr zu milliardenschweren Subventionen. Doch kaum jemand betreibt diesen neuen Interventionismus mit solchem Eifer wie Deutschlands Wirtschaftsminister. Wo andere Pragmatismus walten lassen, sieht Habeck offenbar seine Mission: den Staat zum Dirigenten der Wirtschaft zu machen.

Er werde «aktiv dafür sorgen», dass die Schlüsselindustrien im Land blieben, sagte Habeck nach Amtsantritt. [Kurz darauf schob er ein langes Strategiepapier nach.](#) En détail diktierte er darin, dass in Deutschland auch weiterhin Glas geblasen, Zement gemischt und Papier geschöpft werden müsse. (...)

Koste es, was es wolle: Das gesamte Subventionsbudget der Bundesregierung, also direkte Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, liegt im laufenden Jahr bei 67 Milliarden Euro. Es ist damit mehr als doppelt so hoch wie im Schnitt der zehn Jahre vor Beginn der Corona-Pandemie. Glaubt man Habeck, ist das gut angelegtes Geld, schliesslich gilt es die «industrielle Transformation» zu stemmen, wie er bei jeder Gelegenheit die Welt wissen lässt.

Transformiert wird dabei vor allem in eine Richtung: hin zur Klimaneutralität. (...)

Was aber kommt heraus, wenn der Staat Milliarden verteilt, die an Vorgaben dazu geknüpft sind, was, wie und zu welchem Preis produziert werden soll? In der Regel kein innovatives Produkt, das von Konsumenten nachgefragt wird – und damit auch keine reale Wertschöpfung.

Das kann man dieser Tage bei Volkswagen mitverfolgen. Aus Furcht, bei der nächsten Förderrunde leer auszugehen, hat sich der Konzern lieber dem Druck aus dem auch politisch besetzten Aufsichtsrat gebeugt als sich den Erwartungen der Kunden und dem Wettbewerb der Konkurrenz zu stellen. (...)

Die hochmütige Vorstellung, dass politische Führungskräfte die optimale Ausrichtung einer Volkswirtschaft bestimmen können, ist dabei alles andere als ein neues Phänomen. Schon der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek warnte vor dieser «Anmassung des Wissens» und mahnte zu Demut.

*Hayek erkannte: Der Markt ist vor allem ein Informationssystem. Preise sind Signale, die uns Menschen helfen, uns an Ereignisse und Veränderungen anzupassen, von denen wir nichts wissen. Und auch nichts wissen können, denn kein menschliches Individuum und auch keine künstliche Intelligenz verfügt über das gesamte Wissen, das dafür notwendig wäre.*

Habecks Milliardensubventionen stehen somit nicht nur betriebswirtschaftlich auf wackeligen Beinen. Sie sind auch ein Angriff auf die Grundpfeiler der freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Denn mit jedem Euro, den er verteilt, verfälscht er die Marktsignale und erodiert damit das System, das seinem Land Wohlstand und Freiheit gebracht hat. (...) [Subventionen und Markteingriffe: Habecks Kurs bedroht die deutsche Wirtschaft \(nzz.ch\)](#)

---

## **Die Manager verzweifeln an Deutschland**

Die Stimmung in der Wirtschaft ist schlecht. Eine neue Umfrage der Unternehmensberatung McKinsey zeichnet ein verheerendes Bild. (FAZ, 30 septembre, article payant)

*Extraits :*

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist schlecht, das ist bekannt. Aber dass sie so schlecht ist, das erschreckt dann doch: 130 Vorstände von in Deutschland tätigen Unternehmen hat die Unternehmensberatung [McKinsey](#) diesen Sommer befragt, nur zwei Prozent von ihnen glauben, dass die Erneuerung der deutschen Wirtschaft auf einem guten Weg ist und in den nächsten zwei Jahren Ergebnisse bringen wird. (...)

„Bisher geschieht den befragten Vorständen viel zu wenig, um Deutschland zu mehr Wachstum zu verhelfen“, sagt Jan Mischke, McKinsey-Partner und einer der Autoren der Studie. Die Unternehmensberatung umreißt in dem 50 Seiten starken Papier, wie eine „Wachstumswende“ für Deutschland aussehen könnte. Sie empfiehlt dafür eine Strategie des „shift and lift“ (verschieben und anheben): Einerseits müsse sich die deutsche Wirtschaft stärker auf vielversprechende Zukunftsfelder konzentrieren („shift“). Genannt werden Medizintechnik, Feststoff-Batterietechnik und innovative Materialien wie etwa Hochleistungslegierungen. Andererseits müsse durch Digitalisierung, Automatisierung und Künstliche Intelligenz die Produktivität gesteigert werden („lift“).

*Notwendig sei auch „ein massiver Investitionsschub“, schreiben die Autoren. Die jährlichen Investitionen in Deutschland müssten um rund ein Drittel auf 1,3 Billionen Euro gesteigert werden, 70 Prozent davon aus der Privatwirtschaft. Vor allem für die Energiewende, Forschung und Entwicklung, Künstliche Intelligenz und Automatisierung sollte mehr Kapital mobilisiert werden, rät McKinsey.*

Die gute Nachricht: Mit dem Wachstumswende-Plan könne Deutschland bis 2035 seine Wirtschaftsleistung um fast die Hälfte steigern, schätzt McKinsey. Rechnerisch würde damit jeder deutsche Haushalt sein Jahreseinkommen im Schnitt um 31.000 Euro steigern, kalkulieren die Autoren.

[Laut Umfrage von McKinsey: Die Manager verzweifeln an Deutschland \(faz.net\)](#)

---

## **La vérité sur nos impôts**

L'ÉDITO DE PIERRE-ANTOINE DELHOMMAIS. Contrairement aux idées reçues et au ressenti, la France n'est pas le pays de l'injustice fiscale. (Le Point, 28 septembre, article payant)

*Extraits :*

(...) En matière d'impôts, les faits ont plus de difficultés encore qu'ailleurs à se frayer un chemin au milieu des passions, des croyances, du ressenti et du ressentiment. Ils tordent en particulier le cou à l'opinion très répandue selon laquelle les « gros » sont épargnés par le fisc et que ce sont toujours les « petits » qui paient.

D'après les chiffres de la Direction générale des finances publiques, sur les 40,7 millions de foyers fiscaux français, seuls 18,2 millions, soit 44,7 %, ont payé un impôt sur le revenu en 2023. Les 10 % de ménages les plus aisés ont acquitté à eux seuls 76 % des 94 milliards d'euros collectés, avec un montant moyen de 15 310 euros. Grimant à 68 247 euros pour les 1 % les plus riches.

Les 10 % de Français les plus fortunés paient également environ le tiers des 120 milliards d'euros de CSG et versent en moyenne, parce qu'ils consomment sans modération, un montant global annuel de TVA près de quatre fois plus élevé que les 10 % de Français les plus modestes. Enfin, les cotisations sociales représentent 49 % du revenu disponible des 10 % de Français les plus riches, contre 13 % de celui des 10 % de Français les plus pauvres.

Tout cela se traduit par une importante redistribution monétaire qui permet de réduire fortement les inégalités. (...)

Destinées non pas à être redistribuées mais à réduire les déficits, les hausses d'impôts envisagées aujourd'hui pour les contribuables les plus riches et les entreprises les plus profitables ne cherchent pas à lutter contre les inégalités. Elles ne présentent aucune dimension sociale mais se veulent avant tout « morales ». Le souci est qu'une mesure fiscale ne devrait pas se décider en fonction de son degré d'éthique mais de son efficacité économique. Or taxer davantage les riches risque d'avoir pour principal effet de faire fuir massivement des capitaux hors de France, de priver l'État d'importantes recettes d'impôts et de dégrader, in fine, un peu plus encore les finances publiques. L'exact contraire de l'objectif visé.

La seule raison pour laquelle Français peuvent légitimement crier à l'injustice fiscale, c'est qu'ils paient beaucoup plus d'impôts que leurs voisins sans avoir en contrepartie des services publics de meilleure qualité, bien au contraire. Avec 46,1 % du PIB en 2022, contre 34 % en moyenne dans les pays de l'OCDE, la France présente le poids de prélèvements obligatoires le plus élevé du monde.

La seule raison pour laquelle Français peuvent légitimement crier à l'injustice fiscale, c'est qu'ils paient beaucoup plus d'impôts que leurs voisins sans avoir en contrepartie des services publics de meilleure qualité, bien au contraire. Avec 46,1 % du PIB en 2022, contre 34 % en moyenne dans les pays de l'OCDE, la France présente le poids de prélèvements obligatoires le plus élevé du monde. Semblant ainsi donner raison au philosophe allemand Peter Sloterdijk pour qui les démocraties modernes ont une fâcheuse tendance à renouer avec « *une fiscalité absolutiste, paraféodale, dans la mesure où l'État prend, et prend encore, unilatéralement et sans argumenter* ». Pour qui aussi la lutte des classes fiscale se fait au détriment des citoyens les plus productifs, avec des gouvernements qui pensent « *avoir un droit à puiser immédiatement une part notable de leurs gains chez tous ceux qui ont gagné de l'argent* ». Un réconfort philosophique bienvenu pour tous les Français aisés dont le gouvernement souhaite visiblement solliciter, il est vrai sous la contrainte, la générosité.

[Impôts : ceux qui râlent et ceux qui paient \(lepoint.fr\)](https://www.lepoint.fr/impots/ceux-qui-ralent-et-ceux-qui-paient-2023-09-27_1871111.html)

---

## **Harris's Economic Plan Is Bidenomics II**

The Vice President lays out 82 pages of more spending, more taxes, more regulation, more government. (WSJ, opinion, 27 septembre, article payant)

*Extraits :*

Swing voters say they don't know enough about [Kamala Harris](https://www.washingtonpost.com/news/energy-environment/wp/2023/09/27/kamala-harris-economic-plan/)'s economic plans. Voila, her campaign on Wednesday released an 82-page "New Way Forward" document. Did her campaign ask ChatGPT to describe her progressive policies in moderate rhetoric using the verbiage of free-market economists?

“I’m a capitalist,” she declared on Wednesday as she promised to “seek practical solutions to problems.” Yet any inspection of the details shows she’s offering the same policies as Mr. Biden, only more so. (...)

All of this and more adds up to a disguised bid to exceed even Mr. Biden’s historic expansion of government. The feds now control some 24% of GDP, and this would grow the share. If you loved Bidenomics, she’s your candidate.

[Harris’s Economic Plan Is Bidenomics II - WSJ](#)

---

## **Thomas Piketty, le pape de la gauche radicale de plus en plus contesté**

ENQUÊTE - Le débat fiscal en Occident, et particulièrement en France, est façonné par la thèse de Thomas Piketty d’une explosion des inégalités. De nombreux chercheurs la remettent pourtant aujourd’hui en cause. (Le Figaro, 27 septembre, article payant)

*Extraits :*

(...) Dans son best-seller de 2013 *Le Capital au XXI<sup>e</sup> siècle*, essai vendu à plus de 2,5 millions d’exemplaires, l’économiste élargit ses travaux à l’ensemble des pays développés. Il soutient que les inégalités ont retrouvé le niveau connu à la fin du XIX<sup>e</sup> siècle et prône de nettes augmentations d’impôts sur les plus aisés afin de lutter contre ce capitalisme d’héritiers.

Dans les facs du monde entier, Piketty est accueilli en messie. Longtemps incontestée, sa thèse a profondément imprégné le débat public, nourrissant les arguments de mouvements contestataires, tel [Occupy Wall Street](#) dès 2011, mais aussi les agendas politiques de la gauche aux États-Unis comme en Europe. En France, les travaux des trois enfants du pays, qui portent pourtant sur les États-Unis, imprègnent tous les débats sur la fiscalité. Lors des élections européennes, ils ont motivé le choix du [Nouveau Front populaire](#) (NFP) de porter l’imposition sur le revenu jusqu’à 90 % pour les plus riches. Dans la même veine, pendant la campagne, l’économiste Julia Cagé a déclaré que « *les 500 plus grandes fortunes sont passées de 10 % à 50 % du PIB, donc si on avait les mêmes taux de prélèvements et la même fourchette qu’en 2017, on aurait des recettes plus élevées* ». (...)

L’estimation provient des travaux du magazine *Challenges*, qui calcule chaque année le patrimoine des grandes fortunes du pays. *L’idée de comparer ce stock avec un flux annuel de création de richesse n’a aucun sens d’un point de vue économique. Mais peu importe, l’argument porte fort.* Il a été encore répété par le président de la commission des finances Éric Coquerel lors des premiers débats de la session parlementaire. Les prochaines discussions budgétaires, qui semblent devoir acter un retour de l’ISF, devraient encore donner toute sa place à la thèse de l’explosion des inégalités. *De nombreux travaux, menés essentiellement aux États-Unis, viennent pourtant aujourd’hui la remettre en cause.* Ces articles démontrent qu’un léger changement dans les hypothèses de départ quant au taux de rendement des actifs ou à la valorisation des transferts sociaux, modifie radicalement le résultat obtenu. Pour le commun des mortels, ces disputes économétriques paraissent bien ésotériques. Elles revêtent pourtant, dans les débats actuels, une dimension politique cruciale.

« *J’étais moi-même persuadé de la véracité de cette thèse d’une explosion des inégalités de richesse jusqu’à ce que je me penche sur le sujet et que je comprenne que les travaux d’Emmanuel Saez et Gabriel Zucman ne prennent pas en compte les droits accumulés à la retraite. Une fois qu’on les intègre, il apparaît que la part de richesse détenue par les 1 % les plus aisés a très peu varié entre 1989 et 2019.* », avance ainsi Sylvain Catherine, professeur de finance à Wharton, à l’Université de Pennsylvanie, Philadelphie, dont l’article sur le sujet sera bientôt publié dans *The Journal of Finance*, l’une des publications américaines les plus respectées. Aux États-Unis, la retraite est en effet mix : mi-capitalisation, mi-répartition, avec un taux de cotisation de 10 % pour le pilier répartition. Pour un américain moyen en fin de carrière, la valeur des droits ainsi accumulés avoisine les 400 000 dollars. Ces droits n’apparaissent pas dans les statistiques sur les inégalités. S’ils l’étaient, ou si ces cotisations avaient été placées dans des fonds, les inégalités baisseraient mécaniquement d’autant ; ces 400 000 dollars seraient en effet comptabilisés dans le patrimoine des intéressés. (...)

On peine à réconcilier cette vision optimiste avec les votes toujours plus contestataires aux États-Unis comme en Europe de nombreux électeurs. Que croire alors ? Une étude, parue il y a quelques jours du bureau du budget du Congrès (CBO) américain, permet d'éclairer la question. Ces chercheurs indépendants démontrent que depuis quarante ans, aux États-Unis, les inégalités de revenus, après impôts et redistribution, ont globalement peu augmenté. Tout le monde n'a en revanche pas connu le même sort. Alors que les revenus des plus pauvres et des plus riches progressaient nettement, ceux des [classes moyennes](#) ont crû à un rythme beaucoup plus modeste.

*\*Jae Song, David J. Price, Fatith Guvenen, Nicholas Bloom, Till von Wachter, Firming up Inequality, The Quarterly Journal of Economics, 2019*

*\*\*Fatith Guvenen, Greg Kaplan, Jae Song, Justin Weidner, Lifetime earnings in the United States over six decades, American Economic Journal, 2022*

[Thomas Piketty, le pape de la gauche radicale de plus en plus contesté \(lefigaro.fr\)](#)

---

### **Looking up in frustration : A new class struggle is brewing in China**

As the economy falters, resentment between social groups is growing (The Economist, 27 septembre, article payant)

*Extraits :*

THE TERM “three generations in tobacco” has become a common shorthand in China. On social media it means a privileged elite whose members hand out coveted jobs (such as managerial roles in the state’s tobacco monopoly) to their own types. Earlier this year a microblogger with more than 850,000 followers invoked the meme. “The result of this hereditary system is a closed circle of power that completely cuts off opportunities for people at the bottom to rise up!” he wrote. Hundreds expressed agreement. “The ruling class is solidifying,” one replied. Another fumed: “The children of the elite get ahead, and the children of the poor remain poor.”

In the 1990s, as people became free to move from the countryside into cities and to choose what work to do, social mobility soared. With hard work and native wit, the transformation from farmer to factory owner could be completed in a matter of years. But as the meme suggests, optimism is beginning to fade. The economy is faltering. Opportunities for good jobs are drying up. Many Chinese now talk of *shehui guhua*, or social stagnation. Among the less well-off, resentment is growing of what is seen as a [self-replicating elite](#). Class enmity is on the rise.

Research led by two American scholars, Scott Rozelle and Martin Whyte, found that people in China once accepted glaring inequality, remaining optimistic that with hard work and ability they could still succeed. But the academics found they are now more likely to say that connections and growing up rich are the keys to success. This irks the Communist Party, which claims to have established a “people’s democratic dictatorship led by the working class and based on an alliance of workers and peasants”, as the Chinese constitution puts it. In recent years China’s leader, Xi Jinping, has called for greater efforts to promote social mobility while stressing the need to attain “common prosperity”. (...)

[A new class struggle is brewing in China \(economist.com\)](#)

---

### **Rocket management : The SpaceX guide to exceptional engineering**

And how to succeed in spite of a difficult boss (The Economist, 27 septembre, article payant)

*Extraits :*

*Reentry.* By Eric Berger. BenBella Books; 400 pages; \$31.95 and £26.99

The degree to which the Falcon 9, a rocket developed by [SpaceX](#), dominates its competitors is not just unprecedented in space travel. It is unprecedented in more or less every field of human endeavour. In 2023 Falcon 9s launched over a thousand tonnes of payload into orbit, some 80% of the worldwide total. Whereas previous launchers rarely managed much more than ten blast-offs a year, Falcon 9s now leave their launchpads in California and Florida roughly ten times a month. The first stages of Falcon 9s have been successfully reused after returning from space and landing themselves more than 300 times. No other orbital launcher has managed such a thing even once.

“Reentry” by Eric Berger, the senior space editor at *Ars Technica*, a news website, describes how this was achieved. The ingredients which produced the Falcon 9 were excellent engineers, a new form of government support for spaceflight, a hard-driving culture and an extraordinarily demanding boss (some of whose consistent demands were crucial). (...)

Mr Berger’s book is full of stories of impressive achievements being met in such ways. It also shows clearly why people put up with such things. Mr Musk’s employees knew that he really cared about making better rockets, that he was taking big financial risks, that he was fully engaged. They knew that he would always ask them to do things for less money and in less time. But they came to value his immutable insistence on the overall goal of making a rocket that was largely reusable and flew every few days, even though it meant demanding things which seemed impossible.

Mr Musk and SpaceX’s engineers were aligned in their desire to make spacecraft that would change the course of history. Without that alignment, it is hard to imagine his impulsive, hectoring management yielding such results. (...)

In a [recent biography of Mr Musk](#), Walter Isaacson stated that Mr “Musk had redesigned the Falcon 9” over a few months in 2015. Anyone who raised a sceptical eyebrow will enjoy the way Mr Berger’s book unpacks and redistributes the agency which that sentence locates so narrowly. Anyone who accepted Mr Isaacson at face value should read this book to disabuse themselves. They will get a riveting tale of how remarkable engineering actually gets done. ■

[The SpaceX guide to exceptional engineering \(economist.com\)](#)

---

### **Des ministres de droite, oui ... mais des libéraux pour redresser l'économie pas un seul !**

Le gouvernement se met en route, mais on ne voit aucun ministre se faire l'avocat d'un libéralisme économique. (Atlantico, 26 septembre, quelques articles gratuits / semaine)

<https://atlantico.fr/article/decryptage/des-ministres-de-droite-oui-mais-des-liberaux-pour-redresser-leconomie-pas-un-seul-atlantico-business-jean-marc-sylvestre>

---

### **« La synthèse entre le social-libéralisme incarné par Macron en 2017 et la social-démocratie structurellement faible en France ne s’est jamais opérée »**

Pour récupérer l’électorat de gauche modérée perdu en 2017, les socialistes jouent l’air de la rupture, sans parvenir pour le moment à s’affranchir de l’emprise de Jean-Luc Mélenchon, observe, dans sa chronique, Françoise Fressoz, éditorialiste au « Monde ». (Monde, 26 septembre, article payant)

*Extraits :*

Unie, unanime, en colère. Telle s’est présentée la gauche, samedi 21 septembre, à l’annonce de la composition du gouvernement Barnier. Et, dans la foulée, le verdict est tombé : censure immédiate, il n’y a rien à négocier ! (...)

Elle s’est d’abord reconstituée autour du combat contre le Rassemblement national, dont la dangerosité n’était pas à démontrer. Elle s’est ensuite reportée contre Emmanuel Macron et sa pratique du pouvoir, alors que le

chef de l'Etat tentait de surmonter la défaite de son camp aux élections législatives et de mettre un peu d'ordre dans le bazar qu'il avait fait naître. *Son refus de nommer, dans une Assemblée nationale sans majorité, un premier ministre issu des rangs du Nouveau Front populaire (NFP), au prétexte d'une censure immédiate, alors que cette coalition était arrivée en tête*, a entretenu dans l'électorat de gauche un puissant sentiment d'injustice et nourri une incompréhension démocratique qui ne faiblit pas. (...)

La colère a donc été jouée et parfois surjouée dans les réactions des différents représentants du NFP, y compris les plus mesurés, en découvrant la composition du gouvernement minoritaire de Michel Barnier (...)

Bien sûr, il y a ce qu'il faut de mauvaise foi et de non-dits dans la mise en scène de ce que d'autres qualifient d'« *arnaque démocratique* ». Tout à leur colère, les socialistes oublient de considérer que, s'ils avaient réellement poussé la candidature de Bernard Cazeneuve, celle de Michel Barnier n'aurait pas existé, que si une partie de la gauche dite « de gouvernement » avait accepté de gouverner, le retour au pouvoir de la droite la plus conservatrice n'aurait pas été inéluctable, que si la culture du compromis avait joué à plein dans cette Assemblée dépourvue de majorité, on n'en serait pas là. Ce n'est pas leur sujet. (...)

La synthèse entre le social-libéralisme incarné par Emmanuel Macron en 2017 et la social-démocratie structurellement faible en France ne s'est jamais opérée. Les différends qui touchent notamment à l'exercice du pouvoir, à la place des syndicats, au rapport au libéralisme, au rôle de l'impôt dessinent une frontière infranchissable. (...)

En juin 2024, le score de Raphaël Glucksmann aux élections européennes (13,8 % des suffrages exprimés, contre 9,9 % pour Manon Aubry, la candidate de La France insoumise) a accrédité l'idée qu'entre Mélenchon et Macron un espace venait de s'ouvrir. (...)

Dans son livre *Le Défi de gouverner* (Perrin, 23 euros, 414 pages), qui retrace la laborieuse marche de la gauche vers le pouvoir, *François Hollande* tente d'esquisser le chemin d'un retour. *A rebours de la théorie des deux gauches irréconciliables naguère portée par son premier ministre Manuel Valls, il pose le principe selon lequel la gauche se perd quand elle cherche l'alliance avec le centre et ne trouve sa force que dans l'union, pourvu que le centre de gravité en soit réformiste.* (...)

Jean-Luc Mélenchon est pourtant toujours là, maître du NFP, à l'initiative de la censure, adepte de la destitution d'Emmanuel Macron pour en finir au plus vite avec le président de la République et pouvoir s'imposer encore comme le candidat de la gauche à la présidentielle. A chaque oukase, le PS, profondément divisé, tousse mais ne rompt pas, de peur d'apparaître comme le briseur d'union. Plus le camp social-démocrate a besoin de temps pour se différencier, trouver un leader, définir un projet, mobiliser la société civile, plus le chef des « insoumis » agite le cocotier pour rester le maître incontesté de la rupture. (...)

Tout dans le calcul de François Hollande repose sur la restauration du clivage gauche-droite d'ici à la fin du double quinquennat d'Emmanuel Macron. Or le macronisme, même affaibli, même poussé vers la droite, n'a pas encore rendu les armes. (...)

A la tête du groupe Ensemble pour la République, Gabriel Attal contient l'offensive droitière du LR Laurent Wauquiez, tandis que Michel Barnier, en passe de se convertir à une taxation des plus riches, s'étonne du « sectarisme » des socialistes, qui n'ont même pas voulu venir discuter avec lui. Quand tout semble se jouer à front renversé, que valent les leçons de l'histoire ?

[« La synthèse entre le social-libéralisme incarné par Macron en 2017 et la social-démocratie structurellement faible en France ne s'est jamais opérée » \(lemonde.fr\)](https://www.lemonde.fr)

---

## **Political economy : Governments are bigger than ever. They are also more useless**

Why voters across the rich world are miserable (The Economist, 24 septembre, article gratuit)

*Extraits :*

You may sense that governments are not as competent as they once were. Upon entering the White House in 2021, President Joe Biden promised to revitalise American infrastructure. In fact, spending on things like roads and rail has fallen. A flagship plan to expand access to fast broadband for rural Americans has so far helped precisely no one. Britain's [National Health Service](#) soaks up ever more money, and provides ever worse care. Germany mothballed its [last three nuclear plants](#) last year, despite uncertain energy supplies. The country's trains, once a source of national pride, are now always late.

You may also have noticed that governments are bigger than they once were. Whereas in 1960 state spending across the rich world was equal to 30% of GDP, now it is above 40%. In some countries growth in the state's economic power has been still more dramatic. Since the mid-1990s Britain's government spending has risen by six percentage points of gdp, while South Korea's has risen by ten points. All of which raises a paradox: if governments are so big, why are they so ineffective?

The answer is that they have turned into what can be called "Lumbering Leviathans". In recent decades governments have overseen an enormous expansion in spending on entitlements. Because there has not been a commensurate increase in taxes, redistribution is crowding out spending on other functions of government, which, in turn, is damaging the quality of public services and bureaucracies. The phenomenon may help explain why people across the rich world have such little faith in politicians. It may also help explain why economic growth across the rich world is weak by historical standards.

America, which has some of the best fiscal data, shows how one government became a Lumbering Leviathan. In the early 1950s we estimate that state spending on public services, including everything from paying teachers' salaries to building hospitals, equalled 25% of the country's gdp (see chart). At the same time, entitlements spending, broadly defined, was a small line item, with outlays on both pensions and other sorts of welfare equivalent to about 3% of GDP. Today the situation is very different. The American government's [outlays on entitlements](#) have swelled and spending on public services has crashed. Both now equal around 15% of gdp. (...)

Moreover, conventional statistics understate the scale of the change. Governments have accumulated mind-boggling off-balance-sheet obligations to dole out money in the future. Adapting work by James Hamilton of the University of California, San Diego, we estimate that America's federal government has made pledges of compensation to different groups worth, in aggregate, six times American GDP (see chart). In addition to reported public debt, Uncle Sam guarantees people's bank deposits, health-care payouts and mortgages. He will also need to make good on promises to future retirees. In the history of the modern state, this represents a uniquely large financial commitment. (...)

Governments have not helped themselves by failing to raise the [retirement age](#): the average person in the rich world currently retires at age 64, no higher than in the late 1970s. But it would have been hard (and unwise) to have stopped pension spending from growing.

Because entitlements for the old tend to be universal—European countries, for example, have little private pension provision—more cheques are going to the well-heeled. We estimate that in the oecd between a fifth and a third of entitlements spending, broadly defined, goes to the richest 20% of households. (...)

Scandinavian countries have long sustained big states alongside thriving market economies, in part by funding redistribution with high rates of VAT, one of the least-distorting taxes, and by keeping down taxes on capital, which are particularly harmful to growth (...)

Leviathans may not remain lumbering for ever. Running large deficits in order to fund transfer payments will, eventually, become too expensive—as countries such as Greece and Italy discovered in the 2010s. At some point populations, fed up with weak economic growth and poor services, may demand that politicians make some difficult choices. Then again, Lumbering Leviathans are formidable. Interest groups are entrenched, familiar incentives apply and it is easier to live for the short term. The system has a life of its own. ■

[Governments are bigger than ever. They are also more useless \(economist](#)

**Pourquoi la France se porte mieux sans gouvernement**

TRIBUNE. Les 76 jours sans gouvernement en exercice qui viennent de s'écouler n'ont pas été néfastes pour notre pays. L'occasion de s'interroger sur le rôle et le périmètre de l'État. (Le Point, 24 septembre, article payant)

*Extraits :*

C'est un record dans l'histoire de la V<sup>e</sup> République. On reste cependant loin des 541 jours sans gouvernement qu'avait connus la Belgique en 2010, desquels on pouvait tirer une leçon : un pays peut se satisfaire d'un gouvernement démissionnaire. Une étude universitaire montre que le taux de croissance belge a été plus élevé sur la période par rapport à ce qui était prévu. D'ailleurs, notre pays s'est-il arrêté cet été et est-il tombé dans le marasme économique ? Il n'en est rien. (...)

Au niveau économique, le gouvernement démissionnaire a planché discrètement cet été sur les fameuses lettres plafonds dans lesquelles figurent des coupes dans le budget de l'État. Le ministre en exercice n'a pas eu l'occasion d'annoncer la suite de la longue série d'épisodes du « quoi qu'il en coûte » annonçant les nouvelles dépenses du jour, c'est-à-dire les impôts de demain. Il n'a pas eu l'occasion d'annoncer de nouvelles réglementations ou mesures dites d'exception (mais en fait permanentes). Il n'a pas eu l'occasion d'annoncer de nouvelles subventions favorisant certains secteurs d'activité au détriment d'autres. Il n'a pas annoncé non plus de nouveaux crédits d'impôt bénéficiant aux grosses entreprises, au détriment des petites et des contribuables. Bref, le statut de gouvernement démissionnaire a calmé les ardeurs créatives de [Bercy, un ministère toujours prompt à créer de la norme et des dépenses](#). (...)

En revanche, il aura fallu moins de vingt-quatre heures au nouveau gouvernement pour évoquer toute une panoplie de [hausse de la pression fiscale](#) : hausse potentielle sur l'impôt sur les sociétés, hausse de l'imposition du capital, potentielle création de taxes temporaires sur des catégories ciblées. (...)

La France n'a pas été anéantie pendant ces 76 jours. Au contraire, les ingénieurs économiques et sociaux, tellement friands de nos salaires, et tellement désireux, dans leur hubris, de nous dicter comment vivre nos vies, ont été temporairement bloqués. Tant mieux ! Les fonctions régaliennes n'ont pas cessé. Aucun envahisseur, aucune rébellion n'a menacé la France.

Voici donc une rare occasion de s'interroger sur le rôle et le périmètre de l'État et se demander si nous avons vraiment besoin du dernier programme pondu par un polytechnicien ou un énarque – tous désireux d'imposer [leur vision du pays](#).

Alors que la France continue à souffrir de pauvreté, d'exclusion, de croissance économique pitoyable, malgré les interventions de ces grands savants – ou peut-être bien [à cause de leur ingérence](#) –, on peut se retourner vers un grand sage qui connaissait bien la France : Thomas Jefferson, troisième président des États-Unis et ambassadeur à Paris. Il nous avait prévenus : « Le meilleur gouvernant est celui qui gouverne le moins. »

*Kevin Brookes, docteur en science politique et Nicolai Wenzel, professeur d'économie* [Pourquoi la France se porte mieux sans gouvernement \(lepoint.fr\)](#)

---

### **L'éditorial du Figaro : «La malédiction française du recours systématique à l'impôt»**

Comme si nous n'avions rien appris de notre fuite en avant fiscale, les premiers indices du gouvernement Barnier sur le plan de redressement des comptes publics laissent dubitatif. (Le Figaro, 24 septembre, article payant)

*Extraits :*

De gauche, du centre ou de droite, la France reste la France, ce pays où tout commence et [tout finit avec les impôts](#). On ne sait encore rien du programme de [gouvernement de Michel Barnier](#), à l'exception d'une chose : ils vont augmenter. Pas tous et pas pour tout le monde, nous jure-t-on. Les plus modestes, [les classes moyennes](#) et « *les gens qui travaillent* » sont censés y échapper. Seuls les plus fortunés et les grosses entreprises

se trouvent dans le viseur, mais que les futures victimes se rassurent, il s'agira - air connu - d'une ponction temporaire et exceptionnelle. Juste un mauvais moment à passer, le temps de renflouer les caisses de l'État.

Les premiers indices sur le plan de redressement des comptes publics laissent dubitatif. D'abord, sur le principe : la malédiction française du recours systématique à l'impôt va encore frapper, comme si nous n'avions rien appris de notre fuite en avant fiscale. En tête du hit-parade des prélèvements, la France l'est aussi de celui des déficits et de la dette. Cherchez l'erreur. D'un degré de sophistication inégalé, la réflexion sur les mille et une astuces pour aller chercher des recettes tranche avec le néant pour trouver des économies. Dommage : plus les dépenses gonflent, moins [les services publics](#) remplissent leur rôle et satisfont les Français. Cherchez encore l'erreur. (...)

Est-ce bien le moment de détériorer notre attractivité en taxant les entreprises ? Ponctionner une poignée de milliardaires n'étant pas à la hauteur de l'enjeu lorsque l'on court après 20 milliards d'euros, les particuliers ont eux aussi toutes les raisons de rester sur leurs gardes. Depuis qu'un ancien président a fixé le début de la richesse à 4000 euros par mois, cadres moyens et supérieurs sont devenus fortunés sans le savoir. Ces vaches à lait paient déjà pour eux-mêmes et pour les autres. Osera-t-on les mettre encore à contribution ?

[L'éditorial du Figaro : «La malédiction française du recours systématique à l'impôt» \(lefigaro.fr\)](#)

---

## **The Biden Manufacturing Boom That Isn't**

U.S. industry output has been flat for two years, despite huge subsidies. (WSJ, 24 septembre, article payant)

*Extraits :*

[Kamala Harris](#) is vying for votes in the Midwest by touting the Administration's efforts to boost U.S. manufacturing. In the recent debate, she boasted about "building a clean energy economy" and "investing in American-made products." So what's the Administration's actual record?

Start with the top line, which is that U.S. manufacturing output hasn't fully recovered from its pandemic plunge and is lower than in 2013. Most manufacturing growth under Mr. Biden occurred during his first year in office amid the post-Covid rebound. Businesses scaled up production owing to an increased demand for goods that was super-charged by the pandemic largesse. (...)

Yet there are already signs that this government-driven investment is a mistake. Auto makers are scaling back electric-vehicle production, which may lead to under-utilized factories. Some green startups are struggling to stay in business, such as Lordstown and Fisker.

The Institute for Supply Management's purchasing managers index shows the manufacturing industry as a whole has been in almost continuous contraction since autumn 2022, right after Mr. Biden signed the IRA and Chips Act. (...)

The problem for U.S. companies is that Mr. Biden's anti-business policies offset the impact of subsidies. Inflation caused by all that government spending has raised business costs, and soaring electricity prices have been especially damaging. (...)

The U.S. economy is dominated by services these days, so making a political fetish of manufacturing is misguided. But to the extent policy makers want to encourage more investment and hiring in manufacturing, the answer is to reduce costs to make U.S. firms more competitive. Low energy prices, low taxes and fewer regulatory costs are better than government-directed investment in industries that might not have a market.

Biden-Harris policy has been to raise costs for all businesses and then slather on subsidies for those they like. It isn't paying off for most U.S. companies or workers.

[The Biden Manufacturing Boom That Isn't - WSJ](#)

---

## **Argentina Scrapped Its Rent Controls. Now the Market Is Thriving.**

President Javier Milei's fiscal 'shock therapy' yields lower rents overall, but some people feel squeezed (WSJ, 24 septembre, article payant)

*Extraits :*

BUENOS AIRES—For years, Argentina imposed one of the world's strictest rent-control laws. It was meant to keep homes such as the stately belle époque apartments of Buenos Aires affordable, but instead, officials here say, rents soared.

Now, the country's [new president](#), Javier Milei, has scrapped the rental law, along with most government price controls, in a fiscal experiment that he is conducting to revive South America's second-biggest economy.

The result: The Argentine capital is undergoing a rental-market boom. Landlords are rushing to put their properties back on the market, with Buenos Aires rental supplies increasing by over 170%. While rents are still up in nominal terms, many renters are getting better deals than ever, with a 40% decline in the real price of rental properties when adjusted for inflation since last October, said Federico González Rouco, an economist at Buenos Aires-based Empiria Consultores.

Milei's move to undo rent-control regulations has resulted in one of the clearest-cut victories for what he calls "[economic shock therapy](#)." He is methodically taking apart a system of price controls, closing government agencies and lifting trade restrictions built up over eight decades of socialist and military rule in an effort that has upended the lives of many Argentines. (...)

Many new contracts—now permitted in dollars as well as pesos—stipulate rent increases every three months, real-estate agents and tenants say. That has made housing costs unaffordable for some people already struggling to pay higher food and utility prices, said Gervasio Muñoz, who represents an association of tenants in Buenos Aires.

Romina Misenta, a 40-year-old teacher, said rent on her small apartment increased almost threefold when her previous contract ended.

"My situation has worsened a lot," she said. "I would be paying a lot less in rent if the previous law was still in effect."

Still, rental prices appear to be stabilizing. (...)

Critics of Milei say he is deepening the economic pain of the working class. And while he remains popular, some polls show his support eroding. In August, he had a 45% approval rating, down from nearly 60% earlier this year, according to pollster Giacobbe Consultores. (...)

Milei, a libertarian economist, long warned Argentines that his free-market changes would initially make conditions worse before they got better as he slashed public spending [to tame inflation](#). He said it was necessary to unravel tight economic controls he inherited from the previous, left-wing Peronist government, which implemented price controls on some 50,000 products from food to clothing as part of its Fair Prices program. (...)

But the government still faces substantial challenges. Bringing inflation down even further after being stuck at roughly 4% a month in recent months will be difficult, with little room for more spending cuts amid demands to restart public works and increase pensions and wages, economists say. "They inherited a disastrous economic situation, and getting out of this mess will take time," said Alberto Cavallo, a professor at Harvard Business School who has studied Argentina's price controls. (...)

[Argentina Scrapped Its Rent Controls. Now the Market Is Thriving. - WSJ](#)

---

**La France est-elle vraiment «le pays où la charge des impôts est la plus forte» ?**

LA VÉRIFICATION - Fraîchement nommé à Matignon, le premier ministre envisagerait une hausse des prélèvements pour rétablir le budget national tout en soulignant que la pression fiscale déjà très élevée en France. Qu'en est-il vraiment ? (Le Figaro, 23 septembre, article payant)

*Extraits :*

C'est un refrain qui connaît un regain de popularité : la France serait championne des impôts. Alors que Michel Barnier pourrait bien être tenté d'utiliser le levier fiscal pour rétablir le budget de l'Hexagone, une partie de la classe politique s'émeut d'une pression fiscale déjà élevée en France. (...)

Selon les données d'Eurostat, la France se place en tête des pays affichant les taux de prélèvements obligatoires (PO) les plus élevés de la zone euro. Un temps détrôné par le Danemark, l'Hexagone a repris la première place. En 2022, ainsi, le poids des prélèvements obligatoires s'établissait à 48,0% du produit intérieur brut (PIB) en France contre 41,1% dans l'ensemble de l'Union européenne à 27 pays. L'Hexagone était ainsi loin devant ses voisins, dont l'Italie, l'Autriche ou l'Espagne. Pire encore, malgré les efforts récents, Paris ne parvient pas à baisser son pourcentage, établi, déjà en 2017, à 48,3%, et en 2019 à 47,1%. Et «seulement» à 44,2% en 2010... Un taux déjà bien supérieur à la moyenne de l'Union, à l'époque fixée à 39,1%. (...)

Selon la définition de l'Insee, ces prélèvements obligatoires contiennent «*les impôts et cotisations sociales effectives reçues par les administrations publiques sans aucune contrepartie directe et immédiate.*» L'impôt dont le rendement est le plus important en France reste la taxe sur la valeur ajoutée qui représente près de la moitié de ces recettes (208,4 milliards d'euros en 2023).

Les cotisations sociales représentent quant à elles un tiers des prélèvements obligatoires (environ 410 milliards d'euros en 2023). Elles représentent 14,7% du PIB, contre 16,1% en Allemagne, qui conserve la première place en Europe. La France se situe toutefois au-dessus de la moyenne de l'Union européenne (13,0%) et loin devant les pays scandinaves qui se démarquent par une part très faible des cotisations sociales, comme en Suède où elles ne représentent que 3,1 % du PIB. (...)

Concernant les classes sociales les plus aisées, l'Hexagone possède un taux parmi les plus élevé. «*Avec un taux de 64%, la France est au deuxième rang de l'OCDE pour la taxation des salaires des personnes gagnant 20 fois le salaire moyen, derrière la Belgique (67%) et devant la Finlande et la Slovaquie (63%). Le taux allemand est de 47%*», notait le site spécialisé Fipeco dans une étude publiée en octobre 2023. La contrepartie de ces taux de prélèvements obligatoires élevés reste une redistribution des richesses parmi les plus importantes au monde. Selon des chiffres de la Direction de la recherche, des études, de l'évaluation et des statistiques (DREES), la France est le pays d'Europe qui a consacré le plus à la protection sociale en 2021 (33,3% de son PIB), devant l'Autriche (31,8 %), l'Italie (31,5 %) et l'Allemagne (31,0 %).

La France fait donc bien partie des pays qui instaure une pression fiscale parmi les plus importante. En comparaison aux autres pays, les prélèvements obligatoires y sont élevés, en partie à cause des cotisations sociales. En contrepartie, l'Hexagone possède un système de redistribution des richesses plus développé que dans la plupart des pays.

En résumé, les données partagées par les instituts statistiques indiquent clairement que l'Hexagone reste tout en haut de la pyramide des pays avec les prélèvements obligatoires les plus lourds. Et ce, malgré les réductions d'impôts consenties ces dernières années par les exécutifs consécutifs.

[La France est-elle vraiment «le pays où la charge des impôts est la plus forte» ? \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

---

## **Donald Trump wants equality for Americans, Kamala Harris does not - opinion**

OPINION: Donald Trump supports equality, which is freedom and private choice. Kamala Harris supports equity, based on expanded government control, creating the illusion of democracy. (The Jerusalem Post, opinion, 23 septembre, article payant)

*Extraits :*

It is often among the early actions of a political election campaign to create a slogan or buzzword with which their principal candidate will be associated at every stage. This could be an acronym like MAGA – Make America Great Again – as used by [Donald Trump](#)'s team, or a concept whose meaning has been adapted to suit the politics of the candidate, like “equity” repeatedly plugged by Kamala Harris, which although most often used to describe the value of shares issued by a company is here intended to describe government action of elevating everyone to the same social and financial standard.

Since Harris became prominent, she concentrated on stamping the socialist meaning of equity – effectively, the redistribution of wealth – into the public consciousness while disparaging the concept of equality as harming the fabric of a fair society. Equality is understood to mean that each individual or group of people is given the same resources and opportunities, regardless of their circumstances.

The terms “equity” and “equality” are often confused because they appear to mean the same thing. They both are concerned with the treatment of people. Both are used in the field of government, law, economics, and social position, yet the implementation of one versus the other leads to dramatically different outcomes.

In a system of equality, public policy removes barriers to give everyone the same opportunities; while under equity, the governing authority imposes rules and regulations that aim to elevate everyone to the same social and economic level, regardless of their ability to contribute to the well-being of the society that they enjoy. We used to call that communism, or as Karl Marx put it: “From each according to his ability, to each according to his needs.”

Equality, on the other hand, is based on the political philosophy of upholding liberty as a core value by maximizing autonomy, political freedom, freedom of association, freedom of speech, freedom of thought, and freedom of choice. Voluntary agreement and minimizing official control are pillars of this libertarianism.

The extreme libertarian position is advocated by the [Cato Institute](#) in the United States, which supports and recommends a limited governmental role in domestic and, strangely, also in foreign affairs. Cato advocates for strong protection of civil liberties such as lowering taxes, opposition to the Federal Reserve system, as well as to the affordable care act. Cato recommends the privatization of numerous government agencies, including the US postal service. However, some of their programs go even beyond the concept of equality and, in my view, border on unacceptable anarchism.

Conversely, the political system of equity based on expanded government control, and presided over by Harris as president with her radically left-wing VP [Tim Walz](#), would lead the country in the diametrically opposed direction while creating the illusion of democracy. In any case, what Harris has shown us so far is her personality rather than her policies. In foreign policy, she lacks experience, evidenced by her acceptance speech delivered with a forked tongue on the Israeli-Palestinian conflict. (...)

*The writer, now in his 101st year of life, holds Guinness records as the world's oldest working journalist and oldest active radio host.*

[US elctions: Kamala Harris wants equity, Donald Trump wants equality - The Jerusalem Post \(jpost.com\)](#)

---

## **Quand le travail ne paie plus...**

Un livre met en lumière un triste constat : le travail ne permet plus d'améliorer son niveau de vie. Conséquences, solutions et pistes de réflexion. (Le Point, 21 septembre, article payant)

*Extraits :*

Le travail permet-il encore de changer de niveau de vie ? Inutile de laisser traîner le suspense : la réponse est non. Les chiffres sont cruels. Pendant les Trente Glorieuses, le pouvoir d'achat augmentait en moyenne de 5 % par an, selon l'Insee. Des décennies 1980 à 2000, il progressait encore d'environ 2 % chaque année. Depuis 2010, cette augmentation n'est plus que d'environ 0,8 %. Ainsi, quand il fallait autrefois entre quinze et quarante

années de travail pour vivre deux fois mieux, il en faut aujourd'hui environ quatre-vingt-dix. Soit, peu ou prou, deux vies de travail !

Ce constat amer n'est un secret ni pour les statisticiens de l'Insee ni pour les spécialistes du travail. S'il agite la sphère économique ces derniers jours, c'est en raison d'un essai, *Sortir du travail qui ne paie plus* (éditions de l'Aube), publié par le consultant en stratégie sociale Antoine Foucher. Dans ce livre éclairant, synthétique et d'une pédagogie digne d'éloges, l'auteur postule que [notre société fondée sur le mérite et le travail serait en train de disparaître](#).

L'hypothèse défendue par Antoine Foucher ne s'appuie pas uniquement sur [la baisse du pouvoir d'achat](#). Elle s'adosse aussi sur les chiffres du patrimoine. [La fortune héritée représente aujourd'hui 60 %](#) de ce que nous possédons, contre 35 % dans les années 1970. « Le hasard de la naissance est repassé devant l'effort et le mérite individuel », écrit l'ancien directeur de cabinet de la ministre du Travail Muriel Pénicaud (2017-2020). Et, pour couronner le tout, les retraités ont désormais, en moyenne, un meilleur niveau de vie que la population active.

Le travail ne paie-t-il plus ? « Il paie moins qu'avant, répond le sociologue Julien Damon. Mais n'alimentons pas la pompe à déploration ! C'est pire au Royaume-Uni, en Grèce et en Espagne. » Quand on se compare, on se rassure... Il reste que le diagnostic est clinique : en France, la promesse du travail émancipateur est en train de se rompre.

Voilà une énorme rupture historique. Les révolutionnaires et les penseurs républicains avaient tenté de bâtir une société fondée sur le mérite et le travail, en opposition à l'Ancien Régime durant lequel l'organisation sociale reposait sur des privilèges de naissance. « Les Français continuent de croire que le travail est censé promouvoir l'individu. Sauf qu'en pratique ça coince, explique l'économiste Bertrand Martinot, expert associé à l'Institut Montaigne. Conséquence : cela crée de la frustration et souvent un repositionnement vis-à-vis du travail. » (...)

[Quand le travail ne paie plus... \(lepoint.fr\)](#)

---

## **Held back : How the world's poor stopped catching up**

Progress stalled around 2015. To restart it, liberalise (The Economist, 20 septembre, article payant)

*Extraits :*

SINCE THE Industrial Revolution, rich countries have mostly grown faster than poor ones. The two decades after around 1995 were an astonishing exception. During this period gaps in GDP narrowed, extreme poverty plummeted and global public health and education improved vastly, with a big fall in malaria deaths and infant mortality and a rise in school enrolment. Globalisation's critics will tell you that capitalism's excesses and the global financial crisis should define this era. They are wrong. It was defined by its miracles.

Today, however, those miracles are a faint memory. As we report this week, [extreme poverty](#) has barely fallen since 2015. Measures of global public health improved only slowly in the late 2010s, and then went into decline after the pandemic. Malaria has killed more than 600,000 people a year in the 2020s, reverting to the level of 2012. And since the mid-2010s there has been no more catch-up economic growth. Depending on where you draw the line between rich and poor countries, the worst-off have stopped growing faster than richer ones, or are even falling further behind. For the more than 700m people who are still in extreme poverty—and the 3bn who are merely poor—this is grim news.

To judge what has gone wrong, first ask what previously went right. In the poorest countries education and (especially) health have depended on donors writing big cheques. But even if aid has curbed disease, it has not unleashed sustainable growth. Likewise with pro-market technocrats in the IMF and the World Bank. Western institutions were most involved in Africa and Latin America, where growth has been patchy and has varied with commodities prices.

Critics of the “neoliberal era” conclude that globalisation therefore failed. However, the most successful liberalisations came from within countries, rather than in response to donors' advice. In the 1990s global

convergence was powered by a few big successes: China's rapid growth after it opened up under Deng Xiaoping, a similar—albeit less spectacular—process in India after reforms dismantling the “licence Raj”, and the integration of countries in eastern Europe into the global market economy after the fall of communism. All that amounts to a powerful endorsement of capitalism.

Just as the rich world did not make convergence happen, it is not to blame for the stalling of development today. It is true that the West's efforts are as flawed as ever. The IMF and World Bank are juggling promoting reform and development with fighting climate change, and are caught in the middle of the power struggle between America and China, which is making it fiendishly hard to restructure poor countries' debts. (...)

The biggest problem, though, is that [home-grown reform has ground to a halt](#). With some notable exceptions, such as President Javier Milei's efforts in Argentina, the world's leaders are more interested in state control, industrial policy and protectionism than the examples of the 1990s—and it is no accident that such policies boost their own power. Indices of economic freedom have been broadly flat in sub-Saharan Africa since the mid-2010s and in South America since the turn of the century. Nigeria, where nearly a third of the population is extremely poor, still wastes a fortune on petrol subsidies; textile bosses in Bangladesh get special treatment at the expense of manufacturers who might otherwise create better jobs; and Pakistan's inefficient state-backed mining, oil and gas conglomerates are allowed to stagger on. (...)

As the world has turned towards intervention, so the chosen instrument for poor countries has become trade restrictions, as imf research shows. This contains an uncomfortable echo of the failed development plans of the 1950s, built around freezing out imports rather than embracing global competition. Fans of industrial policy will point to East Asia's “tiger economies” such as South Korea and Taiwan. Yet both embraced harsh global competition. And several African countries that tried to copy their industrial policies in the 1970s failed miserably.

*The world will pay for its failure to learn from history. Rich countries will cope, as they usually do. For the poorest people, however, growth can be the difference between a good life and penury. It should not be a surprise that development has stalled as governments have increasingly rejected the principles that powered a golden era. Nobody will suffer more as a result than the world's poor. ■*

[How the world's poor stopped catching up \(economist.com\)](#)

---

## **Mode, industrie, alimentation... Comment l'Italie est devenue championne des exportations**

DÉCRYPTAGE - Le pays, porté par ses PME et ses ETI, est devenu le quatrième exportateur mondial. (Le Figaro, 20 septembre, article payant)

*Extraits :*

Dans l'agonie de la vieille Europe [dépeinte par Mario Draghi lors de la présentation de son rapport sur sa compétitivité](#), certains seront nécessairement plus épargnés que d'autres. Mais peut-être pas ceux que l'on croit. En témoigne le dynamisme d'une industrie italienne qui parvient, face au [rouleau compresseur chinois](#), à maintenir dans la durée sa compétitivité. Même si [les exportations allemandes sont encore 2,5 fois plus importantes que celles de l'Italie](#), celles-ci déjouent les analyses en vogue sur l'état général de son économie.

Certes, grands fournisseurs de l'industrie allemande, les équipementiers automobiles et l'industrie de la mécanique de l'Italie du Nord subissent aujourd'hui la panne du secteur, au nord des Alpes. Mais ce creux conjoncturel masque une nouvelle réalité : le lien avec l'Allemagne est devenu moins vital, une décorrélation étant à l'œuvre comme l'a montré une étude de la Confindustria citée par *La Repubblica*. Si l'Allemagne reste le premier client des exportateurs italiens, ces derniers se sont fortement développés vers les États-Unis, en passe de devenir leur première destination. En fait, elles ont élargi leurs marchés.

Mieux : les entreprises italiennes ont fait preuve d'une étonnante résilience depuis ces dix dernières années où l'on a vu les cartes du commerce mondial être rebattues, comme le montrent les données de l'OMC (Organisation mondiale du commerce). Leurs exportations ont été particulièrement dynamiques, augmentant de

48 % entre 2016 et 2023, contre seulement 28 % pour la France, et 27 % pour l'Allemagne. Et les excédents manufacturiers de l'Italie sont de plus en plus conséquents, 116 milliards d'euros en 2022.

« Depuis dix ans, remarque Marco Fortis, directeur de la Fondation Edison, *l'Italie est le seul pays européen à avoir maintenu sa part de marché dans le commerce mondial face à la montée en puissance de la Chine* ». Avec 5 % des exportations mondiales, elle est passée de la 7<sup>e</sup> place il y a dix ans à la 4<sup>e</sup> place, derrière la Chine, les États-Unis et l'Allemagne. En dix ans, elle est donc passée devant la France, la Corée du Sud et même depuis quelques mois devant le Japon. Pendant ce temps, la France passait de la 5<sup>e</sup> à la 7<sup>e</sup> place. Même l'Allemagne, qui générait 14 % des exportations mondiales il y a dix ans, a vu sa part de marché reculer à 12,6 %.

Car la force de la Botte est d'avoir une industrie très diversifiée, en pointe sur de nombreuses niches. (...)

[Mode, industrie, alimentation... Comment l'Italie est devenue championne des exportations \(lefigaro.fr\)](#)

---

### « La montée du protectionnisme occidental frappe les plus pauvres de la planète »

Depuis les années 2010, le fossé s'agrandit de nouveau entre le Nord et le Sud en raison, notamment, du recul de la mondialisation néolibérale, estime dans sa chronique Alain Frachon, éditorialiste au « Monde ». (Le Monde, 20 septembre, article payant)

*Extraits :*

Le Sud s'inquiète et s'appauvrit. Pour une raison trop rarement mentionnée : le recul de la mondialisation dite « néolibérale ». En Afrique, en Asie, en Amérique latine, la stagnation libre-échangiste actuelle est un fléau. La montée du protectionnisme occidental, doublée d'une baisse tendancielle de l'aide internationale, frappe les plus pauvres de la planète.

Au plus fort de la globalisation économique, de 1980 à 2009-2010, l'écart de richesse entre le Sud et le Nord n'a cessé de se réduire – même si, de part et d'autre, à l'intérieur des pays concernés, la mondialisation creusait les inégalités. Mi-septembre, la directrice de l'Organisation mondiale du commerce (OMC), [la dynamique Nigériane Ngozi Okonjo-Iweala](#), sonnait l'alarme. Entre le Nord et le Sud, le fossé s'agrandit de nouveau. Depuis 2009-2010, le commerce international ne progresse plus et la planète devient (encore) plus inégalitaire.

Le plafonnement des échanges n'est sans doute pas seul en cause, mais il est source de misère et, qu'il soit dû à la lutte contre le réchauffement climatique ou imputable à des considérations stratégiques, aux États-Unis et en Europe, le résultat est le même : les plus vulnérables des pays du Sud « *trinquent* », écrivait le grand économiste indien Shekhar Aiyar [dans le New York Times](#), le 30 août. La patronne de l'OMC dénonce la croissance continue des restrictions, obstacles et barrières à la globalisation des échanges – dix fois plus importants aujourd'hui qu'ils ne l'étaient dix ans plus tôt.

L'air du temps est à la protection douanière. Comme si, un quart de siècle plus tard, les dizaines de milliers de manifestants antimondialisation, réunis à Seattle en 1999 ou à Gênes en 2000, notamment, tenaient une manière d'amère revanche. Volontiers tiers-mondistes, ils n'imaginaient pas que le Sud revendiquerait un jour davantage, et non pas moins, de libre-échange ! (...)« [La montée du protectionnisme occidental frappe les plus pauvres de la planète](#) » ([lemonde.fr](#))

---

### Jean-Marc Daniel : « L'inculture économique a permis les rentes de l'imposture »

ENTRETIEN. Dans ses « Nouvelles Leçons d'histoire économique » (Odile Jacob), Jean-Marc Daniel alerte sur le danger des mesures économiques démagogiques (Le Point, 18 septembre, article payant)

*Extraits :*

Vous écrivez que la croissance est un « état d'esprit ». La France a-t-elle perdu cet état d'esprit ?

Cette expression est empruntée à Simon Kuznets, Prix Nobel d'économie en 1971. La croissance économique repose sur l'innovation, une société fondée sur la concurrence et une énergie abondante et bon marché. À ces éléments s'ajoutent une vision, une audace, une jeunesse nombreuse qui incite à investir. En France, pays vieux, cet état d'esprit s'est évaporé. (...)

Si le gouvernement de Michel Barnier devait retenir trois leçons, lesquelles vous semblent prioritaires ?

La première est d'arrêter de croire que la consommation est le seul moyen d'alimenter la croissance. (...)

Deuxième leçon : convaincre la population d'accepter un effort sur les finances publiques. (...)

Et la troisième leçon ?

La dernière, et c'est la plus importante, est qu'il faut travailler davantage. La croissance est un état d'esprit, mais c'est aussi et surtout du travail ! L'allongement des carrières, via la réforme des retraites, est un bon moyen d'augmenter la quantité de travail et de faire grossir le gâteau du PIB. Je crois qu'il faut cependant aller plus loin. Des questions, certes impopulaires, doivent être posées : faut-il supprimer des jours fériés ? Faut-il permettre aux entreprises de contourner les 35 heures ? Le travail est la base de la réflexion sur la richesse. D'ailleurs, saint Paul – disciple de Jésus, qu'on ne peut accuser de manquer de charité ! – disait : « Si quelqu'un ne veut pas travailler, qu'il ne mange pas non plus. » (...)

Toutes les réformes visant à abaisser le temps de travail pour réduire le chômage ont échoué ! Si le contraire était vrai, la France serait en plein-emploi ! (...)

Un autre mythe, coriace, est le blocage des prix pour contrer l'inflation. En résumé : c'est une folie. Et pourtant, ce principe était dans le programme du Nouveau Front populaire...

Le résultat des blocages est souvent dramatique. L'histoire nous le prouve. La loi du « maximum général », votée le 29 septembre 1793 par la Convention, instaure un blocage des prix et des salaires. Elle fixe un prix maximal pour les produits de première nécessité, variable selon les départements, et plafonne les salaires. Cependant, cette mesure devient très impopulaire et contreproductive : les magasins se vident, chacun achète en masse, et les paysans préfèrent dissimuler leurs récoltes plutôt que de les vendre à prix réduits ! (...)

Pourquoi les enseignements de l'histoire économique ne sont-ils pas assez retenus ? Vous écrivez que les dirigeants politiques sont « fascinés par le merveilleux ».

Nous sommes dans une phase que j'appelle « la rente de l'imposture », c'est-à-dire la capacité de certains à obtenir du pouvoir en diffusant des contrevérités. La classe politique est fascinée par ces mensonges séduisants qui dispensent de faire des efforts. Tout le monde est toujours victime de tel ou tel événement économique, mais personne n'en est jamais le responsable ! En plus, la classe politique fait souvent preuve d'ignorance. Prenons l'exemple de Mathilde Panot, qui, malgré son diplôme de Sciences Po, ne connaissait pas l'histoire de Léon Blum. Les « oublis », qu'ils soient voulus ou non, font que les événements se répètent sans qu'on se rende compte qu'ils ont déjà eu lieu et souvent mal fini. (...)

Dans quelle mesure l'inculture économique des Français pèse-t-elle dans le débat public ?

L'inculture économique a permis les rentes de l'imposture et la victoire du merveilleux. Une partie des Français vont avoir tendance à croire le merveilleux vendu par les politiques parce qu'ils n'ont pas les armes économiques pour remettre en question leurs propositions. À partir de là, ils adhèrent à ceux qui vont conforter leurs propres présupposés : sentiment inflationniste, sentiment de hausse des impôts...

[Jean-Marc Daniel : « L'inculture économique a permis les rentes de l'imposture » \(lepoint.fr\)](#)

---

## **Dette et dépense publique : Le budget de tous les dangers**

Après la difficile nomination d'un Premier ministre, attendons l'accouchement encore plus difficile d'un budget qui sera probablement aussi désastreux pour les finances publiques que pour nos finances personnelles. (Contrepoints, 17 septembre, libre accès)

*Extraits :*

(...) Les Français semblent avoir ingéré et mal digéré les deux pilules, déclarant se méfier des politiciens, se plaignant de la pression fiscale, mais souhaitant sous-traiter toujours plus la conduite de leurs affaires privées à l'État.

Ainsi, un gouvernement pourrait décider de leur pouvoir d'achat, pensent-ils...

À titre personnel, mon éducation familiale me porte plutôt à croire qu'« à talent égal, celui qui travaille le plus gagne plus ».

Mais il semblerait que ce ne soit pas le cas pour beaucoup de mes compatriotes, et qu'ils croient qu'un gouvernement peut créer du pouvoir d'achat. Par exemple en augmentant le SMIC à 1600 euros, promesse qui réconcilie les deux « extrêmes » : le NFP et le RN.

Pourquoi 1600 euros, et pourquoi pas 1852,68 euros ou 16 000 euros ? Mystère... (...)

Les échanges de valeur créent de la richesse. Les partages n'en créent pas. Les politiciens ne savent qu'organiser des partages de valeurs qui existent déjà et sont incapables de créer de la valeur.

Exemple pour illustrer ce propos : j'ai 100 stères de bois. Je suis prête à les échanger contre des plants d'arbres truffiers. En effet, je sais que certains emplacements de mes bois seront favorables au développement des chênes ou des noisetiers truffiers. Le pépiniériste qui développe ces plants dits « mycorhizés » (ils sont spécialement traités pour être truffiers) a besoin d'énergie pour climatiser ses serres qui abritent ces jeunes arbres. Notre échange se traduira par une création de valeur au travers d'une nouvelle production de truffes, moins coûteuse que la truffe « sauvage ».

Mais si l'État taxe mes 100 stères pour lutter contre les inégalités de chauffage, il n'y aura jamais aucune création de valeur. Cent stères seront brûlées dans des poêles par des gens qui n'auront pas acheté leur bois, et n'auront pas eu besoin d'exercer leurs talents pour se chauffer. Ils n'ont alors aucune incitation à créer de la valeur. (...)

[Le budget de tous les dangers - Contrepoints](#)

---

« **Si Milei réussit, il y aura une révolution capitaliste dans toute l'Amérique latine** » . (Contrepoints, Entretien, 16 septembre, libre accès)

*Extraits :*

Quelle lecture faites-vous, à ce jour, du gouvernement libéral de Javier Milei, par rapport aux précédents mandats argentins à la coloration socialiste ?

Zitelmann : Milei apporte quelque chose de tout à fait nouveau. Il est le contraire du péronisme. Le péronisme, c'est la croyance que les politiciens et les fonctionnaires sont plus intelligents que des millions de citoyens, de consommateurs et d'entrepreneurs. Milei pense le contraire. À cet égard, il est un anti-politicien.

Certes, [Carlos Menem](#) et [Mauricio Macri](#) ont également introduit de bonnes réformes, mais l'approche de Milei est beaucoup plus radicale. Il prescrit une thérapie de choc capitaliste pour le pays, et cela peut fonctionner, comme nous le montre l'histoire. (...)

[« Si Milei réussit, il y aura une révolution capitaliste dans toute l'Amérique latine » - Contrepoints](#)

---

 **Thomas Piketty : « Le rapport Draghi a l'immense mérite de tordre le cou au dogme de l'austérité budgétaire »**

Le rapport sur la compétitivité et l'avenir de l'Europe, remis à la Commission européenne par l'ancien président de la BCE, va dans la bonne direction, analyse l'économiste dans sa chronique. (Le Monde, 16 septembre, article payant)

[Thomas Piketty : « Le rapport Draghi a l'immense mérite de tordre le cou au dogme de l'austérité budgétaire » \(lemonde.fr\)](#)

---

### **Michel Barnier : l'effervescente mollesse de l'extrême-centre antilibéral**

Voilà, c'est fait : après deux mois d'atermoiements et de « consultations » aussi théâtrales qu'inutiles, Macron a fini par désigner Michel Barnier comme nouveau Premier ministre en remplacement du stagiaire Gabriel Attal qui venait pourtant tout juste de maîtriser la photocopieuse du rez-de-chaussée. (Contrepoints, 16 septembre, libre accès)

[Michel Barnier : l'effervescente mollesse de l'extrême-centre antilibéral - Contrepoints](#)

---

### **The American Economic Association Snubs Hayek**

But a Marxist and DEI get plenty of attention at the annual scholarly conference. (WSJ, 17 septembre, article payant)

*Extraits :*

The American Economic Association has a longstanding tradition of honoring Nobel Prize winners at its annual meeting, to be held this coming January in San Francisco. During its 1999 meeting, I organized a popular session commemorating the 50th anniversary of Paul Samuelson's famous textbook, "Economics." The distinguished panel included both defenders and critics.

Earlier this year, economist Tawni Hunt Ferrarini and I proposed a session for the January meeting honoring the free-market Austrian Friedrich Hayek on the 50th anniversary of his winning the Nobel Prize. The suggested panel included Barbara Kolm, a former vice president of the Austrian Central Bank (who was willing to fly at her own expense to San Francisco), and Alan Ebenstein, a lecturer in economic history at the University of California, Santa Barbara, who has written two books on Hayek.

The session didn't make the cut. The president-elect, Harvard professor Lawrence Katz, told us he regretted he was "unable to include this session in the program."

I can understand turning down most proposed sessions, given that less than 30% of submissions are accepted. But the association has approved sessions for two other Nobel laureates, Robert Solow and Ben Bernanke.

Solow, the longtime MIT professor famous for his Solow growth model, died last year. He was a devoted Keynesian economist and harsh critic of Hayek and Milton Friedman.

Mr. Bernanke is the former Federal Reserve chairman who oversaw the 2008 financial crisis. His Nobel Prize is more controversial. He cut interest rates to near-zero, bailed out the banks and Wall Street, and "abandoned free-market principles to save the free-market system," as President George W. Bush once said of himself. He also left \$4.4 trillion in liabilities on the Fed's balance sheet due to quantitative easing. More significantly, Mr. Bernanke (and his predecessor, Alan Greenspan) did nothing to curtail the out-of-control no-doc and subprime mortgage business in the lead up to the financial crisis. Most bank presidents would be fired for such mismanagement, but government officials somehow survive and win Nobel Prizes.

The American Economic Association's organizing committee even made room for a lecture in honor of the late Marxist economist David M. Gordon, sponsored by the Union of Radical Political Economics.

What about Hayek? His 1945 paper, "The Use of Knowledge in Society," is one of the most cited papers in economics. His 1944 book, "The Road to Serfdom," is considered a classic critique of socialism and central

planning. His shorter works “A Tiger by the Tail” and “The Denationalisation of Money” are relevant to today’s debates on inflation and cryptocurrencies. And let’s not forget that the government’s new macrostatistic, gross output, is a measure of Hayekian triangles, perhaps the greatest advancement in macroeconomics since Hayek won the Nobel Prize. (...)

[The American Economic Association Snubs Hayek - WSJ](#)

---

### **Harris Is the Safer Economic Choice**

Both candidates have bad ideas, but Trump’s are worse—and likelier to find support in Congress. (WSJ, 17 septembre, article payant)

[Harris Is the Safer Economic Choice - WSJ](#)

---

### **Welfare Is What’s Eating the Budget**

Means-tested programs, not Medicare and Social Security, are behind today’s massive debt. (WSJ, opinion, 12 septembre, article payant)

*Extraits :*

Ask any budget expert in Washington to explain the ballooning deficit and debt, and Social Security and Medicare will be high on the list of causes. That’s wrong. The real driver, the elephant in the room, is means-tested social-welfare spending—Medicaid, food stamps, refundable tax credits, Supplemental Security Income, Temporary Assistance for Needy Families, federal housing subsidies and almost 100 other programs whose eligibility is limited to those below an income threshold. (...)

Means-tested social-welfare spending totaled \$1.6 trillion in 2023. Welfare spending now absorbs an astonishing 72.6% of unobligated general revenue (total revenue net of Social Security and Medicare payroll taxes and premiums and mandatory interest on the public debt) and is larger than the claims against unobligated general revenue by Social Security (4.1%), Medicare (23.5%) and defense (37.2%) combined. (...)

Since 1967 defense spending has fallen from 68% of unobligated general revenue to 37.2% in 2023, almost a mirror image of the growth in means-tested welfare benefits. As defense spending plummeted, swords weren’t beaten into plowshares, which would have increased economic growth and wages, but were instead used to fund welfare payments. As a result, the U.S. today redistributes a larger share of its gross domestic product, 29.4%, through transfers and taxes than any developed country in the world except France with 30.1%.

After counting all transfer payments as income to the recipients and taxes as income lost by taxpayers, and adjusting for household size, the average households in the bottom, second and middle quintiles all have roughly the same incomes—despite dramatic differences in work effort. With the explosion of means-tested transfer payments, the portion of prime work-age persons in the bottom quintile who actually work has fallen to 36% from 68%. In the second quintile, households with a work-age adult who actually works have declined to 85% from 90%. While work effort fell in the bottom two quintiles, the percentage of middle-income households with a prime work-age person who works has risen to 92% from 86%.

The injustice of this government-created income equality is palpable. (...)

Americans overwhelmingly support an effective mandatory work requirement for able-bodied adults receiving welfare benefits. That’s evident in public opinion polls and ballot measures; in purple Wisconsin almost 80% of voters supported this in 2023. The bipartisan effort to reform Aid to Families with Dependent Children during the Clinton administration was a success. (...)

A mandatory welfare work requirement for able-bodied adults receiving welfare benefits, a requirement that the Census Bureau count all transfer payments as income, and a mandate that all federal agencies use the same

income measure when determining eligibility for welfare would be major steps toward righting the nation's finances.

Requiring all able-bodied Americans to work as a condition for receiving welfare would do more than reduce the deficit. It would bring people back into the economy, the source of prosperity and economic independence. A job is the best nutrition, housing, healthcare, education, child-care and general welfare program. That welfare reform isn't a major issue in the November elections is a missed opportunity to improve the well-being of low-income families and the overall economic health of the nation.

[Welfare Is What's Eating the Budget - WSJ](#)

---

### **Michel Barnier sera-t-il le chevalier du déclin... réversible ?**

L'ÉDITO DE FOG. Pourquoi le Premier ministre devrait lire l'ouvrage de Jacques de Larosière, ancien gouverneur de la Banque de France et économiste sans chichis. (Le Point, édito, 12 septembre, article payant)

*Extraits :*

(...) L'union nationale est-elle possible avec une Assemblée nationale coupée en trois ou quatre blocs apparemment irréconciliables ? On a peine à le croire, mais c'est tout ce que la France doit se souhaiter si elle veut cesser sa course folle vers l'abîme. Il faut [une « rupture », comme dit Michel Barnier](#). Pour en finir avec au moins trois « servitudes » auxquelles un vieux connaisseur de la chose économique, Jacques de Larosière, impute notre actuelle débîne. *D'abord, la « servitude » à un keynésianisme de maternelle, socialisme des imbéciles, au nom duquel on prétend créer de la croissance par la stimulation de la demande, en augmentant toujours plus les dépenses publiques ; ensuite, à une propagande gouvernementale mensongère, célébrant sans arrêt de faux succès dans le but d'endormir les Français au lieu de les alerter ; enfin, à un gauchisme économique infantile et scolaire qui coupe une grande partie des « élites » de la réalité. (...)*

[Michel Barnier sera-t-il le chevalier du déclin... réversible ? \(lepoint.fr\)](#)

---

### **Mixed message : Mario Draghi's best ideas are those Europe finds least comfortable**

The danger is that it picks the easy ones (The Economist, 11 septembre, article payant)

*Extraits :*

Adam Smith thought that achieving spectacular economic growth required little more than “peace, easy taxes and a tolerable administration of justice”. Don't tell Mario Draghi, who has just penned almost 400 pages on [boosting European “competitiveness”](#), which in this case means its economic growth. This is the second technocratic door-stopper commissioned by the European Union as it tries to bring stagnation to an end. As Mr Draghi observes in [our online By Invitation column](#), an ageing population means that, if productivity growth does not rise, Europe's economy will be no bigger in 2050 than it is today.

By the standards of such reports, Mr Draghi's is commendably plain-spoken (thereby winning an endorsement from Elon Musk, who aspires to be a scourge of obscurantist bureaucrats). The former Italian prime minister and president of the European Central Bank speaks with authority and much of what he calls for is desirable. That includes more integrated markets, so that European startups can benefit from scale among their customers and their financial backers. Mr Draghi also wants to unify decision-making on public investments; to pare back the thickets of regulation ensnaring Europe's companies; and to link up electricity grids.

The biggest question was how much Mr Draghi would endorse the interventionist policies many politicians crave. Here Mr Draghi is too sympathetic to the mercantilists and their calls for subsidies for “strategic” industries, such as carmaking, the relaxation of competition and state-aid rules and tariffs on imports from China. He pays little heed to Europe's high-tech success stories, which are down to markets, not

governments. Even the academic papers Mr Draghi cites in support of his case are generally agnostic about whether state support brings aggregate benefits to an economy, rather than just helping favoured sectors. (...)

Mr Draghi's most headline-grabbing analysis was that Europe needs investment by the private and public sectors to rise from today's 22% of GDP to 27%. Germany, especially, needs this extra spending. Well-executed subsidies for research and development might work at a continental level. But northern Europe has little desire for more joint spending, a subject that Mr Draghi danced around.

(...) extra spending and new subsidies are no fix for the many structural issues that require Europe to embrace reform. As Mr Draghi also points out, the continent needs bigger, better and more integrated markets, which requires some centralisation but not *dirigisme*.

If policymakers ignore this and instead use Mr Draghi as intellectual cover for weakening competition and state-aid rules, allowing governments or the EU itself to pursue an excessively interventionist agenda, then Europe's problems are likely to get worse. Mr Draghi might have done better to have focused his message on the things that Europe's politicians do not want to hear. ■

[Mario Draghi's best ideas are those Europe finds least comfortable \(economist.com\)](#)

### **Mario Draghi zielt in die falsche Richtung. Denn mit Schulden und Planwirtschaft lassen sich die Probleme der EU nicht lösen**

Starkes Amerika, schwaches Europa. Zu diesem Schluss kommt, wer die Wettbewerbsfähigkeit betrachtet. Die Rezepte, die der ehemalige Zentralbanker empfiehlt, bringen die EU aber nicht voran. (NZZ, édito, 11 septembre, article payant)

#### Extraits :

(...) Richtige Diagnose, falsche Therapie

Der Draghi-Report kommt als Expertenbericht daher. Doch der Ökonom, der schon als Notenbanker mehr Politiker als Technokrat war, erliegt dem gleichen Reflex wie die meisten Volksvertreter: Wenn ein Problem auftaucht, wird versucht, es mit Steuergeld zu überschütten. So fordert Draghi zusätzliche Investitionen in der Höhe von 800 Milliarden Euro pro Jahr. Gemessen an der Wirtschaftskraft wäre dies dreimal so viel, wie nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen des Marshall-Plans für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Europa benötigt wurde. (...)

Draghis Problemanalyse ist zwar korrekt: Die EU hat ein deutlich geringeres Produktivitätswachstum als die USA. Den Preis zahlen die europäischen Haushalte in Form von Verzicht auf einen höheren Lebensstandard. Das real verfügbare Einkommen pro Kopf ist in der EU seit 2000 nur halb so stark gestiegen wie in den USA. Und die digitale Revolution durch das Internet hat die Union weitgehend verschlafen. Ein Beispiel: Nur 4 der 50 weltweit führenden Technologiekonzerne kommen aus Europa.

Doch so richtig die Diagnose, so falsch die Therapie: Mit mehr zentralistischer Planung und Plänen für gigantische Ausgaben, wie sie Draghi vorschweben, kommt die EU nicht voran. Im Gegenteil: Die geforderte Koordination der nationalen Industriepolitiken potenziert die Probleme. (...)

Brisant ist auch der Vorschlag, bei der Finanzierung «bahnbrechender Innovationen» auf eine gemeinsame Schuldenaufnahme der EU zu setzen. Dass Draghi entsprechende Schuldpapiere wohlklingend als «gemeinsame sichere Vermögenswerte» tituliert, macht die Sache nicht appetitlicher.

Was sicher sein soll an einer Schuldenunion, in der hohe nationale Defizite belohnt und massvolle Finanzpolitiken bestraft werden, weiss wohl nur Draghi selbst. Sinnvoller wäre es, die Kapitalmarktunion rasch voranzutreiben, damit innovative Firmen einfacher an privates Kapital gelangen. (...)

Wirklich überraschend kommt der Vorschlag für gemeinsame Schulden nicht. Denn der Tabubruch erfolgte bereits 2021. Damals verschuldeten sich die EU-Staaten im Zuge der Corona-Krise erstmals kollektiv, im Rahmen des sogenannten Wiederaufbaufonds. Selbstverständlich wurde in der Pandemie die Einmaligkeit der Situation betont. Doch was einmal geht, geht bei Politikern auch zwei- oder dreimal. Die aktuelle Lage sei

ebenso ernst wie die Corona-Krise, begründet Draghi. Er weiss: Die finanzpolitischen Dämme in der EU sind längst gebrochen.

Der deutsche Finanzminister Christian Lindner hat bereits Widerstand gegen gemeinsame Schulden angekündigt. Mit Schulden löse man keine strukturellen Probleme, sagt er zu Recht. Den Firmen mangle es nicht an Subventionen, sie seien durch Bürokratie gefesselt. Es ist zu hoffen, dass Berlin gegenüber Rom und Paris, wo Draghi mehr Freunde hat, standhaft bleibt. Die Stärke der EU ist ihre Vielfalt; das muss auch ökonomisch gelten. Fehlende Innovationskraft lässt sich nicht mit Zentralismus beheben. Mehr Erfolg verspricht der Wettbewerb der Staaten.

[Mario Draghis Rezepte für die EU-Wettbewerbskraft zielen in die falsche Richtung \(nzz.ch\)](#)

---

## **Ce que l'on sait du rapport alarmant de Mario Draghi sur la compétitivité en Europe**

L'ancien président du Conseil italien livre, lundi, son rapport très attendu sur la relance de la compétitivité en Europe. Il a déjà dévoilé quelques idées audacieuses... (Le Point, 9 septembre, article payant)

### Extraits:

« La guerre économique n'est pas un vain mot et l'Europe est en train de la perdre », déclarait Mario Draghi lors d'une conférence sociale à La Hulpe, en Belgique, le 16 avril dernier. [L'homme qui a sauvé l'euro](#) en 2012 avec son célèbre « whatever it takes » (« quoi qu'il en coûte ») ne mâche pas ses mots pour décrire la situation actuelle de l'Europe, prise en étau entre une Chine prédatrice et des États-Unis de plus en plus protectionnistes. Son rapport sur la relance de la compétitivité en Europe, très attendu depuis des mois, sera remis, lundi, à la présidente de la Commission Ursula von der Leyen, à 11 heures. On annonce 400 pages d'analyses et de propositions.

Mario Draghi distille, depuis déjà deux mois, quelques bribes de ses constats et esquisse des solutions. Constat alarmant partagé par tous : « Aujourd'hui, nous investissons moins dans le numérique et les technologies avancées que les États-Unis et la Chine, y compris dans la défense, et nous ne comptons que quatre acteurs technologiques européens parmi les 50 premiers mondiaux, » indiquait-il. (...)

L'énergie est le talon d'Achille des Européens et cette situation place l'Union européenne dans une position désavantageuse par rapport à ses concurrents. Le prix de l'électricité est « deux à trois fois plus élevé » en Europe qu'aux États-Unis, souligne l'ancien président du Conseil italien, ce qui pèse lourdement sur la compétitivité des entreprises européennes. (...)

Pour faire face aux géants américains et chinois, Draghi plaide pour une « mise à l'échelle » à la taille continentale. « Restaurer notre compétitivité n'est pas quelque chose que nous pouvons réaliser seuls ou en nous battant les uns contre les autres », estimait-il. « Cela nous oblige à agir en tant qu'Union européenne comme nous ne l'avons jamais fait auparavant. »

Plus audacieux encore, l'ancien patron de la Banque centrale européenne s'aventurait à évoquer une possible révision des traités européens. « Le point de départ de toute modification future du traité doit être la reconnaissance du nombre croissant d'objectifs communs et de la nécessité de les financer ensemble », avait-il déclaré devant lors d'une conférence aux États-Unis en juillet 2011.

Il plaidait pour un « fédéralisme pragmatique et idéal », qui permettrait à l'Europe de mutualiser davantage ses investissements d'avenir, tout en imposant une plus grande rigueur budgétaire aux États membres. Une proposition qui ne manquera pas de faire grincer des dents, notamment du côté de Berlin.

Du reste, la levée de boucliers a commencé dès la semaine dernière, de manière préventive. Le député PPE allemand Markus Ferber, qui fixe la ligne économique du parti depuis très longtemps, a sorti la grosse Bertha. « Draghi doit résister au réflexe italien traditionnel qui consiste à demander de nouveaux programmes d'investissement financés par la dette, prévenait-il. Si l'agenda de la compétitivité s'enlise dans des discussions politiques délicates sur une nouvelle capacité budgétaire, il y a de fortes chances que nous n'arrivions à rien.

L'un des piliers d'un nouvel agenda pour la compétitivité doit être une Union des marchés de capitaux forte qui soutienne l'économie européenne. Nous avons besoin d'un véritable écosystème pour les services financiers qui serve les entreprises européennes – du processus d'introduction en Bourse à la compensation. Si nous voulons aboutir à une union des marchés des capitaux, les États membres doivent mettre un terme à leurs luttes intestines et s'engager en faveur d'un véritable programme européen. » (...)

[Ce que l'on sait du rapport alarmant de Mario Draghi sur la compétitivité en Europe \(lepoint.fr\)](#)

---

## **How Not to Make Housing Affordable**

Kamala Harris could learn from New York City's failed example. (WSJ, 9 septembre, opinion, article payant)

*Extraits:*

[Kamala Harris](#) is promising to make housing more affordable, and her answers so far are more subsidies, rent control and national intervention in local zoning. She'd be wiser to look at how New York City's interventions have made housing more costly. (...)

What was the result? Airbnb declines to share its own figures about the effect on its business. But AirDNA, a short-term-rental data company, reports an 83% drop in New York City listings for stays under 30 days.

The damage to short-term rental firms is obvious. But in a statement last week Airbnb notes that travelers looking for affordable shelter are the big losers. Visitors to the Big [Apple](#) now pay on average about 7.4% more for a hotel room than they did a year ago. That's more than three times the national average increase of 2.1%.

New York's already high rents also continue to increase. StreetEasy says rents rose 3.4% in the first 11 months since the anti-rental law was implemented—outstripping the increases in Chicago, Boston and Washington, as well as nationwide. The vacancy rate in New York remains unchanged at 3.4%.

In any sane universe, the response to these results would be to repeal the law. But this is New York, whose political class has no understanding of how a private economy works. The last thing they'll do is remove barriers to expanding the supply of housing. If Ms. Harris continues down this road, she will make housing less affordable.

[How Not to Make Housing Affordable - WSJ](#)

---

## **Les Européens veulent tordre le bras de la France sur l'accord UE-Mercosur**

DÉCRYPTAGE - La Commission européenne espère le boucler en novembre, lors du sommet du G20 à Rio de Janeiro. (Le Figaro, 9 septembre, article payant)

*Extraits:*

(...) Ces deux derniers jours, un nouveau round de négociations techniques a eu lieu à Brasilia. Les négociateurs devaient notamment se pencher sur les marchés publics et les questions environnementales. Si aucune fumée blanche n'est attendue à l'issue de ces réunions, la Commission, nombre d'États membres et de dirigeants sud-américains font monter la pression pour un accord rapide. Dans une lettre adressée à la présidente de la Commission, [Ursula von der Leyen](#), et opportunément révélée vendredi par le *Financial Times*, pas moins de onze dirigeants européens - dont l'Allemand Olaf Scholz, le Suédois Ulf Kristersson et le Portugais Luis Montenegro - mettent en garde contre un nouveau report.

Alors que l'économie mondiale ralentit dangereusement et que l'Europe décroche, le Mercosur serait un précieux relais de croissance. Un tel accord permettrait de créer un marché intégré de premier ordre, comptant près de 800 millions de personnes et générant quelque 4 milliards d'euros d'économies sur les droits de douane. En réalité, la Commission a déjà un calendrier en tête. « *L'accord devrait intervenir fin novembre, lors de la réunion du G20 à Rio* », confirmait ces derniers jours avec beaucoup d'assurance un fonctionnaire européen.

« Dans le contexte de tensions géopolitiques croissantes, il est d'autant plus essentiel de développer des alliances internationales solides », écrivent-ils. Ils pointent le risque de voir d'autres puissances - entendu la Chine - prendre la place que devrait occuper l'UE dans la région. « Sans la conclusion de l'accord, d'autres puissances pourraient acquérir une influence encore plus forte sur les marchés latino-américains, tant sur le plan économique que politique. Au cours des dix dernières années, les entreprises européennes ont perdu en moyenne 15 % de part de marché dans la région. »

Quid de la France, sous la pression de l'hostilité du monde agricole et des ONG ? (...) En début d'année, en pleine crise agricole et alors qu'il effectuait un déplacement au Brésil, Emmanuel Macron avait réaffirmé son opposition, qualifiant l'accord « *tel qu'il est aujourd'hui négocié* » de « *très mauvais accord, pour vous (le Mercosur, NDLR) et pour nous* ». Il avait alors appelé à bâtir « *un nouvel accord (...) responsable d'un point de vue de développement, de climat et de biodiversité* ». (...)

Il est désormais question de tordre le bras de Paris, du moins de mettre la France devant ses responsabilités. Cette volonté de passer en force s'explique par l'isolement croissant de la France sur le dossier. À l'exception de l'Autriche, les États membres réfractaires se sont ravisés. Elle est aussi une des conséquences de l'effritement du pouvoir d'[Emmanuel Macron](#) en France et de son aura en Europe. « *Qu'est-ce que Manu va faire vu l'état d'affaiblissement dans lequel il est ?* », interroge, à dessein, un fonctionnaire européen. Les syndicats agricoles sont, en tout cas, sur le pied de guerre. (...)

[Les Européens veulent tordre le bras de la France sur l'accord UE-Mercosur \(lefigaro.fr\)](#)

---

**«Die Idee, dass man dem Staat mit dem Tod noch etwas schuldet, ist vielen Leuten zuwider»**

Ist eine Erbschaftssteuer sinnvoll? Und müssten wir unser Steuersystem ganz grundsätzlich umbauen, wenn wir könnten? Ein Gespräch mit der Ökonomin Monika Büttler. (NZZ, entretien, 5 septembre, article payant)

*Extraits:*

(...) Ist Erben fair?

Das ist eine Frage der Perspektive. Ich habe eine Freundin, deren Eltern sich mit einem Gewerbebetrieb ein kleines Vermögen erarbeitet. Die Kinder konnten es sich daher leisten, weniger zu arbeiten. Bei einer Diskussion darüber, wie der Staat eine bestimmte Aufgabe finanzieren sollte, meinte sie irgendwann: «Man müsste einfach mit den Steuern rauf . . .» Und ich sagte: «Mit der Erbschaftssteuer!?» Da explodierte sie: «Das ist Diebstahl, das ist unfair!»

Am Ende geht es darum, wie man Eigentum definiert?

Ja. Der Streit darüber, ob Erben gerecht ist, dauert schon sehr lange. Genauso wie die Diskussion über die ökonomischen Auswirkungen einer Erbschaftssteuer. Eine interessante Debatte kommt aus den USA. Da war einerseits die Eigentumsgarantie immer zentral – gleichzeitig fand man, die dynastische europäische Gesellschaft führe ins Verderben. So hatten die USA lange eine sehr hohe Erbschaftssteuer. Es wurde unterschieden zwischen selbst erarbeitetem, sogenannt gutem Wohlstand und unverdientem, weniger gutem Wohlstand. Die Frage ist, ob die Eigentumsgarantie nicht auch einschliesst, selbst zu entscheiden, was nach dem Tod mit dem Vermögen passiert. (...)

Man verhält sich schon wie ein Erbe, bevor man einer ist? So geht die Schere auf zwischen Erben und Nichterben.

Ja, deshalb hatten die USA eine hohe Erbschaftssteuer: um die Chancengleichheit zu vergrössern. Geld ist allerdings nur eine Dimension des Erbens. Der Ökonom Milton Friedman meinte: Die angeborene Intelligenz, die Familiensituation, das Aussehen – all diese Dimensionen werden nicht besteuert. Er fragte: Wieso sollte man nur den Wohlstand besteuern? Ich finde dieses Argument gegen eine Erbschaftssteuer allerdings etwas gesucht. (...)

Mit Geld kann man andere Dimensionen kompensieren.

Bestimmt. Aber in Ländern wie der Schweiz braucht es kein Vermögen, um gute Startchancen zu haben. Ich würde behaupten: Unsere Kinder hatten nicht wegen des Geldes gute Startchancen – als sie klein waren, mussten wir finanziell noch zirkeln –, sondern weil sie ein stimulierendes Umfeld haben, weil sie gesund sind. Das lässt sich nicht steuerlich ausgleichen. (...)

Der Ökonom Thomas Piketty schlägt vor, dass alle mit 25 Jahren ein Erbe von 120 000 Euro bekommen sollten – so könne Chancengleichheit hergestellt werden.

Die Idee von Piketty hat etwas Bestechendes, mit 25 Jahren kommt das Geld allerdings zu spät. Falls überhaupt, müsste es vor dem Studium und den Weiterbildungen ausbezahlt werden und dürfte nur für bestimmte Dinge ausgegeben werden. Gute Schulen, insbesondere Primarschulen, und Zugang zu guter vorschulischer Betreuung sind viel grössere Hebel für Chancengleichheit als Umverteilung zu einem späteren Zeitpunkt. (...)

Okay, aber warum wird Leistung so stark besteuert?

Bei der Einkommenssteuer: weil es einfach messbar ist. Letztlich wird immer eine Leistung besteuert, manchmal einfach später und nicht immer bei der richtigen Person. Eigentlich müsste nicht Leistung besteuert werden, sondern Leistungsfähigkeit – Ihr Potenzial, wie viel Sie machen könnten. Freizeit gehört auch zur Leistungsfähigkeit, wird aber nicht besteuert. Steuern beeinflussen zudem das Verhalten der Leute, auch die Erbschaftssteuer: Wenn die Leistung beim Tod besteuert wird, kann das ein Anreiz sein, vorher weniger zu leisten und mehr zu konsumieren. (...)

Gibt es Länder, die es ganz anders machen als wir?

Gerade bei der Erbschaftssteuer sieht man die kulturellen Eigenheiten: Die nordischen Staaten haben keine Erbschaftssteuer, obwohl sie eine hohe Vermögenskonzentration haben, teilweise höher als in der Schweiz oder in Amerika. Dieser Vermögenskonzentration steht ein sehr grosszügiger Sozialstaat gegenüber. In vielen ärmeren Ländern ist der Staat zu wenig vertrauenswürdig, um überhaupt Steuern einzuziehen zu können. Tiefe Steuern sind daher oft das Resultat eines dysfunktionalen Staates. (...)

[Erbschaftssteuer: Die Ökonomin Monika Bütler im Interview \(nzz.ch\)](#)

---

## **Wirtschaftspolitik der Ampel: Deutschland ist ein schwacher Staat**

Die Regierung sollte Regeln des Zusammenlebens setzen und sichern. SPD, Grüne und FDP haben diese Kernaufgabe vernachlässigt. Es braucht wieder mehr Marktwirtschaft und weniger Interventionen. (FAZ, 4 septembre, opinion, article payant)

*Extraits:*

Die Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft – und des Ordoliberalismus als einer ihrer intellektuellen Wurzeln – kennen das Phänomen des schwachen Staates. Das ist ein Staat, der seine Kernaufgabe des Setzens und Sicherns von Regeln des Zusammenlebens vernachlässigt und stattdessen in Märkte und Lebenswelten der Menschen interveniert.

Dieser schwache Staat erzeugt mit der Vernachlässigung seiner Kernaufgaben Unsicherheit, und er beschneidet mit seinen Interventionen Freiheitsrechte der Menschen, die sich von diesem Staat gegängelt und bevormundet fühlen. Der starke Staat der Ordoliberalen respektiert dagegen Freiheitsrechte und er garantiert Regeln.

Der heutige Staat ist ein schwacher Staat – und deshalb wenden sich viele Menschen von den Parteien ab, die diesen Staat in der Regierung repräsentieren. Erhebliche Defizite in der Inneren Sicherheit, einer Kernaufgabe des starken Staates, sind vor allem das Ergebnis einer zunehmend als unkontrolliert wahrgenommenen Einwanderung. Sie erklärt sich unter anderem mit einem nicht konsequenten Schutz der Außengrenzen – einer weiteren Kernaufgabe eines starken Staates. (...)

Die Defizite in der Wahrnehmung der Kernaufgaben des Staates haben sich mit einer unseligen Neigung zur Intervention verbunden. Die Notwendigkeit einer Klimapolitik wird von einer Mehrheit der Menschen nicht bestritten, aber eine große Mehrheit lehnt eine auf Bevormundung und Bürokratisierung angelegte Klimapolitik aus gutem Grunde ab.

Seit Jahrzehnten werden in ökonomischen Lehrbüchern Wege beschrieben, die Kräfte der Freiheit und der Marktwirtschaft zu nutzen, um eine leistungsfähige Wirtschaft mit effizienter Klimapolitik zu verbinden. Davon wollten Grüne und [SPD](#) nichts wissen. Sie wollten vorschreiben, lenken, eine untaugliche Energiepolitik erzwingen.

Diese Politik, die sich nicht die Mühe machte, Menschen zu überzeugen und mitzunehmen, ist ebenso wie ihre Ratgeber auf eine spektakuläre Weise gescheitert. Viele Bürger haben jedoch nicht den Eindruck, die Regierung habe daraus irgendetwas gelernt. (...)

Eine weitere Ausprägung des schwachen Staates besteht darin, sich die Zustimmung der Bürger zu Interventionen in ihr Leben mit Geld – Transfers und Subventionen – zu erkaufen. Vornehmlich handelt es sich um Geld, das der Staat nicht besitzt. Auch in der Verteilung von Geld hat sich die Bundesregierung betätigt und sie würde sich darin noch weiter betätigen, wenn sie die Schuldenbremse nicht hinderte. (...)

Von verbliebenen Anhängern der Ampel heißt es, die Wahlergebnisse in Sachsen und Thüringen seien nicht repräsentativ für den Bund. Das mag heute so sein. Es ist allerdings dringend notwendig, dass sich die Bundesregierung der ordoliberalen Konzeption des starken Staates verschreibt: Das ist ein Staat, der auf die Einhaltung von Recht und Gesetz pocht und anstelle schädlicher Interventionen Freiheit und Marktwirtschaft Raum gibt. Ansonsten könnten am Abend der Bundestagswahl Sachsen und Thüringen repräsentativ für das gesamte Land werden.

[Kommentar nach den Landtagswahlen: Deutschland ist ein schwacher Staat \(faz.net\)](#)

### **For Volkswagen, the Bumpy Road to Electric Vehicles Starts to Hit Home**

Auto giant is considering cuts it has long avoided in Germany as it contends with tepid interest in a high-cost technology (WSJ, 4 septembre, article payant)

*Extraits:*

[Volkswagen's VOW -0.68%decrease; red down pointing triangle](#) suggestion that it might have to close a plant in Germany for the first time ever sets up a battle with its powerful union and highlights the mounting pressures on its namesake brand. (...)

However, a big bet on electric vehicles under former CEO Herbert Diess with products such as the ID.3 and ID.4 is another reason for today's weak profitability, according to analysts.

“There are plants dedicated to EVs that aren't producing at the levels expected and costs are out of whack,” said Bernstein analyst Stephen Reitman.

A few days before Volkswagen announced its December deal with the union, the German government unexpectedly canceled EV subsidies. The technology has struggled to win over fresh cohorts of buyers who may be wary of patchy public charging infrastructure and high prices.

EV sales in Germany, where Volkswagen is the market leader, fell by a fifth in the year through July, compared with the same period of 2023. (...)

Volkswagen can't easily dial back its profit-sapping EV investments or production because its cars need to meet much stricter European emissions standards starting next year. Its fleet carbon emissions last year were 24.2% higher than they will need to be in 2025, according to data collated by Bernstein, compared with 19.6% for Mercedes-Benz and 9.7% for [BMW](#). (...)

The company also needs to compete with lower-cost, faster-moving Chinese EV makers, not just in China but increasingly in Europe too. Chinese manufacturers have a cost advantage of as much as 30%, according to industry estimates. (...)

Other mass-market brands owned by the group, such as Skoda and SEAT, based in the Czech Republic and Spain, respectively, have reported higher margins than Volkswagen itself in recent years.

In his statement, Blume noted that “Germany in particular as a manufacturing location is falling further behind in terms of competitiveness.”

Labor costs in Germany are the highest in Europe, according to an analysis by the German Association of the Automotive Industry. A German auto worker cost roughly €62 an hour last year—equivalent to roughly \$68.50—compared with €23 for a Czech worker and €29 for a Spanish one. In Hungary, where BYD is building a factory to avoid European Union tariffs, auto workers are paid only €16 an hour.

Germany’s energy costs also have risen since the country lost access to cheap Russian pipeline gas as a result of the war in Ukraine. (...)

[For Volkswagen, the Bumpy Road to Electric Vehicles Starts to Hit Home - WSJ](#)

---

## **La crise de Volkswagen, «un État dans l’État», ébranle toute l’Allemagne**

Confronté à des coûts grandissants et à la concurrence chinoise, le constructeur centenaire pourrait pour la première fois fermer une usine dans son propre pays. Un séisme social et politique. (Le Figaro, 4 septembre, article payant)

*Extraits:*

L’emblème absolu de l’entrepreneuriat allemand est « *malade* » et sa « *charpente est en feu* ». Le récent constat dressé par le directeur de [la marque Volkswagen](#), Thomas Schäfer, est sur le point de se traduire concrètement et de conduire à briser un tabou au sein de l’industriel fétiche de l’économie rhénane. Pour la première fois dans l’histoire [quasi centenaire de l’entreprise](#), une usine du groupe pourrait fermer dans le pays. Et les garanties d’emploi accordées pour dix ans aux 684.000 salariés seraient remises en cause.

« *Cela ne se fera pas avec nous* », a prévenu Daniela Cavallo, la toute-puissante présidente du comité d’entreprise de Volkswagen, qui compte à lui seul 35.000 salariés et imprime sa marque au système de cogestion à l’allemande. Pour les collaborateurs de VW, la guerre avec la direction est quasiment déclarée. Il s’agit en l’occurrence d’une contre-attaque. (...)

« *En quatre-vingt-dix ans d’histoire, le 2 septembre marque un tournant. Depuis la fraude sur les moteurs Diesel, jamais un tel coup de tonnerre n’avait retenti à Wolfsburg* (le siège du groupe, situé en Basse-Saxe) », résumait mardi le quotidien des affaires *Handelsblatt*. (...)

Les opérations envisagées s’annoncent socialement et politiquement douloureuses. VW constitue un véritable État au sein de l’État allemand, dont l’ancien directeur des ressources humaines, Peter Hartz, est l’auteur des célèbres réformes de flexibilité du marché du travail initiées par le chancelier Gerhard Schröder. Depuis la création de la « voiture du peuple » (« Volkswagen ») par l’ingénieur Ferdinand Porsche sur ordre de Hitler, « *sa prospérité et son malheur se sont toujours reflétés dans la politique, avec laquelle elle est étroitement liée* », écrit Mark Schneider, auteur de *Volswagen. Une histoire allemande*. (...)

Aujourd’hui, le Land de Basse-Saxe est actionnaire de l’entreprise à hauteur de 10 %, et possède 20 % des droits de vote. 90 % du personnel est syndiqué chez IG Metall. Et le président de la région, le social-démocrate Stephan Weil (SPD), a prévenu : « *Grâce à des solutions alternatives, la question de la fermeture de sites ne devra pas se poser.* » Le gouvernement fédéral d’Olaf Scholz est lui-même placé face à un défi. (...)

Or, le poids du politique handicape le management de l’entreprise, conviennent les experts. « *Au sein du conseil de surveillance, où la Basse-Saxe et IG Metall détiennent respectivement 50 % et 20 % des voix, la politique*

garde la majorité. Résultat, les changements sont impossibles », ajoute Ferdinand Dudenhöffer, directeur du CAR. La marque filiale Skoda, relèvent les experts, qui ne souffre pas de ces contraintes, se révèle très profitable. (...)

« Nous et nos membres sommes prêts au combat, nous nous préparons à des négociations très dures », réplique au Figaro Steffen Schmidt, responsable des relations publiques d'IG Metall à Wolfsburg. Parallèlement aux restructurations annoncées, le puissant syndicat, inébranlable, prévoit toujours d'entamer un prochain round de négociations salariales pour 2024, exigeant une augmentation de... 7 %.

[La crise de Volkswagen, «un État dans l'État», ébranle toute l'Allemagne \(lefigaro.fr\)](#)

---

## **Ökonom Hans-Werner Sinn: «Deutschland richtet seine eigene Industrie zugrunde. Das werden andere Länder begrüßen, aber nicht kopieren»**

Der Ökonom Hans-Werner Sinn geht scharf mit der Energiewende und dem Dirigismus der Ampelregierung ins Gericht. Die wirtschaftlichen Auswirkungen einer möglichen Regierungsbeteiligung der AfD in Thüringen und Sachsen erachtet er hingegen als gering. (NZZ, entretien, 3 septembre, article payant)

*Extraits:*

Herr Sinn, fast täglich gibt es in Deutschland von linken Ökonomen scharfe Kritik an der [Schuldenbremse](#). Trägt sie tatsächlich zur Lähmung des Landes bei?

Staatsschulden sind eine Art Rauschgift für die Wirtschaft. Der Entzug schmerzt. Sie sind nicht gut für das Wirtschaftswachstum, weil sie private Investitionen verdrängen. Der Staat hat durch die Schulden zwar mehr Geld, doch Minister und Beamte wissen im Gegensatz zu privaten Investoren, die ihr eigenes Geld riskieren, nicht, was gute Investitionen sind.

Im Vergleich mit vielen anderen Industriestaaten ist Deutschland mit gut 60 Prozent gemessen am Bruttoinlandprodukt niedrig verschuldet. Ökonomen vermuten negative Auswirkungen für das Wachstum ab einer Schuldenquote von 90 Prozent.

Deutschland stabilisiert mit seiner Bonität und Schuldendisziplin die Währungsunion. Wenn es so [hohe Schuldenquoten](#) akzeptieren würde wie andere Länder, würden die Zinskosten und damit die Risikoprämien aller Länder ansteigen. Die EZB sähe sich dann wieder gezwungen, Staatsanleihen zu kaufen, damit Länder wie Italien nicht in Not geraten. Eine Rückkehr zur hemmungslosen Schuldenpolitik der letzten Jahre würde eine neue Teuerungswelle erzeugen.

Es gibt Vorschläge für eine Reform der Schuldenbremse. Kann man aus einer guten nicht eine noch bessere Schuldenbremse machen?

Die Vorschläge laufen alle auf eine [Lockerung](#) hinaus. Europa befindet sich aber immer noch in der Stagflation, also einer Situation mit schwachem Wachstum und Inflation. In dieser Situation sind Zusatzausgaben nicht gefragt; wir haben ja keine Unterbeschäftigung, in der die Konjunktur durch Nachfrageimpulse belebt werden könnte. (...)

Deutschland und auch grosse Teile der EU hatten lange Zeit auf eine liberale Wirtschaftspolitik gesetzt. Mittlerweile setzt man aber mehr auf Staatsinterventionen. Woran liegt das?

Erstens haben wir durch den Brexit einen Freihändler verloren. Grossbritannien war neben Deutschland ein Garant einer liberalen Handelspolitik. Jetzt gewinnen in der EU Merkantilismus und Dirigismus à la française die Oberhand. Der Dirigismus, den die EU mit ihrem [Verbrennerverbot](#) exerziert, passt nicht zur Marktwirtschaft. Und der Umweltnutzen ist nicht vorhanden.

Halten Sie den Umstieg auf das Elektroauto für falsch?

Ja, wenn er erzwungen wird. [Elektroautos](#) sind nicht CO<sub>2</sub>-frei, wie die EU behauptet. Mit der Batterie trägt jedes Auto einen schweren CO<sub>2</sub>-Rucksack, und der Auspuff ist zwar nicht am Auto festgemacht, steht aber

meistens ein paar Kilometer weiter im Kohlekraftwerk. Das Verbrennerverbot hat Deutschland zusammen mit anderen energiepolitischen Sünden in die Deindustrialisierung getrieben. (...)

Die deutsche Energiewende gilt als völlig verkorkst. Kann man jetzt noch etwas tun, um die Entwicklung zu korrigieren?

Das Verbrennerverbot ist sofort zu kippen und möglichst durch ein internationales Emissionshandelssystem zu ersetzen, an dem alle grossen Verbraucherländer der Welt beteiligt sind. Der eigene Kohleabbau sollte stattdessen unilateral zurückgefahren werden. Technisch müssen wir zurück zur Kernkraft, damit wir wieder niedrigere Strompreise bekommen. Man könnte einige der stillgelegten Reaktoren mit überschaubaren Kosten wieder in Betrieb nehmen. (...)

Wenn die EZB die Leitzinsen nun senken würde, würde sie das Problem dann wieder vergrössern?

Ja, natürlich. Mit einer Zinssenkung schürt eine Zentralbank das Feuer der Inflation. Auf die Zinssenkungen reagieren nicht nur die Firmen, sondern vor allem auch die Staaten mit neuer Verschuldung. Die Verschuldung erzeugt neue Nachfrage, was wegen der Energieknappheit und der demografisch bedingten Verminderung des Potenzials an gut ausgebildeten Arbeitskräften die Preise treibt. (...)

[Hans-Werner Sinn im Interview zu Deutschland, AfD, Elektroautos, Euro, Trump \(nzz.ch\)](#)

---

## Why It's So Hard for China to Fix Its Ailing Economy

A real estate collapse has made consumers cautious and businesses wary, as China confronts a crisis unlike any other since it opened its economy to the world. (NYT, 3 septembre, quelques articles gratuites / sem.)

*Extraits:*

In 2004, as China's economy was emerging as a global force, a group of researchers started conducting nationwide surveys asking Chinese people if they were better off financially than they were five years earlier.

The percentage who felt wealthier climbed when surveyed five years later and again in 2014, when it reached a high of 77 percent.

Last year, when respondents were asked the same question, that figure dropped to 39 percent.

The results of [that survey](#), titled "Getting Ahead in Today's China: From Optimism to Pessimism," speak to a new reality. China's economy is confronting a crisis unlike any it has experienced since it opened its economy to the world more than four decades ago. The [post-Covid rebound](#) that was supposed to bring the economy roaring back to life was more like a whimper.

A few years ago, Beijing resolved to wean its economy from its dependence on an overheated real estate market, a sector that had underpinned the savings of families as well as China's banking sector and local government finances. Now, the property sector is in crisis. [Developers collapsed](#), leaving behind huge debts, a trail of [failed investments](#), [unsold apartments](#) and lost jobs.

Chinese consumers, already prone to saving heavily, have become even more frugal. Businesses that endured the crippling impact of draconian Covid measures have cut salaries and scaled back hiring. Millions of college graduates joining the job market are [facing long odds](#) and poor prospects. And China's [population](#) has shrunk two years in a row. In a country where the majority of people had only known the economy to grow rapidly and living conditions to improve, [confidence is eroding](#). (...)

The Chinese government has signaled its alarm by restricting access to data about the markets and economy. Last year, it suspended releasing youth unemployment figures when the number reached record highs. It started [distributing the information](#) again this year, with a new methodology that lowered the figures.

To quell discussion of a major economic crisis, officials have warned some economists not to draw public comparisons between China's problems and the collapse of Japan's debt-fueled property bubble in the 1980s, which weighed on its economy for decades.

China's debt is difficult to ignore, however. (...)

For a vast number of young people, there are not enough jobs. In July, China's unemployment rate among 16- to 24-year-olds jumped above 17 percent, from 13 percent in June.

Winnie Chen graduated this summer with an auditing degree in Nanchang, a southeastern Chinese city. She took the civil service exam in March but didn't land a job, competing against hundreds of applicants for every available position.

She started looking for private-sector jobs. Ms. Chen messaged 1,229 companies on a job-seeking app and applied for 119 jobs in accounting, e-commerce, social media and other industries. After dozens of interviews, she said, she scored a few job offers — but all came with “absurd” conditions.

One job had a starting salary of \$380 a month, which she considered too low to live on. Another company offered her a position, but said she would have to work on public holidays and not get any days off in return. She was offered a position she was told was for a makeup artist, but declined after learning she would actually have to work in a nightclub.

“It feels like there are too many college graduates now, too many people but too few jobs,” Ms. Chen said, noting that many of her classmates were jobless. “The economy is in a bad state.” [Why It's So Hard for China to Fix Its Ailing Economy - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

---

### **Volkswagen Mulls German Plant Closures to Cut Costs**

Automaker is considering such moves amid fierce competition from European and Chinese rivals (WSJ, 3 septembre, article payant)

*Extraits:*

(...) Germany is a key battleground for established European automakers like [Mercedes-Benz Group MBG - 0.11%decrease; red down pointing triangle](#), [BMW](#) and others that Volkswagen has to compete with. At the same time, Volkswagen faces added pressure from Chinese carmakers gaining market share because of their aggressive pricing strategies and push for electric vehicles.

“The European automotive industry is in a very demanding and serious situation,” Chief Executive Oliver Blume said in a statement. “The economic environment became even tougher, and new competitors are entering the European market.”

Meanwhile, Germany is falling further behind in terms of competitiveness as a manufacturing hub and Volkswagen needs to rein in costs, Blume added. The group said plant closures could no longer be ruled out as simple cost-cutting measures wouldn't be enough to address the challenges Volkswagen is facing. (...)

[Volkswagen Mulls German Plant Closures to Cut Costs - WSJ](#)

---

### **Taxer les riches : l'éternelle rengaine socialiste**

La France serait l'un des pays qui persistent à rechigner à taxer les plus grandes fortunes. C'est la thèse d'un article publié par [Mediapart](#) il y a deux semaines. Un nombre non négligeable de pays occidentaux seraient prêts à mettre en œuvre une telle politique : Giorgia Meloni, présidente du Conseil italien ; Rachel Reeves, ministre des Finances britannique ; Kamala Harris, candidate démocrate aux élections présidentielles américaines. Au Brésil, le président Lula a poussé un projet de taxe sur les [milliardaires](#) dans l'agenda du G20, mais il n'a pas été acté par les ministres des Finances réunis. En Suisse, il est question d'une initiative des

Jeunes socialistes dans une longue série de tentatives maintes fois balayées dans les urnes par la population. Faut-il espérer voir cette idée prospérer en France ? (Contrepoints, 2 septembre, libre accès)

*Extraits:*

On est tous le riche de quelqu'un d'autre

Tout d'abord, le concept de riche est intrinsèquement subjectif et pose plusieurs problèmes lorsqu'il est utilisé pour formuler des politiques publiques ou des jugements moraux. Celui qui est considéré comme un riche dans un pays peut être perçu différemment dans un autre.

Prenons l'exemple le plus évident : une personne considérée comme riche dans un pays en voie de développement pourrait être classée comme appartenant à la classe moyenne dans un pays développé. Cela rend difficile l'établissement de critères objectifs pour déterminer qui est riche, super-riche ou [ultra-riche](#) » – on est tous le riche de quelqu'un d'autre d'une certaine manière – et donne un indice assez fort de l'arnaque conceptuelle.

Par ailleurs, ce concept ne tient pas compte des différences individuelles : une personne avec un revenu élevé peut aussi avoir des dettes importantes, des obligations financières lourdes, ou la responsabilité de plusieurs entreprises qui impliquent beaucoup de sacrifices. Nous pouvons prendre le cas des entrepreneurs ou des investisseurs dont les revenus sont élevés, mais volatils, ou qui réinvestissent la majeure partie de leurs gains dans leurs entreprises. L'appréciation de la richesse dépend aussi du niveau général des prix : c'est pourquoi le seuil international de [pauvreté](#) est actualisé de manière périodique par la Banque mondiale.

Si le concept de riche fonctionne aussi bien dans les discours les plus à gauche, c'est parce qu'il est suffisamment flou pour susciter de la révolte et créer un sentiment d'injustice, sans refléter toute la complexité de la réalité économique. (...)

[Taxer les riches : l'éternelle rengaine socialiste - Contrepoints](#)

---

**Jérôme Fourquet: «L'État-guichet, un modèle à bout de souffle dans une France qui a cessé de produire»**

Dans une étude publiée en exclusivité par Le Figaro, le directeur du département Opinion et stratégies d'entreprise de l'Ifop\* fait le constat de l'impasse absolue du modèle économique français. (Le Figaro, 2 septembre, tribune, article payant)

*Extraits:*

Tout se passe comme si [le modèle économique](#) qui s'était progressivement mis en place dans le pays depuis une quarantaine d'années arrivait aujourd'hui en bout de course et avait conduit à une impasse. Ce modèle que nous qualifierons d'étato-consumériste ou de stato-consumériste, a résulté de choix collectifs et politiques qui ont été effectués avec constance par les différentes majorités politiques qui se sont succédé au pouvoir. Ce modèle stato-consumériste repose sur deux postulats et piliers que sont, d'une part, l'extension permanente de la dépense et de la sphère publiques (financée par un niveau de prélèvements obligatoires le plus élevé de l'OCDE) et, d'autre part, [le primat accordé à la consommation](#) comme principal moteur économique, au détriment de la production.

Pour soutenir la consommation et maintenir vaille que vaille la croissance, les différents gouvernements n'ont cessé d'injecter de la dépense publique, via des investissements, un nombre de fonctionnaires et des budgets de fonctionnement des administrations en hausse ininterrompue, mais également par une protection sociale généreuse se doublant de la « politique du chèque ». Si cette injection constante d'argent public produit à court terme un effet dopant et soutient la consommation, le coût à long terme est faramineux avec [une spectaculaire augmentation de la dette publique](#), des marges budgétaires qui s'amenuisent et une bureaucratisation galopante, secrétée par une administration hypertrophiée, qui complexifie et pénalise au quotidien la vie des acteurs économiques et des citoyens.

Parallèlement, le choix sans cesse réitéré, quelles que soient les sensibilités politiques de nos dirigeants, de favoriser la consommation à la production, via l'entrée de plain-pied dans un système globalisé permettant d'offrir aux consommateurs français des produits à bon marché, a certes assuré la prospérité de [la grande distribution tricolore](#). Il a aussi permis d'apaiser quelque peu les tensions sociales en France du fait de l'accès d'une large partie de la population à la société de consommation. Mais le revers de la médaille est là aussi cuisant : une désindustrialisation massive du pays. De très nombreuses filières productives, lestées d'un haut niveau de prélèvement obligatoire et d'un carcan réglementaire de plus en plus incapacitant, n'ont en effet pas pu lutter à armes égales avec leurs concurrents étrangers. (...)

\**Dernier livre paru* : « *La France d'après : Tableau politique* » (Seuil, 2023).

[Jérôme Fourquet: «L'État-guichet, un modèle à bout de souffle dans une France qui a cessé de produire» \(lefigaro.fr\)](#)

---

## **Retraites, impôts, dette... Ces points rédhibitoires dans le programme du Nouveau Front populaire**

DÉCRYPTAGE - Sur tous les thèmes économiques ou presque, les autres partis, que ce soit le camp présidentiel, LR ou le RN, sont en opposition radicale avec l'alliance de gauche. De quoi rendre improbable la perspective d'un accord de gouvernement. (Le Figaro, 29 août, article payant)

*Extraits:*

(...) Au 1er septembre 2024, cela fera un an, jour pour jour, que la [réforme des retraites](#) impulsée par Emmanuel Macron est entrée en vigueur. Une réforme contestée que le NFP compte abroger au plus vite. Dans leur programme, l'alliance de gauche promettait «*d'abroger immédiatement le décret d'application de la réforme*» et de «*réaffirmer l'objectif commun d'un droit à la retraite à 60 ans*».

Les macronistes, qui ont obtenu de haute lutte l'adoption de leur réforme il y a un an, y sont évidemment opposés. L'hostilité est encore plus forte chez les LR, susceptibles de s'allier avec la majorité présidentielle. Si l'on en croit son programme pour les élections législatives de 2022, le parti de droite républicain souhaitait «*dégager des économies et sauvegarder le pouvoir d'achat des retraités en relevant progressivement l'âge de départ à la retraite de 62 à 65 ans, et en mettant fin aux régimes spéciaux issus d'un statut*». Mais la majorité présidentielle n'aura certainement d'autre choix que de mettre de l'eau dans son vin en ce qui concerne les retraites. Car [le NFP n'est pas seul à s'opposer à la réforme](#). Le RN, qui compte désormais 126 députés dans l'hémicycle, est également favorable à son abrogation et table lui aussi sur un éventuel abaissement de l'âge légal de départ à 60 ans. (...)

«*La nécessité de réduire la dette est un impératif qui doit être partagé par toutes les forces politiques*», alertait [Pierre Moscovici](#), premier président de la Cour des comptes, le 19 juin dernier. L'ancien ministre de l'Économie socialiste a-t-il été entendu par l'alliance de gauche ? Pas vraiment, si l'on considère les nombreuses dépenses prévues par la formation en cas d'accession au pouvoir. Smic à 1600 euros, retraite à 60 ans, rattrapage des postes manquants de fonctionnaires... Le programme du Nouveau Front populaire présenté lors de la campagne des législatives 2024 entraînerait un budget en déséquilibre qui augmenterait le déficit public de 179 milliards d'euros par an, selon [l'Institut Montaigne](#).

De quoi attirer les foudres de Bruxelles. Mais, dans son programme, le NFP revendique le «*refus du pacte de stabilité budgétaire*» pour le remplacer par un «*pacte européen pour le climat et l'urgence sociale*». Lucie Castets en a même remis une couche fin juillet dans *La Tribune Dimanche*, en arguant que le NFP «*n'a pas pour objectif premier de respecter le pacte de stabilité et de croissance*». Or, c'est bien ce texte communautaire qui maintient les plafonds de dette (60% du PIB) et de déficit publics (3% du PIB) à l'échelle de l'UE. En affirmant sa volonté de s'émanciper des règles européennes, l'alliance de gauche pourrait plonger le pays dans un flou budgétaire et acter l'isolement de la France dans le concert européen. Une perspective inconcevable pour le camp macroniste, qui n'a de cesse de revendiquer sa ligne pro-européenne. Et ce, alors même que la France a été épinglée par la Commission européenne au titre de [son «déficit excessif» en 2023](#). (...)

 **Clément Carbonnier, économiste : « Un budget d'austérité ne serait ni nécessaire ni bénéfique »**

Le professeur d'économie met en garde, dans une tribune au « Monde », sur les conséquences négatives de l'austérité liée aux décisions prises par l'actuel gouvernement démissionnaire qui pourraient même conduire à une récession. (Le Monde, 29 août, tribune, article payant)

*Extraits:*

(...) S'enfoncer dans l'austérité n'augure rien de bon pour les années à venir. A l'heure où les économies occidentales montrent des signes de ralentissement et où les ménages n'ont toujours pas récupéré de la récente période d'inflation, une austérité budgétaire ne pourrait que pousser à la récession. Celle-ci, par les baisses de production, entraînerait des pertes d'emplois et donc de revenus monétaires pour les ménages, de la même manière que les politiques d'austérité à partir de 2010 avaient fait replonger l'économie mondiale dans une seconde phase de crise.

De plus, l'effet négatif de l'austérité sur les ménages ne serait pas que monétaire : l'importance des services publics dans les conditions de vie ne doit pas être oubliée. Plus les services publics se dégradent et plus les ménages doivent puiser dans leurs ressources pour compenser, souvent seulement en partie, en achetant des services sur les marchés privés. Dans ce sens, le piège est en train de se refermer sur la France car il est bien plus aisé de détériorer les services publics que de les améliorer. (...)

S'enfoncer dans l'austérité n'augure rien de bon pour les années à venir. A l'heure où les économies occidentales montrent des signes de ralentissement et où les ménages n'ont toujours pas récupéré de la récente période d'inflation, une austérité budgétaire ne pourrait que pousser à la récession. Celle-ci, par les baisses de production, entraînerait des pertes d'emplois et donc de revenus monétaires pour les ménages, de la même manière que les politiques d'austérité à partir de 2010 avaient fait replonger l'économie mondiale dans une seconde phase de crise.

De plus, l'effet négatif de l'austérité sur les ménages ne serait pas que monétaire : l'importance des services publics dans les conditions de vie ne doit pas être oubliée. Plus les services publics se dégradent et plus les ménages doivent puiser dans leurs ressources pour compenser, souvent seulement en partie, en achetant des services sur les marchés privés. Dans ce sens, le piège est en train de se refermer sur la France car il est bien plus aisé de détériorer les services publics que de les améliorer.

[Clément Carbonnier, économiste : « Un budget d'austérité ne serait ni nécessaire ni bénéfique » \(lemonde.fr\)](#)

---

### **Kamala Harris's 'Joyful' War on Entrepreneurs**

When Democrats talk about boosting the middle class, what they mean is government employees. (WSJ, 26 août, opinion, article payant)

*Extraits:*

(...) Rather than try to make it easier for businesses to succeed—say, by reducing taxes or easing regulations—Democrats want to do the opposite. They call for “leveling the playing field” and “growing the middle class out,” euphemisms for taxing success so government can hand out money. But government doesn't create wealth. People do.

While business success isn't zero-sum, government growth can be. Its expansion makes it more difficult for business to thrive. The result is fewer jobs, lower wages and less tax revenue, which finances essential public services such as law enforcement and the “safety net” for the indigent. (...)

“As long as we look to legislation to cure poverty, or to abolish special privilege,” Henry Ford once observed, “we are going to see poverty spread and special privilege grow.” That’s the joyous future Americans can expect during a Harris presidency.

[Kamala Harris’s ‘Joyful’ War on Entrepreneurs - WSJ](#)

---

## **Eine «schreckliche Idee»: Das Werben von Kamala Harris für Preiskontrollen wird scheitern. Warum sie dennoch darauf setzt**

Ihr wirtschaftspolitisches Rezept stammt aus dem Giftschränk der Ökonomie. Das scheint die Demokratin aber nicht zu stören. (NZZ, 26 août, opinion, article payant)

*Extraits:*

(...) Das kam nicht gut an. Der von Kamala Harris gemachte Vorschlag, mit Preiskontrollen gegen «Wucher» bei Lebensmitteln vorzugehen, sorgt für Irritation. Selbst Medien wie [CNN](#) oder die «Washington Post», die eigentlich stramme Unterstützer von Harris sind, können der Idee nichts Gutes abgewinnen. Von Populismus ist die Rede, auch von Trickseriei. Ob Harris damit die Wähler überzeugen könne, bleibe offen, [schreibt die «Washington Post»](#) – «aber wenn eine solide Wirtschaftsanalyse noch immer wichtig ist, wird das nicht der Fall sein».

Die Demokraten sind bemüht, [die Sache herunterzuspielen und möglichen Schaden zu minimieren](#). Es gehe Harris nur darum, den Kapitalismus in Leitplanken zu halten, heisst es. Ausserdem solle man nicht zu viel aus dem wirtschaftspolitischen Programm herauslesen. Doch der Geist ist aus der Flasche. Nimmt man die demokratische Präsidentschaftsanwärterin beim Wort, scheint sie das Problem gestiegener Nahrungsmittelpreise vor allem als Folge unternehmerischer Gier und Preistreiberei zu sehen. (...)

So falsch die Analyse der hohen Teuerung bei Lebensmitteln ist, so falsch ist auch das empfohlene Rezept. Denn Preiskontrollen, wie sie Harris in ihrem Programm anregt, kranken an vielen Problemen:

- Stochern im Nebel. Niemand kennt den «richtigen» Preis. Weil das so ist, überlässt man die Preisfindung am besten dem Wettbewerb. Denn sollte eine Firma einen übertrieben hohen Preis verlangen und entsprechend satte Gewinne kassieren, dürfte rasch ein Konkurrent einen tieferen Preis anbieten, um die Nachfrage auf sich zu ziehen. Das wird sich bei funktionierendem Wettbewerb so lange fortsetzen, bis ein Preis erreicht ist, bei dem das Produkt gerade noch knapp profitabel, also ohne Verlust, angeboten werden kann.
- Überforderte Bürokratie. Wenn anstelle des Wettbewerbs der Staat den Preis fixiert, fehlen das Signal und die Schwarmintelligenz des Marktes. Das führt zu Überforderung. Denn wie sollen Bürokraten die Kosten, Löhne, Lieferverträge, Marketingstrategien und Vertriebskanäle der Firmen kennen? Wie sollen sie die Einhaltung der Preise kontrollieren und Verstösse bestrafen? Und wie sollen sie die regional unterschiedlichen Verhältnisse einberechnen? Das läuft auf Planwirtschaft hinaus – und hat noch nie funktioniert.
- Anfälligkeit für Willkür. Nur weil etwas unmöglich ist, heisst das nicht, dass sich Politiker die Sache nicht dennoch zutrauen. Denn auch Unmögliches bietet Chancen. So erlauben Preiskontrollen den Aufbau mächtiger Verwaltungsapparate. In diesen verhandeln dann Bürokraten über die «richtige» Höhe der Preise, zusammen mit Politikern und Firmen, die dafür weibelnd, dass ihre Wähler und Branchen vorteilhafte Preise erhalten. Solches Lobbying beziehungsweise Rent-Seeking ist teuer, ineffizient und anfällig für Willkür.
- Verzerrung der Marktes. Das ökonomisch wichtigste Argument gegen Preiskontrollen sind aber nicht überforderte Bürokraten oder umtriebige Lobbyisten. Schwerer wiegt die Verzerrung der Märkte. Wenn die Politik nach eigenem Gutdünken die Preise bestimmt, signalisieren die Preise nicht länger Knappheiten. Die Folge ist, dass die Märkte ins Ungleichgewicht kippen. Das gilt unabhängig davon, ob

Regierungen einen Mindestpreis oder einen Höchstpreis fixieren. Der Wohlstand des Landes sinkt in beiden Fällen.

- Schädliche Höchstpreise. Kamala Harris zielt mit ihrer Kritik an Supermärkten auf Höchstpreise. Doch Produzenten, die zu diesem Preis ihre Kosten nicht mehr decken können, werden sich zurückziehen, das Angebot sinkt. Demgegenüber wird die Nachfrage dank tieferen Preis steigen. Es kommt zu einer Übernachfrage. Das zeigt sich auch bei Mietpreisdeckeln. Sie verschärfen die Knappheit, weil der Anreiz zum Bau neuer Wohnungen sinkt, die Nachfrage nach den günstig gehaltenen Wohnungen aber steigt.
- Viele Umgehungsmöglichkeiten. Regulierungen führen dazu, dass Betroffene den Schaden zu minimieren versuchen. Das kann über einen Qualitätsabbau erfolgen. Als im Zweiten Weltkrieg in den USA ein Höchstpreis für Fleisch galt, mischten Metzger den Hamburgern mehr billiges Fett bei. Eine Alternative sind Schwarzmärkte. Wenn der Benzinpreis niedrig gehalten wird und sich lange Schlangen vor Tankstellen bilden, entstehen Schwarzmärkte, wo man zwar mehr zahlt, das Benzin aber sofort und in gewünschter Menge erhält.
- Reine Symptombekämpfung. Staatliche Preisgrenzen sind reine Symptombekämpfung. An den hohen Preisen zugrunde liegenden Problemen, etwa einer zu expansiven Finanz- oder Geldpolitik, ändern sie nichts. Das zeigte sich, als US-Präsident Richard Nixon 1971 mit einem 90-tägigen Einfrieren der Preise und Löhne die Inflation entschärfen wollte. Als die Massnahme aufgehoben wurde, entlud sich die aufgestaute Inflation sofort wieder. Die Aussicht auf solche Preissprünge macht es schwierig, einmal verfügte und als temporär geplante Preiskontrollen wieder aufzuheben.

(...) Der Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff bezeichnet Harris' Plan als [«schreckliche Idee»](#).

[Preiskontrollen: Warum Kamala Harris diese brandgefährliche Idee propagiert \(nzz.ch\)](#)

---

## The Year Politicians Turned Their Backs on Economics

On taxes, deficits and prices, Trump, Biden and Harris all seem determined to trash as many economic principles as possible (WSJ, 24 août, opinion, article payant)

*Extraits:*

It's too soon to predict the winner of November's presidential election, but not too soon to predict the loser: economics.

Economists routinely advise [against price controls](#), tariffs, discriminatory taxes and wider budget deficits. [Donald Trump](#), [Joe Biden](#) and [Kamala Harris](#) are entertaining some or all of them.

Of course, no one expects economic principles to always take precedence over other priorities. And there are times when price controls, [tariffs and deficits](#) are actually good economic policy.

But the candidates haven't just demoted economic principles this year; they've jettisoned them altogether. It's as if they wanted to flip the bird at the economic establishment.

“Doesn't anyone listen to economists anymore?” asked Columbia University economist Glenn Hubbard, who chaired President George W. Bush's Council of Economic Advisers. “Economists don't seem very involved in either campaign or in internal decisions in recent administrations.”

Sure, these ideas look politically shrewd. But if implemented, they may come back to haunt a future president who learns just how harmful or impractical they are. (...)

These ideas aren't inherently bad, but boy, they're expensive. The Committee for a Responsible Federal Budget estimates Harris's promises, beyond those already made by Biden, cost about \$1 trillion over a decade; Trump's Social Security tax repeal would cost at least \$1.6 trillion.

The U.S. budget deficit is already close to a record outside wars and crises, and these plans would make it worse. There are times when it's OK, even necessary, for the government to borrow more: at war and in crises, and when inflation and interest rates are low. None of those things are true now.

The political types will say not to worry; a few bad ideas are worth electing a good candidate, and besides, many won't be enacted.

But some will. In December 2020, Trump called for a new round of \$2,000 stimulus checks, which even at the time [looked excessive](#). The Democratic candidates in Georgia's Senate runoff elections picked up the call. After they won, new checks became a centerpiece of Biden's stimulus and helped fuel the inflation that haunts him, and Harris, now.

[The Year Politicians Turned Their Backs on Economics - WSJ](#)

---

### **Down from the mountain : Jerome Powell (almost) declares victory over inflation**

The Federal Reserve chairman strikes a notably doveish tone (The Economist, 24 août, article payant)

*Extraits:*

For economists and investors accustomed to staring at charts, the jagged peaks of the Teton mountains possess more than a passing resemblance to financial trend lines. They also form the backdrop to one of the year's most keenly awaited central-bank speeches: annual reflections by the chair of the Federal Reserve at a conference hall in Jackson Hole, located in the valley below the Teton range. On August 23rd Jerome Powell did not disappoint. He made clear that having raised interest rates as sharply as any of the slopes in the distance, the central bank was now ready to begin the descent.

Mr Powell's speech came closer than any of his previous remarks to a declaration of victory over the inflationary surge in the wake of the covid-19 pandemic, even if he could not bring himself to put it quite so bluntly. Inflation is "on what increasingly appears to be a sustainable path to our 2% objective," he said. But keeping prices stable—defined by the Fed as that magical level of a 2% annual increase—is just one part of its dual mandate. The other part is maximum employment, and this is where Mr Powell said his worries now lay. "The upside risks to inflation have diminished. And the downside risks to employment have increased," he said.

For a central bank more concerned about the outlook for the job market than inflation, the prescription is easy enough: start loosening monetary policy. "The direction of travel is clear," said Mr Powell. What is less clear is the pace of travel. (...)

Mr Powell also used his speech as a partial rebuttal of those who criticise the Fed for being too slow to raise interest rates in 2022. He reminded the audience of central bankers and eminent economists from around the world just how unusual economic conditions had been during the pandemic, and how most had assumed that surging prices would be transitory, fading away as supply chains healed and stimulus-driven demand slowed. "The good ship *Transitory* was a crowded one," he said. "I think I see some shipmates out there today," he added to much laughter, before explaining how the Fed had moved with alacrity when it became evident that inflation was proving to be persistent. (...)

[Jerome Powell \(almost\) declares victory over inflation \(economist.com\)](#)

---

### **Rettungsaktionen: Warum der Staat kein guter Unternehmer ist**

Die Politik hat mit ihren Einstiegen schon häufig daneben gelegen. Ökonomen warnen vor Fehlentscheidungen und Marktverzerrungen – auch im Fall der Meyer Werft. (FAZ, 23 août, article payant)

*Extraits:*

(...) [Clemens Fuest](#), Präsident des Münchner Ifo-Instituts, sagt mit Blick auf die Entwicklungen bei der Meyer Werft: „Grundsätzlich sollte der Staat Unternehmen, die vor der Insolvenz stehen, nicht retten.“ Ausnahmen könne man rechtfertigen, wenn in einer gesamtwirtschaftlichen Krisensituation die Funktion der Kapitalmärkte gestört sei. „Im Fall der Meyer Werft trifft das aber nicht zu“, stellt Fuest klar. „Man kann hier höchstens sicherheitspolitische Gründe anführen. Damit lässt sich aber nicht rechtfertigen, den Teil der Werft staatlich zu stützen, der Kreuzfahrtschiffe baut.“ Aktionäre und Banken dürften nicht aus der Haftung entlassen werden, mahnt der Ökonom.

Monika Schnitzer, die Vorsitzende des Sachverständigenrats, der die Bundesregierung in wirtschaftspolitischen Fragen berät, ist „grundsätzlich skeptisch“ bei Beteiligungen, die nicht strategisch bedeutsam oder sicherheitsrelevant sind. „Oft werden Beteiligungen, die zur kurzfristigen Rettung gedacht waren, zu lange gehalten, wie das Beispiel Commerzbank zeigt“, kritisiert sie. „Und es wird auf unternehmerische Entscheidungen in einer Weise Einfluss genommen, die nicht auf die langfristige Überlebensfähigkeit des Unternehmens, sondern auf die kurzfristigen Interessen der Beschäftigten ausgerichtet ist, wie im Fall von [VW](#).“ Das Land Niedersachsen hält 20 Prozent der Stimmrechte an Deutschlands größtem Autohersteller. Zur Meyer Werft sagt Schnitzer: „Ökonomisch überzeugend ist dieses staatliche Engagement in einem Unternehmen, dessen Kerngeschäft im Bau von Kreuzfahrtschiffen besteht, nicht.“ Es bestehe kein strategisches oder sicherheitspolitisches Interesse des Staates.

[Meyer Werft: Sollte der Staat Unternehmen vor der Insolvenz retten? \(faz.net\)](#)

---

### **Ökonom Joachim Ragnitz: „Der Osten wird nie an das Westniveau herankommen“**

Die wirtschaftliche Ungleichheit wird es für ewige Zeiten geben, sagt der Ökonom Joachim Ragnitz. Dafür seien die Standortbedingungen im Osten zu unterschiedlich. Das Erstarken von AfD und BSW sei trotzdem nicht wirtschaftlich zu erklären. (FAZ, 23 août, entretien, article payant)

*Extraits:*

(...) Manche Ostdeutsche sehen als großen Nachteil, dass die Vermögen zwischen West und Ost sehr ungleich verteilt sind.

Es wird zunehmend gesagt, es sei eine Ungerechtigkeit. Manche kommen mit der Idee des Grunderbes oder ich weiß nicht was alles. Aber die Vermögensverteilung, die ist halt so aus historischen Gründen. Die werden sie auch mit einem Grunderbe von 20.000 Euro nicht verändern können. Da muss man sich wahrscheinlich mit abfinden, dass es die Ungleichheit für ewige Zeiten geben wird. (...)

In Westdeutschland wurden früher rechtsextreme Parteien stark, wenn es wirtschaftlich schlecht lief. Sind wirtschaftliche Schwierigkeiten der Grund für die erwarteten Wahlerfolge der [AfD](#) oder des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) im Osten?

In vielem ist das Frust über die Ampel-Regierung in Berlin. Aktuelle wirtschaftliche Schwierigkeiten, die jetzt irgendwie hochpoppen, sehe ich nicht. Die AfD-Stärke ist ja eigentlich flächendeckend. Das verfestigt sich doch schon seit zehn Jahren. Die AfD ist ganz stark in Thüringen und in Sachsen und im Süden Brandenburgs. Das sind teilweise strukturschwache Regionen, teilweise aber auch nicht. Mit akuten wirtschaftlichen Krisen können sie es nicht begründen. Wir haben analysiert, ob die Stärke der AfD mit der Einkommenshöhe in einer Region zusammenhängt. Da kommt heraus, dass es ist nicht unbedingt eine tatsächliche Benachteiligung der Region ist, wo die AfD hochkommt. Es ist, was die Einkommen angeht, eher eine gefühlte Benachteiligung und die Sorge um den Verlust des bisherigen Status. (...)

Ist das Erstarken an den politischen Rändern ein Standortnachteil für Ostdeutschland?

Die Unternehmer, die von außen kommen, haben eine langfristige Perspektive. Die werden im Zweifelsfall sagen, AfD, BSW, das läuft sich tot. Wenn ich mich hier für 25 Jahre engagiere, dann ändern die politischen Mehrheiten sich so oder so immer wieder mal. Insoweit spielt das wahrscheinlich keine Rolle. Hinzu kommt,

dass für Unternehmen eine Vielfalt von verschiedenen Standortfaktoren wichtig ist. Da sind die politischen Ränder vielleicht ein Faktor unter vielen, der aber möglicherweise langfristig auch nicht so die Rolle spielt.

Also schreckt der politische Extremismus nicht ab?

Ich sehe einen indirekten Effekt. Wenn Unternehmen in den Osten wollen, brauchen sie Arbeitskräfte, die es hier nicht gibt. Die müssen also aus dem Ausland oder aus anderen Regionen zuwandern. Wenn Unternehmen vermuten, dass sie keine Arbeitskräfte bekommen, weil niemand da hinzieht, wo der rechte Rand stark ist, dann hat man tatsächlich einen negativen Einfluss. Es gibt Regionen wie Landkreis Görlitz, Landkreis Bautzen, Sächsische Schweiz. Für die wird es schwieriger, Investoren zu kriegen, weil dort die Rechten relativ stark sind und die Ausländerfeindlichkeit relativ hoch ist. Für Dresden spielt das keine große Rolle und für Leipzig sowieso nicht, für Jena nicht, für das Berliner Umland wahrscheinlich auch nicht. Aber gerade in den peripher gelegenen Regionen kann es im Endeffekt was Negatives sein. (...)

[Ostdeutschland: „Der Osten wird nie an das Westniveau herankommen“ \(faz.net\)](#)

---

### **A Nation of Workaholics Has a New Fixation: Working Less**

Fresh statistics are blowing a hole in Germany's reputation for hard work as a new generation discovers the joys of taking it easy (WSJ, 22 août, article payant)

*Extraits:*

BERLIN—Germany invented the Protestant work ethic. Now it is falling out of love with the grind.

Germans worked 1,343 hours on average last year, less than anyone else in the OECD, a club of 38 rich nations. Germans also took 19.4 sick days last year, according to the Techniker Krankenkasse, the country's largest health insurer, the highest number ever recorded.

Ending a decadeslong hiatus, trade unions have begun pushing for shorter working hours—not just higher pay. Coaches, sociologists, and organization consultants are extolling the virtues of putting one's feet up as a cure for burnouts, broken families, low productivity and even climate change.

“The younger generations, they're not as narrowly socialized in this Protestant work ethic as their parents. They've seen through them the awful impact it is had,” says Margareta Steinrücke, co-author of “Work less, live more,” a book that came out earlier this year. “So they tell their parents, the politicians, sorry, we're not doing this any more.”

Some Europeans bristle at national stereotypes. Many lean into them. The French think of themselves as food and sex connoisseurs. Italians often claim privileged insight into fashion, coffee and the opera. And many Germans see themselves as highly functional workaholics.

The source of that cliché is lost in time, but in his 1904 book “The Protestant Ethic and the Spirit of Capitalism” sociologist Max Weber painted the reformation as a major driver of wealth creation in Northern Europe.

Germany might even have invented the motivational sticker: So-called proverb towels were all the rage in late 19th-century kitchens, featuring embroidered slogans— “With Joy Do your Duty,” or “Work is a Woman's Ornament”—designed to discourage domestic idleness. (...)

The trend is perplexing economists and politicians, who worry that the bout of nonchalance may bode ill for a stagnant economy that is experiencing its worst labor shortage in recent history.

“People in France, in Italy and elsewhere, they work a lot more than we do,” Finance Minister Christian Lindner complained earlier this year as he unveiled tax incentives to “make Germans fall back in love with overtime.”

In German, the virtue of hard work is known as *Fleiß*, which can translate as diligence or industriousness. *Fleiß* shaped the political conversation during the eurozone debt crisis of 2010, when many

German voters resented having to bail out their Greek cousins who retired at 57 and, going by the news footage, seemed to spend their lives sipping espresso on cafe terraces.

Fast-forward to today and the average Greek worked 1,897 hours last year, according to the OECD, 554 hours more than the average German. Greeks now retire at 67, and a new law allowing a six-day workweek went into force last month.

Meanwhile in Germany, 50 companies are piloting a four-day week for a study by the University of Münster aiming to determine whether less work and full pay might be appealing to workers. The EU expects the Greek economy to grow by 2.2% this year while the German economy hasn't grown since 2019. (...)

Some economists say Germany's bruising skills shortage and near full-employment are both why Germans shouldn't take it easy—and why they can.

“People always wanted to work less, but now they can do so,” said Enzo Weber, head of forecasting and economic analysis at the Institute for Employment Research, a government think tank. “The tight labor market has shifted the employer-employee balance of power.”

[A Nation of Workaholics Has a New Fixation: Working Less - WSJ](#)

---

### **The Harris Plan to Lower Your Wages**

The Vice President wants to raise the corporate tax rate from 21% to 28%, which will ultimately be paid by workers. (WSJ, 22 août, opinion, article payant)

*Extraits:*

The Democratic team that brought you declining real wages is now threatening to lower your pay again. That's the practical effect of [Kamala Harris](#)'s idea to raise the U.S. corporate tax rate to 28%, and it's instructive that an anti-growth tax increase is one of the Vice President's few distinctive policy priorities so far.

Ms. Harris's endorsement Monday of a 28% rate, up from the current 21%, signs onto what President Biden has been proposing. A Harris campaign spokesperson told the press the idea is “a fiscally responsible way to put money back in the pockets of working people and ensure billionaires and big corporations pay their fair share.”

That statement wouldn't survive a polygraph on the economics. President Trump and Congressional Republicans in 2017 lowered the corporate rate from 35%, which was among the highest in the world at the time. (...)

The current U.S. corporate rate is above 25% when state corporate taxes are included, and the Harris increase would again make the U.S. a world outlier at above 30%. The OECD statutory average is a little north of 23%, and the European Union's is lower at roughly 21%, according to the Tax Foundation. The average in Asia? About 19%. (...)

[The Harris Plan to Lower Your Wages - WSJ](#)

---

### **Workers v bosses: the right is obsessed with zero-sum rows over trade union power. Starmer is right to ignore them**

Labour's radical employment rights strategy is risky – but, if successful, it could fundamentally change Britain and its economy (The Guardian, 22 août, libre accès)

*Extraits:*

“I believe in management's right to manage – and I also believe in the trade unions' right to stop them.” This combative adage has always been attributed in my experience to Hugh Scanlon, who went from being one of

the last of the overmighty trade union barons in the turbulent Britain of the 1970s to spending his later years as an actual baron of the realm before his death in 2004.

The words certainly represent Scanlon's generally irreconcilable view of industrial relations under capitalism, as I can confirm from an expensive lunch I once had with this deeply interesting man in the 1980s. Many on the Marxist left of Scanlon's era would have agreed with his words, the miners' leader Arthur Scargill among them. And there are some union activists who still subscribe to them today.

Keir Starmer's [Labour](#) government is emphatically not in the business of encouraging this approach. Quite the contrary. The watchword of the industrial relations section of Labour's election manifesto this year was not conflict but its very opposite: partnership. The emphasis on partnership is central to the agreement that Labour and the unions crafted before the election, in its "new deal for working people".

Look inside the new deal document and you will find a menu of strengthened employment rights on issues such as zero-hours contracts, parental leave and unfair dismissal protections. Each one of them has strong public support and strong union support. But you will also find a commitment to "a new partnership with business and trade unions" to achieve them, as well as the promise of "a new era of partnership" to put an end to the wave of strikes that marked the Sunak government's final months. (...)

For too many years, both sides of the divide have preferred a more zero-sum approach. Too many employers have simply been anti-union as well as indifferent to their workforces. Too many unions have seen industrial action as the only way to get what they want. It is why some on the employer side hark back so often to the Thatcher years, and some on the union side to the days when the law was largely kept out of industrial relations. And it is why some on both sides are so slow to change. (...)

Labour's employment agenda is very radical. But it is not radical in the old, zero-sum way that the Daily Mail and others like to pretend. It is radical in a new way, a way embodied in the emphasis on partnership. If it is successful, the Labour approach has the potential to push aside much of the old thinking about work and the old assumptions about what makes a good business.

It is far from clear that all those involved quite grasp the scale of what they are wrestling with. The question is whether economic partnership is possible. If Labour fails, a further slide back into old-style industrial unrest could easily follow. But if Labour succeeds, it may change Britain and its economy in ways that few of us, and certainly not Hugh Scanlon, would have believed possible.

[Workers v bosses: the right is obsessed with zero-sum rows over trade union power. Starmer is right to ignore them | Martin Kettle | The Guardian](#)

### **Muddled and misguided : Kamala Harris's cost-of-living plan will end in failure**

She is the latest presidential candidate to embrace self-defeating economics (The Economist, 21 août, article payant)

*Extraits:*

It is easy enough to understand what is motivating Kamala Harris's economic strategy. Poll after poll demonstrates that many Americans consider the cost of living to be their [main concern](#) heading into the election in November, and Ms Harris [starts on the back foot](#), having served as vice-president during a time when inflation soared to a four-decade high. Rather than gloss over this ugly reality, she is trying to confront it. "Lower costs for American families" is the centrepiece of her economic agenda, a message she is likely to deliver again on August 22nd, in a speech to the Democratic National Convention.

But just because her strategy is understandable does not make it sensible. Her prescriptions risk taking America further down the road of self-defeating economic policies. The blame for this trajectory is certainly not Ms Harris's alone: many other Democrats and Republicans, starting with Donald Trump, have already been pushing in such a direction, albeit with different emphases. Nevertheless, Ms Harris's cost-of-living plan may open a

new phase in the worrying odyssey. She takes aim at four categories of costs: housing; groceries; medical; and taxes. Although some of her ideas are good and helpful, many more would end up weighing on growth and driving up prices—the exact opposite of their intended effect. (...)

Ms Harris's plan on groceries has come in for the sharpest criticism. She wants to pass the first-ever federal ban on price gouging on food and groceries. This may not herald a return to the price controls witnessed under President Richard Nixon in the 1970s, but the intellectual underpinning for such a policy is nonetheless half-baked. A common charge of the left-wing of American politics is that companies fuelled inflation during the covid-19 pandemic by taking advantage of shortages to jack up prices. But researchers with the Federal Reserve have concluded that there was no evidence of higher mark-ups at the aggregate level, which would have been a precondition for pricing decisions to truly cause inflation. Moreover, higher prices for everything from cars to ham served as a crucial signal to firms to make more and to consumers to curb demand. (...)

The final part of Ms Harris's economic strategy involves targeted tax cuts. (...) These tax cuts would not come in isolation, however. America's budget deficit is running at about 7% of GDP, a level previously associated with wars or recessions, while the national debt is continuing to climb higher. Neither of the candidates has offered any serious proposals about how to clean up the country's fiscal picture, and would in all likelihood make it worse. (...)

Indeed, one of the best things that can be said for Ms Harris's economic agenda is that it will probably be less damaging than Mr Trump's. (...)

"Trump really seems to think that we'd be better off as an autarkic economy," says Greg Mankiw of Harvard University. "The worry for Harris is that she helped to implement industrial policy with a lot of buy-American rules, so it seems she's bought into the anti-globalisation stuff to some extent." "Not as bad as the other candidate" would be a poor campaign slogan. It is, however, an accurate summary of Ms Harris's economic plans. ■

[Kamala Harris's cost-of-living plan will end in failure \(economist.com\)](#)

---

## **Gastbeitrag von Rhein: Respekt vor Leistung schafft Gerechtigkeit**

Das Gefühl wachsender Ungerechtigkeit untergräbt das Vertrauen in die Demokratie. Für unseren Zusammenhalt brauchen wir daher die Gewissheit, dass sich Leistung lohnt. Die Agenda des hessischen Ministerpräsidenten in fünf Punkten. (FAZ, 21.08.2023, tribune, article payant)

*Extraits:*

Mehr als 60 Prozent unserer Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, dass sich Leistung nicht mehr lohnt. Dieser Befund einer aktuellen Umfrage berührt ganz unmittelbar ein fundamentales gesellschaftliches wie politisches Ziel: [Gerechtigkeit](#). Denn der Umgang mit Leistung – wird sie wert- oder gering geschätzt – ist entscheidend für die Antwort auf die Frage: Wie gerecht ist unser Land?

Hier ist in den vergangenen Jahren manches aus dem Gleichgewicht gekommen. Bürgergeld und Wohngeld steigen, während die Anreize für Arbeit und Leistung sinken. Über fünf Millionen Menschen in Deutschland – darunter viele, die eigentlich arbeiten könnten – haben sich arbeitslos gemeldet und beziehen Bürgergeld. Auch die Zahl der Wohngeldbezieher hat sich durch die Erhöhung im letzten Jahr bereits verdreifacht. Trotzdem soll das Wohngeld erneut steigen. Damit steigt auch der Frust derjenigen, die jeden Tag Arbeitsleistung erbringen, statt Sozialleistung zu beziehen.

Die Verantwortung dafür liegt nicht bei denen, die falschen Anreizen folgen. Sie liegt bei denen, die falsche Anreize setzen. Deutschland braucht deshalb eine Rückkehr zu einer positiven Leistungskultur, die getragen ist von dem Grundsatz: Wer etwas leistet, hat von Staat und Gesellschaft mehr zu erwarten als jemand, der weniger leistet. Dieser Grundsatz – eigentlich eine Selbstverständlichkeit – ist in unserem Land in den vergangenen Jahren zu oft unausgesprochen geblieben, bildet er doch das vermeintlich kalte Kontrastprogramm zum wohligen Vollkaskoversprechen „alles für alle“.

Dieses Leistungscredo wieder klar zu formulieren ist ein wichtiger Schritt, um den Vertrauensverlust in die Demokratie durch Verteilungskonflikte und ein wachsendes Ungerechtigkeitsempfinden zu stoppen und eine für unseren Zusammenhalt zentrale Gewissheit zurückzugeben: Leistung lohnt sich. Gute Sozialpolitik muss Leistung honorieren, nicht ignorieren. Durch Deutschland muss ein Leistungs-Ruck gehen – mit einer Agenda für Leistung und fünf Punkten:

1. Arbeitsleistung honorieren (...)
2. Sozialleistungen auf Hilfsbedürftige begrenzen (...)
3. Integrationsleistung einfordern (...)
4. Anreize für wirtschaftliche Leistung (...)
5. Leistung künftiger Generationen ermöglichen (...)

Wer neue Schulden anhäuft, nimmt kommenden Generationen Spielräume für eigene Leistung. Solide Finanzen sind damit nicht nur ein Gebot der Generationen-, sondern auch der Leistungsgerechtigkeit. Die richtige Antwort auf eine angespannte Haushaltslage sind deshalb nicht mehr Schulden oder höhere Steuern, sondern klare Schwerpunkte und die Bereitschaft des Staates, Ausgaben zu reduzieren. Das gilt einmal mehr in Zeiten der höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten. (...)

[Gastbeitrag Boris Rhein: Respekt vor Leistung schafft Gerechtigkeit \(faz.net\)](#)

---

### **Le paradoxe de l'économie française... qui bénéficierait d'une hausse des salaires mais qui peine tant à les augmenter**

Si la France devait augmenter les salaires alors que les principales économies excédentaires ne le font pas, une grande partie des avantages économiques de l'augmentation des salaires en France se déplacerait vers ces autres pays, tandis que les coûts resteraient en France. (Atlantico, 21 août, quelques articles gratuites / sem.)

*Extraits:*

Atlantico : « La France ne peut pas se permettre de continuer à creuser son déficit ni de faire peser davantage d'impôts et de charges sur ses entreprises », a averti François Villeroy de Galhau, gouverneur de la Banque de France. Quelles seraient les conséquences d'une hausse du SMIC à 1 600 euros et de l'annulation de la réforme des retraites du président Emmanuel Macron, comme le souhaite le Nouveau Front populaire ?

Michael Pettis : Dans un monde hyper-mondialisé où les coûts de transport et de communication sont très bas, il est important de se rappeler que si un pays ne contrôle pas son commerce et ses finances, il ne peut pas contrôler son économie interne. La plupart des économistes supposent que c'est l'économie interne qui détermine le budget et l'état de santé d'un pays, mais cela ne peut pas être vrai simplement parce que le budget de chaque pays doit toujours s'équilibrer à zéro. Cela signifie que ce sont souvent les budgets qui déterminent le taux d'épargne national d'un pays, son taux de chômage national, la compétitivité de son secteur manufacturier, ses salaires et bien d'autres choses encore.

En d'autres termes, tout comme les politiques économiques de la France migrent pour affecter les économies étrangères, les politiques économiques des pays étrangers qui affectent leurs comptes de commerce et de capital migreront vers la France. C'est pourquoi il est si difficile pour la France d'augmenter les salaires, et pas seulement pour la France, mais pour tous les pays qui font partie du système commercial hyper-mondialisé. L'ironie de la situation est que, comme les investissements des entreprises dans les principales économies d'Europe, des États-Unis, de Chine, du Japon, etc. ont été limités pendant de nombreuses décennies principalement par la faiblesse de la demande, ces économies bénéficieraient toutes d'une augmentation des salaires qui, à son tour, stimulerait les investissements en entraînant une hausse de la demande.

Le problème est que si un pays comme la France devait augmenter les salaires alors que les principales économies excédentaires comme la Chine, le Japon et l'Allemagne ne le font pas, une grande partie des

avantages économiques de l'augmentation des salaires en France se déplacerait vers ces autres pays, tandis que les coûts resteraient en France. Dans ce cas, les pays excédentaires verront leurs excédents augmenter, le déficit de la France se creusera également et l'industrie manufacturière française deviendra moins compétitive. À l'heure actuelle, l'industrie manufacturière représente un peu plus de la moitié de la part de l'économie française par rapport à celle de l'Allemagne. Une hausse des salaires français qui ne serait pas compensée par une hausse des salaires allemands creuserait l'écart. (...)

[Le paradoxe de l'économie française... qui bénéficierait d'une hausse des salaires mais qui peine tant à les augmenter | Atlantico.fr](#)

---

## **A Cuba, la pire crise sociale depuis l'effondrement du bloc soviétique**

Les inégalités s'accroissent au sein de la société entre les habitants de l'île qui ont de la famille à l'étranger, et les autres. Dépendants de l'argent que leur envoient leurs proches, les Cubains ont inventé une expression pour cela : « Avoir la fe [la foi] ». (Le Monde, 20 août, article payant)

*Extraits:*

Cuba donne toujours cette impression d'un pays où le temps s'est arrêté. Pas de publicités criardes dans ses rues ni de marques sur ses devantures ; aucun trafic sur ses avenues, et bien peu de produits chimiques dans son alimentation. Le seul élément moderne qui tranche dans ce décor, ce sont les smartphones sur lesquels des habitants pianotent désormais : détenus par plus de 80 % de la population, ils sont devenus indispensables pour s'informer, payer, changer de l'argent et faire des affaires. En parallèle, les Cubains continuent de se déplacer surtout à pied et à vélo. La moindre voiture ou moto constitue un patrimoine exceptionnel qui permet, en devenant chauffeur, de gagner dix fois le salaire d'un médecin ou d'un professeur.

Malgré une idéologie se revendiquant du socialisme, les inégalités sont désormais criantes au sein de la société entre ceux qui travaillent pour l'Etat et ceux qui possèdent d'autres revenus. Au dire des Cubains, la crise sociale actuelle est bien pire que celle de la « période spéciale », au moment de l'effondrement du bloc soviétique à partir de 1991, la plus grave qu'avait connue l'île jusque-là. (...)

A La Havane, sur le Malecon, la promenade qui longe la mer, les décapotables américaines des années 1950 emmènent toujours les touristes découvrir la capitale. Elles roulent à côté des vieilles Lada venues d'URSS, comme celle conduite par Romulo (tous les prénoms ont été changés) gagnée par son père pour avoir combattu pendant la guerre d'indépendance en Angola (1975-2001).

« *Il faut avoir la fe [foi] pour vivre à Cuba* », dit-il en appuyant bien fort sur le pommeau pour enclencher une vitesse. *La fe* ne signifie pas d'adhérer à une croyance, mais d'avoir une famille à l'étranger. « *Il suffit de recevoir 50 dollars [45 euros] par mois ou quelques habits que tu peux revendre pour vivre bien*, raconte Romulo. *Mais si tu n'as pas ça ou une voiture, alors tu es ce que le gouvernement appelle un "vulnérable" pour ne pas dire un "pauvre". Mais dans les faits, tous les jours, tu luttas pour survivre.* »

A 27 ans, Romulo aurait aimé travailler comme ingénieur, après six ans d'études à l'université de La Havane. Mais le salaire qui l'attendait (10 000 pesos cubains, soit 30,30 euros) ne lui permettrait pas d'élever son fils de 2 ans ni d'aider ses parents, dont la retraite (1 200 pesos) équivaut aujourd'hui à un carton de trente œufs.

Alors, il conduit à regret la Lada, connecté sur l'application La Nave, un Uber cubain, et gagne très bien sa vie. « *En une journée, je gagne 12 000 pesos, soit dix fois la retraite de mon père ou le même salaire mensuel qu'un médecin*, raconte-t-il. *C'est fou, c'est injuste, et le gouvernement le sait très bien : la plupart des Cubains ne peuvent se payer le prix d'une course et j'en fais pourtant plus de dix par jour.* » (...)

Désormais, tout est disponible, ou presque, sur l'île, mais à un prix inaccessible pour la plupart des habitants, comme ce carton d'œufs qui représente autant que la retraite des Cubains. En arrivant dans le quartier de la vieille Havane, des monceaux de déchets occupent les angles des rues. « *Il y a un problème de ramassage en ce*

moment. *Trop peu de camions et d'essence pour ceux qui fonctionnent encore* », explique Romulo, qui fait en moyenne deux heures de queue quand il doit remplir la Lada. (...)

« *Avant, Cotorro était une zone industrielle importante, mais les usines ont fermé les unes après les autres*, explique-t-elle. *Jusqu'en 1990, on vivait très bien à Cuba, l'Etat nous fournissait tout et on pouvait même partir en vacances. C'est fini et depuis bien longtemps.* »

Ana gérait les hangars de matériel scolaire pour les écoles de la région. L'Etat lui a donné un appartement dans cet ensemble de petits immeubles de quatre étages et s'acquittait des charges. Désormais, elle paye l'eau et l'électricité, et, surtout, la *libreta*, le carnet d'alimentation que tout Cubain reçoit gratuitement, n'assure plus le minimum. « *Pour ce mois, on va recevoir 4,5 kilos de riz, 1 litre d'huile, quatre paquets de cigarettes, 2 kilos de sucre et du sel pour deux personnes. Autant dire que, sans l'aide de Juan, je crèverais de faim* », constate Ana.

Le ton monte entre le fils et la mère dès que le sujet touche à la politique. Ana a longtemps fait partie du Comité de défense de la révolution. « *En résumé, j'étais la concierge de l'immeuble, celle à qui on venait demander des renseignements sur les voisins. J'ai toujours répondu que tout allait bien car on ne savait pas ce qu'ils en faisaient. Mais aujourd'hui, j'ai ouvert les yeux et je les ai bien ouverts : si demain les Etats-Unis nous envahissent, je les accueillerai avec joie* », lance-t-elle en se tournant vers Juan qui hausse les épaules. « *Je veux partir et le plus vite possible* », répond-il. A 42 ans, en plus d'être veilleur de nuit, il répare des ordinateurs pour payer la pension alimentaire de son garçon de 7 ans. « *Mais je ne peux rien lui offrir comme loisir ou jeu* », regrette-t-il.

Juan en veut à la génération de sa mère, mais aussi à ses contemporains de ne pas être restés dans la rue lors des manifestations inédites et spontanées du 11 juillet 2021, pour protester contre la crise sociale, et qui se sont soldées par un mort, des dizaines de blessés et des centaines d'arrestations. « *Dans le quartier, tout le monde est sorti mais pour deux heures seulement. Alors, bien sûr, on n'allait pas gagner comme ça. Ici, rien ne va changer* », raconte Juan. Près de 500 000 Cubains, jeunes pour la plupart, auraient quitté l'île depuis 2021 vers les Etats-Unis : des cerveaux et des bras dont Cuba a payé la formation, souvent jusqu'à des études supérieures, et que Miami récupère.

[A Cuba, la pire crise sociale depuis l'effondrement du bloc soviétique \(lemonde.fr\)](https://lemonde.fr)

---

## **War finance : Vladimir Putin spends big—and sends Russia's economy soaring**

How long can the party last? (The Economist, 20 août, article payant)

*Extraits:*

A Ukrainian incursion into Russia represents an enormous embarrassment for Vladimir Putin and his military leadership. Tens of thousands of residents have been evacuated after Ukrainian troops stormed across the border. The Russian armed forces, caught off guard, are being slow to respond. The rouble is slumping, as worries mount about the future of the war. Yet on the home front, at least, things look better than ever for Mr Putin. Despite sanctions and pariah status, Russia's economy is growing strongly. It turns out that bacchanalian spending, at a time of war, really gets things going.

Russian GDP will rise by over 3% in real terms this year, continuing its fastest growth spurt since the early 2010s. (...)

Consumer confidence, as measured by Russia's statistical agency, is well above its average since Mr Putin assumed power 24 years ago. You might expect him to be goosing the numbers. But the Levada Centre, an independent pollster, finds equally startling trends (see chart 2). Only once in the past three decades has sentiment been higher. (...)

What explains the turnaround? It is tempting to credit Russian exports. Mr Putin has been able to divert hydrocarbons once destined for Europe to other parts of the world. Russian oligarchs, and the companies they run, are doing better than had been feared at the start of the war. In reality, however, Russia's recent export

performance is nothing to write home about. Oil prices are lower than a couple of years ago. In the first quarter of 2024 the total value of Russia's physical exports was 4% lower in dollar terms than in the same period of 2023—and a third lower than in 2022. (...)

To understand the accelerating economy, look to two aspects of macroeconomic policy. The first is fiscal policy. Mr Putin has abandoned austerity as he doubles down on war. He is sensitive to domestic opinion and recognises that he needs to buy public support for his invasion of Ukraine. (...)

The second reason for Russia's party economy relates to its unusual monetary policy. In order to deal with high inflation the central bank has raised interest rates from 7.5% to 18%. More increases may be on their way. This has the effect of strengthening the rouble by attracting foreign investment from "friendly" countries such as China and India, which in turn cuts the price of imports and thus inflation. It also encourages people to save, trimming consumer spending. In a normal economy higher rates would hurt indebted households and companies, as their cost of repaying debt rose. Yet the government has almost entirely shielded the real economy from tighter monetary policy. (...)

How long can the party last? Much depends on the war. A continued slump in the rouble would raise inflation; more military recruitment would worsen labour shortages. At some point, people may get angry about the cost of living. And Mr Putin cannot run budget deficits for ever: at current rates, Russia's reserves will be gone in five years or so. But the economy has also shown its resilience in recent years. So, for now, the party continues. ■

[Vladimir Putin spends big—and sends Russia's economy soaring \(economist.com\)](#)

---

## Die wirtschaftspolitischen Rezepte von Kamala Harris führen in die Irre

Staatliche Preiskontrollen und populistische Ausgabenpläne: Die Demokratin präsentiert ein Wirtschaftsprogramm, mit dem sie jene Probleme, die sie zu lösen vorgibt, noch verschärfen dürfte. (NZZ, 20. August, opinion, article payant)

*Extrahits:*

Die Zeit des Honeymoon nähert sich dem Ende. In den vergangenen Wochen ritt Kamala Harris auf einer Welle wachsender Beliebtheit, ohne dass richtig klar wurde, für welche Inhalte die neue demokratische Bewerberin fürs Präsidentenamt eigentlich stand. Ihre dauerfröhliche Ausstrahlung und der erfrischende Kontrast zum dauergriesgrämigen Donald Trump waren Grund genug, um der Vizepräsidentin zuzujubeln. Doch irgendwann kommt in jedem Wahlkampf der Zeitpunkt, an dem neben Atmosphärischem auch ein Mindestmass an Substanz nötig wird.

Dieser Zeitpunkt ist jetzt. Harris hat daher erstmals angedeutet, wie sie wirtschaftspolitisch tickt und mit welchen Massnahmen sie als Präsidentin die weltgrösste Volkswirtschaft umzugestalten gedenkt. Im Fokus ihrer [programmatischen Rede in North Carolina](#) stand dabei jenes Problem, das die meisten amerikanischen Haushalte mit mittlerem und niedrigem Einkommen am meisten beschäftigt: die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten. Ob beim Kauf von Nahrung oder bei den Kosten fürs Wohnen, das Leben hat sich in den USA markant verteuert.

So korrekt Harris das drängendste Problem der Wähler erkennt, so falsch liegt sie mit ihren Rezepten. So setzt die Kandidatin auf staatlichen Dirigismus, auf eine Ausschaltung des Marktes und auf populistische Anklagen, bei denen Grossunternehmen grundsätzlich böse sind und nur kleine Tante-Emma-Läden das Gute verkörpern. Nirgends zeigt sich dies deutlicher als bei Harris' Ankündigung eines [«landesweiten Verbots von Preiswucher bei Lebensmitteln»](#). Geht es nach Harris, sollen Firmen, die zu viel Geld für Lebensmittel verlangen, vom Staat bestraft werden.

Das mag Applaus bringen, doch die Folgen wären verheerend. So verschärfen staatliche Preisgrenzen immer die Knappheit und somit die Teuerung. Das beweisen Venezuela ebenso wie Kuba. Und das zeigte sich in den 1970er Jahren auch in den USA, wo Richard Nixon die Inflation mit Preiskontrollen bekämpfen wollte – und

grandios scheiterte. Teuerung lässt sich nicht per Dekret verbieten. Auch lässt sich nicht objektiv feststellen, ob ein Preis zu hoch ist. Darüber entscheidet in einem Markt der Wettbewerb – und nicht ein Stab von Bürokraten. (...)

Niemand bestreitet, dass das Leben für viele amerikanische Familien härter geworden ist und sie das Gefühl haben, finanziell an Ort zu treten. Die für Harris unbequeme Wahrheit lautet aber: Präsident Biden hat mit einer viel zu expansiven Ausgabenpolitik dazu beigetragen, dass der global bereits hohe Inflationsdruck in den USA noch stärker anstieg. Harris trägt hier eine politische Mitverantwortung. Dennoch scheint sie gewillt, den Fehler Bidens zu wiederholen. Sie schmiedet Pläne, die bei ihrer Umsetzung primär preistreibende Wirkung hätten. (...)

Bei der Präsidentschaftswahl gehe es um zwei Visionen, betonen die Demokraten: Harris stehe für die Zukunft, Trump für die Vergangenheit. Gesellschaftlich mag das stimmen. Ökonomisch aber vertreten beide Kandidaten überholte Ideen, die ihre Untauglichkeit im Kampf gegen hohe Preise schon oft bewiesen haben. Trump setzt auf Abschottung und Zölle, was den Import und den Konsum verteuert; Harris propagiert eine planwirtschaftliche Preispolitik, was zu aufgestaunter Inflation führt. Schwer zu sagen, was schlimmer ist. Klar ist: Keine der beiden Visionen steht für eine erfolgreiche Zukunft.

[Kamala Harris' Wirtschaftsprogramm verschärft die Probleme der USA \(nzz.ch\)](#)

---

### **Wenn Arbeit sich nicht lohnt: Sozialpolitik auf Abwegen**

Ignoranz im Umgang mit der Migration und den Jobcentern erklärt, warum die deutsche Sozialpolitik in eine falsche Richtung läuft. Arbeit kann Sozialleistungsberechtigter sogar ärmer machen – ein Skandal. (FAZ, 20. August, opinion, Artikel bezahlt)

*Extraits:*

(...) Eine nüchterne politische Analyse, welche Regeln und Ressourcen das erfordert, fällt leider weiterhin schwer. Denn noch immer ist es so, dass viele sozialpolitische Akteure das Thema nicht einmal sehen oder schon dessen Erwähnung unter Rassismusverdacht stellen – und sei es nur, weil es nicht zu ihrer Agenda des Maximierens von Sozialtransfers passt. Entbrennen als Gegenreaktion dann psychologisierende Faulenzerdebatten, macht das die Auseinandersetzung nicht besser. (...)

Der erste Schritt zu einer besseren Lösung erfordert nicht viel, sondern nur guten Willen und einen klaren Kompass: Die Jobcenter müssen ordentlich ausgestattet sein mit Personal, Fördermitteln und, ja natürlich, Sanktionsmöglichkeiten. (...)

Der zweite notwendige Schritt ist weitaus anspruchsvoller. Er betrifft das Problem des „Transferentzugs“: Es darf für Sozialleistungsberechtigter keine Zweifel daran geben, dass Arbeit sich stets finanziell lohnt. Heute führen hundert Euro mehr Arbeitslohn aber allzu oft dazu, dass im Gegenzug Sozialtransfers um hundert Euro oder sogar mehr gekürzt werden – mehr Arbeit kann ärmer machen.

Dass dies immer noch sozialpolitische Realität ist und es keine greifbaren politischen Pläne dagegen gibt, ist im Grunde ein Skandal. (...)

[Bürgergeld gescheitert: Wenn Arbeit sich nicht lohnt \(faz.net\)](#)

---

### **Julie Girard sur les dépenses publiques: «La France n'est pas l'Amérique»**

TRIBUNE - Créant nettement moins de richesse, la France n'a pas les moyens de mener la même politique économique que les États-Unis, analyse l'écrivain\*. Selon elle, il faut renouer de toute urgence avec une politique de croissance plutôt que de se concentrer sur la redistribution. (Le Figaro, 14 août, article payant)

*Extraits:*

(...) Aux États-Unis, depuis la [crise financière de 2008](#), le pays est bel et bien entré dans l'ère de la réactivité désinhibée. Au moindre soubresaut du taureau de Wall Street, Washington dégage son artillerie. Le mythe de l'action politique, entendue au sens d'une stratégie concertée et anticipée, est devenu une fiction éculée. Le Bureau ovale applique une politique interventionniste plus curative que préventive, trop souvent disproportionnée et fondée sur une vision court-termiste.

Cette stratégie, adoptée autant par les républicains que par les démocrates, s'est traduite au cours des quinze dernières années par une politique de la dette publique sans précédent. Les gouvernements successifs ont été plus dispendieux les uns que les autres à un moment où l'économie américaine n'avait nul besoin de stimulation. En effet, de 2010 à 2022, portée par un taux de chômage faible et une inflation très modérée, elle a connu une période enchantée. Par conséquent, les ingérences successives de l'État ou de ses institutions - en premier lieu, la banque centrale américaine - ont eu pour corollaire une situation inflationniste que la hausse des taux directeurs a eu beaucoup de mal à juguler.

### **Paupérisation continue et progressive**

Cette politique thérapeutique a-t-elle bénéficié aux travailleurs ? La classe populaire a indéniablement profité de l'aide du gouvernement et de la hausse du salaire minimum effectif. Si le salaire minimum fédéral est officiellement de 7,25 dollars de l'heure, [Amazon offre actuellement un salaire minimum de 19 dollars de l'heure](#) sur lequel la plupart des grandes entreprises américaines sont alignées. Au même moment, la classe moyenne voit son pouvoir d'achat diminuer, en raison notamment de l'inflation, mais aussi de l'endettement lié à l'éducation. La différence de salaire lors de la première embauche entre un travailleur non diplômé et un travailleur diplômé s'est réduite ; la prime au diplôme a perdu quatre points entre 2017 et 2022 (source : Federal Reserve Bank of San Francisco). Certes, cette baisse est relativement contenue, mais elle augure d'une paupérisation continue et progressive de la classe moyenne. (...)

Emmanuel Macron n'est certainement pas un iconoclaste en matière de dépenses publiques, mais notre président a fait l'impasse sur un détail qui compte : les États-Unis ont les moyens de leur extravagance - du moins, pour l'instant, et au mépris d'une partie de leur population. Créer 2500 milliards de déficit annuel dans un pays qui peut s'enorgueillir de sociétés à la pointe de la technologie dégageant des milliers de milliards de chiffres d'affaires et se prévaloir de la monnaie de réserve n'a pas les mêmes conséquences que dans un marché où la croissance est faible et où les meilleures licornes sont loin d'égaliser [les records de valorisation de Nvidia](#) ou [d'OpenAI](#). À l'heure où chacun s'interroge sur le profil du prochain occupant de Matignon, peut-être est-il bon de rappeler l'importance d'une politique de croissance plutôt que d'une politique de redistribution dispendieuse, en d'autres termes, de gâterie. (...)

N'en déplaise aux anticapitalistes du Nouveau Front populaire : au XXI<sup>e</sup> siècle, [seules les entreprises à la pointe de la technologie](#), et en particulier de l'intelligence artificielle, sont en mesure de redonner au pays une croissance pérenne. La France a le luxe de disposer d'ingénieurs extrêmement qualifiés, d'un écosystème technologique solide, mais elle a besoin d'accroître ses capacités d'accompagnement, car trop de financements de start-up établies (séries B, C, D) reposent encore aujourd'hui sur la bonne volonté des fonds étrangers, en particulier des fonds américains. La solidarité européenne est incontournable. À défaut, c'est tout le continent qui risque d'être relégué au banc des déclassés. (...)

[Julie Girard sur les dépenses publiques: «La France n'est pas l'Amérique» \(lefigaro.fr\)](#)

---

### **Paris 2024, ou la consécration de l'idéal olympique... et libéral**

Malgré l'amertume d'une certaine gauche, ces Jeux olympiques ont été une fête populaire et un succès sportif. Les leçons d'un triomphe. (Le Figaro, 14 août, éditorial, article payant)

*Extraits:*

(...) On conçoit l'amertume d'une certaine gauche bien de chez nous ; les JO représentent tout ce qu'elle refuse : l'effort obstiné en vue de l'excellence personnelle, les vertus de la compétition et sa dimension exemplaire, la récompense des meilleurs, la mise en spectacle de rivalités nationales apaisées par la camaraderie.

Sur le terrain du sport de haut niveau, les meilleurs gagnent et les inégalités ne sont pas compensées. S'il existe au monde un domaine d'activité où s'appliquent des règles générales, fixées de manière impartiale par une autorité incontestable et sans partis pris, c'est bien celui de la compétition sportive. À l'intérieur de ce cadre, les individus déploient leurs talents particuliers et les efforts accumulés durant des années d'entraînement. Dans la compétition sportive, non seulement la concurrence rêvée par les libéraux est « parfaite et non faussée », mais c'est un jeu à somme nulle : pour qu'il subsiste trois gagnants à la fin de l'épreuve, il faut que tous les autres concurrents aient perdu. Cela entraîne des regrets, souvent, de l'amertume, parfois, mais nulle aigreur puisque les exigences sont les mêmes pour tous et que les règles sont fixes et connues. Pas de « lois de circonstance » dans le sport ! La compétition sportive démontre aussi que l'émulation est propice au déploiement des excellences individuelles : un athlète ne court jamais aussi vite que lorsqu'il risque d'être dépassé par un rival dont il entend le souffle, à son côté. (...) [Paris 2024, ou la consécration de l'idéal olympique... et libéral \(lepoint.fr\)](#)

---

### **Flatlining : Can anything rouse Germany from its economic slumber?**

Politicians are more interested in trivial budget rows than finding sources of growth (The Economist, 14 août, article payant)

*Extraits:*

PITY THE leading lights of Germany's government. Last month they struck an eleventh-hour deal for next year's budget, narrowly averting the collapse of their three-party coalition. Now it is all unravelling. Experts convened by Christian Lindner, the finance minister and leader of the fiscally hawkish Free Democrats, concluded that accounting tricks in the draft budget designed to circumvent Germany's deficit-limiting "debt brake" risk falling foul of the constitutional court.

Mr Lindner says further cuts of €5bn (\$5.5bn) must be found. That is barely 1% of the budget, but his suggestion that the books might be balanced by cutting welfare spending infuriated the Social Democrats, the party of Chancellor Olaf Scholz. In what has become a familiar ritual, the notional allies immediately took their dispute public. From his holiday retreat, Mr Scholz contested Mr Lindner's interpretation of the academic reading of the legal aspects of the budget. Only in Germany.

Germany stands out in another unhappy respect, too. Its GDP contracted in the second quarter compared with the previous one, following a mild recession last year. Having barely grown in five years, Germany is a stand-out laggard among its G7 peers (see chart 1). Industrial production has tumbled, especially in energy-intensive sectors (see chart 2), and Germany's carmakers are struggling. Unemployment is inching up. (...)

What to do? The budget plan approved last month was accompanied by a package of measures to boost growth, such as tax incentives for investment and policies to boost the labour supply. Overall, these are a step in the right direction, says Clemens Fuest, president of the Ifo Institute in Munich, a research outfit; but few expect huge results. And the package must still get through a sceptical parliament; previous such efforts have been watered down.

Some high value-added sectors, like pharmaceuticals, are holding up. The Bundesbank is among those that expect a brighter 2025, as rates fall and consumers finally open their wallets. Yet even a cyclical upturn will confront the headwinds that have long held the country back. The factors are familiar: demographic woes, a lack of skilled workers and a bloated part-time sector; sluggishness on digitalisation and ageing public infrastructure; and what Mr Scholz calls the "mildew" of red tape. To this sea of troubles may be added the world's turn against globalisation and growing Sino-American tensions, especially if America re-elects Donald Trump in November. When a government struggles to agree on a budget, how can it hope to respond to these challenges? ■

## **Wirtschaftswachstum: : Neues vom Produktivitätsrätsel**

Trotz erheblichen technischen Fortschritts steigt die Produktivität kaum. Das ist ein wichtiger Grund für das schwache Wirtschaftswachstum. Ein Gastbeitrag. (FAZ, 14 août, tribune, article payant)

*Extraits:*

Vor wenigen Wochen hat sich die [Europäische Zentralbank](#) mit einem Thema befasst, das in der deutschen Öffentlichkeit und in der Politik nicht hinreichend wahrgenommen wird. Europa und auch Deutschland sehen sich mit einem gravierenden Produktivitätsproblem konfrontiert. Dies bedeutet, dass die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität sowie die Wachstumsrate der sogenannten totalen Faktorproduktivität (TFP) deutlich gesunken sind. Die TFP stellt eine Maßzahl dar, in die eine Vielzahl von Faktoren einfließt. Sie reflektiert unter anderem die Effizienz des Zusammenwirkens der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit sowie den Grad der technischen Entwicklung.

Die Phase, in der die Wachstumsraten der totalen Faktorproduktivität zu Beginn der Neunzigerjahre noch mehr als 2 Prozent im Jahr betragen, ist vorbei. Da die Arbeitsproduktivität ebenso wie die totale Faktorproduktivität zu den wesentlichen Treibern des [Wirtschaftswachstums](#) gehört, ist eine Wachstumsschwäche unausweichlich. Diese Entwicklung ist jedoch kein neues Phänomen, sondern ein bereits seit Längerem absehbarer Trend.

Als quantitativ wesentlicher Treiber des Wachstums über Jahrzehnte hinweg galten die Nettoinvestitionen. Die Nettoinvestitionen sind jedoch auf ein nahezu historisches Minimum gefallen. (...)

Der Produktionsfaktor Arbeit hat nur in geringem Maße zum Wirtschaftswachstum beigetragen, da die Arbeitszeit über Jahrzehnte hinweg tendenziell gesunken ist. Dieser Rückgang konnte nie vollständig durch eine steigende Arbeitsproduktivität kompensiert werden. Das Arbeitsvolumen, also die gesamte jährliche Arbeitszeit, ist gesunken. Auch und gerade in den letzten Jahren hat die Demographie hierzu einen Beitrag geleistet. Die Zahl der Personen, die jährlich aus dem Erwerbsleben ausscheiden, steigt kontinuierlich an, während die Zahl der Neueintritte in das Erwerbsleben nur geringfügig zunimmt. Im Vergleich der Mitgliedstaaten der [Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung](#) (OECD) weist Deutschland im Vergleich der jährlichen Arbeitszeit den geringsten Wert auf. (...)

Der Rückgang der Arbeitszeit könnte durch eine steigende Arbeitsproduktivität kompensiert werden. Die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität in der deutschen Wirtschaft ist jedoch inzwischen äußerst gering. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass es in einigen Branchen der deutschen Wirtschaft zu einer Stagnation oder gar einem Rückgang der Arbeitsproduktivität kommt. Zu den betroffenen Branchen zählen unternehmensnahe Dienstleistungen, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie teilweise auch die Bauindustrie. (...)

[Schwachtes Wirtschaftswachstum in Europa und Deutschland: Das sind die Gründe \(faz.net\)](#)

---

## **The left-behind : America's "left-behind" are doing better than ever**

But manufacturing jobs are still in decline (The Economist, 14 août, article payant)

*Extraits:*

REPUBLICANS AND DEMOCRATS do not agree on much, but both parties want to help America's "left-behind". Presidents Donald Trump and Joe Biden enthusiastically pursued policies to boost the economic fortunes of people who have, in some sense, struggled amid globalisation and deindustrialisation. Both Mr Trump and Kamala Harris, the Democratic nominee, promise that if elected in November they will do more of the same. On the face of it, their efforts seem to be working. The left-behind are doing better than they have done in years. But there is a catch. The manufacturing jobs that once sustained them are still in decline.

In the decades before Mr Trump's election in 2016, few groups fared worse than men without a high-school education—one definition of the left-behind. The decline of America's manufacturing sector closed off economic opportunities to workers whose hard and soft skills were weak. In 1979 a man with a college education earned about 60% more a week than one who had dropped out of high school. By 2016 the "college-wage premium" was 170% (see chart). The relative risk of unemployment grew. Thousands dropped out of the labour force entirely. Much of this economic misery was concentrated in out-of-the-way, unfashionable places, in parts of rustbelt states such as Michigan and Ohio, which received little attention from either politicians or the national press.

All that changed in 2016. Mr Trump campaigned, won and governed on a promise to help the left-behind, raising tariffs in an attempt to boost manufacturing jobs. Americans in the political centre and on the left decided that they also needed to do more to help globalisation's losers. Many of them pored over J.D. Vance's "Hillbilly Elegy", a book published that year about the left-behind, as if they were 19th-century anthropologists trying to understand a long-lost tribe. The results of this soul-searching are visible in Mr Biden's policies to boost manufacturing jobs. His administration is pouring hundreds of billions of dollars'-worth of grants and subsidies into job-creation efforts in the rustbelt and beyond.

Happily, the economic fortunes of the left behind have massively improved. Since Mr Trump came to office the college-wage premium has steadily shrunk. In recent years wage growth among poorer Americans has easily outpaced that enjoyed by richer folk. (...)

It may be too soon to expect a renaissance in manufacturing jobs as a result of Mr Biden's drive to create them. After all, it takes time to build a factory and then staff it. But that merely illustrates the bigger, quicker and more durable returns of sensible macroeconomic policy. Both Republicans and Democrats will continue to push for industrial policies. Be sceptical of what they can achieve. ■

[America's "left-behind" are doing better than ever \(economist.com\)](https://www.economist.com)

---

## Le lent combat d'Emmanuel Macron pour faire travailler plus les Français

Malgré les progrès enregistrés ces dernières années, Paris reste à la traîne de ses voisins européens.

### Extraits:

(...) Sept ans après, le chef de l'État peut se targuer d'avoir fait grimper le taux d'emploi des 15-64 ans à 68,4 %. Soit le plus haut niveau depuis que l'Insee mesure cette statistique (1975). Le ministre de l'Économie, Bruno Le Maire, en poste depuis l'arrivée au pouvoir d'Emmanuel Macron, a résumé en une phrase pourquoi ce dernier était prêt à tant de sacrifices pour mener le combat du « *travailler plus* ». « *Si nous avions un taux d'emploi équivalent à celui de l'Allemagne, nous n'aurions plus de problème de déficit, notre dette se réduirait beaucoup plus rapidement et nous n'aurions globalement plus de problème de finances publiques* », avait-il souligné l'été dernier. (...)

« *La France a toujours un taux d'emploi parmi les plus faibles de l'OCDE. En particulier à cause du faible nombre de seniors en activité* », explique Stéphane Carcillo, chef de la division emploi et revenus à l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE). Des faiblesses bien comprises par le président de la République. Lors de son dernier passage télévisé à la veille de [la cérémonie d'ouverture des Jeux olympiques](#), il a tenu à rappeler l'importance de son combat : « *La France est l'un des pays où la quantité de travail par habitant est la plus faible. On n'a pas besoin de continuer à la réduire, on a besoin de continuer à créer de la richesse* », a-t-il alerté. En cette période d'instabilité politique, ce message était également une mise en garde aux élus qui voudraient [revenir sur la politique menée depuis sept ans](#). Le Rassemblement national (RN) et le Nouveau Front populaire (NFP) se sont par exemple prononcés en faveur d'un retour de l'âge de départ à la retraite à 62 ans. Le bloc de gauche va même plus loin en proposant le « *passage aux 32 heures dans les métiers pénibles ou de nuit immédiatement et son extension par la négociation collective* ». Si l'ascension pour faire davantage travailler les Français est rude, la pente, elle, est glissante.

## **Wer Antikapitalismus zum Programm der Klimapolitik macht, verliert am Ende beides – Wohlstand und Klimaverträglichkeit**

Veränderungsdynamik, Innovationsfähigkeit und Effizienzanreize sind die Motoren für den Klimaschutz. Nur wettbewerbliche Marktwirtschaften können das bieten. (NZZ, 7 août, opinion, article payant)

*Extraits:*

In der Klimabewegung wird oft behauptet, der Kapitalismus sei verantwortlich für den Klimawandel und müsse folglich im Namen des Klimaschutzes abgeschafft werden. «Klimakiller Kapitalismus», «Klima retten, Kapitalismus abschaffen», «Kapitalismus vs. Klima» – diese und ähnliche Slogans finden sich auf Büchern, in Diskussionsforen und an Demonstrationen. Aus der Sorge um das Klima wird eine Systemfrage gemacht: Die Kapitalismuskritiker haben das Klimathema für sich entdeckt.

Es klingt so plausibel: Mit höherem Wohlstand sind die Emissionen entstanden, der Wohlstand kam mit dem Kapitalismus – also muss der Kapitalismus weg, um die Emissionen loszuwerden. Aber der Wohlstand möge bitte bleiben. Also brauchten wir entweder Wachstumsverzicht oder gleich ein ganz anderes Wirtschaftsmodell.

Der Kapitalismus, so wird behauptet, müsse zwingend immer mehr produzieren und damit auch immer mehr emittieren und sei zur Lösung des Klimaproblems ungeeignet. Er könne Ressourcen nicht schonen, sondern nur vernichten. Die Fähigkeit der Atmosphäre, Treibhausgase ohne erhebliche Konsequenzen aufzunehmen, müsse ernst genommen werden, der Kapitalismus müsse dafür weichen.

Dass Märkte ungeeignet wären, mit Knappheiten umzugehen, ist ein fundamentaler Denkfehler der Klima-Antikapitalisten. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Für kaum etwas sind Wettbewerbsmärkte so gut geeignet wie für die bestmögliche Lösung von Knappheitsproblemen. Wenn etwas in einer Marktwirtschaft knapp ist, wird es teurer. Wenn es teurer wird, werden die knappen Güter dort eingesetzt, wo sie am meisten Nutzen stiften können und daher den besten Preis erzielen. Und die höheren Preise sorgen für einen Rückgang der Nachfrage auf der einen und für Bemühungen zur Ausweitung des Angebots auf der anderen Seite. Wettbewerb ist zugleich Effizienz- und Innovationsmotor zur Lösung der Knappheitsprobleme. (...)

Wie der Wettbewerb wirkt, zeigt der Lithium-Markt. (...) Der Wettbewerb führt also zu mehr Produktion, effizienteren Batterien und innovativen Technologien, um besseren Klimaschutz im Verkehr betreiben zu können. Was wäre die Alternative? Die Lithium-Förderung wäre kleiner, Elektromobilität würde behindert, und es könnten weniger klimaschonende Verkehrsangebote für Güter und Personen gemacht werden. (...)

Um die Marktkräfte für den Klimaschutz zu nutzen, ist ein globaler Preismechanismus für alle Emissionen am besten geeignet. Davon ist die Weltgemeinschaft auch nach mehr als drei Jahrzehnten internationaler Klimakonferenzen weit entfernt. In der Europäischen Union ist das Prinzip immerhin mit dem Emissionshandel für Industrie und Energiewirtschaft teilweise realisiert. Daneben gibt es in einzelnen Ländern noch nennenswerte Steuern oder Förderansätze. Der grösste Teil der Emissionen ist aber nicht bepreist, sondern unterliegt höchstens staatlicher Regulierung – wenn überhaupt. (...)

Marktwirtschaften haben die Mittel für die Veränderung: Wohlstand, der für Klimaschutz eingesetzt werden kann, und Innovationen, die eine klimafreundliche Entwicklung ermöglichen. Es ist kein Zufall, dass die sozialistischen Planwirtschaften neben maroder Industrie und erheblichen Wohlstandsrückständen auch Energieverschwendung und Umweltverwüstung hinterlassen haben.

Klimaschutz ist auf die Veränderungsdynamik, die Innovationsfähigkeit und die Effizienzanreize angewiesen, die nur wettbewerbliche Marktwirtschaften bieten. Die Aufgabe besteht darin, die soziale Marktwirtschaft entsprechend weiterzuentwickeln und den für die Berücksichtigung der klimapolitischen Ziele notwendigen Ordnungsrahmen zu gestalten – und nicht, den Kapitalismus zu überwinden. Wer Antikapitalismus zum Programm der Klimapolitik macht, verliert am Ende beides: Wohlstand und Klimaverträglichkeit.

## Friday-night fright : Why fear is sweeping markets everywhere

American and Japanese indices have taken a battering. So have banks and gold (The Economist, 7 août, article payant)

*Extraits:*

How quickly the mood turns. Barely a fortnight ago stockmarkets were on a [seemingly unstoppable bull run](#), after months of hitting new all-time highs. Now they are in free fall. America's Nasdaq 100 index, dominated by the tech giants that were at the heart of the boom, has fallen by more than 10% since a peak in mid-July. Japan's benchmark Topix index has clocked losses well into the double digits, dropping by 6% on August 2nd alone—its worst day since 2016 and, following a 3% decline on August 1st, its worst two-day streak since 2011. Share prices elsewhere have not been bludgeoned quite so badly, but panic is sweeping through markets (see chart 1). Wall Street's "fear gauge", the VIX index, which measures expected volatility through the prices traders pay to protect themselves from it, has rocketed to its highest since America's regional-banking crisis last year (see chart 2).

Look beneath the surface, at individual sectors and firms, and the mood is even wilder. The Philadelphia semiconductor index, which tracks companies in the chipmaking supply chain globally, has fallen by more than a fifth in a matter of weeks. Arm, one such firm, has lost 40% of its market value. The share price of Nvidia, the previous bull run's darling, has been flailing. In the three days from July 30th it dropped by 7%, soared by 13%, then dropped by 7% again. On August 2nd the value of Intel, another chipmaker, plunged by more than a quarter. And it is not just the semiconductor industry. The KBW index of American banking stocks has fallen by 8% in a matter of days. The prices of Japanese bank shares have plummeted, too.

Three developments have combined to tip investors over the edge. The first is a dawning realisation that artificial intelligence (AI), and especially the chipmaking industry that powers it, has been imbued with unrealistically high hopes. The biggest swings in American share prices came during a ten-day period in which five tech giants—Alphabet, [Amazon](#), Apple, Meta and Microsoft—released results that left their shareholders crestfallen. Even Alphabet and Microsoft, whose revenues beat analysts' expectations, saw their share prices fall the day after they reported. Those of Amazon, which undershot such expectations, were punished far more. The across-the-board battering suggests investors' former euphoria over all things AI is evaporating. (...)

As tech firms have stumbled, so has America's economy—the second development to give investors an attack of the vapours. Until recently "bad news is good news" was the mantra of the market. Any hint of slowing growth or a weaker labour market was good for asset prices, since it meant inflation was likely to stay quiescent and allow the Federal Reserve to cut interest rates more swiftly. But by the time America's jobs report was released on August 2nd, the mood had shifted: bad news is now bad news. (...)

Accordingly, traders began placing bets that the Fed would cut rates by half a percentage point at the central bank's next meeting in September, to stave off such a slowdown. That is despite Jerome Powell, the Fed's chairman, having dismissed the suggestion that rate-setters were considering such a move at the last meeting only days ago. Treasury yields plummeted, with the two-year rate falling to 3.9%, more than a percentage point below its level at the end of April. Weeks ago such a reduction in borrowing costs might have boosted stocks. Now investors seem to fear the downside of slowing growth, and its implications for company earnings, more than they long for cheaper money.

The third force roiling markets is the strength of the Japanese yen. In recent weeks it has strengthened against a trade-weighted basket of currencies at close to its fastest pace in two decades. In part, this is because of the Bank of Japan's surprise decision to raise interest rates by a tenth of a percentage point on July 31st. A rising

yen automatically depresses Japanese share prices, as many of the country's largest globetrotting firms, such as Hitachi, Sony and Toyota, make their earnings overseas in foreign currencies. (...)

As ever at the end of a turbulent week, the first question now is whether—somewhere amid the chaos—an asset's price has swung sharply enough to imperil an outfit that is heavily exposed to it. On that front, the decline in the gold price, and those of bank stocks, is ominous. The other, linked question is whether next week will be better or worse. Assuming no big investor decides it is time for a sell-off that will be up to the collective mood. Going on recent form, it isn't good. ■

[Why fear is sweeping markets everywhere \(economist.com\)](#)

---

## **Die Liberalen sind weltfremd geworden. Sie müssen zurückfinden zu einer bürgerlichen Bodenständigkeit** (NZZ, 7 août, tribune, article payant)

Liberale Parteien fristen heute oft ein marginales Dasein. In Zeiten des Populismus habe es der Liberalismus halt schwer, hört man oft. Mit dieser Klage machen es sich Liberale zu einfach. (NZZ, 7 août, tribune, article payant)

*Extraits:*

Mit dem Liberalismus verhält es sich ähnlich wie mit der Zeit. Wenn uns niemand danach fragt, wissen wir genau, was es ist. Sollen wir das Phänomen jedoch erklären, so fällt uns das schwer. Doch versuchen kann man es, zum Beispiel mit einem Blick in die Geschichte. Im Vordergrund steht hier nicht die Frage nach dem wahren Kern des Liberalismus, sondern: Wie hat der Liberalismus seit seinen Anfängen im 19. Jahrhundert unsere Kultur und unser öffentliches Leben geprägt?

Dabei geht es um einige Grundlinien liberalen Denkens und Handelns, einschliesslich seiner Spannungen und Widersprüche. Vielleicht ermöglicht dies, die neuerliche Krise des Liberalismus besser zu verstehen. Also dann: Was ist das, «der Liberalismus»? Wann waren liberale Bewegungen erfolgreich? Ist der Liberalismus noch zu retten? (...)

Gehaltvoller wird die Diskussion, wenn wir uns historischen Quellen zuwenden. Zum Beispiel dem [englischen Philosophen und Politökonomen John Stuart Mill](#). Was den grossen Liberalen umtrieb, war die Frage nach den Bedingungen der Freiheit des Einzelnen. Die Verwirklichung dieser Freiheit sieht Mill in der möglichst weitgehenden Selbstbestimmung des Individuums. Beschnitten werden darf sie nur dort, wo es gilt, eine Gefahr von der Allgemeinheit abzuwenden. (...)

Wie andere liberale Denker seiner Zeit betrachtete auch Mill das Erreichen eines zivilisatorischen Minimums als Voraussetzung selbständigen Handelns. «In Bezug auf Barbaren», so bemerkte er in «On Liberty», «ist der Despotismus ein durchaus legitimer Modus des Regierens, vorausgesetzt, das Ziel sei ihre Verbesserung.» Erst wenn die Menschheit die Fähigkeit erworben habe, ihre weitere Entwicklung durch freie Überzeugungsarbeit voranzubringen, verliere dieser zivilisatorische Paternalismus seine Berechtigung. (...)

In Mills Leben haben sich die Welten des abstrakten Denkens und der politischen Praxis ständig überschritten und gegenseitig beeinflusst. Als liberaler Philosoph zerbrach er sich über die Freiheit des Individuums den Kopf, als Kolonialbeamter und Politiker befasste er sich mit dem Fortschritt eines Kollektivs, das sich wie alle mächtigen Kulturnationen als Speerspitze menschlicher Zivilisation begriff. (...)

Nachhaltig erfolgreich war der Liberalismus vor allem dort, wo er entschieden bürgerlich war, will sagen: wo er der Versuchung geschichtsphilosophischer Projektionen zu widerstehen vermochte. Dieser bürgerliche Liberalismus hat mit dem Citoyen mehr gemein als mit dem Bourgeois, und doch unterscheidet er sich deutlich von beiden. Sein Hauptmerkmal ist die demokratisch-genossenschaftliche Orientierung, die seinen Freiheitsbegriff ebenso durchdringt wie sein Rechtsverständnis. (...)

Diese von Neugier und Pragmatismus geprägte Faszination für die Vielgestaltigkeit des Staatswesens; diese Bereitschaft, sich im eigenen Interesse in die Probleme und Präferenzen anderer hineinzudenken, verlieh dem

bürgerlichen Liberalismus seine typische Bodenständigkeit. Sein Ideal war die Politik des gemessenen Schritts. Dieser Liberalismus borgt sich beim Konservatismus den Grundsatz: Was schon lange funktioniert, bedarf vorläufig keiner Veränderung. (...)

Falls bürgerliche Liberale nach einem Primat politisierten, war es derjenige der Subsidiarität. Den zentralen Machtstaat lehnten sie ab, weil er die Gemeinwesen kolonisiert und damit die Bürger faktisch entmachtet. Nirgendwo unterscheidet sich der bürgerliche entschiedener vom geschichtsphilosophischen Liberalismus als in dieser Zurückweisung eines rein formalrechtlichen Bürgerbegriffs. Sein Dreh- und Angelpunkt ist die selbstverantwortlich handelnde Zivilgesellschaft. (...)

Abschliessend drei Punkte, gedacht als Kern eines Manifests für einen bürgerlichen Liberalismus:

Erstens: Individuelle und kollektive Freiheit sind zwei Seiten derselben Medaille. Ohne ein weitgehend selbstbestimmtes Gemeinwesen bleibt auch die individuelle Freiheit beschränkt, ausser man lebt ausschliesslich für seine Hobbys. Die politische Teilhabe der Bürger legitimiert sich über verfassungsmässig verbriefte Rechte, doch nur die demokratische Teilhabe schützt diese Rechte langfristig. Auch wenn Freiheit ein Risiko in sich birgt, so wurde bislang keine bessere Versicherung gegen Unfreiheit erfunden als die an die Verfassung gebundene, partizipatorisch ausgerichtete Demokratie.

Zweitens: Die tatsächliche Freiheit geht in der formal verbrieften nicht auf. Wir sehen das heute bei der Diskussion rund um den Rechtsstaat. So ist es beispielsweise durchaus denkbar, dass ein autoritärer Staat eine aus einem Katalog von Grundrechten bestehende Verfassung buchstabengetreuer umsetzt als ein demokratischer Bundesstaat. Dennoch besitzt dieser unzweifelhaft eine deutlich bessere Rechtsordnung als jener. Was diesen Ordnungen ganz oder teilweise fehlt, sind die demokratischen Checks und Balances. Woran es ihnen mangelt, ist die aktive, zum Widerspruch befugte Bürgerschaft.

Drittens. Liberale sind stark im Differenzieren von Sachverhalten, das ist eine ihrer grossen Stärken. Doch es kann auch ein Zeichen einer Unfähigkeit sein: Eine Auslegeordnung ist noch keine Analyse, geschweige denn eine im Alltag tragfähige Politik. Auch sollten Liberale der Versuchung widerstehen, Standpunkte, deren Sinn und Berechtigung ihnen nicht einleuchten will, vorschnell als populistisch zu bezeichnen. Auf als Differenziertheit verbrämten Dünkel sollten Liberale im eigenen Interesse verzichten. Im Wissen, dass ein selbstbestimmtes Leben ohne einen lebendigen bürgerlichen Liberalismus nicht zu haben ist.

*Oliver Zimmer war bis 2021 Professor für Moderne Europäische Geschichte an der University of Oxford. Heute ist er Forschungsdirektor beim Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema).*

[Der Liberalismus ist in der Krise. Ein Manifest, wie er zu retten wäre \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch/der-liberalismus-ist-in-der-krise-ein-manifest-wie-er-zu-retten-waere-1.1611111)

---

**Google Exemplifies the Lack of Competition in the Tech World** (NYT, 6 août, opinion, entretien, quelques articles gratuites / sem.)

*Extraits:*

One key reason that Google was found to be an illegal monopoly in [an important antitrust decision on Monday](#) was that it paid billions of dollars to be the default search engine for companies like Apple. But that's not the only way the digital world has become so centralized, giving just a few companies the ability to dominate the industry.

All too often in the digital world, rich companies get richer and big ones get bigger thanks partly to something called network effects, which allow the early winners to build on that advantage to resist competition and shield themselves against market pressures — even if their product later loses its luster. (...)

If many people are on WhatsApp, that's what people and businesses will use to communicate, which makes the platform even stronger — and that's why it mattered that Facebook was allowed to purchase WhatsApp for \$19 billion in 2014.

To many at the time, it seemed like a crazy price, because WhatsApp had made only about \$10 million in revenue in 2013. But Facebook was buying the network effect *and* killing a potential competitor at once. It's probably one of the best purchases the company made.

This, then, can build on itself. Google's search engine initially pulled ahead through a genuinely better product, but it also got something that its competitors didn't have: billions of searches helping it understand what people were looking for, which the company then could use to improve its search results.

It also made sense for advertisers to go where the users were, which gave Google all those billions to pay Apple to remain its default search engine — something that worked even if the quality of the search results went down, which they did, at least in my experience.

Such effects are everywhere in the digital world.

For example, Apple and Google's Android have the biggest app stores, so naturally most companies will write apps for their platforms, further incentivizing a consumer to purchase an Apple or Android phone because that's where the best programs are — and so on.

The Google antitrust ruling is the first big win of its kind for the government in a long time, and it may be a good first step, but the anti-competitive forces that dominate the digital world go beyond that. And countering them will require new, sensible regulation that matches how digital technology actually works.

### [Google Exemplifies the Lack of Competition in the Tech World](#)

---

#### **Les analyses décoiffantes de Lucie Castets**

À lire les publications du collectif « Nos services publics » de la candidate du NFP à Matignon, la délinquance est en baisse, l'immigration, sous contrôle, et la dépense publique, insuffisante. Best-of. (Le Point, 6 août, article payant)

*Extraits:*

Avant d'accéder à une brusque notoriété sur la scène nationale en juillet 2024, devenant la candidate du Nouveau Front populaire (NFP) pour Matignon, [Lucie Castets a affiné sa pensée politique](#) en coulisse. Avec un autre jeune énarque, Arnaud Bontemps, elle a cofondé en avril 2021 le collectif « Nos services publics ». (...)

Les analyses de ce groupe de réflexion sont étayées et tapent parfois juste, en particulier lorsqu'il dénonce le recours excessif de l'État à des cabinets de conseil. [Les derniers gouvernements ont fait amende honorable à ce sujet](#), soulignait la Cour des comptes début 2024.

Dans une note sur la dépense publique, « Nos services publics » soulève aussi une contradiction majeure. L'État veut organiser la dégrèvement des budgets des collectivités territoriales, mais il les incite en parallèle à investir massivement dans la transition énergétique. Avec quel argent ?, se demandent légitimement les auteurs. À d'autres moments, toutefois, les postulats du collectif semblent en décalage avec les faits et les chiffres, tels qu'ils sont posés et vérifiés par les services de l'État eux-mêmes. Brève sélection.

Le 21 octobre 2022, le collectif publie, dans *Le Monde*, une tribune intitulée : « Le budget 2023 est le deuxième budget le plus austéritaire des vingt dernières années. » Voici ce qu'écrit, pour sa part, la Cour des comptes, à propos du même budget, dans un avis du 17 avril 2024 : « Le déficit budgétaire de l'État s'est élevé à 173,0 Md€ [milliards d'euros, NDLR] en 2023, soit le niveau le plus élevé jamais enregistré après celui de 2020 (178,1 Md€), année marquée par la crise Covid. Les dépenses se sont maintenues à un niveau très élevé. » Les dépenses auraient-elles dérapé par rapport aux prévisions ? Non, poursuit la Cour des comptes. La loi de finances initiale ne prévoyait « pas d'économies structurelles permettant d'amorcer la réduction du déficit ». (...)

[Délinquance, immigration, dépense publique : les analyses décoiffantes de Lucie Castets \(lepoint.fr\)](#)

---

## **Comparaisons : Venezuela, Argentine, Brésil, Chili : le match des performances économiques (et des modèles suivis...)**

Le Venezuela, qui fait face à une crise politique et économique sans précédent, était au début des années 1980 l'un des pays les plus riches d'Amérique du Sud. (Atlantico, 6 août, entretien, quelques articles gratuites / sem.)

*Extraits:*

Atlantico : Dans les années 1950, le Venezuela comptait parmi les pays les plus riches du globe. C'est loin d'être le cas aujourd'hui. Dorénavant, c'est d'ailleurs le Chili qui fait office de nation la plus riche d'Amérique latine. Comment expliquer cet étonnant retournement de situation ? Pourquoi le Venezuela s'est-il effondré et comment le Chili a-t-il ainsi grimpé ?

**Jean-Marc Siroën** : La grande richesse passée du Venezuela puis son déclin accéléré ont la même origine : le pétrole. Le Venezuela d'après-guerre se comparait aux monarchies pétrolières du Golfe avant de succomber à ce que les économistes appellent le "mal hollandais" ou encore la "malédiction des matières premières". La manne pétrolière donne en effet l'illusion d'une richesse éternelle et pousse à la hausse les salaires et le taux de change réel ce qui nuit aux autres secteurs (agriculture, industrie, service...) et rend l'économie encore plus dépendante du prix des matières premières. Ajoutons à cela les opportunités que la manne pétrolière offre à la corruption. Non seulement le Venezuela n'a pas pris de mesures pour éviter ce piège mais il y est entré à pieds joints. Le pétrole a ainsi financé à l'excès les dépenses publiques et de redistribution. Il a servi de gage à un endettement et à des surinvestissements qui, non seulement n'ont pas permis de diversifier l'économie mais ont atteint la poule aux œufs d'or en minant une industrie pétrolière nationalisée et délaissée faute de moyens. Le Venezuela n'était donc pas prêt à affronter l'effondrement du prix du pétrole tel qu'on l'a connu à certaines périodes (années 1990, 2009 et post 2015).

Ainsi, loin de chercher à se vacciner du "mal hollandais", les dirigeants successifs du pays, le social-démocrate Pérez (tardivement rallié à un traitement de choc "néolibéral" très impopulaire) et plus encore les révolutionnaires "bolivariens" Hugo Chavez et Nicolas Maduro ont tout fait pour affaiblir le malade plongeant ainsi le pays dans une terrible récession, une hyperinflation inédite et la mise en place d'un illibéralisme extrême (cf. le trucage des résultats aux élections présidentielles). On peut ainsi décerner au Venezuela la médaille d'or de la gestion la plus catastrophique possible de la rente pétrolière.

Le Chili n'a pas de pétrole mais il a du cuivre (le quart de la production mondiale) et quelques autres matières premières de plus en plus stratégiques comme le lithium (un tiers des réserves mondiales) ce qui est à la fois un atout et un danger en maintenant la dépendance du pays aux cours mondiaux. Néanmoins, si le pays n'est pas à l'abri d'une baisse des prix des matières premières, il a mieux su se protéger. Depuis la chute de Pinochet (1990) qui avait appliqué une thérapeutique ultralibérale plutôt efficace économiquement (malgré quelques ratés au début des années 1980) mais politiquement et socialement très brutale, les gouvernements successifs, conservateurs aussi bien que sociaux-démocrates, ont endossé l'essentiel de cet héritage et joué la stabilité avec notamment une politique budgétaire "raisonnablement" rigoureuse. Le passage très discuté à un système de retraite fondé sur la capitalisation (fonds de pension) a favorisé un taux d'épargne élevé. Contrairement au Venezuela, le Chili a connu un renouveau démocratique qui n'a pas évité les tensions sociales, mais sans remettre en cause les grands choix économiques. Ce quasi-consensus sur les fondamentaux a contribué à surmonter la "malédiction des matières premières".

<https://atlantico.fr/article/decryptage/venezuela-argentine-bresil-chili-le-match-des-performances-economiques-et-des-modeles-suivis-nicolas-maduro-crise-politique-economique-alexandre-lohmann-jean-marc-siroen>

---

## **Wie 25 Jahre Linksregierung Venezuelas einst blühende Wirtschaft ruinierten**

Venezuelas Wirtschaft ist nur noch ein Schatten ihrer selbst. Dabei könnte das Land unter einer anderen Regierung sofort boomen. (NZZ, 3 août, tribune, article payant)

*Extraits:*

(...) Das kleine Nachbarland Guyana macht vor, wie ein Land durch ausländische Investitionen in seine Ölindustrie unter einer geschickt agierenden Regierung seit zwei Jahren ein explosives Wachstum erreicht.

Diese Erfolgsgeschichte könnte Venezuela wiederholen. Der Karibikstaat verfügt nicht nur über die grössten Ölreserven der Welt. Es hat nach zehn Jahren staatlicher Miswirtschaft und Korruption auch einen enormen Nachholbedarf an Investitionen. Multilaterale Geldgeber und eine Aufhebung der US-Sanktionen könnten die Ölproduktion in kurzer Zeit steigern, sagt Arreaza. (...)

Der Abstieg Venezuelas von einer der reichsten Volkswirtschaften Lateinamerikas in 25 Jahren Linksregierung, erst unter Hugo Chávez und jetzt unter Maduro, ist gewaltig: Die Wirtschaftsleistung ist in elf Jahren um drei Viertel geschrumpft. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 100 Milliarden Dollar liegt Venezuela heute nur noch knapp vor Uruguay, das nur ein Zehntel der Einwohner Venezuelas hat. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt bei rund 8500 Dollar – etwa so wie in Bangladesh.

Dabei hatte Venezuela noch vor fünfzig Jahren eine breite Mittelschicht wie kaum ein anderes Land der Region. Sie ist heute weitgehend verschwunden. Einkommensarmut betrifft in Venezuela 85 Prozent der Bevölkerung. Die öffentliche Versorgung mit Krankenhäusern, Schulen und Universitäten funktioniert nur noch rudimentär.

Die wenigen Reichen mit Verbindungen zum Regime leben in Saus und Braus. Nicht umsonst steht Venezuela auf der Liste der korruptesten Staaten der Welt von Transparency auf Platz 177 (von 180 Staaten). (...)

Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 36 Prozent. In den ehemaligen Industriegebieten Venezuelas um Caracas oder Valencia sind fast alle Fabriken und Anlagen seit Jahren geschlossen und meist verlassen.

Um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, müsste die Regierung eine Umschuldung der Auslandsschulden organisieren. Erst dann könnten westliche Geldgeber wie Unternehmen wieder offiziell im Land investieren. (...)

Seit 2017 bedient Venezuela seine Schulden in Höhe von rund 150 Milliarden Dollar nicht mehr. (...)

Vor der Wahl prognostizierte die Investmentbank einen Anstieg der Ölproduktion von derzeit 850 000 auf zwei Millionen Barrel pro Tag bis 2030. Nun dürfte es von der nächsten US-Regierung abhängen, welche Politik sie gegenüber Venezuela verfolgt – und damit, wie stark der Ölstaat wachsen wird.

[25 Jahre Linksregierung haben Venezuelas blühende Wirtschaft ruiniert \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch/25-jahre-linksregierung-haben-venezuelas-bluehende-wirtschaft-ruiniert-1.1611111)

---

## **Paradise cost : Vienna's social housing, lauded by progressives, pushes out the poor**

The city's most hard-up rely on the private sector (The Economist, 2 août, article payant)

*Extraits:*

(...) About 60% of Vienna's population of 2m or so live in "social housing", where rents are kept low by the city. Apartments are often small, but the amenities—kindergartens, laundries and pools—generous. A two-bedroom unit of 80 square metres (861 square feet) with a garden costs as little as €900 (\$975) a month. Vienna is regularly voted the world's most liveable city: cheap housing means more money for the good life. Just 44% of Viennese spend over a quarter of their income on housing (including energy costs); in London it is 86%, in Paris 67%. Renters can keep their apartments for life at roughly the same rent.

This housing model is a legacy of "Red Vienna", a period after the first world war when a socialist city council started building proletarian fortresses such as the gigantic Karl-Marx-Hof. It has recently been attracting enormous interest from abroad. Doves of American city planners grappling with homelessness and soaring rents have come over to learn whether the Viennese model can work in places like San Diego. The *New York Times* has lauded Vienna as a "renters' utopia".

That all depends on who is renting. True, young people can ditch their parents in their early 20s. But even many Viennese acknowledge that the model is no longer fit for purpose in a fast-growing, prosperous city. Designed to provide housing for the poorest, Vienna's social housing now mostly benefits the well-off. (...)

About 80% of Vienna's population qualify for social housing, so high are the income limits: €57,600 after tax for one person and over €100,000 for a couple with two children. The council boasts that this makes it "inclusive": the entire middle class gets access to subsidised housing. But the barriers to entry are such that it is mostly the middle class that benefits. (...)

Moreover, rent is not the only cost for an LPHA apartment. Prospective renters must make a down payment of up to €500 per square metre to meet building costs. So-called "smart apartments" charge much less, but are often tiny, just 40 square metres. The council argues that such fees "protect the system from being overrun"; critics say they simply keep immigrants and the poor out of middle-class enclaves. Only 9% of renters in the LPHA sector have low incomes. Since residents can stick around for life, the council has struggled to prevent tenants with houses elsewhere from renting out their municipal flats. (...)

Ironically, the poorest quarter of Vienna's residents often have to rent in the private sector. There, rents are needlessly high, argues Hans Ulreich, a property developer. Private builders must follow the same dense bureaucratic procedures as the municipal housing sector. Mr Ulreich thinks regulations could be significantly reduced without losing safety or quality. Vienna's population is growing by 20,000 per year, and social housing alone cannot meet the demand. The Viennese model was ground-breaking in the 1920s, but it is no panacea—and is due for an update. ■

[Vienna's social housing, lauded by progressives, pushes out the poor \(economist.com\)](#)

---

## **Non, le pouvoir d'achat n'a pas baissé sous Macron**

L'ÉDITORIAL DE PIERRE-ANTOINE DELHOMMAIS. Il faut toujours se méfier de ce que nos élus présentent comme la vérité économique. Le problème du pouvoir d'achat, en France, n'est pas celui que l'on croit. (Le Point, 1<sup>er</sup> août, édito, article payant)

*Extraits:*

« Ya-t-il un problème de pouvoir d'achat en France ? » La question que posent l'économiste Gilbert Cette et le sociologue Olivier Galland dans une [tribune publiée sur le site Telos](#) paraît presque saugrenue. Pour les Français qui le placent au premier rang de leurs préoccupations, devant l'immigration et l'insécurité, la réponse est évidemment oui. Pour les partis politiques aussi, qui tous sans exception, de l'extrême gauche à l'extrême droite, promettent de l'augmenter en rivalisant d'imagination et de démagogie.

Il faut toujours se méfier de ce que nos élus présentent comme la vérité économique. Celle d'une détérioration forte et continue du pouvoir d'achat se trouve largement démentie par les statistiques. D'après l'Insee, le niveau de vie médian des Français est passé en euros constants, c'est-à-dire corrigé de l'effet de l'inflation, de 18 430 euros en 1998 à 22 040 euros en 2019. (...)

Selon une étude comparative de l'OCDE, le pouvoir d'achat du salaire horaire moyen a baissé dans 25 pays entre fin 2019 et début 2024, a augmenté dans 8 pays et est resté stable dans 2 pays, dont la France. Au total, depuis 2017 et l'arrivée au pouvoir d'[Emmanuel Macron](#), le pouvoir d'achat affiche, malgré les légers replis observés en 2020 (- 0,3 %) et en 2022 (- 0,4 %), une hausse cumulée de 5,7 %, très éloignée du [ressenti des Français](#).

Autre enseignement, l'écart de niveau de vie entre les Français les plus modestes et les autres ne s'est pas accru sur la durée. « Mesurée par le rapport interdécile, qui compare le niveau de vie des 10 % des Français les plus aisés aux 10 % des Français les plus pauvres, l'inégalité, contrairement à ce qu'on entend souvent, ne s'est pas aggravée, loin de là », écrivent Gilbert Cette et Olivier Galland.

Et cela grâce à l'ampleur des politiques de redistribution monétaire, via les impôts directs et le versement des prestations. Selon l'Insee, en 2022, avant redistribution, les 10 % des personnes les plus modestes disposaient d'un niveau de vie annuel moyen de 4 500 euros, contre 87 610 euros pour les 10 % les plus aisées, soit 19,5 fois plus. Après redistribution, les premiers percevaient 11 620 euros et les seconds 65 050, soit un ratio

ramené à 5,6. « *Peu de ménages ont conscience de l'ampleur de la redistribution en France* », observent Gilbert Cette et Olivier Galland.

*Depuis des années, notre niveau de vie est de surcroît artificiellement gonflé, au prix d'une envolée de la dette, par l'injection massive d'argent public, ce qui a permis de compenser en partie notre déficit de travail et de production, notre manque de compétitivité et de productivité. S'il y a un problème de pouvoir d'achat en France, ce n'est pas qu'il est trop bas ... mais plutôt qu'il est trop haut par rapport à ce que nous créons comme richesses.*

[Non, le pouvoir d'achat n'a pas baissé sous Macron \(lepoint.fr\)](#)

---

## **Deutschland steckt in der Wachstumsschwäche fest**

Die Schwäche der deutschen Wirtschaft ist inzwischen chronisch und lastet schwer auf der Zukunft des Landes. Gefordert ist nun eine mutige Angebotspolitik. Von der Ampel sollte man sie nicht erwarten. (FAZ, 1<sup>er</sup> août, article payant)

*Extraits:*

(...) Das Wachstumspotential der deutschen Wirtschaft ist im internationalen Vergleich erschreckend gering. Die vielfältigen Aufgaben, vor denen das Land steht, lassen sich aber nur mit einer leistungsstarken und dynamischen Wirtschaft finanzieren. Auch Verteilung findet unter Wachstumsbedingungen leichter statt als in einer stagnierenden oder gar schrumpfenden Wirtschaft.

Gute Angebotspolitik ist eine freiheitliche Politik, die Unternehmen Raum für wirtschaftliche Initiative schafft und den Menschen im arbeitsfähigen Alter Anreize gibt, sich eine Beschäftigung zu suchen. Vor allem der SPD und den Grünen fällt es jedoch schwer, sich für eine zukunftsgerichtete Angebotspolitik einzusetzen.

Stattdessen gab sich der Bundeskanzler lange Zeit der Illusion hin, die grüne Transformation werde schon für ein neues Wirtschaftswunder sorgen. Der Bundeswirtschaftsminister meinte, da eine neue Zeit anbreche, brauche Deutschland die Ideen der Ökonomin Mariana Mazzucato, hinter denen sich im Kern nichts anderes verbirgt als eine lenkende Wirtschaftspolitik, die schon früher vielfach nicht funktioniert hat. Statt endlos von Lockerungen der Schuldenbremse zu träumen, sollte die Regierung bessere Voraussetzungen für private Investitionen schaffen.

[Wirtschaft in Deutschland: Erschreckend geringes Wachstumspotential \(faz.net\)](#)

---

## **Meta réalise 13,5 milliards de dollars de bénéfice net au deuxième trimestre, en hausse de 73% sur un an**

En septembre 2023, peu avant les massacres du Hamas, Benjamin Netanyahu a rencontré en marge de l'Assemblée générale de l'ONU le président turc, qui avait accepté une invitation à se rendre en Israël. Mais quelques semaines après, le 7 octobre a tout chamboulé. (Le Figaro, 1<sup>er</sup> août, libre accès)

[Meta réalise 13,5 milliards de dollars de bénéfice net au deuxième trimestre, en hausse de 73% sur un an \(lefigaro.fr\)](#)

---

## **Hotting up : What the war on tourism gets wrong**

Visitors are a boon, if managed wisely (The Economist, 1<sup>er</sup> août, article payant)

*Extraits:*

Cooling off is easy in Barcelona. Swim in the sea, sip sangria—or just hang about looking like a holidaymaker. Recently residents have taken part in anti-tourist protests, some firing at guests with water pistols. Other rallies calling for an end to mass tourism have taken place across the Balearic and Canary Islands. And it is not just

Spaniards. Locals in Athens have held funerals for their dead neighbourhoods. Authorities in Japan have put up a fence to spoil a popular view of Mount Fuji and prevent tourists gathering. Soon there will be a 5pm curfew for visitors to a historic neighbourhood in Seoul. (...)

Tourism accounts for 3% of global GDP, a chunky 6% of cross-border trade and employs as many people as live in America—meaning its expansion will reshape economic activity and ease government budgets. The economies of Greece, Portugal and Spain all grew at a rate of 2% or higher last year, against an average of 0.4% across the EU. Taking the broadest possible definition, some 20% of Albania’s economy now relies on tourists, up two percentage points from five years ago. In [Saudi Arabia](#) tourism’s contribution to GDP has grown by a third in the past year. Holidays are a serious business. (...)

Some economists also worry. As tourism booms, it draws in a larger share of an economy’s capital and labour. Critics liken this to a kind of “Dutch disease”, where rapid growth in one export sector prevents other, higher-value added industries from growing. According to Giuseppe Di Giacomo at the University of Lugano and Benjamin Lerch of the Swiss finance ministry, growth in Italy’s tourism business from 2010 to 2019 reduced demand for education, resulting in lower university enrolment and completion rates. Serving pizzas to hungry tourists seems a great way to get by at the age of 20; by the age of 40 a tiring waiter may wish he had studied for that degree. The holiday sector relies on lots of poorly paid workers whose productivity grows only slowly—meaning it would be a particularly bad business for developing countries to get stuck in. (...)

Although tourists are unlikely to stop visiting because of a price rise, they may change how they visit. [Venice](#) has experimented with a €5 entry charge for day-trippers this summer, which it is considering doubling, in the hope of encouraging visitors to stay the night. Japanese officials, meanwhile, levied a ¥2,000 (\$13) congestion charge on a crowded hiking trail at Mount Fuji on July 1st in an attempt to shift tourists to other routes and ease the environmental burden. Copenhagen is offering tourists who use public transport and help keep the city clean free meals and museum passes.

It is worth trying to make tourism work, rather than to become as unwelcoming as possible. If guests raise local prices, they will also raise wages, notes Chloe Parkins of Oxford Economics, a consultancy. Governments can do more to accommodate arrivals, both by building infrastructure and loosening planning rules. Rents would not rise as fast in Barcelona, for instance, if housing supply responded to foreign and local demand. Indeed, history shows that tourism receipts can be invested in infrastructure and higher value-added sectors, as has happened in Italy and, more recently, Mexico. In most cases, summer holidays can be enjoyed by everyone. ■

[What the war on tourism gets wrong \(economist.com\)](#)

---

## **Pourquoi l’inflation va rester élevée dans la zone euro**

LA CHRONIQUE DE PATRICK ARTUS. Un retour à 2 % en 2025 n’est pas envisageable tant que la productivité continuera de stagner ou de reculer en Europe (Le Point, 27 juillet, tribune, article payant)

*Excerpt:*

La productivité du travail a stagné dans la zone euro depuis 2017 et a reculé en moyenne de 1 point par an depuis le milieu de 2022, ce qui exclut un scénario de désinflation complet dans la zone euro. Pourtant, le consensus est que l’inflation [de la zone euro](#) sera, en moyenne, de 2,3 ou 2,4 % en 2024 et repassera à 2 % en 2025, ce qui permettrait une baisse importante des taux d’intérêt de la Banque centrale européenne (BCE). Mais ce retour à 2 % en 2025 semble impossible à obtenir tant que la productivité ne se redressera pas, ce qu’elle n’a pas encore fait au premier trimestre 2024 – où elle a stagné.

Par ailleurs, la stagnation ou le recul de la productivité implique que le coût salarial unitaire augmente au moins aussi vite que le salaire par tête. Sur un an, au premier trimestre 2024, le salaire par tête a progressé dans la zone euro de 4,7 %, le coût salarial unitaire de 4,9 %. Cela explique le maintien à un niveau élevé de la progression du prix des services (4,1 % sur un an en mai 2024), l’inflation hors énergie et aliments non

transformés n'étant que de 2,9 % (toujours en mai 2024) en raison de la hausse faible des prix industriels et des prix de l'énergie.

Mais, avec la progression des prix de l'énergie et des autres matières premières depuis la fin de l'année 2023, les prix des produits manufacturés vont se redresser et l'inflation salariale va continuer à augmenter. Même si les salaires ralentissent – on peut envisager 4 % de hausse du salaire par tête en 2024 et 3 % de hausse en 2025 –, tant que la productivité du travail ne se redresse pas, l'inflation restera supérieure à 2 %.

Il faut alors s'interroger sur les causes du recul de la productivité du travail en Europe alors qu'elle progresse de près de 2 % par an aux États-Unis. (...)

Il faut plutôt mettre en avant le faible niveau du taux d'investissement dans les nouvelles technologies – pratiquement deux fois plus bas qu'aux États-Unis –, le faible niveau des dépenses en recherche et développement – 2,2 % du PIB contre 3,4 % aux États-Unis en 2023 – et le recul du goût pour le travail en Europe.

Aussi, la BCE ne pourra pas baisser significativement ses taux d'intérêt tant que l'Europe ne fera pas un effort accru de modernisation de ses entreprises et de recherche. Compte tenu des contraintes budgétaires que l'Europe s'impose, et du délai nécessaire pour voir les effets de politiques amenant un redressement de la productivité, l'inflation restera donc durablement et significativement supérieure à 2 % dans la zone euro et la BCE aura beaucoup de difficultés à baisser ses taux d'intérêt.

[Pourquoi l'inflation va rester élevée dans la zone euro \(lepoint.fr\)](#)

---

## **Ayn Rand : défendre le capitalisme sur des bases morales**

Si elle vivait aujourd'hui, Ayn Rand s'opposerait au protectionnisme autant qu'au capitalisme de connivence (Contrepoints, 26 juillet, libre accès)

*Extraits :*

Peu de penseurs de la tradition libérale classique suscitent autant de réactions qu'[Ayn Rand](#). Qu'on l'aime ou qu'on la déteste, la romancière américaine née en Russie polarise comme nul autre. (...)

En plus de s'opposer à la tendance intellectuelle, Rand a également cherché à choquer avec des titres comme [The Virtue of Selfishness](#), un recueil d'essais publié après *We the Living*. Comment, en effet, l'égoïsme pouvait-il être une vertu ?

Manifestement, le but était d'attirer l'attention. Rand ne prônait pas un égoïsme mesquin et à courte vue. Elle faisait plutôt la promotion d'un intérêt personnel rationnel, ou éclairé. Votre vie est la vôtre et vous avez le droit de la vivre comme bon vous semble. Vous avez le droit de rechercher votre propre bonheur, tant que vous le faites de manière pacifique.

Cette notion selon laquelle l'intérêt personnel est une vertu et que votre vie vous appartient est très attrayante, en particulier pour les jeunes qui aspirent à la liberté. C'est encore plus vrai lorsque cette notion est illustrée dans des romans captivants tels que [The Fountainhead](#) et [Atlas Shrugged](#), qui présentent des personnages fascinants aspirant à s'épanouir et à vivre selon leurs valeurs. (...)

Rand comprenait et appréciait les arguments pragmatiques avancés par des économistes classiques comme [Adam Smith](#). Elle réalisait que la main invisible du marché amenait les gens à défendre leurs intérêts pacifiques d'une manière qui profite aux autres. Indéniablement, le commerce a de nombreux avantages, et la liberté économique peut et doit être défendue sur ces fondements pratiques.

Mais Rand pensait en outre qu'en plus d'être bénéfique, [le capitalisme est moral](#) et qu'une défense plus fondamentale de la liberté économique devait être fondée sur des raisons morales. En bref, si votre vie vous appartient, personne n'a le droit d'utiliser la force contre vous, ce qui signifie que toutes les interactions humaines doivent être volontaires.

En conséquence, lorsque nous interagissons avec les autres, en particulier avec des personnes que nous connaissons peu, nous devons le faire en tant que commerçants. Nous ne devons pas nous poser comme des maîtres ou des esclaves, mais comme des égaux indépendants qui agissent les uns avec les autres « par le moyen d'échanges libres, volontaires, non forcés et sans contrainte – échanges qui profitent aux deux parties selon leur propre jugement indépendant ».

Dans un marché libre, souligne-t-elle encore, la richesse ne peut être obtenue que par une sorte de processus « démocratique », à travers lequel les consommateurs de biens et de services « votent » avec leurs dollars. Et lorsque les gens votent avec leurs dollars, ils ne votent que sur des sujets pour lesquels ils ont les compétences nécessaires pour juger : leurs propres préférences, intérêts et besoins. (...)

[Si elle vivait aujourd'hui](#), Rand s'opposerait aux tarifs et aux quotas qui continuent de limiter le libre-échange au nom d'un protectionnisme visant à favoriser certaines industries, ainsi qu'aux subventions et autres privilèges accordés à des intérêts particuliers qui ont l'oreille des gouvernements.

Dans un marché véritablement libre, le gouvernement serait impuissant à distribuer de telles faveurs, et le seul moyen de devenir riche serait de servir son prochain, homme ou femme. Il y aurait, pour utiliser les mots de Rand, une séparation de l'État et de l'économie, et tant les conseils d'administration que la législature s'en trouveraient améliorés.

[Un article de l'Institut économique de Montréal publié initialement le 29 novembre 2018. Ayn Rand : défendre le capitalisme sur des bases morales - Contrepoints](#)

---

## **La stagnation du chômage, un poids pour la productivité... et pour Emmanuel Macron**

La faible baisse du nombre de demandeurs d'emploi au cours des six premiers mois de l'année ne permet à la France ni de s'approcher du plein-emploi, ni de rattraper les pertes de productivité (Le Figaro, 26 juillet, article payant)

*Extraits :*

(...) Mais cela ne veut pas dire que le chemin est terminé. « *L'état actuel du marché du travail français, c'est un peu : quand je me regarde, je me console. Mais quand je me compare, je me désole* », affirme Bruno Coquet, chercheur associé de l'Observatoire français des conjonctures économiques (OFCE). Certes, l'Hexagone a connu une nette embellie ces dernières années en matière d'emploi, mais la progression a été encore plus forte chez nos voisins. Y compris parmi les États du Sud, comme le Portugal ou l'Espagne, pourtant longtemps vus comme peu dynamiques depuis la fin de la crise des subprimes. Résultat, « *quel que soit l'indicateur utilisé, la France n'est pas en tête, elle est au mieux dans la moyenne européenne, au pire en queue de peloton* », ajoute l'économiste. (...)

Le manque d'investissement dans les entreprises constitue une première réponse aux interrogations sur les raisons de ce décrochage : il a diminué de 4 % entre 2019 et 2023 en Europe quand, pendant la même période, il bondissait de 8 % aux États-Unis. Autre facteur, l'envolée de l'absentéisme, en progression de 10 % en cinq ans (...)

Une seule certitude, ce retard pris par rapport aux États-Unis pèse sur les acteurs économiques nationaux. Du côté des entreprises, il rogne les marges et la compétitivité, en particulier à l'international. Les ménages, eux, sont condamnés à se contenter de « *gains de pouvoir d'achat corrélés avec ceux de la productivité sur le long terme* », avertit Charles-Henri Colombier. Une donne qui n'est pas étrangère au fait que, depuis 2019, nombre de Français aient le sentiment d'une stagnation de leur niveau de vie.

[La stagnation du chômage, un poids pour la productivité... et pour Emmanuel Macron \(lefigaro.fr\)](#)

---

**An ample supply of promises : China unveils its new economic vision**

It promises many reforms, but remains ambivalent about the role of the market (The Economist, 26 juillet, article payant)

*Excerpt:*

(...) Known as the “third plenum”, this was one of seven plenary meetings that punctuate a Central Committee’s five-year term. By tradition, the third has been used to approve big economic-policy shifts. Many analysts argue another rethink is long overdue. Xi Jinping, China’s ruler since 2012, once promised to give markets a “decisive” role in the allocation of resources. But he has since lost the confidence of private enterprise. And the economy is struggling to wean itself off decades of investment in property and infrastructure. (...)

Data released on July 15th showed flagging growth, slowing retail sales, persistent deflation and no recovery in homebuilding. Many economists believe China’s leadership is preoccupied with the “supply side” of the economy—cultivating the technologies, kit and skills that enable China to produce things—but has not done enough to revive the “demand side”. It has failed to restore the confidence of entrepreneurs, or to give households the means and motivation to buy things.

Did this third plenum respond to these concerns? The answer is a heavily qualified yes. (...)

This emphasis reflects Mr Xi’s belief that the world is in the midst of a scientific revolution that China should lead. But it also betrays Mr Xi’s siege mentality. He is determined to break America’s stranglehold on key technological inputs, such as high-end semiconductors. (...)

The biggest internal threat to China’s economy is its property slump. The resolution said little about housing directly. (...)

The plenum made clear that China’s “modernisation” will be of a style of its own. China is so vast and varied that no other country offers a convincing model, *Qiushi*, a party journal, argued this month. As a reminder of China’s idiosyncrasies, it invoked an old saying: south of the Huai river, oranges are sweet; north of the river, they are bitter.

[China unveils its new economic vision \(economist.com\)](http://economist.com)

---

## **Emmanuel Macron reconnaît maintenant que la baisse du chômage ne règle pas tout**

Mardi soir, sur France 2, le président a admis que « régler la question du chômage de masse » n’était « pas suffisant ». Un aveu qui remet en cause l’essence même du macronisme (Le Figaro, 25 juillet, article payant)

*Extraits :*

La phrase est passée inaperçue mardi soir lors de son interview sur France 2. [Emmanuel Macron](#) s’est livré à une sorte de mea-culpa, inhabituel chez lui, qui remet en partie en cause l’essence même du macronisme dans sa version chimiquement pure de 2017 : « Je pensais très sincèrement qu’en commençant à régler [la question du chômage de masse](#), on réconcilierait la France avec elle-même. Ça n’est pas suffisant. »

L’aveu est notable : c’est toute la théorie macroniste qui en prend un coup. C’est en effet sur cet axiome que s’est construit le programme du candidat Macron en 2017, mais c’est surtout le cœur de sa pensée économique, sociale et politique. Pour lui, l’économie est un levier central pour résoudre les problèmes sociaux et d’intégration en France, notamment dans les banlieues. Il a toujours défendu une vision libérale de l’économie, où la croissance et l’innovation sont perçues comme des moteurs essentiels pour améliorer le quotidien des Français.

En résumé, si l’économie va, tout va. L’intégration suivra, l’insécurité avec et le bonheur régnera dans l’Hexagone. Donner du travail à des jeunes qui « tiennent le mur » et vous en ferez des citoyens responsables au sens civique développé et à l’avenir radieux dans un « vivre ensemble » idéal. En somme, un rêve. Mais comme tous les rêves, ça ne tient que jusqu’au réveil.

L'aveu d'Emmanuel Macron, hier soir, a sonné le glas de cette théorie. « Ce n'est pas suffisant », a dit le chef de l'État sur France 2. (...)

Sans doute, joue-t-il également sur ce levier pour se redonner un peu plus de marge de manœuvre. Car en ce moment si particulier de l'histoire politique française, il vise clairement une coalition avec la droite. Mardi soir, il a balayé d'un revers de manche Lucie Castets, candidate à Matignon pour le Nouveau Front de gauche. Il a même reconnu que dans les 13 propositions de Laurent Wauquiez et Bruno Retailleau pour sceller un pacte législatif, il y avait de bonnes choses. Mais pour Macron, reconnaître que le primat de l'économie n'est pas si évident est un premier pas. Mais sera-t-il suivi d'autres ? C'est bien là, toute la question.

[Emmanuel Macron reconnaît maintenant que la baisse du chômage ne règle pas tout \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

---

## **HISTOIRE DE L'ÉCONOMIE : Les Incas et l'État collectiviste**

La bureaucratie inca a jeté son filet sur tous ceux qu'elle gouvernait, les transformant en sujets dociles et obéissants. (Contrepoints, 24 juillet, libre accès)

*Extraits :*

Les exemples de contrôle gouvernemental sur la vie sociale et économique sont aussi vieux que l'histoire, et présentent toujours des caractéristiques universelles dans leurs effets pervers, indépendamment de l'époque ou du lieu. L'un des épisodes collectivistes les plus célèbres est celui des Incas et de leur Empire en Amérique du Sud.

L'Empire inca est né d'une petite tribu des montagnes péruviennes aux XIIe et XIIIe siècles. Il s'agissait d'une théocratie militaire. Les rois incas justifiaient leur domination brutale en s'appuyant sur un mythe selon lequel le dieu du Soleil, Inti, avait eu pitié des habitants de ces montagnes et les avait envoyés, avec son fils et d'autres membres de sa famille, pour leur apprendre à construire des maisons et fabriquer des produits rudimentaires de la vie quotidienne. Les souverains incas ont ensuite affirmé qu'ils étaient les descendants de ces êtres divins et qu'ils étaient donc habilités à commander et contrôler tous ceux qui étaient soumis à leur pouvoir et à leur autorité. (...)

[Les Incas et l'État collectiviste - Contrepoints](#)

---

## **« Pourquoi la France n'est-elle pas parvenue à se doter au fil de ses soubresauts politiques d'un modèle économique consensuel ? »**

Le consultant Patrick d'Humières constate, dans une tribune au « Monde », qu'aucun parti politique ne soutient les principes d'une économie efficace et « responsable », alliant principes de bonne gouvernance et juste répartition de la valeur (Le Monde, 23 juillet, tribune, article payant)

*Extraits :*

Nos partis politiques ne sont pas les meilleurs économistes du pays... Depuis deux siècles, chacun s'accroche à une vision idéologique des équilibres macroéconomiques qui n'a guère varié : les libéraux professent l'efficacité des marchés libres depuis la révolution industrielle du XIX<sup>e</sup> siècle, la répartition de la valeur devant rester leur affaire, et l'Etat n'aurait pas à s'en occuper ; les socioreddistributifs, auxquels les échecs de l'Etat-providence n'ont rien appris jusqu'à ce jour, affichent depuis la grande crise des années 1930 un [keynésianisme](#) ; quant aux étatistes, qui ont eu leur heure de gloire à travers le redressement gaulliste, ils n'avouent pas qu'ils sont enfermés dans le protectionnisme et l'affaiblissement des droits contractuels des parties.

La crise démocratique actuelle a relancé cette triple offre régressive et dépassée, qui s'émancipe des savoirs d'efficacité économique existants et fait fi des schémas adoptés par la plupart de nos partenaires développés. En plus du fait qu'elle représente un coût social et démocratique très élevé.

Mais pourquoi donc la France n'est-elle pas parvenue à se doter au fil de ses soubresauts politiques d'un modèle économique consensuel qui aurait permis de sanctuariser les grandes règles du jeu économique applicables aux entreprises ? L'explication la plus connue est la complicité inavouée entre un pilotage étatique qui ne se lasse pas de faire gonfler la sphère de l'aide publique et [les grands groupes qui savent négocier leur liberté](#) et leur fiscalité, sans que la réflexion sur l'intérêt général soit très approfondie. (...)

Cette asymétrie française entre un imaginaire politique très créatif et un réalisme économique très limité s'oppose à l'exemple allemand. [Dans son dernier ouvrage, le philosophe allemand Heinz Wismann](#) note que « *l'idée pragmatique d'une économie sociale de marché résume le souci de synthèse qui fonde désormais le consensus allemand. Au marché de libérer les énergies, de dynamiser les entreprises, afin d'assurer la prospérité ; à la société de canaliser les forces, de maîtriser les excès afin de garantir l'équité... L'Allemagne semble avoir enfin trouvé son équilibre* » (*Lire entre les lignes. Sur les traces de l'esprit européen*, Albin Michel, 480 pages, 25 euros).

Il s'adresse à nous, Français, pour faire remarquer qu'outre-Rhin les coalitions les plus variées ont tenu à respecter dans la durée l'équilibre entre la volonté d'efficacité économique et le dû d'équité sociale.

Nous pourrions nous aligner sur cette gouvernance moderne à condition de faire pour de bon du contrat et de la finalité durable les leviers de notre politique économique, une répartition équilibrée de la valeur la finalité de notre politique sociale, et une gestion répondant aux exigences de la société civile le mode de gouvernance de nos entreprises.

[« Pourquoi la France n'est-elle pas parvenue à se doter au fil de ses soubresauts politiques d'un modèle économique consensuel ? » \(lemonde.fr\)](#)

---

## **L'épargne des Français, cette manne financière qui attise les convoitises des partis politiques de tous bords**

Les Français dorment sur un confortable matelas de 6100 milliards d'euros d'économies. Autant d'argent qui permettrait de financer les défis industriels, technologiques et écologiques du pays (Le Figaro, 23 juillet, article payant)

*Extraits :*

Un magot de 6000 milliards d'euros... et des idées plein la tête. «La France est un pays où [l'épargne nous permettrait très bien de reprendre la main sur notre dette](#) », avait déclaré avec aplomb Sandrine Rousseau en avril dernier. Et ce, quitte à contraindre les épargnants. Exhumée pendant les législatives, la phrase a mis le feu aux poudres. L'idée de voir les économies des Français mobilisées selon le bon vouloir de la député écologiste avait fait pousser des cris d'orfraies aux épargnants et aux politiques, et susciter la sidération du monde économique. Les foyers ayant massivement mis de côté en 2023, ces bas de laine suscitent la convoitise des différents partis, qui comptent bien les flécher de sorte à soutenir leurs ambitions. Réindustrialisation, transition écologique, soutien à l'innovation ou encore coup de pouce social, les souhaits ne manquent pas.

Selon le dernier [rapport de la Banque de France](#), [l'épargne réglementée](#) culmine à 935,5 milliards d'euros en décembre 2023. Un niveau historique largement soutenu par le Livret A et le livret d'épargne populaire (LEP) qui jouissent de taux attractifs. Au total, les dépôts bancaires rémunérés atteignent 1331,1 milliards d'euros. À quoi s'ajoutent les autres produits de taux comme le numéraire et dépôts à vue (751 milliards d'euros) ou encore l'assurance vie et l'épargne retraite (1482,7 milliards d'euros). En fin de compte, 3736,3 milliards d'euros sont coffrés via des produits de taux. Le reste des économies des Français - soit 2379,6 milliards d'euros - est investi dans des produits de fonds propres, c'est-à-dire des actions. L'addition finale est faramineuse : 6185,6 milliards d'euros épargnés dans l'Hexagone. Un magot que chacun voudrait voir servir son propre programme politique. Pour pallier [les 3000 milliards d'euros de dette de la France](#), [Sandrine Rousseau](#) souhaite faire appel au pécule des Français. La députée écologiste avait ainsi indiqué début juillet au Figaro qu'«une partie des assurances-vie des Français sont placées sous la forme d'obligations, et notamment en titres de dette du monde entier. On pourrait imaginer que cette épargne soit fléchée vers la dette française. Cela

nous redonnerait plus de souveraineté», insiste-t-elle. Pourtant, «cette proposition n'est pas crédible», tacle l'économiste et directeur du Cercle de l'Épargne Philippe Crevel, «ce serait reconnaître la banqueroute partielle de l'État». Et même s'ils ne le savent pas forcément, les Français détiennent déjà une grosse partie de la dette nationale, rappelle Gérard Bekermen. «46% de la dette est détenue par les épargnants français via leur assurance-vie, ce qui fait de l'assurance vie le premier souscripteur de la dette publique domestique nationale », détaille le président de l'Association Française d'épargne et retraite (Afer). (...)

[L'épargne des Français, cette manne financière qui attise les convoitises des partis politiques de tous bords \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

---

## La France, future Argentine de l'Europe ?

L'ÉDITO DE NICOLAS BAVEREZ. Le prochain gouvernement devra impérativement redresser les comptes publics s'il ne veut pas plonger le pays dans la paupérisation (Le Point, 23 juillet, chronique, article payant)

*Extraits :*

La dissolution débouche sur le risque de paralysie des institutions en raison d'une Assemblée ingouvernable, déstabilisant la Ve République, que l'on pensait d'une solidité et d'une plasticité à toute épreuve. Mais la crise politique, par l'instabilité et les incertitudes qu'elle engendre, donne aussi le coup de grâce [à une économie exsangue](#).

Avant la dissolution, l'économie française était malade, cumulant une croissance atone de 0,7 %, la chute de la productivité, la remontée du chômage, un déficit commercial de 100 milliards d'euros témoignant d'une compétitivité profondément dégradée, une perte de contrôle des finances publiques avec un dérapage des dépenses de 6 milliards d'euros et une insuffisance des recettes de 1,4 milliard pour les cinq premiers mois de 2024. Elle est désormais moribonde. (...)

Le chaos politique constitue aussi un accélérateur de la crise sociale par les frustrations et le ressentiment qu'il exacerbe. Le blocage de la croissance ne peut que renforcer la paupérisation de la population comme la désertification d'une importante partie du territoire, et ce d'autant que [la mise sous surveillance de la dette souveraine](#) interdit la poursuite du déversement des aides publiques. Alors que la France compétitive est encalminée, la France protégée ou exclue attend la réalisation des promesses qui lui ont été faites et que les comptes publics rendent irréalisables. (...)

Le changement le plus spectaculaire concerne les finances publiques. La France, alors qu'elle a aligné cinquante années de déficits et [vu sa dette s'envoler de 20 à 110 % du PIB depuis 1980](#), a bénéficié d'une longue impunité de la part des marchés et de ses partenaires européens. Et ce pour trois raisons : sa stabilité politique ; sa dimension systémique pour la zone euro ; la capacité de l'État à prélever plus de 52 % du PIB chaque année. À lire aussi [Après la dissolution, la menace du « spread »](#)

L'année 2024 marque une rupture majeure. Les élections législatives laissent le pays ingouvernable. [La dette est devenue insoutenable](#) dès lors que la croissance nominale est inférieure aux taux d'intérêt. Les recettes ne rentrent plus alors que les dépenses explosent. (...)

Le regard porté sur la France par le monde extérieur s'est ainsi radicalement transformé avec la dissolution. L'impunité a fait place au soupçon. Notre pays est perçu comme un risque pour lui-même comme pour la zone euro. (...)

Voilà pourquoi il nous faut saisir la chance paradoxale du retour d'une forte contrainte extérieure pour réformer enfin notre pays. Le principe de réalité ne s'incarne plus comme en 1983 par une crise des changes, mais par une brutale hausse des taux d'intérêt qui dévasterait les comptes de l'État comme ceux des entreprises.

Cette nécessité s'imposera au gouvernement quel qu'il soit. Il devra planifier la disparition du déficit primaire, qui atteint 3,5 % du PIB, ou bien subir la sanction des marchés et de nos partenaires européens, avec à la clé, comme en Grèce, une forte amputation du PIB ainsi qu'une explosion du chômage et de la pauvreté.

La France n'a pas seulement besoin d'un gouvernement pour conjurer la menace du chaos. Il lui faut un gouvernement suffisamment légitime et compétent pour reprendre le contrôle des comptes publics et éviter la crise financière qui vient, mais surtout pour faire enfin le choix de la modernisation contre celui du déclin.

[La France, future Argentine de l'Europe ? \(lepoint.fr\)](#)

---

### **War economy : How Vladimir Putin created a housing bubble**

Prices have risen by 172% in Russia's biggest cities over the past three years (The Economist, 23 juillet, article payant)

*Extraits :*

Mortgages used to be a tough sell in Russia. Decades of Soviet propaganda, which denounced credit as an unbearable burden, had an effect. Even after the end of communism, Russians still referred to mortgages as “debt slavery”, preferring to save until they could buy their homes outright. Vladimir Putin, the country's president, has spent two decades trying to convince his citizens to take a different view. In 2003, during his first term, he explained that mortgages might help solve “the acute problem of housing” facing Russians. His plea fell on deaf ears.

He is now having more success—and all it took was a heavy dose of statism, as well as the invasion of a peaceful neighbour. Over the past few years, the number of Russians taking out mortgages has soared, owing to a generous programme of state subsidies for buyers of new-builds. Mr Putin may have got more than he bargained for, however. The state's subsidy binge has stoked an ultra-hot property market, sending house prices soaring. As such, the Kremlin has found itself picking up a giant and fast-growing bill. (...)

[How Vladimir Putin created a housing bubble \(economist.com\)](#)

---

### **Nicolas Baverez: «Ruine économique, étatisme, suspension des libertés... Ce que l'Amérique latine nous enseigne»**

L'Amérique latine montre qu'il est simple et rapide d'étatiser et de fermer l'économie comme de corrompre l'État et de suspendre les libertés publiques. Mais qu'il est difficile de remettre en route une économie de marché, un État de droit, une puissance publique guidée par le bien commun (Le Figaro, 22 juillet, chronique, article payant)

*Voir article du jour*

[Nicolas Baverez: «Ruine économique, étatisme, suspension des libertés... Ce que l'Amérique latine nous enseigne» \(lefigaro.fr\)](#)

---

### **On its knees : Cuba's government has few ideas other than repression**

Penury is pushing the island towards Russia and China (The Economist, 22 juillet, article payant)

*Extraits :*

Cubans used to look back at what Fidel Castro called the “special period” after the end of the Soviet Union and its largesse and think that was as bad as things could get. They were too optimistic. Today officials talk of a “[war economy](#)”. The consensus on the street in Havana, the capital, is that shortages are worse than in the early 1990s. Cuba produces little in sufficient quantity: not sugar, which it once supplied to the world, not eggs, which it recently imported from Colombia, not milk powder, which it gets from the un, not power, as worsening blackouts reveal. The government lacks foreign currency for imports. Inflation is rampant; a dollar's worth of Cuban pesos at the official exchange rate is worth seven cents at the unofficial one. The price of a carton of eggs outstrips the monthly minimum wage.

The economic crisis is accelerating two recent trends. First, the communist government is losing control of the country—which is not to say the regime is about to fall. “All of us are here to save the revolution and save socialism,” Miguel Diaz-Canel, Cuba’s president, said this month. But few believe the ideological rhetoric. The government is unable to provide even the basic canasta (basket) of goods for its people, let alone anything else. The result is growing inequality, unrest and emigration. Second, in search of succour the government is moving even closer to China and Russia. These growing economic and security ties come at a time when American officials are worried by those countries’ growing influence in Latin America. (...)

[Cuba’s government has few ideas other than repression \(economist.com\)](#)

---

## **Liberty Road Trip, de Rainer Zitelmann (Contrepoints, 22 juillet, libre accès)**

*Extraits :*

(...) J’ai été invité par l’[Institut Libéral](#) à donner une conférence à l’Université de Zurich. La Suisse est un bon point de départ pour mon Liberty Road Trip, car elle se classe deuxième sur 176 pays dans l’[indice de liberté économique](#), à seulement 0,1 point du leader Singapour [4]. Le pays obtient les meilleurs résultats dans les catégories « Droits de propriété », « Efficacité judiciaire », « Santé fiscale » et « Intégrité gouvernementale ». Le résultat global serait encore meilleur si l’État ne dépensait pas trop d’argent, et si le marché du travail était moins réglementé par l’État.

Néanmoins, la Suisse est le pays le plus capitaliste du monde. Et il y fait bon vivre. L’une de mes amies, Jenna, vit dans ce pays depuis de nombreuses années. Elle ne veut en aucun cas retourner en Allemagne. Elle dirige aujourd’hui à Zurich le service de communication de l’une des marques de luxe les plus renommées au monde. J’invite Jenna – ainsi qu’Isabelle, qui m’accompagne lors de mon voyage à Zurich – à dîner dans un restaurant asiatique. (...)

[Liberty Road Trip #1 : Zurich - Contrepoints](#)

---

## **Les riches sont de plus en plus riches en France. Mais pas pour les raisons évoquées par la gauche**

L’Observatoire des inégalités affirme dans son dernier rapport que l’on est riche à compter de 3 860 euros mensuels, après impôts (Atlantico, 22 juillet, quelques articles gratuites / sem.)

[Les riches sont de plus en plus riches en France. Mais pas pour les raisons évoquées par la gauche | Atlantico.fr](#)

---

## **La France toujours championne d’Europe de la pression fiscale**

Ce n’est qu’à partir du 17 juillet que les Français finissent symboliquement de payer les différents impôts et cotisations servant à financer les services publics et prestations collectives (Le Figaro, 16 juillet, article payant)

*Extraits :*

(...) Le jour de libération fiscale des Français est, comme l’année dernière, le plus tardif d’Europe, loin derrière celui des Anglais, « libérés » fiscalement le 1er mai, ou des Espagnols, le 10 juin. Sur le podium, à côté de l’Hexagone, se trouve la Belgique (15 juillet) et l’Autriche (12 juillet), cette dernière affichant un recul significatif (trois jours plus tôt que l’an passé) grâce à une baisse de l’impôt sur le revenu. La moyenne européenne est quant à elle en légère progression (11 juin cette année, contre 10 juin l’an passé), du fait [notamment de l’inflation](#) car « de nombreux pays n’ont pas de mécanisme de revalorisation automatique des tranches d’impôts sur le revenu », décrypte Nicolas Marques. (...)

Dans l’Hexagone, « la tradition est de réduire les risques individuels en socialisant. C’est un choix, mais cela réduit également la liberté pour les particuliers d’investir, d’entreprendre, d’épargner. Moins de risques, c’est aussi moins de gains », décrypte Olivier Redouls.

Le cas des retraites françaises est assez symbolique de ce modèle. Celles-ci représentent 23,6 % des dépenses publiques en France. Pour un salarié moyen, les cotisations retraites pèsent 28 % de son salaire brut. Pour autant, cela ne signifie pas que les Français bénéficient de meilleures pensions. La France se classe seulement 11e dans l'Union européenne vis-à-vis du taux de remplacement à la retraite (ratio entre le montant de la pension et le salaire moyen). « On constate que les pays qui ont une part de capitalisation dans leurs systèmes de retraites ont un meilleur rapport qualité-prix pour leurs cotisations », explique Nicolas Marques. Les salariés danois, par exemple, toucheront en moyenne 77 % de leur salaire à la retraite (contre 68 % pour la France), alors qu'ils cotisent à peine 13 % de leur salaire pendant leur carrière.

Au global, cette pression fiscale record pénalise « la compétitivité des entreprises et l'attractivité du territoire ainsi que le pouvoir d'achat des salariés moyens », analyse Nicolas Marques. « Le salarié moyen français coûte sur l'année 59 458 euros à son employeur (9e rang de l'UE). Mais son travail est si fiscalisé (54 %), qu'il ne lui reste que 27 326 euros nets de charges et d'impôts », note le rapport. Selon le rapport, « l'importance des cotisations sociales génère des tensions avec, d'une part, des employeurs inquiets de l'envolée du coût du travail depuis des années et, d'autre part, des salariés ayant parfois l'impression d'être mal rémunérés. (...) D'où l'impression que le travail ne paie pas assez, la récurrence des revendications [liées au pouvoir d'achat](#) », qui ont notamment beaucoup occupé le débat public pendant la campagne des législatives.

Pour Nicolas Marques, même si les allègements de cotisations sociales mis en place par les gouvernements Macron ces dernières années vont dans le bon sens, elles sont loin d'être suffisantes. « Penser que les entreprises ont les moyens de corriger structurellement cette situation en modifiant le partage de la valeur ajoutée (réformée l'année dernière par le gouvernement, NDLR) est une illusion », tacle-t-il. (...)

[La France toujours championne d'Europe de la pression fiscale \(lefigaro.fr\)](#)

---

## **Le mathématicien russe qui a révélé la nature cannibale du socialisme**

[Igor Rostislavovich Shafarevich](#) a montré que le socialisme était fondamentalement anti-individualiste. Igor Rostislavovich Shafarevich n'est pas un nom très connu, mais cet homme mérite amplement qu'on se souvienne de lui plus d'un siècle après sa naissance, et sept ans après sa mort. Il est né le 3 juin 1923 à Zhytomyr, en Ukraine, à une centaine de kilomètres à l'ouest de Kiev. Il est décédé en 2017 à l'âge de 93 ans, laissant derrière lui des contributions remarquables aux mathématiques, et un puissant réquisitoire contre la calamité connue sous le nom de socialisme (Contrepoints, libre accès)

*Extraits :*

(...) Dans le dernier tiers du livre, soit une centaine de pages, Shafarevich présente son analyse du socialisme.

Il affirme de manière convaincante qu'« au moins trois composantes de l'idéal socialiste – l'abolition de la propriété privée, l'abolition de la famille et l'égalité socialiste – peuvent être déduites d'un seul principe : la suppression de l'individualité ».

Le socialisme se présente sous de multiples facettes, bien sûr, mais la version la plus pure promet « la plus grande égalité possible ». C'est le comble de l'hypocrisie et de l'illusion, affirme Shafarevich, car en même temps, le socialisme propose « une stricte régimentation de toute la vie, qui serait impossible sans un contrôle absolu et une bureaucratie toute-puissante qui engendrerait une inégalité incomparablement plus grande ».

Les individus participent à la vie en tant qu'individus pensant et agissant, et non en tant que parties indiscernables d'un bloc collectiviste.

« La créativité culturelle, en particulier la créativité artistique, en est un exemple », souligne l'auteur. Les Italiens de la Renaissance n'ont pas peint La Cène. C'est Léonard de Vinci qui l'a fait. « Et dans les périodes où les mouvements socialistes se développent, l'appel à la destruction de la culture se fait de plus en plus entendre », explique M. Shafarevich.

Le socialisme est fondamentalement anticulturel parce qu'il cherche à supplanter l'initiative individuelle par des diktats uniques et imposés d'en haut. Son plan centralisé et obligatoire est en fin de compte un arrêt de mort, car « non seulement les gens, mais même les animaux ne peuvent exister s'ils sont réduits au niveau des rouages d'un mécanisme ».

Shafarevich écrit : « Tous les aspects de la vie qui la rendent attrayante et lui donnent un sens sont liés aux manifestations de l'individualité. Par conséquent, une mise en œuvre cohérente des principes du socialisme prive la vie humaine d'individualité et prive simultanément la vie de son sens et de son attrait [...] cela conduirait à l'extinction physique du groupe dans lequel ces principes sont en vigueur, et s'ils devaient triompher à travers le monde, à l'extinction de l'humanité. »

Le collectivisme dont le socialisme se fait le champion n'est en fin de compte qu'un mirage. Il n'y a pas de « masse » qui pense et agit. Il n'y a que des individus. Le soi-disant « collectif » se réduit donc à quelques individus exerçant un pouvoir sur d'autres individus. Le socialisme est donc un cannibalisme animé par la philosophie. Shafarevich l'a essentiellement dit au monde il y a un demi-siècle, et le monde peine encore à l'apprendre.

[Le mathématicien russe qui a révélé la nature cannibale du socialisme - Contrepoints](#)

---

### **Législatives : la liberté économique, grande perdante du premier tour**

TRIBUNE. Les trois blocs qui s'affrontent lors de ce scrutin préfèrent la réglementation à la liberté dont notre pays a cruellement besoin (Le Point, 17 juillet, tribune, article payant)

*Extraits :*

(...) Les Prix Nobel Friedrich Hayek et Milton Friedman avaient théorisé que cette réduction de la liberté économique entraîne nécessairement une réduction des libertés politiques et civiques. La question politique fondamentale en démocratie est : qui décide ? En retirant aux citoyens le pouvoir de choisir ce qu'ils consomment, produisent et transmettent, on réduit leur liberté.

Réduire la liberté économique, c'est réduire la liberté de choix. Les trois blocs politiques veulent que l'État décide, depuis des bureaux parisiens ou bruxellois, des choix économiques à la place des citoyens. Cela est flagrant dans leurs programmes, où l'État se substituerait aux ménages pour décider : de l'achat d'une voiture, des conditions d'achat et d'entretien d'une propriété (interdiction des passoires thermiques), du niveau de rémunération et du temps de travail, des partenaires commerciaux (deux blocs sur trois veulent limiter l'achat de produits bon marché venant de l'étranger), et même de la décision de faire un enfant (calcul des parts pour les allocations familiales).

Notre économie et notre société civile sont déjà asphyxiées par [un État omniprésent](#). Les trois coalitions le savent, mais aucune ne reconnaît la véritable source du mal. Chacun des partis veut jouer avec la réglementation et la main lourde de l'État, réorganisant les transats sur le pont d'un navire qui sombre. Trop peu d'acteurs ont la vision à long terme nécessaire pour comprendre que la France a besoin d'un choc de liberté économique. (...)

Deuxièmement, la liberté économique est un déterminant important de la croissance économique, comme le montre une abondante littérature économique. Les pays jouissant de liberté économique croissent en moyenne trois fois plus vite que les autres. Cette croissance bénéficie à tous : le dernier quartile de revenus gagne presque dix fois plus dans les pays libres. Grâce à la mondialisation, le nombre de pauvres a été divisé par 3 depuis 1990, passant de 2 milliards à environ 700 millions. (...)

*Kevin Brookes est enseignant-chercheur en science politique. Nicolai Wenzel est professeur d'économie à l'Universidad de las Hespérides et chercheur à l'American Institute for Economic Research.*

[Législatives : la liberté économique, grande perdante du premier tour \(lepoint.fr\)](#)

---

## **The dangerous rise of pension nationalism**

Pursuing domestic investment at the expense of returns is reckless (The Economist, 16 juillet, article payant)

*Extraits :*

Rachel reeves, Britain's new chancellor, says that she has inherited the worst fiscal circumstances since the second world war. An exaggeration, perhaps, but only a small one. To address the squeeze, Ms Reeves will seek the help of Britain's retirement savings. On July 8th she said that she wants the country's pension funds "to drive investment in homegrown businesses and deliver greater returns to pension savers".

Details of Ms Reeves's plans are still to emerge. Her predecessor, Jeremy Hunt, set the ball rolling by mandating that defined-contribution pension funds will have to disclose the scale of domestic investments by 2027. Other countries are joining in. Stephen Poloz, a former governor of the Bank of Canada, is looking at how to increase pension-fund investment in domestic assets on behalf of the Canadian government. Enrico Letta, a former Italian prime minister, recently argued in favour of an eu-wide auto-enrolment pension scheme that could be funnelled into green transport and energy infrastructure. (...)

Yet savers have reason to be sceptical that extra domestic investment will produce higher returns. Pension funds already exhibit home bias, deploying more cash to local markets than would be best. Over the past decade, the msci Canada and Britain indices have returned 4% and 3% a year in dollar terms, while American stocks have returned 13%. Any Briton or Canadian who wishes their pension allocation was more domestic is a truly selfless patriot. And the two markets have not underperformed because they are capital-constrained. They have underperformed because they are stuffed with companies in industries such as banking, energy and mining, which have lagged behind America's soaring tech stocks. (...)

Few Western politicians would like to go as far as the Japanese and South Korean governments once did, but the direction of travel is nonetheless worrying. Giving pension funds more options is one thing. Limiting their options in order to encourage domestic investment is quite another. That is especially true given that governments already face a formidable challenge when it comes to providing for baby-boomers during their increasingly lengthy retirements. National obligations that lower returns will inevitably leave governments holding the bag for any shortfall in the decades to come. When that happens, they will rue the decision to have focused on anything but making money. ■

[The dangerous rise of pension nationalism \(economist.com\)](https://www.economist.com)

---

## **Dans plusieurs pays de l'OCDE, les salaires réels sont inférieurs à leur niveau de 2019**

«En progression» dans la plupart des pays de l'OCDE, les salaires réels restent «en dessous de leur niveau de 2019 dans un peu moins de la moitié» d'entre eux, constate l'OCDE dans une étude publiée ce mardi (Le Figaro, 9 juillet, libre accès)

*Extraits :*

(...) En France, les salaires réels sont restés «relativement stables» entre fin 2019 et début 2024, alors qu'ils ont diminué par exemple en Allemagne, en Belgique, en Espagne et en [Italie](#), relève l'OCDE. L'organisation estime que «la désinflation soutiendra le pouvoir d'achat». L'inflation globale «devrait reculer à 2,3 % en 2024 et à 2% en 2025», écrit l'OCDE, qui estime que «la croissance de l'emploi devrait se tasser et le [chômage](#) augmenter légèrement pour atteindre 7,8% à la fin de l'année 2025».

[Dans plusieurs pays de l'OCDE, les salaires réels sont inférieurs à leur niveau de 2019 \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

---

**Bloquer les prix, cette fausse bonne idée de la gauche aux conséquences potentiellement désastreuses**

Cette mesure phare de Nouveau Front populaire, qui figure parmi ses priorités, fait largement débat. Pénuries, effet d'aubaine... Ses potentiels effets néfastes à long terme sont pointés du doigt (Le Figaro, 9 juillet, article payant)

*Extraits :*

(...) La principale critique porte sur le risque de pénuries que porte en elle cette mesure. «L'État peut interdire à une entreprise d'augmenter ses prix, mais il ne peut pas l'obliger de travailler à perte, ce qui impliquerait une baisse de production et donc des pénuries», alerte ainsi le cabinet de conseil économique Asterès, d'obédience libérale. L'Institut Montaigne, un think tank lui aussi libéral, fait la même démonstration, sur le volet énergie : «Les producteurs nationaux pourraient réduire leur production afin de réduire leurs pertes», quand «les producteurs étrangers pourraient réorienter leur offre vers d'autres pays, de même pour les distributeurs ayant un réseau international», écrit-il. Il en serait de même pour l'alimentation, juge Éric Dor, directeur des études économiques à l'IESEG School of Management : «Les gros distributeurs type Carrefour ou Auchan possèdent des implantations dans les pays voisins. Plutôt que de vendre leurs stocks à prix contraints en France, ils pourraient décider de les écouler là-bas», développe l'économiste, qui pointe également un potentiel mécanisme d'évitement de ce blocage, via «des hausses reportées sur d'autres produits aux tarifs non bloqués».

L'organisation altermondialiste Attac, pourtant classée à gauche et soutien du NFP, alerte elle aussi sur ce risque de détraquage de l'équilibre économique : «À long terme, un tel contrôle pourrait mener à des pénuries», estime-t-elle, jugeant qu'il «doit être accompagné d'une politique de réserve et de précaution». (...)

Pour éviter l'écueil des pénuries, l'État pourrait être forcé de compenser les pertes des industriels engendrées par le blocage des prix. Comme ce qu'avait fait le gouvernement avec le «bouclier tarifaire» sur l'énergie. Mais dans ce cas, la facture risque d'être salée. Les dispositifs d'aide aux consommateurs sur l'électricité, le gaz et les carburants mis en place entre 2021 et 2024 ont en effet coûté [près de 36 milliards d'euros nets](#) aux finances publiques, a chiffré la Cour des comptes en mars dernier. S'agissant du blocage des prix des biens de première nécessité proposé par le NFP, il coûterait près de 20 milliards d'euros aux caisses de l'État, affirme-t-on au cabinet du futur ex-ministre de l'Économie Bruno Le Maire. L'Institut Montaigne estime lui son coût à 24 milliards d'euros par an. Dans ce cas, «un blocage des prix financé par l'État reviendrait à faire payer au contribuable ce qu'aurait gagné le consommateur», note Asterès. (...)

[Bloquer les prix, cette fausse bonne idée de la gauche aux conséquences potentiellement désastreuses \(lefigaro.fr\)](#)

---

## **Pourquoi le smic à 1 600 euros du NFP est une mesure antisociale**

La mesure du Nouveau Front populaire est critiquée par des économistes spécialistes du smic. Une hausse de 1 % en France peut aboutir à la destruction de 15 000 emplois (Le Point, 9 juillet, article payant)

*Extraits :*

Que faut-il penser de la hausse de 200 euros du salaire minimum interprofessionnel de croissance (smic) en [France](#) promue par le Nouveau Front populaire s'il était au gouvernement ? La mesure n'en finit pas de susciter des débats entre économistes et politiques. Si, sur le papier, elle s'avère bien évidemment séduisante car elle vise officiellement à améliorer le pouvoir d'achat des travailleurs les moins rémunérés, elle est pourtant très problématique sur le fond.

« Comme nous sommes dans un pays à smic élevé par rapport à nos voisins, elle aura des conséquences très défavorables sur l'emploi. Les chefs d'entreprise auront tendance à licencier ou à ne plus embaucher des personnes dont la productivité est faible. En outre, cela va concentrer et encore plus tasser la hiérarchie des salaires autour du smic, ce qui risque de susciter beaucoup de frustrations pour les salariés qui ont obtenu des primes et se voient rattraper par d'autres », estime Gilbert Cette, professeur à Neoma Business School et qui a présidé le comité d'experts du smic (2017-2024). [La situation diffère dans les autres pays occidentaux, notamment aux États-Unis, où les salaires sont très bas.](#) (...)

« La hausse du smic est le pire outil pour lutter contre la pauvreté et les inégalités. Pourquoi ? Car les pauvres ne sont pas pauvres à cause du salaire, mais à cause du peu d'heures qu'ils font. Il s'agit souvent de femmes isolées qui travaillent à temps partiel entre 15 et 20 heures par semaine », poursuit Francis Kramarz. « Elle toucherait de plein fouet les salariés les plus fragiles, les moins qualifiés et les moins formés. Elle contribuerait ainsi non pas à faire baisser mais à augmenter sensiblement la pauvreté », abonde Gilbert Cette.

[Après les coups de pouce de ces dernières années](#), une augmentation du smic à 1 600 euros ferait grimper le nombre d'employés payés au salaire minimum. Le smic concernait déjà 17,3 % des salariés en France en 2023 (hors agriculture et hors Mayotte), après 14,5 % en 2022 et 12 % en 2021. « Ce serait une façon de désespérer Billancourt. Il y aurait beaucoup de personnes au même salaire, de 30 à 40 %, et aucune perspective d'évolution de carrière », ajoute l'économiste.

De l'avis des experts interrogés, la bonne idée consisterait plutôt à développer la formation en continu diplômante pour les salariés les plus fragiles et à travailler sur la mobilité de tous au sein du marché du travail. « Combien de pertes d'emplois et de drames humains faudrait-il au NFP pour se rendre compte qu'une hausse du smic plongerait la France dans la pauvreté ? Il y a plus intelligent à faire, et d'abord faciliter la mobilité au-dessus du niveau du smic », insiste Gilbert Cette.

[Pourquoi le smic à 1 600 euros promu par le NFP est une mesure antisociale \(lepoint.fr\)](#)

---

« **Après les législatives, l'attente des milieux économiques tient désormais en deux mots : stabilité et visibilité** » (Le Monde, 8 juillet, chronique, article payant)

Alors que le second tour des élections vient de s'achever, certains patrons en sont à espérer une coalition parlementaire allant de LR au PS et aux Ecologistes, en passant par les partis de la majorité présidentielle. Un scénario assez improbable, explique, dans sa chronique, Jean-Michel Bezat

[« Après les législatives, l'attente des milieux économiques tient désormais en deux mots : stabilité et visibilité » \(lemonde.fr\)](#)

---

**LIBÉRALISME : Guy Sorman : "Emmanuel Macron n'est pas du tout libéral mais représente plutôt la technostructure et l'élitisme français"** (Atlantico, interview, 7 juillet, quelques articles gratuites / sem.)

Selon l'essayiste, il y a dans le carquois libéral un certain nombre de flèches, de mesures et de réformes qui n'ont jamais été utilisées

[Guy Sorman : "Emmanuel Macron n'est pas du tout libéral mais représente plutôt la technostructure et l'élitisme français" | Atlantico.fr](#)

---

**The end of the beginning : Central banks are winning the battle against inflation. But the war is just getting started** (The Economist, Leader, 5 juillet, article payant)

Politics and protectionism will make life difficult

*Extraits :*

The trajectory of inflation has not given central bankers much cause for celebration in recent years. But at the European Central Bank's annual jamboree in Sintra, Portugal, this week, a touch of self-congratulation has been in the air. "I know it sounds a little bit arrogant," confessed Christine Lagarde, the ecb's president, on July 1st, but the unwinding of high inflation "is remarkable". "We've made a lot of progress," said Jerome Powell, the chairman of America's Federal Reserve, the next day. Others agree. "Central banks have risen to the challenge" of high inflation, commends the Bank for International Settlements.

The data do indeed merit some satisfaction. After cumulative price increases between 2021 and 2023 of 15% in America and 18% in the euro zone, annual inflation rates now stand at just 2.6% and 2.5% respectively. Yet the time for mutual back-patting may be brief. Lower inflation, though welcome, does not mean a return to the relatively stable economy that prevailed before the pandemic. Several perils loom on the supply side, which could constrain growth and boost inflation, just as a return to populism in America and Europe threatens fiscal blowouts and more price pressure still. Central bankers may be winning the battle against inflation. The war is just beginning. (...)

Layered on top of this is politicians' renewed fondness for running up big debts. As the world has discovered, wars, pandemics and commodity crises are costly. Though tariffs raise government revenue, supply shocks tend to harm growth, making debts harder to repay. Bond markets are already alert to lavish fiscal policy; investors took fright at the prospect of a victory for the populist right in France's parliamentary poll, only to calm a little as a hung parliament appeared more likely after the first round of voting. Yields on ten-year Treasuries have risen as investors contemplate a Republican sweep in America's elections in November, which would make deficit-financed tax cuts more likely. Such policies will only push up inflation, forcing central banks to raise interest rates—and putting them on a collision course with Mr Trump and other populist politicians.

The risk of a more inflationary world is still under-appreciated. At times the mood in Sintra did become sombre, but—notwithstanding their recent jitters—financial markets are for the most part priced giddily, as though the recent episode of inflation was an aberration, and stability will now prevail. More probably, the pandemic marked the start of a dangerous new time—one in which victories for central banks will be rarer and harder-fought.

[Central banks are winning the battle against inflation. But the war is just getting started \(economist.com\)](#)

---

### **Wealth of nations : The world's richest countries in 2024** (The Economist, 5 juillet, article payant)

Our annual ranking compares economies in three different ways

*Extraits :*

Sorting countries into rich and poor can be difficult. Measures such as gdp are affected by population size (more people generally mean more output). But adjusting for population alone is not enough. Dollar income per person does not account for differences in prices between countries (a [Big Mac](#), for example, will set you back more in some places than in others, even after converting into dollars). Nor does it account for productivity (overall output per hour worked).

To get a fuller picture, The Economist therefore ranks countries by three measures: dollar income per person, income adjusted for local prices (known as purchasing-power parity, or ppp) and income per hour worked. (...)

[The world's richest countries in 2024 \(economist.com\)](#)

---

### **Jean-Pierre Robin : «Les programmes économiques du RN et du NFP sont incompatibles avec la monnaie européenne»** (Le Figaro, chronique, 4 juillet, article payant)

Les programmes économiques du RN et du Nouveau Front populaire ne proposent que d'amplifier les dérives de notre modèle, qui repose depuis un quart de siècle sur le crédit, et ils sont contraires aux exigences minimales de l'euro, sauf à accepter une faillite à la grecque

*Extraits :*

La France est-elle dans les choux ? La réponse tient en un mot apparemment technique mais très simple : «spread », autrement dit l'écart (en français) des taux d'intérêt entre les obligations émises par l'État français, les OAT à 10 ans, et les Bund, leur équivalent pour l'État fédéral allemand, la référence en Europe. Plus cet écart

est élevé et moins les investisseurs qui financent la dette publique ont confiance en notre pays, dans la façon dont il est gouverné, dans sa capacité à [honorer ses dettes](#). (...)

(...) la France a toujours bénéficié d'un traitement de faveur de la part des marchés financiers. «Compte tenu de leurs situations budgétaires respectives, le spread de taux d'intérêt à 10 ans vis-à-vis de l'Allemagne est anormalement faible en France et il est anormalement élevé en Italie », considère l'économiste Patrick Artus. Cette cote d'amour tient essentiellement à notre taille de deuxième économie de la zone euro. La monnaie unique ne pourrait exister sans nous. Est-ce un blanc-seing pour faire n'importe quoi ? On peut en douter. (...)

Sur les 25 années d'existence de l'euro (depuis 1999), la France n'a respecté que six fois le plafond de 3% du PIB pour le déficit public. Or l'enjeu est aujourd'hui bien plus grave avec les «programmes de rupture » que revendiquent, chacun dans son registre, le Nouveau Front populaire et le Rassemblement national. (...)

À leur décharge, les deux blocs extrêmes s'inscrivent dans une tradition hélas bien française d'accommoder à sa guise les règles du jeu. Ainsi, en 1999 le gouvernement de cohabitation de Lionel Jospin avait-il choisi d'instaurer la semaine de 35 heures, juste au moment où était créé l'euro. Quelle drôle d'idée que de détériorer la compétitivité des entreprises alors que le marché européen devient plus concurrentiel du fait de la monnaie unique qui facilite les échanges ! Ironie de l'histoire, la réduction du temps de travail aurait été impossible avec le franc, car elle aurait été sanctionnée pour son irréalisme par les marchés financiers, nous contraignant à dévaluer.

Autre usage paradoxal et pervers de l'euro : l'endettement. Jamais l'État français, les entreprises et les particuliers ne se sont autant endettés, car les conditions d'emprunt n'ont jamais été aussi favorables. «Entre 2003 et 2023 la baisse des taux d'intérêt a été en moyenne de 4,8 points de pourcentage pour les ménages et de 1,6 point pour les entreprises » selon la Banque de France. L'État a même pu emprunter à des taux nuls voire négatifs entre 2015 et 2021, avec pour conséquence une explosion de la dette publique qui représente actuellement 110,7% du PIB.

Depuis un quart de siècle, notre modèle de croissance et de redistribution du pouvoir d'achat repose sur le crédit dont on abuse sans vergogne grâce à l'Union monétaire. Les programmes économiques du RN et du NFP ne proposent que d'amplifier ces dérives et ils sont incompatibles avec les exigences de l'euro cosignées avec nos partenaires, sauf à accepter une faillite à la grecque. «Soyez libéraux, soyez socialistes, mais ne soyez pas menteurs », disait Jacques Rueff, l'économiste du général de Gaulle.

[Jean-Pierre Robin : «Les programmes économiques du RN et du NFP sont incompatibles avec la monnaie européenne» \(lefigaro.fr\)](#)

---

**« L'écart de richesse croissant entre la France et d'autres puissances alimente un sentiment de déclassement qui nourrit le vote aux extrêmes »** (Le Monde, 4 juillet, article payant)

Ce sont les politiques d'innovation et de formation qui permettent d'augmenter la productivité et, par conséquent, les salaires

*Extraits :*

(...) le pouvoir d'achat est la résultante d'autres choix économiques, qui permettent aux entreprises de produire plus et mieux, et donc de dégager plus de revenus à redistribuer à leurs travailleurs, à arbitrage constant entre profit et salaires. La France s'est distinguée sur ce point ces dernières années, et pas pour le meilleur. Depuis 2019, le produit intérieur brut (PIB) rapporté au nombre d'emplois a progressé de 6 % aux Etats-Unis, a peu ou prou stagné en zone euro (- 0,4 %), mais a baissé de 3,5 % en France. (...)

Mais cette évolution inquiétante peut aussi s'interpréter comme un retard pris sur les entreprises américaines en matière d'innovation, de robotisation, d'adoption des nouvelles technologies. Ce retard se manifeste aujourd'hui par le décrochage brutal de l'économie européenne face aux Etats-Unis : entre 2010 et 2023, le taux de croissance cumulé du PIB a atteint 34 % outre-Atlantique, contre seulement 21 % dans l'Union européenne et 18 % dans la zone euro. Selon le FMI, le PIB par habitant en France est de 58 650 dollars (54 506 euros),

contre 81 630 dollars aux Etats-Unis. Améliorer le pouvoir d'achat sur le long terme exige donc d'autres mesures que le blocage des prix ou l'augmentation, fût-elle substantielle, d'une prime. L'appareil productif, pour être plus efficace, doit investir plus massivement encore sur les nouvelles technologies. (...)

Pour être en mesure d'améliorer le pouvoir d'achat de ses travailleurs, la France doit aussi rester compétitive tout en relevant l'immense défi que représente la transition énergétique. [Le déferlement des voitures électriques made in China sur les marchés mondiaux](#) n'est pas qu'une affaire de droits de douane ou de coût de la main-d'œuvre. La Chine s'est mise en ordre de bataille suffisamment tôt. Aujourd'hui, il faut environ un an à un constructeur chinois pour concevoir et mettre un modèle sur le marché, quatre fois moins que pour un véhicule thermique. La recherche et développement n'est pas un thème porteur en temps de campagne électorale, pourtant elle est cruciale pour tenir les promesses affichées par les candidats de tous bords.

Sans oublier l'importance fondamentale de l'éducation et de la formation. [La France dégringole dans les classements PISA](#), alors que renforcer les savoirs de base dès l'école accroît la probabilité pour les jeunes d'accéder à une formation professionnelle et à un emploi qualifié. (...) Améliorer le pouvoir d'achat des générations futures passe aussi par l'élévation du niveau de compétences, et ce, tout au long de la vie.

[« L'écart de richesse croissant entre la France et d'autres puissances alimente un sentiment de déclassement qui nourrit le vote aux extrêmes » \(lemonde.fr\)](#)

---

## **Les arguments des opposants aux marchés libres** (Contrepoints, opinion 4 juillet, libre accès)

*Extraits :*

(...) Telle que je comprends la réalité, les avantages matériels et éthiques des marchés libres sont tellement évidents et écrasants que j'ai du mal à comprendre l'enthousiasme de nombreuses personnes pour l'intervention active du gouvernement dans les processus de marché.

Mais je comprends aussi cet autre aspect de la réalité : ma confiance dans les marchés libres et ma réticence à l'égard de l'intervention de l'État me placent dans une minorité relativement restreinte. Ceux d'entre nous qui veulent que l'État reste petit et strictement limité – et, par conséquent, qui veulent que les individus aient une très grande latitude pour faire les choix pacifiques qu'ils souhaitent sur les marchés – sont beaucoup moins nombreux que les individus qui ne croient pas que les marchés puissent fournir suffisamment de biens à suffisamment de personnes.

Pourquoi cette méfiance ? (...)

La richesse se produit tout simplement, elle émerge automatiquement de la nature ou des forces historiques avec peu ou pas de contribution de la part des êtres humains. Les actions humaines (et les institutions qui les régissent) ne déterminent que la distribution de cette richesse, et non sa quantité ou sa qualité. (...)

La richesse étant « produite » indépendamment de l'action humaine, les prix et les salaires ne déterminent que la manière dont cette richesse est partagée entre les acheteurs et les vendeurs, ainsi qu'entre les employeurs et les employés.

Des prix élevés distribuent plus de richesses aux vendeurs et moins aux acheteurs, tandis que des prix bas font l'inverse. Les salaires élevés distribuent plus de richesses aux travailleurs et moins aux employeurs, tandis que les bas salaires font l'inverse.

Le contrôle des prix et des salaires par le gouvernement n'a pratiquement aucun effet sur la production de richesses ; ce contrôle – ou son absence – ne détermine que la répartition des richesses entre les acheteurs et les vendeurs. Il s'ensuit que s'opposer aux lois sur le salaire minimum revient à soutenir les intérêts des employeurs cupides aux dépens des travailleurs, tandis que s'opposer à l'utilisation de plafonds de prix pour empêcher les « prix abusifs » revient à soutenir les intérêts des marchands cupides au détriment de ceux des consommateurs.

[Les arguments des opposants aux marchés libres - Contrepoints](#)

---

**Macron's Rivals Say They'll Fix France's Economy, but Economists Are Skeptical** (NYT, 3 juillet, quelques articles gratuites / sem.)

The far-right National Rally party and the left-wing New Popular Front are focusing on a cost-of-living crisis to woo voters, but their plans risk worsening France's soaring deficit

*Extraits :*

One of the messages that helped propel the far-right National Rally [to the brink of power](#) in France's parliamentary elections on Sunday — a once-unthinkable shift — is a common refrain in U.S. politics: It's the economy, stupid.

Both the National Rally and a coalition of left-wing parties called New Popular Front won large gains in part by tapping into anger over a cost-of-living crisis and a sense that President Emmanuel Macron had [grown out of touch](#) and did not understand their struggles. (...)

A two-year streak of high inflation has left low- and middle-income French families grappling to pay for basics like energy, gas and food, while wages, in some cases, have failed to keep pace. [Polls show](#) that worries over "purchasing power" were a top concern of voters, alongside immigration and security. Blue-collar workers [turned out in droves](#) to vote for the National Rally, which is promising to aid households and curb immigration. (...)

Left unclear is how each party will pay for the pledges. Economists say many of the funding proposals are not credible, [raising risks](#) for a [heavily indebted France](#). But the final results are [hard to predict](#): If France winds up with a hung Parliament in next Sunday's vote, legislative gridlock could also spook investors. (...)

What happens next?

If Mr. Bardella's party gains enough seats in Parliament, he could become prime minister, name cabinet members and derail much of Mr. Macron's domestic agenda. But if France winds up with a hung Parliament in which neither the far right nor the united left has a majority, creating legislative gridlock, economists warn that there could be a debt crisis if a paralyzed government cannot rein in France's finances.

[Economists Worry About Fiscal Plans of Macron's Rivals: What to Know - The New York Times](#)  
([nytimes.com](#))

---

 **Julia Cagé and Thomas Piketty: France's 'hard left' has been demonised – but its agenda is realistic, not radical** (The Guardian, 3 juillet, libre accès)

The New Popular Front will improve ordinary people's lives – and it's an effective, economically sound alternative to the far right

*Extraits :*

(...) What is the alternative? The left alliance, the New Popular Front (NFP), is France's best chance.

This alliance takes its inspiration from the [Popular Front](#) – which in 1936 emerged under the threat of fascism to govern France. (...)

The NFP is following a similar path today, with ambitious policies to improve the purchasing power of poor and lower-middle-class people. These reforms include a substantial increase in the minimum wage, wages indexed to prices and free school lunches. Most importantly the NFP wants to prioritise investment in the future by increasing public spending on infrastructure – throughout the country, including in isolated rural areas – as well as in health, education and research. This is the only coherent way to plan for the future and to increase labour productivity, which under Macron has [declined by 5% since 2019](#). (...)

These plans are the complete opposite of the path pursued by [Emmanuel Macron](#) since 2017. His agenda has exacerbated both income and wealth inequality, while there has been no change in investment, job creation or growth. (...)

Some now seek to scare leftwing and centre-left voters by claiming that the NFP's programme for government would be dangerous for the French economy. They are wrong. We are not claiming that this manifesto is perfect – how could it be given that Macron only allowed three weeks to organise for elections? But in historical context, it should be considered a pragmatic, social democratic set of proposals aimed at reducing inequalities and preparing for the future. There is nothing radical in this agenda. (...)

The NFP's policy platform credibly addresses how to finance a strategy of inclusive investment. By contrast, the far right argues in favour of repealing the existing tax on real-estate multi-millionaires. It claims it will finance its policies by targeting foreigners and welfare recipients, but this will simply generate more economic disillusionment and more tensions.

The only threat in [France](#) next Sunday is the one posed by far-right victory. We hope that centrist voters understand what is at stake and turn back to the left.

[France's 'hard left' has been demonised – but its agenda is realistic, not radical | Julia Cagé and Thomas Piketty | The Guardian](#)

---

**Patrick Artus: «Attention à ne pas dégrader davantage l'attractivité de l'économie française»** (Le Figaro, tribune, 2 juillet, article payant)

L'économiste invite à sortir de la trappe à croissance faible en s'attaquant particulièrement à la diminution de la productivité et en investissant plus dans les nouvelles technologies

*Extraits :*

(...) nous sommes confrontés à la conjonction de deux tendances inquiétantes: le recul de la productivité et le [vieillesse démographique](#), donc la baisse de la population en âge de travailler. Qu'est-ce que cela veut dire? Tout simplement moins de richesse créée et moins de revenus. Nous devons sortir de ce piège. Sinon, nous savons que nos systèmes de protection sociale et de retraites ne s'en relèveraient pas. En effet, les dépenses publiques sont liées à la population totale (qu'on pense aux dépenses de santé, de retraites, d'éducation) et les recettes fiscales sont liées à la population au travail. Le scénario d'une croissance nulle, générant peu de recettes fiscales et un déficit public toujours plus élevé, face à des besoins de plus en plus importants, n'est pas exclu. Il dégraderait en outre l'attractivité de l'économie française, qui s'affaiblirait encore ; et les capitaux se détourneraient vers des investissements productifs dans des économies plus dynamiques. (...)

C'est un scénario catastrophe...

Tout ça n'est pas nouveau. La productivité a commencé à baisser en 2019, mouvement qui s'est accéléré post-Covid. Les causes sont connues: notre système éducatif n'est pas au niveau - en témoigne la place de nos élèves dans les classements internationaux - et nous n'investissons pas assez dans les nouvelles technologies. Dans les pays de l'OCDE, ceux qui se portent le mieux sont ceux qui investissent le plus. La France ne consacre que 2,2 % de son PIB en R&D, les États-Unis 3,5 %. C'est un cercle vicieux, la démographie ayant aussi un effet sur la productivité. Un codeur de 25 ans est plus performant qu'un codeur de 60 ans. (...)

[Patrick Artus: «Attention à ne pas dégrader davantage l'attractivité de l'économie française» \(lefigaro.fr\)](#)

---

**« Qu'est-ce que le libéralisme ? » – Entretien avec Serge Schweitzer** (Contrepoints, interview, 3 juillet, libre accès)

*Extraits :*

(...) Quels sont vos auteurs libéraux de référence ?

Locke, Tocqueville, Kant, [Mgr Freppel](#), Boudon, Bourricaud, Atias, Pinker et tant d'autres dans l'ordre des univers des études philosophiques, politiques, sociologiques, juridiques, psychologiques. Ayn Rand est cruciale par son côté intraitable sur l'essentiel : l'individu est l'atome de tout et le tout du tout. Elle n'a qu'une préoccupation, au demeurant la seule qui vaille. Sacrifier sa vie pour les autres doit être un choix libre, non une obligation comme cela le devient dans la réalité quand l'État-providence vole le fruit de votre travail, ou quand l'atmosphère est irrespirable pour celui qui décide de vivre pour son épanouissement. Au demeurant, ce ne sont que ceux qui vivent pour eux, d'où ils tirent leur équilibre, qui peuvent aller vers les autres et apporter une valeur ajoutée aux autres. Seuls ceux qui sont en accord avec eux-mêmes et épanouis peuvent augmenter le bien-être d'autrui.

Chez les économistes, Turgot comprend tout, mais gâche son affaire par des maladroites. Dans des symétries à la française, Say met en ordre et au clair les jaillissements de Smith, fulgurants mais touffus comme des jardins à l'anglaise. Quant à Bastiat il met à la portée de tous et chacun les conclusions des deux premiers, Becker dans le sillage de Mises rend compréhensible l'intégralité des choix et comportements humains. L'exercice est frustrant, car tant d'autres figurent dans toutes les disciplines au Panthéon de la pensée libérale. (...)

Pourquoi le libéralisme est-il si mal compris en France ?

Pour ne point lasser le lecteur, je ne propose que trois remarques.

D'abord parce que nous sommes un pays qui se pique et prétend à l'intellectualisme. Les vrais intellectuels ont fait les études les plus difficiles et passé les concours les plus sélectifs. Ils ont consacré à l'étude, et non aux loisirs et plaisirs, les meilleures années de leur jeunesse. Ils considèrent alors, avec et depuis Platon, qu'il leur revient de droit de commander à la société, à tout le moins d'être puissamment récompensés de leurs efforts. Or, en [économie de marché](#), c'est la valeur accordée par le client au service rendu qui détermine le montant du revenu. Il s'en déduit qu'un sportif, un marchand de pizzas, ou un fabricant de tee-shirts peut obtenir des gains très supérieurs à un professeur d'université. L'intellectuel, trop souvent, heureusement pas toujours, au lieu d'essayer de comprendre le pourquoi de la situation créée, désigne comme responsable de sa situation – qu'il considère injuste – le système économique dans lequel il vit, voire les structures politiques. Voilà pourquoi ceux qui façonnent l'opinion, mais également élaborent le kit du prêt à penser médian des journalistes et médiateurs, sont hostiles dans une large mesure à un système qu'à l'inverse ils devraient louer pour la raison suivante : les économies de marché ont résolu victorieusement la lutte contre la pénurie. Or, ce n'est qu'à partir de ce moment que la tribu dégage un surplus qu'il peut affecter à des individus qui ne produisent aucune valeur ajoutée stricto sensu, mais qui ont pour rôle d'élaborer la connaissance et nous aider à comprendre l'état de l'univers de quoi vivre. Dans les sociétés pauvres, ce surplus n'existe pas. Le lien n'est pas de corrélation, mais de causalité, entre l'émergence du capitalisme et la naissance des intellectuels comme groupe et corps au XIXe siècle, même si évidemment il y eut avant d'immenses penseurs et savants, peut-être même plus profonds, bien avant qu'intellectuel ne devienne un métier et un statut et qu'on puisse en vivre, même moyennement, mais quand même en vivre, et même en tirer ici gloire, là de l'influence, mais même et encore du pouvoir. (...)

Quels seraient les bienfaits de réformes libérales en France ?

Les bienfaits des réformes libérales seraient évidemment immenses. Ce n'est point pétition de principe. C'est la simple constatation que la Grande-Bretagne en 1979 est, selon les propres termes du FMI, « l'homme malade de l'Europe ». Et Thatcher arriva. En 1991, le pays est redevenu une grande puissance prospère et dynamique. L'expérience Reagan est tout autant illustratrice. Mais on oublie trop souvent l'Australie, et plus encore la Nouvelle-Zélande. Mais encore, depuis dix ans, les pays scandinaves. Et malgré son détestable et odieux régime politique, la Chine évidemment est un exemple extraordinaire de ce que peuvent apporter l'adoption et les préconisations des mécanismes et procédures du marché. L'Inde prend le même chemin. Et que dire des pays d'Asie du Sud-Est ? Ou encore de la comparaison de 1945 à 1989 en Europe des résultats entre l'Europe de l'Ouest capitaliste et de l'Est planifiée ?

À la vérité la seule question est : comment se peut-il que des esprits faux et pervers contestent l'incontestable, la réalité, la vérité prouvée ? (...)

[Série d'été « Qu'est-ce que le libéralisme ? » - Entretien avec Serge Schweitzer - Contrepoints](#)

---

**Une fable française** (Le Point, édito, 3 juillet, article payant)

Il n'y a pas un, mais deux éléphants dans la pièce, et nous n'avons pas su les voir : le RN et la dette. Si on cessait de faire l'autruche ?

*Extraits :*

(...) Souvenons-nous de ces mots signés par Emmanuel Macron dans son livre intitulé Révolution, en 2016 : « Si nous ne nous ressaisissons pas, dès le mois de mai prochain, ou dans cinq ans, ou dans dix ans, le Front national sera au pouvoir. Personne ne peut plus en douter. » Si seulement il s'était relu... (...)

L'autre éléphant dans la pièce est évidemment la dette. [Remercions les gouvernants de ces cinquante dernières années](#) qui ont réussi à convaincre les Français que ce qui se trouvait devant leurs yeux n'existait pas. Emmanuel Macron a excellé dans cet art, à coups d'euphémismes dilatoires, de circonvolutions ourlées.

Le résultat ? [Le programme économique du RN](#) est considéré comme le plus crédible par les Français, selon un sondage effectué avant le premier tour par Ipsos pour le Financial Times. Belle performance ! La recette macronienne de l'argent magique fut ainsi largement surpassée par l'aguicheur élixir lepéniste (même coupé à l'eau), lequel fut ensuite éclipsé par l'incroyable potion du Dr Mélenchon. Le tableau global est presque comique : la France est en rupture avec la totalité du reste de l'Europe sur ce plan. La raison, semble-t-il, a fui sous d'autres cieux. (...)

[Une fable française \(lepoint.fr\)](#)

---

**Législatives : ces problèmes de l'économie française auxquels AUCUN des programmes présentés ne s'attaque** (Atlantico, édito, 1 juillet, article payant)

La plupart des programmes économiques des partis politiques pour les élections législatives ne correspondent pas à la réalité du pays et se trompent de cible

*Extraits :*

Jean-Luc Demarty : Les salaires nets sont trop bas en France. Si on prend les dernières comparaisons de l'OCDE fin 2023, la France a les cotisations patronales les plus élevées des pays développés et se situe juste derrière l'Autriche si on intègre les cotisations salariales. La situation est encore pire compte tenu de l'allègement des cotisations sociales prises en charge par le CICE et des impôts sur la production qui représentent 4% du PIB et sont pour l'essentiel assis sur la valeur ajoutée, donc très majoritairement sur les salaires.

Les cotisations sociales financent les transferts sociaux dont la France a également le record du monde avec 32 % du PIB. L'assistanat généralisé est très couteux et ne permet pas de mener des politiques intelligentes de soutien ciblé aux perdants de la mondialisation. Le prélèvement excessif sur les salaires bruts, y inclus les cotisations patronales, finance également ceux qui abusent du système. Ainsi le taux d'absentéisme a explosé en 2023 passant de 6,1 à 6,8%, alors qu'un taux normal, comme au Nord de l'Europe serait deux fois moindre. De même le taux de chômage actuel de 7,5% est de facto un taux de plein emploi puisque les entreprises ont d'énormes difficultés à recruter. Un taux de chômage normal de plein emploi est de l'ordre de 4,5 à 5 %. Cela signifie qu'environ un tiers des chômeurs choisissent délibérément le chômage, compte tenu de l'insuffisance de l'écart de la rémunération entre le travail et le non travail et de l'absence de vérification suffisante de la recherche effective d'un emploi.

La hausse du SMIC de près de 15% prévue par le NFP avec une inflation à 2,5 % pour un SMIC déjà indexé sur l'inflation de par la loi est complètement déraisonnable. Elle va détruire des centaines de milliers d'emplois en mettant en cause la compétitivité des entreprises et va écraser la hiérarchie des salaires. Aujourd'hui 2 millions de salariés sont au SMIC et 4 millions en sont proche. C'est la smicardisation de l'économie avec 6 millions de salariés au SMIC, qui ne laissera que peu d'espoir d'ascension sociale à ces salariés. Le résultat sera une hausse simultanée du chômage et de l'inflation. Rappelons que le pouvoir d'achat a augmenté de 5,7% depuis 2020 malgré une baisse de la productivité de 6%, ce qui est en soi un problème pour la compétitivité des entreprises françaises, puisque les hausses salariales doivent normalement correspondre au plus aux gains de productivité. Il faut donc chercher d'autres solutions pour augmenter les salaires nets. (...)

[Législatives : ces problèmes de l'économie française auxquels AUCUN des programmes présentés ne s'attaque | Atlantico.fr](#)

---

**Le socialisme est-il progressiste ou réactionnaire ?** (Contrepoints, 1 juillet, libre accès)

Le socialisme représente-t-il un progrès ou une régression dans l'évolution culturelle de l'humanité ?

*Extraits :*

(...) Voilà pourquoi, alors que la civilisation de droit et de marché a assurément changé les conditions matérielles de l'existence sur Terre, elle n'a encore changé que superficiellement la culture humaine. Sous le vernis de la civilisation subsistent des instincts ataviques beaucoup plus forts, susceptibles de refaire surface à tout moment, si la couche superficielle se déchire si peu que ce soit, ce qu'elle peut faire en toute occasion de crise où la société de droit et de marché apparaît comme responsable de problèmes inédits. Alors peuvent se réveiller les instincts ataviques des foules – l'envie, le mimétisme, l'instinct grégaire, le mépris du droit et la violence contre des victimes émissaires... – surtout si ces instincts sont polarisés et amplifiés par des idéologies qui leur donnent des justifications pseudo-scientifiques. Tel aurait été, de fait, pour Hayek, le statut du socialisme dans les deux derniers siècles.

Le socialisme est une doctrine dont la véritable science peut démontrer la fausseté. Mais elle aura longtemps encore, sur le libéralisme, l'avantage décisif d'être plus facile à comprendre par le grand nombre. Seule une élévation sensible du niveau de formation intellectuelle des populations concernées pourra changer cette situation.

[Le socialisme est-il progressiste ou réactionnaire ? \(contrepoints.org\)](#)

---

**Législatives : le grand perdant de ce premier tour est l'économie** (Atlantico, interview, 1 juillet, quelques articles gratuites / sem.)

Triste démocratie qui s'est autorisée un débat d'ego, de pouvoir et de démagogie sur les thèmes obsessionnels qui ressortent dans l'opinion. Mais le grand perdant est l'économie. Comme si l'argent que l'on a promis de distribuer allait tomber du ciel. Le besoin le plus urgent, c'est de créer de la richesse

*Extraits :*

(...) Si on décrypte les débats et les programmes, on notera que les mots qui ont dominé le vocabulaire politique sont pouvoir d'achat, impôts, cotisations, retraites, protection et protectionnisme, immigration et sécurité. Bien sûr.

Mais on notera aussi que les mots qui n'ont jamais été utilisés appartiennent au monde de l'entreprise : la croissance, la productivité, la compétitivité, l'investissement et la création d'emplois... autant de concepts sur lesquels les responsables d'entreprises appuient dans leur vie quotidienne, qui n'ont jamais été mentionnés, jamais été utilisés par les responsables politiques sauf pour se plaindre d'un monde trop peu transparent à leur goût. (...)

Faut-il être bête, ou affreusement cynique pour croire véritablement tout ce que les partis ont dit?

Le premier tour de ces législatives a ressemblé à une visite festive et inquiète dans une sorte de caverne d'Ali Baba imaginaire. On est loin de l'exercice de pédagogie attaché à la démocratie. (...)

La démocratie française a un problème avec l'argent. Les politiques n'aiment ni l'argent, ni les riches parce qu'ils s'imaginent que ça serait bon à leur image. Les responsables politiques font mine de croire que l'argent n'est pas un problème. Mais, ils sont incapables d'expliquer qu'avant de redistribuer des richesses, il faut les créer, les accumuler même. Jamais dans cette campagne législative, un responsable politique de gauche ou de droite n'a pris le temps de dire qu'il fallait avant toute chose assurer le redressement de l'économie, faire en sorte que l'entreprise fonctionne et que tous ses acteurs et ses partenaires travaillent davantage. (...)

[Législatives : le grand perdant de ce premier tour est l'économie | Atlantico.fr](#)

---

👍 **"Notre pays est en danger" alerte le prix Nobel d'économie Jean Tirole** (La Dépêche, tribune, 29 juin, libre accès)

*Extraits :*

(...) À la veille du premier tour des élections législatives, quels sont les enjeux économiques des programmes du Rassemblement National et du Nouveau Front Populaire ? Ces programmes annoncent répondre aux mécontentements et inquiétudes des citoyens. Mais c'est leur manquer de respect que de recourir à l'argent magique et à de vieilles idées aux conséquences néfastes à court ou à long terme, comme le blocage des prix et des loyers ou le recours à une économie dirigiste ; c'est leur manquer de respect qu'invoker des sources de financement rapportant peu pour dissimuler l'explosion à venir de la dette. Ce qui pourrait résulter de l'application de ces programmes ne peut qu'inquiéter tout citoyen soucieux de conserver notre système social et notre démocratie libérale. (...)

On ne peut pas augmenter le pouvoir d'achat sans croissance

Les deux programmes, bien que différents, portent principalement sur le partage des richesses, du gâteau, et contiennent très peu de mesures menant à la création de richesse, l'accroissement de la taille du gâteau. Or la croissance trop lente du pouvoir d'achat des Français vient précisément des politiques court-termistes suivies depuis cinq décennies, érodant petit à petit notre éducation, nos universités, nos finances publiques, notre innovation et notre industrie. Entendons-nous bien : l'inégalité, et en premier lieu l'inégalité des chances, est un problème existentiel, et nous pouvons faire plus pour la réduire ; mais l'absence de réponse durable aux demandes des Français ne résoudra pas le problème du pouvoir d'achat. On ne peut pas redistribuer de l'argent que l'on n'a pas.

La dette coûte cher

La France vit au-dessus de ses moyens. Ses déficits sont parfois justifiés : les dépenses importantes de l'État pendant le Covid ont sauvé de nombreux commerçants et entreprises. Mais dans l'ensemble ils servent à financer la consommation, ne préparant que peu l'avenir. In fine la dette publique – notre dette à tous – est passée de 30 à 110 % du PNB en 40 ans. Son remboursement coûte cher à nos concitoyens. En cas de victoire du RN ou du NFP, il grèvera beaucoup plus le pouvoir d'achat des Français, pour deux raisons. Tout d'abord, les forts déficits budgétaires créés par l'application de ces programmes gonfleront rapidement la dette, augmentant mécaniquement son remboursement. Ensuite, les prêteurs exigeront des taux d'intérêt plus élevés. Aujourd'hui, la France emprunte à une maturité de 10 ans à un taux de 3,2 % alors que l'Allemagne paie 2,4 % ; la différence du taux d'emprunt entre les deux pays (le « spread ») augmentera sérieusement. Beaucoup d'argent brûlé pour rien, qui pourrait servir à financer l'éducation, la santé ou la transition écologique... (...)

Notre pays est en danger. Des modérés font des alliances contre nature, négligeant que confier le pays aux démagogues ayant construit les deux programmes met en danger notre social-démocratie. Notre boussole devrait être l'investissement dans notre avenir collectif.

👉 **Smic à 1 600 euros : une mesure crédible qui ne menace pas l'emploi** (Alternatives économiques, tribune, 29 juin, article payant)

Face à la proposition de faire passer le salaire minimum à 1 600 euros nets par mois, le gouvernement et le patronat s'alarment. A tort, montrent les économistes Cédric Durand et Léo Malherbe

*Extraits :*

Le [Nouveau Front populaire \(NFP\) propose](#) de porter le salaire minimum interprofessionnel de croissance (Smic) à 1 600 euros net. Cela nécessite de l'augmenter d'un peu plus de 200 euros par rapport à son niveau actuel (1 398,69 €), ce qui correspond à une hausse de 14 %.

Cette mesure a suscité une levée de boucliers immédiate des organisations patronales et de l'actuel gouvernement. (...)

La littérature en sciences économiques s'est penchée sur le sujet et a produit un nombre important de travaux sur la question, tandis que d'autres pays ont déjà opté pour des mesures similaires.

A partir d'un rapide tour d'horizon de l'état des savoirs et des expériences récentes de hausse du salaire minimum chez nos voisins européens, cet article remet en question l'idée qui imprègne le débat public actuellement en France selon laquelle la hausse du Smic aurait pour conséquence une hausse du chômage. (...)

La littérature s'accorde donc sur l'idée d'un « near-zero minimum wage employment effect », autrement dit sur le fait que la variation du salaire minimum n'a pas ou peu d'effet sur le taux de chômage. (...)

Une des explications principales du fait que la hausse du salaire minimum n'entraîne pas de hausse significative du chômage tient aux effets positifs d'une telle mesure sur la productivité du travail. (...)

En tout état de cause, porter le Smic à 1 600 euros net ne devrait pas causer sur le plan macroéconomique le désastre annoncé par le gouvernement et par les organisations patronales.

Leurs affirmations, présentées comme des évidences, sont en totale contradiction avec l'état des savoirs en sciences économiques et avec la pratique de la politique économique des dernières années chez nos voisins européens.

[Smic à 1 600 euros : une mesure crédible qui ne menace pas l'emploi | Alternatives Economiques \(alternatives-economiques.fr\)](#)

---

👍 « **Sur le plan économique, on a le choix entre un bloc limité, un bloc absurde et un bloc délirant** » (Le Point, interview, 28 juin, article payant)

Selon l'économiste Antoine Levy, qui enseigne à Berkeley, les programmes économiques du RN, du NFP et de la majorité ne tiennent pas la route.

*Extraits :*

Professeur assistant à la Haas School of Business de l'université californienne de Berkeley, après être passé par l'ENS Ulm et l'École d'économie de Paris, Antoine Levy est l'un des jeunes espoirs de l'économie française. Nous lui avons demandé d'évaluer, sans parti pris, les programmes des trois courants politiques favoris des élections législatives : le Rassemblement national (RN), le [Nouveau Front populaire](#) (NFP) et la majorité présidentielle. Voici son verdict.

(...) Le RN, c'est le bloc absurde. Pourquoi ? Parce que son programme économique n'en est pas un ! C'est une série de mesures incohérentes, conçues pour faire plaisir à des clientèles, et qu'on module ou annule au fur et à mesure que ces clientèles s'énervent. (...)

Le programme du NFP, enfin, c'est le bloc délirant. Même si, d'un point de vue idéologique, on ne peut pas dénier qu'il est cohérent. Il est le fruit d'un corpus mis en place par des économistes et politistes de gauche, centré sur la question de la redistribution, et qui est poussé à l'extrême. Avec cette idée générale : les riches sont trop riches et il faut les faire payer. Dans le détail fiscal et budgétaire, c'est une sorte de calque du programme de La France insoumise de 2022. (...)

En quoi le programme du NFP est-il « délirant » ?

[Parce qu'il n'est absolument pas financé !](#) (...) Avec un tel programme, la France peut se retrouver rapidement avec un déficit à 7, 8 ou 9 % du PIB. (...)

Ce qu'il faut comprendre, c'est que les économistes qui soutiennent le programme du NFP le font avant tout pour sa direction idéologique : prendre plus aux riches. Ce sont des économistes partisans de la redistribution. Quel qu'en soit le prix, y compris si cela réduit le niveau de vie des plus pauvres ; sur ce point, je ne suis pas d'accord avec eux. Dans *Le Triomphe de l'injustice* (Seuil, 2020), Emmanuel Saez et Gabriel Zucman ont, par exemple, écrit noir sur blanc que les taxes sur les riches sont justifiées, même lorsqu'elles entraînent une diminution des recettes fiscales. Pour eux, taxer les riches est une question de principe, même si ça augmente les déficits, entraîne une limitation des dépenses publiques et donc des transferts aux plus modestes. (...)

[« Sur le plan économique, on a le choix entre un bloc limité, un bloc absurde et un bloc délirant »](#) ([lepoint.fr](#))

**John Maynard Keynes et Joseph Schumpeter, réveillez-vous, ils sont devenus fous...** (Atlantico, interview, 25 juin, quelques articles gratuites / sem.)

Mais que dirait John M. Keynes s'il savait l'utilisation que l'on fait de ses concepts d'économie de la demande ? Et que dirait Joseph Schumpeter, son ami et adversaire, gérant du cercle de la raison et défenseur d'une économie de l'offre ? Leur regard sur la campagne législative délirante ne manque pas d'intérêt.

*Extraits :*

Le regard croisé des légendaires inventeurs des politiques de la demande et de l'offre, qui ont dominé tout le 20e siècle, ne manque pas de piquant quand on confronte leurs concepts aux programmes économiques qui s'affrontent à l'occasion de ces élections législatives. (...)

L'effondrement de l'empire soviétique a installé le système capitaliste et l'économie de marché sur toute la planète.

À partir de ce moment-là, les économistes se sont évidemment consacrés principalement à l'étude du fonctionnement de l'économie de marché, son efficacité, sa régulation, ses moteurs et sa capacité d'adaptation aux crises, en définissant plus précisément quel pouvait être le rôle de l'État et de ses outils, notamment la monnaie. Le débat qui s'est imposé dans la campagne pour les élections législatives s'est évidemment donné comme priorité une relance de la prospérité mise à mal par les grandes crises qui ont secoué le monde depuis plus de 20 ans. Et ce débat oppose avec violence les tenants d'une relance par la demande et ceux d'une logique de fonctionnement fondée sur l'offre.

D'un côté, mais au fond de la classe médiatique, l'ancienne majorité présidentielle se reconnaît dans cette logique d'offre qui considère que le moteur de l'activité se situe dans les entreprises. (...)

De l'autre côté de la classe politique, les deux familles extrémistes se sont retrouvées à défendre une autre logique de redressement fondée sur la demande. LFI (La France Insoumise) et ses alliés d'occasion ont rejoint le RN de Marine Le Pen et Jordan Bardella pour proposer des redressements fondés sur une relance des pouvoirs d'achat (salaires, retraites, défiscalisation au niveau des classes les plus défavorisées, suppression de TVA, etc.) qui reviennent à booster les moteurs de la consommation en partant du principe que si les entreprises

ont des clients, elles vont se mettre à produire, donc à créer de la richesse. Ce modèle a fonctionné très bien pendant les Trente Glorieuses après la Seconde Guerre mondiale. (...)

Dans l'état actuel d'un monde ouvert et surinformé, il ne peut pas fonctionner parce que les entreprises ne peuvent pas répondre à un choc de la demande. Elles ne sont pas équipées pour. Elles ont, dans la mondialisation, éclaté les chaînes de valeur pour gagner en productivité et en compétitivité. Un choc de demande entraînerait de facto un accroissement des importations et par conséquent un déficit commercial. Avec à la clef de l'inflation ou des pénuries ou des ruptures d'approvisionnement comme variable d'ajustement. Rien à voir avec la prospérité promise. La richesse serait créée mais à l'extérieur du pays consommateur.

Ajoutons à cela que le pays n'a pas les moyens de financer le choc de demande parce que le retour sur investissement n'est pas garanti. Selon les chiffrages multiples, le coût va de 100 milliards à 300 milliards d'euros. Le financement est introuvable sur la fiscalité, ni en emprunt extérieur.

[John Maynard Keynes et Joseph Schumpeter, réveillez-vous, ils sont devenus fous... | Atlantico.fr](#)

---

### **Are manufacturing jobs really that good? (The Economist, 24 juin, article payant)**

The nostalgia of politicians is misplaced

*Extraits :*

If there is one thing politicians agree on these days, it is that manufacturing jobs are “good” jobs. Joe Biden is betting that huge subsidies for new factories will transform the outlook for America’s workers—and November’s election. His acting labour secretary recently embarked on a jolly-sounding “Good Jobs Summer Tour” to trumpet the president’s plans. Donald Trump, Mr Biden’s rival, is just as eager to get more wrenches into the hands of American workers, mostly by slapping tariffs on foreign goods. Politicians across the rich world believe that reversing the decades-long decline in manufacturing employment would leave workers better off.

Your guest Bartleby is not convinced. He has, admittedly, never worked in a factory, and thus feels no nostalgia for hard hats and high-vis vests. Still, the idea that deindustrialisation has made work worse is hard to square with the fact that data on worker satisfaction have been steadily improving for years.

The argument that manufacturing jobs are better than other sorts has a long pedigree. Adam Smith believed that manufacturing was “productive”, unlike services such as banking, retail or hospitality. The factories of the Industrial Revolution transformed living standards in Europe and America in the 19th century. Yet they were also awful places for workers, managing to be both horribly dangerous and tremendously boring. Things did not get much better with the rise of mass-production in the early 20th century. Workers in Henry Ford’s carmaking plants, though relatively well paid, complained that work was stultifying. As one Ford worker noted, “If I keep putting on Nut Number 86 for about 86 more days, I will be Nut Number 86 in the Pontiac bughouse.” (...)

One paper by statisticians at America’s Bureau of Labour Statistics found that, across a variety of measures including pay, benefits, job security and safety, “many industries within services equal or exceed manufacturing.” This Bartleby’s analysis of British data similarly shows that job quality in the manufacturing sector is no better than average.

For decades economists observed that manufacturing workers enjoyed a wage premium over comparable workers in other industries. A recent paper published by the Federal Reserve, however, shows that this premium has “disappeared” in recent years. (...)

According to Mr Biden, “A job is about a lot more than a pay cheque. It’s about your dignity. It’s about respect.” That is true. Yet dignity and respect should be available for workers wherever they are employed. If not, politicians should focus their attention on ensuring the right regulations are in place, instead of spending billions of dollars trying to recreate a past that was far less rosy than they imagine. (...)

[Are manufacturing jobs really that good? \(economist.com\)](#)

---

**Alain Madelin : “Si on est libéral, la priorité absolue c’est de combattre Jean-Luc Mélenchon et ses alliés”** (Atlantico, Interview, 23 juin, quelques articles gratuites / sem.)

Les élections législatives à venir constituent un choix complexe pour les électeurs libéraux. Alain Madelin, libéral historique et ancien ministre, fait part de son éclairage sur la question.

[Alain Madelin : “Si on est libéral, la priorité absolue c’est de combattre Jean-Luc Mélenchon et ses alliés” | Atlantico.fr](#)

---

**The French parliamentary election : The economic recklessness of both France’s hard left and hard right** (The Economist, 23 juin, article payant)

They favour soaking the rich, big spending and business-bashing

*Extraits :*

Both blocs’ agendas are “dangerous for the economy”, according to Patrick Martin, the head of medef, a business federation. The hard left’s tax and spending splurge could lead to a “catastrophe,” according to Oliver Blanchard of the Massachusetts Institute of Technology, while the hard-right’s programme “is like a Christmas tree, without logic or coherence”. Although neither bloc may gain a majority in parliament, France has high levels of public debt and a large deficit. As a result the public finances are more vulnerable than in the past to any divergence from centrist policies or political gridlock, while the national interest bill will swell if spiking risk-premia become permanently embedded in financial markets. (...)

The optimistic view of all this is that French politicians often make wild economic promises but they are rarely enacted. Neither the hard left nor hard right may win an outright majority in parliament, which would mean political gridlock or coalition negotiations rather than unconstrained radicalism. Whoever makes up the next government will also be disciplined by the financial markets, this argument goes. (...)

A more pessimistic view is that France is vulnerable, more so than in the past. Its ratio of public debt to gdp has risen from 66% two decades ago to 112% now, and it is running a fiscal deficit of over 5% of gdp. In order to stabilise and reduce its debt load it needs pragmatic economic policies. New projections from Goldman Sachs, a bank, show debt to gdp rising slightly further under the status quo or a parliamentary deadlock. In the event of a hard-left or hard-right government it could jump to as high as 120% of gdp by 2027. (...)

The political outcome of Mr Macron’s snap election remains highly uncertain, but economically it may come to be seen as marking the end of the centrist agenda of the past decade and the start of a more turbulent era.

[The economic recklessness of both France’s hard left and hard right \(economist.com\)](#)

---

**« Si le RN ou le NFP gagne les législatives, les investisseurs étrangers iront ailleurs ! »** (Le Point, Interview, 23 juin, article payant)

ENTRETIEN. Pour le président non exécutif de Business France, Pascal Cagni, les programmes économiques des partis en tête des sondages sont incompatibles avec l’attractivité de la France.

*Extraits :*

(...) Les 17 500 entreprises étrangères présentes sur notre territoire, soit 1 % du total de nos entreprises, produisent 16 % du PIB, 20 % de l’effort de recherche et développement, et 30 % des exportations de notre pays. En dix ans, ces sociétés ont créé 300 000 emplois, dont beaucoup auraient pu être créés ailleurs en Europe. Il faut aussi savoir que 49 % des projets s’implantent dans des villes de moins de 20 000 habitants. Quand on voit que dans ces mêmes communes rurales, les électeurs ont mis le RN, dont le programme économique est un repoussoir, en tête aux européennes, c’est incompréhensible. À Chartres (Eure-et-Loir),

Novo Nordisk a prévu d'investir 2,1 milliards d'euros dans un site de production d'injecteurs pour les traitements liés au diabète. Espérons que ce géant pharmaceutique danois, qui est courtisé par d'autres pays, ne change pas d'avis ! (...)

L'état d'esprit va de l'attentisme à l'inquiétude pour ceux qui ont pris connaissance des programmes du RN et du NFP. On entend parfois certains électeurs dire « on n'a pas essayé ! ». Je leur réponds « nous n'avons plus les moyens de payer pour essayer ! ». En 1981, j'ai voté pour François Mitterrand et le changement, mais à l'époque, la dette publique ne représentait que 22 % du PIB contre 112 % aujourd'hui ! La moitié de notre dette est détenue par des étrangers. De plus, nous allons devoir investir 120 à 130 milliards par an pour financer la transition écologique. Cet argent, il va falloir le trouver dans le privé, donc ce n'est pas le moment d'effrayer les investisseurs internationaux. Il faut des années pour bâtir une marque comme Choose France, mais seulement quelques secondes pour la détruire. (...)

Ceux qui ont des projets en France attendent le résultat des législatives. Ils ont tout mis en pause. Il ne fait aucun doute que si le RN ou le NFP passe, ils iront ailleurs pour certains de leurs projets industriels. Cela ne sera pas visible immédiatement. Mais ce sera un bain de sang sur les deux ou trois années à venir. Certains s'imaginent que [Jordan Bardella](#) diluera son programme, qu'il est comme Giorgia Meloni... Mais ils se trompent. La situation est radicalement différente en Italie.

Meloni baigne depuis vingt ans dans le landerneau de la politique romaine. Elle a été élue députée en 2006, puis nommée ministre en 2008. Quand elle est arrivée aux manettes, elle avait déjà l'expérience du pouvoir. Elle a poursuivi les réformes libérales mises en place par Mario Draghi avec l'aide venue de l'Europe après la Covid, et elle a renforcé les liens avec les États-Unis, tout en prenant ses distances avec la Russie et la Chine. Jordan Bardella, quant à lui, n'a jamais exercé la moindre responsabilité. (...)

[« Si le RN ou le NFP gagne les législatives, les investisseurs étrangers iront ailleurs ! » \(lepoint.fr\)](#)

---

**Législatives: chez les économistes aussi, la campagne tourne à la foire d'empoigne** (Le Figaro, 23 juin, article payant)

Invités à soutenir un programme ou un autre lors de cette campagne express, les experts n'hésitent plus à s'opposer frontalement.

Extraits :

(...) « C'est un programme crédible sur le plan économique. C'est pour cela qu'on est là pour le défendre. En face de chaque dépense, on a mis une recette », a par exemple assuré Julia Cagé, professeur à Sciences Po. « Tout n'est pas parfait dans ce programme du Nouveau Front populaire fait en quelques jours (...) mais les principes généraux fondamentalement sont bons », a estimé dans la foulée Thomas Piketty sur le plateau de BFMTV - qui compte parmi les soutiens les plus prestigieux avec le Prix Nobel Esther Duflo. (...)

Les soutiens de l'ancienne majorité ne sont pas en reste. « La [hausse du salaire minimum](#) va détruire beaucoup d'emplois et amplifier la smicardisation de la société », met ainsi en garde Gilbert Cette, économiste proche d'Emmanuel Macron et longtemps président du comité d'experts du smic. « Le niveau d'endettement a dépassé les 100 % du PIB et nous avons déjà un taux de prélèvement parmi les plus élevés au monde », alerte Stéphane Carcillo, économiste et professeur à Sciences Po, qui craint un rappel à l'ordre douloureux des marchés financiers si la gauche mettait en application son programme. Certains vont même plus loin en s'en prenant directement aux experts du camp opposé. « Les économistes qui soutiennent le programme du Nouveau Front populaire sont incapables de gérer un État, mais ils seraient tout aussi incapables de gérer une baraque à frites », tacle l'essayiste Nicolas Bouzou [dans Le Figaro](#) .

(...) l'ancien économiste en chef du Fonds monétaire international (FMI), Olivier Blanchard. Celui qui se décrit comme social-démocrate s'est fendu d'une longue explication sur X intitulée : « Pourquoi je pense que le programme économique du Nouveau Front populaire est pire que celui du Rassemblement national. » Les réponses ne se sont pas fait attendre. « Honte à vous », c'est « de l'irresponsabilité politique crasse », a répondu

dans les commentaires, l'économiste Maxime Combes, membre d'Attac, un think-tank classé très à gauche. Ambiance...

[Législatives: chez les économistes aussi, la campagne tourne à la foire d'empoigne \(lefigaro.fr\)](#)

---

### **Does motherhood hurt women's pay?** (The Economist, 19 juin, article payant)

Two new studies suggest not—at least in the long run, and in Scandinavia

*Extraits :*

(...) As your columnist pondered such questions, he turned to Claudia Goldin, who won the Nobel prize for economics in 2023, for wisdom. She argues that the “parenthood gap” has three parts: the motherhood penalty, the fatherhood premium, and the cost of being female. The new studies suggest that the motherhood penalty narrows over the course of a career; the fatherhood premium is something of a mystery. But the cost of being female exists regardless of motherhood, and varies from place to place. Researchers have plenty of work ahead to quantify and explain these.

[Does motherhood hurt women's pay? \(economist.com\)](#)

---

### **Les trois impostures économiques du RN, par Olivier Blanchard et Jean Tirole** (Le Point, Interview, 19 juin, article payant)

EXCLUSIF. Argent magique, repli sur soi et croissance oubliée... L'ancien chef économiste du FMI et le Prix Nobel d'économie relèvent les incohérences et l'impasse du projet de Marine Le Pen (Le Point, Interview)

*Extraits :*

L'ensemble de ces mesures, si elles étaient prises, impliquerait une augmentation considérable du déficit, une augmentation estimée (lors du programme de 2022, mais le chiffre doit rester à peu près le même aujourd'hui) à plus de 100 milliards par an. Partant d'un déficit qui est déjà beaucoup trop élevé, la dette exploserait, sans la moindre justification économique. (...)

Nous avons insisté sur les risques d'un programme incohérent et dangereux, qui, à terme, augmentera les déficits, isolera la France, et réduira sa croissance. Le risque qu'il déclenche une crise économique dans un avenir proche est très élevé. En effet, que ce soit la perte totale de crédibilité budgétaire (qui, certes, ne semble pas inquiéter beaucoup les Français de tous bords), ou le désarrimage des institutions européennes, tout concourra à une spéculation contre notre pays, augmentant le coût et le poids de notre dette. La Banque centrale européenne ne nous viendra pas en aide. Le RN au pouvoir devra alors choisir entre un retour immédiat à l'équilibre budgétaire (et une austérité sans précédent) et le recours au Fonds monétaire international (FMI) et à ses conditions pour recrédibiliser la France et assurer un retour plus en douceur à une plus grande sobriété budgétaire. Le FMI à Paris, quelle démonstration de souveraineté...

[Le programme économique du RN démonté par les économistes Jean Tirole et Olivier Blanchard \(lepoint.fr\)](#)

---

### **How Capitalism Went Off the Rails** (19 juin, (NYT, Bret Stephens, Columnist, quelques articles gratuites / sem.)

*Extraits :*

(...) Last year [the Edelman Trust Barometer](#) found that only 20 percent of people in the G7 countries thought that they and their families would be better off in five years. [Another Edelman survey](#), from 2020, uncovered a broad distrust of capitalism in countries across the world, “driven by a growing sense of inequity and unfairness in the system.”

Why the broad dissatisfaction with an economic system that is supposed to offer unsurpassed prosperity? Ruchir Sharma, the chairman of Rockefeller International and a Financial Times columnist, has an answer that boils down to two words: easy money. In an eye-opening new book, “What Went Wrong With Capitalism,” he makes a convincing case.

“When the price of borrowing money is zero,” Sharma told me this week, “the price of everything else goes bonkers.” To take just one example: In 2010, as the era of ultralow and even negative interest rates was getting started, [the median sale price](#) for a house in the United States hovered around \$220,000. By the start of this year, it was more than \$420,000. (...)

Sharma noted more subtle damages. Since investors “can’t make anything on government bonds when those yields are near zero,” he said, “they take bigger risks, buying assets that promise higher returns, from fine art to high-yield debt of zombie firms, which earn too little to make even interest payments and survive by taking on new debt.” A recent [Associated Press analysis](#) found 2,000 of those zombies (once thought to be mainly a Japanese phenomenon) in the United States. Collectively, those companies have a total of \$1.1 trillion in loans to pay between now and September. (...)

Sharma noted more subtle damages. Since investors “can’t make anything on government bonds when those yields are near zero,” he said, “they take bigger risks, buying assets that promise higher returns, from fine art to high-yield debt of zombie firms, which earn too little to make even interest payments and survive by taking on new debt.” A recent [Associated Press analysis](#) found 2,000 of those zombies (once thought to be mainly a Japanese phenomenon) in the United States. Collectively, those companies have a total of \$1.1 trillion in loans to pay between now and September.

Sharma is no fan of Bidenomics, which, he told me, took “the 100-year expansion of government and put it in overdrive” with unprecedented stimulus packages and politically directed investments. But [unlike other prominent Wall Street investors](#), he isn’t signing up for the Donald Trump bandwagon, either. The former president loves easy money, tax cuts without spending cuts and record deficits.

What happens when both major parties are wedded to two versions of the same failing ideas? And what happens when leading figures of both the progressive left and the populist right seek to compound the problem with even easier credit and more runaway spending?

The answer: We are wandering in fog. And the precipice is closer than we think.

[Opinion | How Capitalism Went Off the Rails - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

---

### **In defense of the entrepreneur** (The Washington Examiner, 19 juin, Guest Essay, libre accès)

I first came across the theories of the Italian economist Mariana Mazzucato a few years ago during a debate with an anti-[capitalist](#) who argued that it was not [Steve Jobs](#), but rather the government, that was responsible for inventing the [iPhone](#), and that the same applied to all great inventions. Since I know the story of the iPhone’s creation pretty well, I immediately realized that this anti-capitalist had completely failed to understand the role of the entrepreneur. (The Washington Examiner, Guest Essay)

*Extraits :*

Les entrepreneurs ne sont pas nécessairement des inventeurs, ni typiquement des chercheurs scientifiques. Non, ils sont plutôt des artistes, qui utilisent leur créativité pour prendre ce qui existe déjà et le transformer en quelque chose de complètement nouveau, à savoir des produits nouveaux et innovants qui apportent de la valeur aux clients. (...)

Un exemple notable est la recette du Coca-Cola, inventée par le pharmacien [John Stith Pemberton](#). Il possédait un laboratoire à Atlanta dans lequel il produisait des médicaments. Parmi ses créations, un tonique infusé de feuilles de coca et de noix de cola, conçu pour soulager divers maux tels que les maux de tête, la fatigue, l’impuissance et la faiblesse. Lancé en 1886, le Pemberton’s Tonicum, plus tard connu sous le nom de Cola,

était une préparation sirupeuse qui s'est rapidement révélée être une boisson délicieuse lorsqu'elle était mélangée à de l'eau. Pemberton n'a pas reconnu l'énorme potentiel commercial de son invention, et a vendu l'entreprise et la formule secrète du Coca-Cola à plusieurs personnes, dont Asa Griggs Candler. En 1892, Candler, son frère et deux autres investisseurs fondent la Coca-Cola Company. En tout et pour tout, cela n'a coûté à Candler que 500 dollars. Il y a une grande différence entre être un inventeur et être un entrepreneur.

Mariana Mazzucato a de nombreux fans parce qu'elle comprend mal et minimise le rôle de l'entrepreneur et exagère grossièrement le rôle de l'État. Cela l'a placée à l'avant-garde de l'air du temps. Barack Obama en est un admirateur, tout comme le ministre allemand de l'Économie [Robert Habeck](#), qui dirige actuellement l'économie allemande et qui, dans sa vie antérieure, a surtout excellé en tant qu'auteur de livres pour enfants. (...)

L'économiste américaine [Deirdre Nansen McCloskey](#) et le politologue italien [Alberto Mingardi](#) proposent une analyse critique du travail de Mazzucato dans leur livre *The Myth of the Entrepreneurial State* (Le mythe de l'État entrepreneur).

Leur principale objection : Mazzucato ne met en évidence que des cas individuels où l'État a réussi à promouvoir l'innovation, tout en ignorant les cas bien plus nombreux où ce que l'on appelle la « politique industrielle » a échoué. Bien entendu, tout le monde peut citer des exemples où l'État a favorisé de grandes innovations.

« Le problème de cette cueillette de cerises, cependant, est qu'au vu de l'augmentation gigantesque des dépenses publiques depuis 1900, il serait vraiment étrange qu'aucun de ces dollars ne finance quelque chose d'important sur le plan technologique ». (...)

Le nombre de projets promus par la « politique industrielle » qui ont échoué lamentablement par la suite est légendaire. Et l'illusion que les politiciens et les fonctionnaires sont plus intelligents que des millions d'entrepreneurs et de consommateurs est ridicule. Bien entendu, les projets gouvernementaux ne sont pas les seuls à échouer : la majorité des nouveaux produits lancés par des entreprises privées connaissent le même sort. « Mais au moins, c'est volontaire et corrigible par l'échec, ce que l'État peut toujours éviter avec des taxes forcées supplémentaires et les subventions correspondantes à ses bons amis ».

Lorsque les entrepreneurs échouent, ils sont punis par le marché, et dans le pire des cas, ils font faillite. Lorsque les politiciens échouent avec une mesure de politique industrielle, ils injectent encore plus d'argent des contribuables dans le projet afin de dissimuler leurs erreurs.

[In defense of the entrepreneur - Washington Examiner](#)

Traduction en français : [Le mythe de l'État entrepreneurial - Contrepoints](#)

---

**“The economic AND SOCIAL disaster that would result from implementing the program of the New Popular Front”** (June 15, quelques articles gratuits par sem.)

Cette catastrophe économique ET SOCIALE que provoquerait l'application du programme du Nouveau Front Populaire (Atlantico, Interview)

*Excerpt :*

Jean-Luc Demarty : Le programme du Nouveau Front Populaire est économiquement délirant. Il porte la marque des trotskystes de LFI. Il est plus irresponsable que le programme de Mitterrand en 1981. Celui-ci a pourtant conduit à trois dévaluations successives du franc en moins de deux ans pour aboutir au plan de rigueur de mars de 1983 qui a remis l'économie française sur les rails et restauré sa compétitivité, grâce à deux socio-démocrates courageux, Jacques Delors et Pierre Mauroy. Cet héritage a été saccagé par Lionel Jospin, un autre trotskyste, par l'introduction des 35 h en 1998 dont l'économie française ne s'est jamais remise. En 1981 le budget de l'Etat était à l'équilibre et l'endettement n'était qu'à 10% du PIB, laissant des marges de manœuvre

rapidement épuisées. Aujourd'hui le budget de l'Etat a un déficit qui dépasse 5% du PIB et un endettement qui dépasse 110% du PIB, ne laissant aucune marge de manœuvre.

On ne dispose pas encore du chiffrage détaillé de ce catalogue de mesures coûteuses. Selon le LFI Coquerel le coût s'élèverait à 150 milliards d'Euros. Les mesures les plus coûteuses sont l'augmentation de 200 Euros par mois du SMIC net, de 10% du point de la fonction publique, de 10% des APL, l'indexation des salaires, le rétablissement de la retraite à 60 ans, le passage à 32h pour les métiers pénibles, la création d'un congé menstruel, la prise en charge complète de l'isolation des logements des ménages modestes. Il serait financé par des hausses massives de l'impôt (...)

Ce programme n'a aucune crédibilité. La France a déjà le record du monde des dépenses publiques (57% du PIB), des prélèvements obligatoires (47% du PIB), des transferts sociaux (32% du PIB) et du taux marginal de l'impôt sur le revenu (55% avec la CSG), un taux marginal élevé des droits de succession (45%), une flat tax élevée (30%). (...)

Les effets économiques de ce programme seraient encore pires que ses effets budgétaires et financiers. Le problème actuel principal de l'économie française est déjà que les Français à temps complet ne travaillent pas assez en moyenne dans l'année et tout au long de la vie (15% de moins que les Allemands). Le retour en arrière sur les réformes de l'assurance chômage réduirait encore l'incitation au travail, déjà insuffisante. La compétitivité de la France déjà atteinte depuis les 35h, même si un début de réindustrialisation se manifeste, serait massivement dégradée par l'explosion des coûts salariaux. L'indexation des salaires contre laquelle Jacques Delors s'est battu avec succès entre 1981 et 1984, appliquée seulement en Belgique, ferait repartir fortement l'inflation. Le déficit commercial de la France déjà de 100 milliards d'Euros doublerait. Le déficit de sa balance des paiements, actuellement de 2% du PIB, passerait à 5% du PIB. Il ne serait plus finançable. Il ne faudrait plus compter sur les capitaux extérieurs pour investir en France. Il est surréaliste que le programme du Nouveau Front Populaire prétende relancer la production. C'est un programme de sortie de l'Euro et de l'UE. (...)

[Cette catastrophe économique ET SOCIALE que provoquerait l'application du programme du Nouveau Front Populaire | Atlantico.fr](#)

---

### **“Javier Milei finally lugs key reforms through Argentina’s Senate” (June 15)**

*Pay wall* :Reforming the unreformable : Javier Milei finally lugs key reforms through Argentina’s Senate - Markets celebrated the two bills’ passing, after protesters took to the streets of Buenos Aires (The Economist)

*Excerpt* :

The chaos (in Argentina) was prompted by voting on two reform bills with which Mr Milei hopes to turn around Argentina’s flailing economy. One delegates emergency powers to the president, privatises several state-owned firms and creates big incentives for would-be foreign investors (among much else). The other aims to raise desperately needed tax revenue. After more than 20 hours of deliberation which ran overnight the Senate passed them both. The vote on the first was so tight the vice-president had to break the tie. In the second the reinstatement of income tax, eliminated last year by the previous government in an effort to cling to power, was knocked back. The government celebrated wildly nonetheless. Mr Milei tweeted his catchphrase, “VIVA LA LIBERTAD CARAJÓ”, roughly “LONG LIVE FUCKING FREEDOM.” (...)

It is Mr Milei’s first real legislative victory. Markets celebrated in early trading on Thursday. The imf, [which has extended huge loans to Argentina](#), is surely delighted. Strikingly, some investors who pump in more than \$200m will get a slew of tax benefits, and be exempt from most of Argentina’s labyrinthine currency controls for the next 30 years. The law puts significantly more influence in Mr Milei’s hands, giving him emergency power over matters administrative, economic, financial and energy for one year. Private investors will be allowed to buy the equity of some state-owned companies. A tax amnesty was put in place to lure money back into the formal financial system. (...)

Popularity is Mr Milei's best remedy for waxing congressional stubbornness. His approval rating remains well above 50%. That is remarkable given the deep economic pain in Argentina. The key ingredients seem to be his constant castigation of the caste—while the Senate debated he labelled the governor of the province of Buenos Aires a “communist dwarf”—and his success in pulling down inflation.

It is not clear how long Mr Milei's unusual recipe for popularity will remain potent. Voters are increasingly worried about the recession, which is getting worse. (...)

The peso now looks overvalued and is becoming more so, hurting exporters and raising the prospect of a devaluation and more inflation. Most gravely, the government remains unclear about its long-term plan for monetary policy and the exchange rate. Without good answers to these questions, and clear action, Mr Milei's strong recovery remains a distant prospect.

[Javier Milei finally lugs key reforms through Argentina's Senate \(economist.com\)](#)

---

### **Patrick Artus: “The euro zone (also) has supply problems” (June 15)**

*Pay wall* :La zone euro a (aussi) des problèmes d'offre - La zone euro souffre d'un problème d'insuffisance de l'offre de biens et services et de travail. Ce qui la différencie des États-Unis (Le Point, Guest Essay)

*Excerpt* :

Un problème d'offre est une situation qui restreint le niveau de la production en raison de l'insuffisance du niveau de l'offre de biens et services ou de l'offre de travail. Si la production est réduite par un problème d'offre, il apparaît normalement [une croissance faible](#) associée à des difficultés d'embauche et à de l'inflation. C'est bien le cas dans la zone euro : du premier trimestre 2023 au premier trimestre 2024 (en cumul sur 5 trimestres), le produit intérieur brut (PIB) de la zone euro n'a augmenté que de 0,4 %.

Les difficultés d'embauche sont toujours très fortes, ce qui différencie la zone euro des États-Unis où elles sont revenues au niveau de 2018-2019. Enfin, si l'inflation semble faible dans la zone euro (2,6 % sur un an en mai 2024), c'est dû au recul des prix des importations. En réalité, les pressions inflationnistes sont fortes : les salaires ont augmenté de 4,7 % sur un an au premier trimestre 2024, les coûts salariaux unitaires (les salaires corrigés de la productivité du travail) de 4,9 % sur un an, les prix des services de 4,1 % sur un an.

La première explication est l'apparition jointe en 2017 d'un recul de la population en âge de travailler et d'un recul de la productivité du travail, alors qu'on aimerait que le recul de la population active soit compensé par une progression rapide de la productivité. (...)

Le deuxième problème d'offre auquel est confrontée l'économie de la zone euro est le faible niveau du système éducatif, problème qui touche maintenant la plupart des pays, même l'Allemagne, comme le montre l'enquête Pisa réalisée en 2022. Cette inefficacité, en moyenne, des systèmes éducatifs se traduit par un taux d'emploi faible dans les pays d'Europe du Sud (Espagne, Italie, Portugal, Grèce, France), en moyenne pour l'ensemble de la zone euro (il est de 69 %, 10 points de moins que dans les pays du nord de l'Europe ou dans les pays d'Asie), et par l'apparition de difficultés d'embauche qui restreignent la croissance. (...)

Le troisième problème d'offre que subissent en moyenne les pays de la zone euro est le niveau élevé du coût du travail : 40 euros de l'heure dans l'industrie manufacturière, y compris charges sociales, contre 34 euros de l'heure aux États-Unis, 13 euros de l'heure en Pologne, 9 euros de l'heure en Roumanie, 5 euros de l'heure en Turquie. (...)

Enfin, quatrième problème d'offre qui est apparu en 2020 dans la zone euro : un coût de l'énergie nettement plus élevé en Europe qu'aux États-Unis (plus de 30 euros le MWh en Europe contre 10 dollars le MWh aux États-Unis), ce qui pousse à la délocalisation vers les États-Unis les industries grosses consommatrices d'énergie (chimie, acier, aluminium...). (...)

Notre thèse est donc que la zone euro souffre d'un problème d'insuffisance de l'offre de biens et services et de travail, dû à un recul de la productivité du travail, de la population en âge de travailler, à la faible efficacité du

système éducatif, au coût élevé du travail et de l'énergie. Stimuler la croissance de la zone euro par des politiques de soutien de la demande serait donc inefficace et n'aboutirait qu'à un surcroît d'inflation.

[La zone euro a \(aussi\) des problèmes d'offre \(lepoint.fr\)](https://www.lepoint.fr)

---

### **Legislative elections: the new cartel of leftists assumes a radical program for a "rupture"** (June 15)

*Pay wall* :Législatives : le nouveau cartel des gauches assume un programme radical pour la «rupture» - À l'exception des questions internationales, où les positions des socialistes ont été entendues, le reste des propositions semblent davantage inspirées par les troupes Insoumises de Jean-Luc Mélenchon (Le Figaro)

*Excerpt* :

« Nous souhaitons proposer pour le pays une rupture totale avec la politique d'Emmanuel Macron pour répondre aux besoins immédiats du peuple », a poursuivi Manuel Bompard (...)

Dans l'immédiat, le Nouveau Front populaire promet d'abord de procéder « par décret » - donc sans passer par l'Assemblée - pour « bloquer les prix des biens de première nécessité dans l'alimentation, l'énergie et les carburants ». Autre mesure « d'urgence » pour le pouvoir d'achat : augmenter le smic à 1600 euros net, contre 1400 aujourd'hui.

(...) les partis de gauche coalisés s'engagent, entre autres, à instaurer d'ici au début du mois d'octobre l'indexation des salaires sur l'inflation, le développement massif des éoliennes ou encore des classes réduites à moins de 19 élèves. Les réformes fiscales qui ont marqué le début de la présidence Macron seront supprimées : fin de la flat tax à 30 % sur les revenus du capital, retour et « renforcement » de l'impôt sur la fortune (ISF), accroissement de la progressivité de l'impôt.

« Nous allons légiférer pour que le capital, les plus riches, contribue aux efforts de redressement de la France. Les plus riches vont financer les écoles de nos enfants, nos hôpitaux publics, la Sécurité sociale, partout, pour tous »

[Législatives : le nouveau cartel des gauches assume un programme radical pour la «rupture» \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

---

### **“The EU hits China’s carmakers with hefty new tariffs”** (June 15)

*Pay wall* :The call of duties : The EU hits China’s carmakers with hefty new tariffs - Duties will only hold them back for a while (The Economist)

*Excerpt* :

On June 12th, after an eight-month probe, the eu’s executive arm accused China of unfairly subsidising its industry with tax breaks, cheap loans and the like. It fears that cut-price imports pose a “clearly foreseeable and imminent injury” to European carmakers. Provisional tariffs of between 26% and 48%, compared with 10% for other imported cars, will be imposed from July on Chinese evs. The precise duty will depend on each firm’s willingness to assist the investigation.

In the short term, it is hard to sniff out a winner. Car buyers hoping to inhale the intoxicating new-car odour will certainly suffer if the prices of imported cars rise and competitive pressures on European firms ease. But Europe’s carmakers are not taking a victory lap, either. They did not ask for the probe, which was launched under pressure from France’s government. German companies such as Volkswagen and bmw, which make lots of cars in China and export plenty there, have been particularly vocal opponents. Now they fear retaliation from Beijing, which looks inevitable. (...)

Indeed, in the long run the tariffs could even hasten China’s conquest of the European car market. To become significant forces on the continent, the Chinese companies were always going to have to produce their evs locally. byd, which aims to become the region’s top ev-maker by 2030, will build a factory in Hungary and is

soon expected to announce another in Spain. Chery signed a deal in April also to make cars in Spain. Others are reportedly knocking on the door of big European contract manufacturers, according to Matthias Schmidt, a consultant.

Chinese carmakers, in other words, aren't going anywhere. In a sign of the times, byd has taken over from Volkswagen as the main sponsor of the European football championship, which kicks off on June 14th in Germany. Even if eu member states vote later in the year to make the tariffs permanent, it will do little to put Chinese noses out of joint.

[The EU hits China's carmakers with hefty new tariffs \(economist.com\)](#)

---

### **“The Rassemblement National is an interventionist party, doomed to failure” (June 14)**

*Free access* : Le Rassemblement national est un parti interventionniste, voué à l'échec: Le Rassemblement national (RN) est un parti profondément interventionniste, même socialiste, condamné à l'échec. Ses politiques perpétuent des mesures inefficaces et coûteuses, loin des principes de liberté économique qui ont fondé la prospérité française (Contrepoints, Opinion)

*Excerpt* :

Par-delà le fait que le RN apporte moins de solutions que de risques, il est crucial de souligner, en conclusion, le rôle du système politique actuel dans cette situation. Les scores du RN ne sont pas surprenants. Sous l'influence des médias d'État et selon un calendrier dicté par l'État, avec des candidats et des formations étatiques, les campagnes électorales se transforment en un vaste exercice d'endoctrinement public, glorifiant l'interventionnisme étatique. Le vote, qui devrait être un moyen pour la population de contrôler et de limiter le pouvoir de l'État, est ainsi détourné de son objectif.

Pour résoudre les problèmes économiques et sociaux de la France, il est impératif de renouer avec une vision libérale qui favorise la liberté économique et réduit l'intervention étatique. Seul un retour aux principes de liberté et de responsabilité individuelle pourra revitaliser le pays, libérant son potentiel pour un avenir prospère et harmonieux.

[Le Rassemblement national est un parti interventionniste, voué à l'échec - Contrepoints](#)

---

### **“How left-wingers abandoned free trade” (June 14)**

*Pay wall* : A peace offering : How left-wingers abandoned free trade - Given its poverty-busting record, they should not have done (The Economist, Book Review)

*Excerpt* :

In “Pax Economica”, Marc-William Palen of the University of Exeter chronicles the history of left-wing free traders. They are a breed that is now almost extinct, but remnants of their influence are everywhere. He traces the tradition of thought from Cobden and Henry George, an advocate of land taxes in the late 19th century, through to Cordell Hull, Franklin Roosevelt's secretary of state, and other internationalists who helped build the rules-based world order in the mid-20th century.

The Manchester viewpoint duelled with the “American school” of Alexander Hamilton and “German historical school” ideas of Friedrich List, which argued for protecting domestic manufacturers. Marx himself supported free trade, albeit only as a step in capitalist development before the proletarian revolution (he called the Anti-Corn Law League a “squint-eyed set of Manchester humbugs”). Cobden thought no revolution was necessary. Free trade would usher in a global Utopia in which all boundaries—nations, races, classes—would be broken down. Peace would reign (hence “Pax Economica”).

Where did the left-wing free traders go? Today's progressives, like the right's economic nationalists, have turned towards protectionism. Both sides increasingly disdain markets, which enjoyed a burst of freedom in the

1990s and 2000s. President Joe Biden favours “Buy American” clauses and recently announced big tariffs on Chinese electric vehicles. Britain’s Labour Party opposes what it calls “hyperglobalisation”. Even some prominent economists, including Angus Deaton, now doubt many of the benefits of trade.

[How left-wingers abandoned free trade \(economist.com\)](#)

---

**"The economy is far more vulnerable today than it was in May 1981 when the Left came to power"** (June 14)

*Pay wall* :Jean-Pierre Robin: «L'économie est bien plus vulnérable aujourd'hui qu'elle ne l'était en mai 1981 à l'arrivée de la gauche»

CHRONIQUE - En 25 ans d'existence de l'euro, la France n'a respecté que six fois le plafond des 3 % du PIB pour le déficit public et la dette atteint 110,6 % du PIB (Le Figaro, Columnist)

*Excerpt* :

(...) Par la grâce de la monnaie européenne, nous n'avons plus à craindre les dévaluations. Mais paradoxalement le bouclier de l'euro constitue un pousse-au-crime. En 25 ans d'existence de l'euro, la France n'a respecté que six fois le plafond des 3 % du PIB pour le déficit public et la dette atteint 110,6 % du PIB. Nous sommes «des rentiers de l'euro» selon l'expression d'Alain Minc.

Or c'est un leurre. L'incertitude politique dans laquelle nous a plongés la dissolution de l'Assemblée nationale a fait grimper les taux d'intérêt sur la dette de l'État. Le meilleur indicateur à cet égard est le différentiel de taux sur les emprunts à 10 ans comparé à l'Allemagne : il est passé de 47 à 67 points de base (0,67 %) en quelques jours. Et ce n'est pas fini: ce spread avait atteint 1,5 % en 2012, lorsque les marchés redoutaient un éclatement de l'euro. C'est une mauvaise nouvelle pour les crédits immobiliers dont les taux sont indexés sur les emprunts d'État. Emmanuel Macron n'a pas manqué de le souligner dans sa conférence de presse, oubliant qu'il en est à l'origine avec son coup de dés de la dissolution. «Un coup de dés jamais n'abolira le hasard», dit-on.

[Jean-Pierre Robin: «L'économie est bien plus vulnérable aujourd'hui qu'elle ne l'était en mai 1981 à l'arrivée de la gauche» \(lefigaro.fr\)](#)

---

**“French purchasing power better protected than other Europeans, but...”** (June 14)

*Some free articles / week* :Le pouvoir d'achat des Français a été mieux préservé que celui des autres Européens et voilà la mauvaise nouvelle qui se cache derrière la bonne : Les Français ont, de toute évidence, bénéficié d'une meilleure protection de leur pouvoir d'achat ces dernières années, comparativement aux autres Européens (Atlantico, Interview)

*Excerpt* :

Peut-on vraiment parler de bonne nouvelle quand on sait comment ce pouvoir d'achat a été préservé ?

Marc de Basquiat : Entre « quoi qu'il en coûte » et « en même temps », les gouvernements ont accumulé depuis 2020 un ensemble de mesures sans cohérence lisible, avec quelques effets sympathiques et d'autres moins. Analyser cela dans le détail est ardu, ne serait-ce que parce que le « pouvoir d'achat » résulte d'une multitude d'activités économiques sur les marchés, mais aussi de multiples interventions publiques. Il n'est pas inutile de rappeler ce qui différencie le « pouvoir d'achat » du simple « salaire » reçu de son employeur. (...)

Dans quelle mesure avoir fait de la consommation le moteur central de notre croissance pourrait-il obérer notre potentiel à l'avenir ?

Le volontarisme du gouvernement n'y fera pas grand-chose : une fois qu'on a arrosé généreusement le sable, il est vain d'en attendre la production de nouvelles richesses. (...)En conclusion, retenons que les interventions de

l'Etat depuis 2020, si elles ont sécurisé les consommateurs et les épargnants, n'ont guère contribué à préparer la croissance future.

[Le pouvoir d'achat des Français a été mieux préservé que celui des autres Européens et voilà la mauvaise nouvelle qui se cache derrière la bonne | Atlantico.fr](#)

---

### **“The rise of the far right alarms German business leaders” (June 14)**

*Pay wall* : Wrongs of the right : The rise of the far right alarms German business leaders - At least, most of them (The Economist)

*Excerpt* :

A survey of 900 business leaders last month by iw, a think-tank, found that almost 70% saw the afd's rise as a risk to Standort Deutschland, shorthand for Germany as a place for business and investment. They fret in particular about what it means for the survival of the eu and the euro. According to a recent iw study, Dexit would reduce Germany's gdp by 5.6% within five years (as much as both the covid-19 pandemic and the energy crisis caused by Russia's invasion of Ukraine combined) and result in around 2.5m job losses.

In its relations with its country's corporate elites the afd may be where France's National Rally (rn), another insurgent right-wing outfit, was a few years ago, says a French diplomat in Berlin. Back then meetings with Marine Le Pen, the rn's leader, were taboo for ceos of French blue-chip firms. That cordon sanitaire has become porous as the rn has gained electoral strength. Jordan Bardella, its telegenic president, and Ms Le Pen spent months in the run-up to the eu election courting business leaders. In November Ms Le Pen had a much-noted lunch at a chic Parisian brasserie with Henri Proglio, the former boss of edf, an energy giant. She has also met members of the Dassault clan, a family of aeronautics billionaires.

The rn's showing in the eu poll, where it came first with 31% of the vote, and the snap French parliamentary election called for June 30th, make the party impossible for French bosses to ignore. Their German counterparts still hope not to have to bend the knee to the afd. But they are bracing themselves nonetheless.

[The rise of the far right alarms German business leaders \(economist.com\)](#)

---

### **“The EU hits China's carmakers with hefty new tariffs” (June 13)**

*Pay wall* : The call of duties : The EU hits China's carmakers with hefty new tariffs - Duties will only hold them back for a while (The Economist)

*Excerpt* :

(...) Indeed, in the long run the tariffs could even hasten China's conquest of the European car market. To become significant forces on the continent, the Chinese companies were always going to have to produce their evs locally. byd, which aims to become the region's top ev-maker by 2030, will build a factory in Hungary and is soon expected to announce another in Spain. Chery signed a deal in April also to make cars in Spain. Others are reportedly knocking on the door of big European contract manufacturers, according to Matthias Schmidt, a consultant.

Chinese carmakers, in other words, aren't going anywhere. In a sign of the times, byd has taken over from Volkswagen as the main sponsor of the European football championship, which kicks off on June 14th in Germany. Even if eu member states vote later in the year to make the tariffs permanent, it will do little to put Chinese noses out of joint.

[The EU hits China's carmakers with hefty new tariffs \(economist.com\)](#)

---

**“The weight of radical parties revealed by the European elections threatens investor confidence”** (June 13)

*Pay wall* :Du plafond de verre au mur de l'argent : Le poids des partis radicaux révélé par les européennes menace la confiance des investisseurs (Le Point, Editorial)

*Excerpt* :

Scénario catastrophe: Il n'en reste pas moins que le programme économique du RN continue de se caractériser, au même titre que celui de la Nupes, par une longue liste de dépenses supplémentaires non financées, dont le retour de la retraite à 60 ans reste à la fois la plus coûteuse et la plus emblématique. Il n'en reste pas moins aussi que Marine Le Pen confiait encore il y a à peine un an : « Je reste eurosceptique et je le suis de plus en plus chaque jour », qu'elle dénonce toujours avec autant de force les « diktats » de Bruxelles et entend s'affranchir unilatéralement des règles de vie budgétaire et monétaire communes.

Traditionnellement employée depuis un siècle pour désigner la défiance des milieux bancaires et financiers à l'égard des gouvernements de gauche, l'expression « mur de l'argent » pourrait bien redevenir d'actualité et trouver un champ d'application inédit [en cas de nomination à Matignon de Jordan Bardella](#). Dans un scénario catastrophe où les gérants de fonds de pension américains et de caisses de retraite japonaises prendraient soudainement peur, bouderaient les prochaines adjudications d'OAT, provoquant une envolée des taux d'intérêt et déclenchant une crise financière majeure en France et dans toute la zone euro.

[La légitime inquiétude des investisseurs face aux partis radicaux \(lepoint.fr\)](#)

---

**“EU punitive tariffs against Chinese car manufacturers: fear of a "China shock 2.0" only weakens the strong in the EU”** (June 13)

*Pay wall* :Negotiating with China and demanding the same rules for everyone is a good idea. However, the punitive tariffs that the EU wants to impose in order to nullify supposed competitive advantages will only lead to protectionist races. They will not solve any problems in the long term - on the contrary / EU-Strafzölle gegen chinesische Autohersteller: Die Angst vor einem «China-Schock 2.0» schwächt bloss die Starken in der EU: Mit China zu verhandeln und gleiche Regeln für alle zu verlangen, ist eine gute Idee. Doch die Strafzölle, die die EU erheben will, um vermeintliche Wettbewerbsvorteile zunichtezumachen, führen bloss in protektionistische Wettläufe. Auf Dauer lösen sie keine Probleme – im Gegenteil (NZZ, Opinion)

*Excerpt* :

The successful car manufacturing nation of Germany and Sweden, which benefited from the takeover of Volvo by China's Geely, are resisting the imposition of EU tariffs. France and Italy, on the other hand, whose car industry has been struggling with a lack of competitiveness for some time and who are already flirting with protectionism, are firmly in favor. (...)

Nevertheless, the new wave of protectionism and subsidies is the wrong response. Dorn and his co-authors also show that in Germany and Switzerland, not only consumers but also the workforce have benefited from freer trade with China. This is because, unlike the USA, Germany and Switzerland have managed to export as much in value to China as they have imported. In addition, the punitive tariffs have not led to any net additional employment in the USA.

The EU states should therefore concentrate on creating framework conditions that will help their companies to remain innovative and achieve export success in China. It is a good idea for the EU Commission to seek dialog with Beijing and negotiate a level playing field. There could even be one or two Chinese self-restrictions for the sake of political peace.

However, a protectionist race would ultimately only support weak companies and slow down structural change. It is better to help disadvantaged regions with measures that facilitate structural change and ensure that as few

people as possible are left behind. Too much fear of a "China shock 2.0" will only produce new gilets jaunes and weaken the strong. This is not a recipe for a competitive EU.

[Handelspolitik EU-China: Strafzölle aus Angst vor China-Schock 2.0 sind riskant \(nzz.ch\)](#)

---

### **Battery market: “The subsidy race to attract new plants must come to an end” (June 13)**

*Pay wall* :Crash in the battery market - The automotive industry halts plans for cell factories. This is a clear warning signal: the subsidy race to locate new plants must come to an end / ELEKTROMOBILITÄT: Absturz im Batteriemarkt - Die Autobranche stoppt Pläne für Zellfabriken. Das ist ein deutliches Warnsignal: Der Subventionswettbewerb um die Ansiedlung neuer Werke muss ein Ende haben (FAZ)

[Absturz im Batteriemarkt \(faz.net\)](#)

---

### **“In France, denial of economic reality has given rise to the far right” (June 12)**

*Pay wall* :La dissolution française de la raison - En France, le déni de la réalité économique a fait le lit de l'extrême droite. Or, en la matière, le RN multiplie les propositions hors sol. La dissolution sera-t-elle la folie de trop ? (Le Point, Editorial)

*Excerpt* :

L'Europe a désormais les yeux braqués sur nous, et ce regard est lourd. Regardons un peu : il est vrai que la poussée des droites nationalistes ou populistes, extrêmes ou souverainistes – avec toutes leurs variantes – ne touche pas que la France. Il n'empêche, s'il existe une petite secousse européenne, le vrai séisme est français. Pourquoi ? On n'a pas fini de se perdre en explications, mais il est au moins un critère qui nous différencie des autres : un divorce plus profond d'avec la réalité.

La France est le seul pays de l'Union qui n'a toujours pas accepté les lois économiques de la gravité. Le seul qui n'a toujours pas admis collectivement que les déficits avaient une limite. Le seul qui n'a, par exemple, pas encore tenu compte d'un phénomène pourtant incontestable, le vieillissement, et qui n'a donc pas réellement réformé son système de retraites. « La plus coûteuse des folies est de croire passionnément à ce qui est manifestement faux », expliquait Henry Mencken. Ce déni spécifiquement français de choses pourtant évidentes a ouvert la porte à des réalités alternatives. (...)

S'opposer aux fariboles du RN

Si la raison n'existe plus, la déraison non plus : comment s'opposer aux fariboles du RN quand nous avons fait une partie du chemin vers la folie sans son concours ? Et faudrait-il, pour contrer Le Pen et Bardella, promettre autant de « pouvoir d'achat » fictif ? Les élections législatives qui s'annoncent pourraient bien se tenir sous une pluie de démagogie.

[La dissolution française de la raison \(lepoint.fr\)](#)

---

### **Bertille Bayart: “France cannot risk economic chaos” (June 12)**

*Pay wall* : «La France ne peut pas prendre le risque du chaos économique» : À l'approche des élections législatives anticipées, le monde économique sonne l'alarme face à la perspective d'une majorité relative ou absolue pour le RN et ses (nouveaux) alliés (Le Figaro, Columnist)

*Excerpt* :

« Nous ne pouvons prendre le risque de l'instabilité financière et de la défiance de nos partenaires économiques », ajoute le Medef. La nervosité monte sur les marchés financiers. Le CAC 40 recule, et ce sont les valeurs bancaires qui prennent le plus cher (la Société générale a par exemple perdu plus de 12 % en deux

séances). Surtout, les taux d'intérêt de la dette française se tendent. Ces deux signaux avertissent d'un même danger : le dérapage, ou plutôt la débandade, possible à tout moment de la signature de la France.

Quarante-huit heures de désordre politique ont déjà en bonne partie annulé, pour la France, les effets de la baisse des taux décidée par la Banque centrale européenne la semaine dernière. C'est une alerte. Le drame d'un pays qui a laissé [les agences de notation](#) devenir ses derniers garde-fous. La France danse sur un volcan financier qui n'autorise aucune aventure, aucune expérimentation. Essayer ce qui ne l'a jamais été ? Nous n'avons pas les moyens d'essayer le chaos.

[Bertille Bayart : «La France ne peut pas prendre le risque du chaos économique» \(lefigaro.fr\)](#)

---

### **“Macron’s Call for Elections in France Adds to Fears of Financial Woes” (June 12)**

*Some free articles / week* : Moody’s ratings agency warned of a downgrade on French debt, saying the move could worsen France’s finances by creating “a polarized political environment.” (NYT)

*Excerpt* :

Investors made clear on Tuesday the depth of their concerns over President Emmanuel Macron’s gamble to call for new elections in France, driving up the nation’s borrowing costs, pushing down stock prices and prompting the Moody’s ratings agency to warn it may downgrade French sovereign debt as risks of political instability rise.

Mr. Macron’s dissolution of the lower house of Parliament on Sunday after his party was battered by Marine Le Pen’s far-right party in European Parliament elections has ignited concerns that the government could grind to a stalemate. The turmoil has focused attention on France’s fragile finances, and the prospect of legislative gridlock that could undermine the government’s ability to address it.

“This decision will not ease the economic challenges facing the country,” Philippe Ledent, senior economist at ING Bank, wrote in a note to clients. Public finances and the performance of the French economy will be “at the heart of the electoral campaign,” he added. (...)

The danger is that France’s high debt balloons even further, which could lead to a faster-than-expected rise in interest payments, Moody’s added.

[Macron’s Call for Elections in France Adds to Fears of Financial Woes - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

---

### **“Europe Has Fallen Behind the U.S. and China. Can It Catch Up?” (June 11)**

*Some free articles / week* : A “competitiveness crisis” is raising alarms for officials and business leaders in the European Union, where investment, income and productivity are lagging (NYT)

*Excerpt* :

The [list](#) of reasons for what has been called the “[competitiveness crisis](#)” goes on: The European Union has [too many regulations](#), and its leadership in Brussels has too little power. [Financial markets](#) are too fragmented; public and private investments are too low; companies are too small to compete on a global scale.

“Our organization, decision-making and financing are designed for ‘the world of yesterday’ — pre-Covid, pre-Ukraine, pre-conflagration in the Middle East, pre-return of great power rivalry,” said [Mario Draghi](#), a former president of the European Central Bank who is heading a study of Europe’s competitiveness.

Cheap energy from Russia, cheap exports from China and a bedrock reliance on [military protection](#) by the United States can no longer be taken for granted.

At the same time, Beijing and Washington are funneling hundreds of billions of dollars into expanding their own semiconductor, alternative energy and electric car industries, and upending the world's free trade regime. (...)

There is still a sizable contingent in Europe — and elsewhere — that prefers [open markets](#) and is suspicious of government interventions. But many of Europe's top officials, political mandarins and [business leaders](#) are increasingly [talking](#) about the need for more aggressive collective action.

Without pooling public financing and creating a [single capital market](#), they argue, Europe will not be able to make the kind of investments in [defense](#), energy, supercomputing and more that are required to compete effectively. (...)

The proposed solutions, though, can rub against the political grain. Many leaders and voters across the continent are profoundly concerned about jobs, living standards and purchasing power.

But they are wary of giving Brussels more control and financial muscle. (...)

For more than a decade, Europe has been [falling behind](#) on several measures of competitiveness, including capital investments, research and development, and productivity growth. But it is a world leader in reducing emissions, limiting income inequality and expanding social mobility, according to [McKinsey](#). And some of the economic disparities with the United States are a result of choice. Half the gap in per-capita gross domestic product between Europe and the United States is a result of Europeans opting to work fewer hours, on average, over a lifetime.

Such choices may be a luxury Europeans no longer have if they want to maintain their standards of living, others warn. Policies governing energy, markets and banking are too disparate, said [Simone Tagliapietra](#), a senior fellow at Bruegel, a research organization in Brussels.

"If we continue to have 27 markets that are not well integrated," he said, "we cannot be competing with the Chinese or the Americans."

[Europe Has Fallen Behind the U.S. and China. Can It Catch Up? - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

---

### **"Does increasing the money supply also increase economic growth?" (June 11)**

*Free access* : Augmenter la masse monétaire, est-ce aussi augmenter la croissance économique ? De nombreux commentateurs économiques pensent que l'augmentation de la quantité de monnaie peut relancer une économie. Ils se fondent sur l'idée qu'avec plus d'argent en poche, les gens dépenseront davantage, et les autres suivront, car ils considèrent que la monnaie est un simple moyen de paiement (Mises Institute / Contrepoint)

*Excerpt* :

Or, la monnaie n'est pas un moyen de paiement, mais un moyen d'échange. Elle permet seulement à un producteur d'échanger son produit contre le produit d'un autre producteur.

« L'argent, en soi, ne peut pas être consommé et ne peut pas être utilisé directement comme un bien de production dans le processus de production. L'argent en soi est donc improductif ; c'est un stock mort qui ne produit rien ». (Murray Rothbard)

Les moyens de paiement sont toujours des biens et des services qui permettent de payer d'autres biens et services. La monnaie ne fait que faciliter ces paiements en tant que moyen d'échange.

Par exemple, un boulanger échange son pain contre de l'argent, et utilise ensuite cet argent pour acheter des chaussures. En réalité, il paie les chaussures, non pas avec de l'argent, mais avec le pain qu'il a produit. La production de pain par le boulanger est à l'origine de sa demande de monnaie, qui apparaît parce que la monnaie est la marchandise la plus négociable. Le détenteur de monnaie pense qu'il peut l'échanger contre les biens et services dont il a besoin, contrairement au système de troc où le paiement de biens contre des biens

n'est pas toujours possible. (par exemple, un boucher ne peut pas payer des chaussures avec sa viande si le cordonnier est végétarien). (...)

« Les services rendus par l'argent sont conditionnés par l'importance de son pouvoir d'achat. Personne ne veut avoir dans son encaisse un nombre défini de pièces d'argent ou un poids défini d'argent ; il veut avoir dans son encaisse une quantité définie de pouvoir d'achat ».

Or, une diminution de l'offre de monnaie, toutes choses égales par ailleurs, se traduira par un renforcement du pouvoir d'achat de la monnaie. Inversement, le pouvoir d'achat de la monnaie diminuera si la quantité de monnaie augmente. Il ne peut y avoir ni « trop » ni « trop peu » de monnaie. Tant que le marché est libre, il ne peut y avoir de pénurie d'argent. (Ludwig von Mises)

[Augmenter la masse monétaire, est-ce aussi augmenter la croissance économique ? - Contrepoints](#)

---

**“Joseph Stiglitz’s Rocky Road to Serfdom”** (June 9)

*Free access* : Joseph Stiglitz’s Rocky Road to Serfdom (Mises Institute, Book Review)

[Joseph Stiglitz’s Rocky Road to Serfdom | Mises Institute](#)

---

**“The US tariffs against China are of no economic benefit”** (June 9)

*Pay wall* : Economist David Dorn has researched the consequences of China's rise for America. In this interview, he talks about subsidies, tariffs and the erosion of free trade / „Die US-Zölle gegen China bringen wirtschaftlich nichts“ : Der Ökonom David Dorn hat erforscht, welche Folgen Chinas Aufstieg auf Amerika hatte. Im Interview spricht er über Subventionen, Zölle und die Erosion des Freihandels (NZZ, Interview)

*Excerpt* :

Trump hat (...) versprochen, gegen China vorzugehen. So wie es Joe Biden heute auch tut. 2018 wurden die Zölle deutlich erhöht, erst auf Waschmaschinen und Solarzellen, dann auf Stahl, Aluminium und Metallprodukte, später auf fast alle chinesischen Produkte. Was waren die Folgen?

Dahinter stand der Glaube, man könne verlorene Arbeitsstellen wieder zurückholen. Das funktioniert aber nicht. Wir haben untersucht, wie sich die Trump-Zölle ausgewirkt haben. Sie haben keine Arbeitsplätze zurückgeholt. Stattdessen gab es Gegenzölle der Chinesen auf amerikanische Exporte. Das hat die Situation verschlimmert.

Wie?

Die Gegenzölle zielten insbesondere auf die amerikanische Agrarwirtschaft. Betroffen waren Landstriche, die vor allem auf Baumwolle und Sojabohnen spezialisiert sind. Daraufhin haben die Amerikaner ihre Agrarsubventionen erhöht. Diese konnten aber Jobverluste in der Landwirtschaft nicht kompensieren. In der Summe hat Trumps Zollpolitik nach unseren Befunden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, aber aufgrund der verteuerten Importe sind die Preise für die amerikanischen Konsumenten gestiegen.

[David Dorn: „Die Zölle gegen China bringen wirtschaftlich nichts“ \(faz.net\)](#)

---

**“Economics is a science of ‘how’: it studies how to allocate and produce scarce resources to achieve societal goals”** (June 8)

*Pay wall* : « L'économie est une science du “comment” : elle étudie comment allouer et produire des ressources rares pour atteindre les objectifs sociétaux » : Les économistes Virgile Chassagnon et Jean Tirole, qui a reçu le prix Nobel 2014, reviennent, dans une tribune au « Monde », sur le rôle des économistes dans la société, qui est souvent incompris par les citoyens, alors que les choix économiques sont au cœur des élections européennes du 9 juin (Le Monde, Guest Essay)

*Excerpt:*

Pour comprendre le rôle de l'économiste dans la société, il faut sans doute revenir aux origines du mot « économie » dans le grec ancien *oïkonomia*, que l'on peut apprécier comme « gestion de la cité ». Dès son origine, l'économie fut donc politique ; elle s'inscrit dans une perspective sociétale. A ce titre, la science économique se doit d'être une science morale et philosophique.

La tâche des économistes se veut pour autant logiquement neutre : neutre vis-à-vis des objectifs collectifs – l'économie est une science du « comment » : elle étudie comment allouer et produire des ressources rares pour atteindre les objectifs sociétaux – et neutre vis-à-vis des motivations des individus qui la composent – motivations matérielles, sentiments moraux, besoins d'image et d'identité...

[« L'économie est une science du “comment” : elle étudie comment allouer et produire des ressources rares pour atteindre les objectifs sociétaux » \(lemonde.fr\)](http://lemonde.fr)

---

**“Don't do it : America's billionaires should resist the urge to support Donald Trump” (June 8)**

*Pay wall* : Don't do it : America's billionaires should resist the urge to support Donald Trump - A Trump victory would reward them. But not enough to justify the risks (The Economist, Leader)

[America's billionaires should resist the urge to support Donald Trump \(economist.com\)](http://economist.com)

---

**“European banks are making heady profits in Russia” (June 7)**

*Pay wall* : European banks are making heady profits in Russia. But for how much longer? (The Economist)

[European banks are making heady profits in Russia \(economist.com\)](http://economist.com)

---

**Who's rich in France? (June 7)**

*Pay wall* : Qui est riche en France ? L'Observatoire des inégalités répond et relance le débat : Dans sa dernière étude publiée ce mercredi, l'organisme place la barre de la richesse à 3 860 euros par mois après impôts pour une personne seule et observe que, s'ils sont de moins en moins nombreux dans l'Hexagone, les riches sont de plus en plus riches (Le Monde)

[Qui est riche en France ? L'Observatoire des inégalités répond et relance le débat \(lemonde.fr\)](http://lemonde.fr)

---

**Competitiveness: “France has considerable assets, but...” (June 5)**

*Free access* : Compétitivité : la France a des atouts considérables, mais... (Contrepoints)

[Compétitivité : la France a des atouts considérables, mais... - Contrepoints](http://contrepoints.com)

---

**Milei as a hard rocker at Luna Park: “all expenses paid” (June 4)**

*Free access* : Milei en hard rocker au Luna Park : « toutes les dépenses sont à mon appétit »

*Excerpt:*

« Un aperçu de la façon dont ma pensée a évolué au fil des ans, passant de ce que l'on appelle un post-keynésien, un keynésien marxiste, à un disciple de l'école autrichienne, un libéral libertaire, un anarcho-capitaliste, dont je suis fier »

[Milei en hard rocker au Luna Park : « toutes les dépenses sont à mon appétit » - Contrepoints](http://contrepoints.com)